Mittwoch/Donnerstag, 11./12. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 109 - 19.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

„Grausamste Mordaktion" in Afghanistan

AP, Islamabad

Bei der „grausamsten Mordaktion" seit Beginn der sowjetischen Besetzung Afghanistans vor dreieinhalb Jahren sollen nach Angaben aus westlichen diplomatischen Kreisen in Neu-Delhi und Islamabad Tausende von Zivilisten ums Leben gekommen sein. Es handelt sich dabei um die bislang heftigsten Angriffe sowjetischer Streitkräfte sowie Soldaten der von Moskau abhängigen Regierung Babrak Karmals 25 Kilometer nordöstlich von Kabul. Hunderte, wenn nicht sogar Tausende von Menschen seien aus dem Gebiet geflohen, heißt es. Trotz dieser bisher massivsten Offensive gegen vermutete Stützpunkte der moslemischen Widerstandskämpfer seien diese weiterhin aktiv. Die Freischärler hätten während der Kämpfe zwei Flugzeuge der Regierungstruppen abgeschossen. Reisende berichteten, rund 20 Menschen, darunter alte Männer, Kinder und Frauen, seien „summarisch erschossen" worden, als sie gegen die Bombardierung ihrer Häuser protestiert hätten. Die Sowjets versuchen, das Gebiet Schomali und die dort liegenden Dörfer zu nehmen, weil diese in der Nähe von strategisch wichtigen Fernstraßen nach Kabul liegen.

Kabinett: Etat wächst um zwei Prozent

HH. Bonn

Das Bundeskabinett ist sich im Grundsatz darüber einig, den Ausgabenzuwachs des Bundes im kommenden Jahr auf zwei Prozent zu begrenzen, so daß gegenüber 1983 eine Zunahme auf 285 Milliarden Mark zu erwarten ist. In einer Sondersitzung, an der auch Abgeordnete beider Koalitionsfraktionen teilnahmen, erörterte das Kabinett gestern abend den Haushalt 1984. Wie bereits am Dienstag berichtet, will die Regierung am 18. und 19. Mai die Eckwerte für den Bundesetat und die Begleitgesetze verabschieden. Das Kabinett war mit Ausnahme von Forschungsminister Riesenhuber und dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, vollzählig. Für die Unionsfraktion nahmen die Abgeordneten Althammer, Bötsch, Dregger und Schäuble, für die Freien Demokraten Hans Günther Hoppe an der Sondersitzung teil. Strittig sind noch die hierfür erforderlichen Kürzungen. Ebenso, wie Bonn auf die Brüsseler Forderung nach zusätzlichen Milliarden für die Gemeinschaftskasse reagieren soll. Außenminister Genscher läßt verhaltene Zustimmung erkennen, Finanzminister Stoltenberg ist dagegen. Seite 10

ZITAT DES TAGES

„Die Menschen haben Gott vergessen und das ist der Grund für die Probleme des 20. Jahrhunderts."

Alexander Solschenizyn bei der Entgegennahme des Templeton-Preises für „Fortschritte in der Religion" gestern in London. Dem aus der Sowjetunion ausgebürgerten Schriftsteller wurde der Preis für seine Verdienste als „Pionier bei der Wiederbelebung der Religion in atheistischen Nationen" zuerkannt. FOTO: SVEN SIMON

Neues Rundfunkgesetz

lam. Kiel

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird Mitte 1984 ein Landesrundfunkgesetz vorlegen, in dem bestimmt wird, daß die Sendelizenzen „von einer unabhängigen Instanz", die aus „gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen" besteht, verteilt werden. Dies kündigte Ministerpräsident Uwe Barschel gestern in seiner Regierungserklärung an. Die Rundfunkwerbung in den neuen Anstalten solle begrenzt werden, um die wirtschaftliche Existenz der Heimat- und Regionalpresse nicht zu gefährden. Auch müßten für die privaten Rundfunkanstalten die öffentlich-rechtlichen Programmgrundsätze gelten.

Weg frei für Worms

hy. Düsseldorf

Der Düsseldorfer Oppositionspolitiker Kurt Biedenkopf hat gestern auch in der CDU-Fraktion den Weg für Bernhard Worms frei gemacht, den am Wochenende gekürten Spitzenkandidaten seiner Partei für den Landtagswahlkampf 1985. Der rheinland-pfälzische CDU-Chef soll mit seiner Wahl am 24. Mai als neuer Fraktionsvorsitzender auch die institutionelle und personelle Ausstattung als Herausforderer von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in die Hand bekommen.

Abu Nidal droht

DW/AFP, Paris

Ein Sprecher der von Abu Nidal geleiteten radikalen palästinensischen Freischärlerbewegung hat die europäischen Länder gewarnt, den „USA, dem Zionismus und der arabischen Reaktion auf dem Weg zu einer defätistischen Lösung des Nahostproblems zu folgen". Palästinenser, die eine solche „Kapitulation" akzeptierten, „wurden und werden wegen ihres Verrats an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz bestraft", sagte der Mann, der sich „Genosse Yussef" nannte.

WIRTSCHAFT

US-Boykott verschärft

AFP, New York

Gleichzeitig mit dem Beginn der Nicaragua-Debatte im Weltsicherheitsrat haben die Vereinigten Staaten am Montag ihren Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua verschärft. Ein Regierungssprecher in Managua erklärte, die USA hätten eine Reduzierung ihrer nicaraguanischen Zuckerimporte um 88 Prozent von derzeit 58 000 auf 6000 Tonnen für die Periode 1983/84 beschlossen.

Aktien schwächer

DW. Frankfurt

Die deutschen Aktienmärkte tendierten gestern schwächer. Dabei spielten sowohl markttechnische Faktoren eine Rolle als auch die Verluste an den meisten Auslandsbörsen. Am Rentenmarkt gingen die Kurse öffentlicher Anleihen um bis zu 0,40 Mark zurück. WELT-Aktienindex 137,5 (138,4); Dollarmittelkurs 2,4425 (2,4346) Mark; Goldpreis je Feinunze 443,75 (434) Dollar.

KULTUR

„Zurück zur Praxis"

DW. Darmstadt

Die Wissenschaft muß aus der Überspezialisierung einen Weg zurück zur Orientierung an der Praxis finden. Die Forschung darf die Lehre nicht aus dem Auge verlieren. Dem Anspruchsdenken muß das Bewußtsein von der Sozialpflichtigkeit gegenübergestellt werden. Diese Thesen standen im Mittelpunkt der Diskussionen bei der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Darmstadt. Seiten 2 und 21

WETTER

Wieder kühler

DW. Essen

In ganz Deutschland meist stark bewölkt mit Regenschauern und örtlich kurzen Gewittern. Tagestemperaturen zwischen 12 und 15 Grad. In der Nacht 4 bis 8 Grad.

USA gehen ohne Pessimismus in neue Gesprächsrunde

In Genf liegen Vertragsentwürfe beider Seiten vor / Gravierende Gegensätze

TH. KIELINGER, Washington

In Washington herrscht die Erwartung vor, daß die neue Runde der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen, die am kommenden Dienstag (17. Mai) beginnt, zu technischen Klärungen der zwischen den beiden Gesprächspartnern liegenden Differenzen führen kann. Niemand wagt aber vorauszusehen, ob damit schon Verhandlungserfolge zu erzielen sind. Aber die Amerikaner gehen ohne Pessimismus in die nächste Gesprächsrunde.

In der Reagan-Regierung herrscht eher der Eindruck vor, die Sowjets wissen, daß ihre Versuche, die NATO-Nachrüstung mit Mitteln öffentlicher Propaganda zu verhindern, erfolglos bleiben müssen. Insofern rechnen die US-Unterhändler mit sachlich ergiebigeren Gesprächen, je näher der Zeitpunkt der Nachrüstung heranrückt.

Auf dem Tisch liegen, von der Öffentlichkeit noch nicht recht wahrgenommen, bereits zwei Vertragsentwürfe zur Frage der Reduktion von atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa. In der Tat haben auch die Sowjets bereits ihren eigenen Entwurf eingebracht. Er sieht eine Zählung nach Trägerwaffen vor, was aber in der jüngsten Andropow-Rede erweitert wurde durch das Angebot, die von den Amerikanern geforderte Zählweise nach vorhandenen Sprengköpfen (warheads) zu übernehmen.

In dieses Aufrechnungsprinzip hat Moskau aber Bedingungen eingebaut, die für die amerikanische Seite bisher unakzeptierbar sind. Darunter vor allem die Forderung, daß die britischen und französischen Atomsysteme sowie die US-Bomber mit zweifacher Verwendbarkeit (dual capability), für den konventionellen und den Atomwaffeneinsatz, mitgezählt werden.

Die Sowjets begründen diese Rechnung mit dem Beharren auf „gleicher Sicherheit": Sie fühlten sich nicht allein durch die amerikanischen landgestützten neuen Mittelstreckenwaffen bedroht, sondern durch das gesamte Bündnisarsenal dieser Reichweite. Ihnen müsse aber Aufrechnung gegen diese Gesamtsumme gestattet sein: sie müßten, wie der Terminus lautet, für die Waffen außerhalb der Pershing 2 und Cruise Missiles „entschädigt" (compensated) werden: mit einer höheren erlaubten Anzahl von INF-Waffen als die Amerikaner, für sich genommen, ins Feld führen.

Diese Argumentationsweise hat die amerikanische Regierung mehrfach zurückgewiesen. Wenn die Sowjets, so hält man in Washington entgegen, den Begriff der „gleichen Sicherheit" auf diese Weise auslegen, dann müsse der Westen alle jene Aspekte in die Gespräche miteinbeziehen, die ihrerseits als westliche Forderung nach „gleicher Sicherheit" ihre Berechtigung hätten. Angefangen mit dem sowjetischen Beinahe-Monopol bei chemischen Waffen, über das konventionelle Ungleichgewicht zwischen den Blöcken, bis zur Berücksichtigung der überwältigenden Bomber-Überlegenheit auf der Seite des Warschauer Pakts etc. Für alle diese Punkte müßte dann der Westen, wenn „gleiche Sicherheit" so ausgelegt werden soll, „entschädigt" werden.

Die Differenz zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Position spitzt sich immer mehr auf die Frage der britischen

● Fortsetzung Seite 10

Shamir: Was haben die Sowjets vor?

WELT-Gespräch mit dem israelischen Außenminister über das Libanon-Abkommen

JÜRGEN LIMINSKI, Tel Aviv

Die Position der mit Syrien verbündeten Sowjetunion ist nach Einschätzung des israelischen Außenministers Yitzhak Shamir „die große Unbekannte" in den derzeitigen Bemühungen um ein Abkommen mit Libanon. Am selben Tag, an dem Moskau von einer „Politik des Diktats gegenüber Libanon" sprach, äußerte sich Shamir in einem WELT-Interview zu der Problematik.

Shamir: Niemand wisse genau, „was die Sowjets in Libanon vorhaben, ob sie einen Rückzug der Syrer befürworten oder nicht". Es liege im Interesse der Sowjets, an umfassenden Verhandlungen teilzunehmen. „Ich sehe allerdings keine Möglichkeit, daß einer der in Frage kommenden Partner die Russen akzeptieren würde; weder die Vereinigten Staaten noch wir wünschen das. Auch ist die derzeit extrem israelfeindliche Haltung Moskaus bekannt", sagte Shamir.

Der israelische Politiker sieht in dem israelisch-libanesischen Abkommen einen „beträchtlichen Fortschritt" in Richtung auf mehr Verständigung und Klarheit der Positionen in Nahost: „Was schon lange bekannt war, ist nun offenkundig. Wer in dieser Region kriegerische Lösungen sucht, wendet sich an die Sowjetunion. Die Sowjets können nur Waffen anbieten. Wer aber friedliche Lösungen sucht, der wendet sich an die USA." Das wolle freilich nicht besagen, daß „sogenannte gemäßigte Staaten, die auch Beziehungen mit Washington unterhalten, nicht die Absicht haben, uns zu zerstören. Die Teilung der Region nach diesem Schema aber wird jetzt deutlicher."

Shamir gilt in Israel als der „Vater" des Abkommens. Die Verhandlungen mit den Libanesen

SEITE 8:
Sowjetische Zivilisten aus Beirut evakuiert

und US-Außenminizter Shultz wurden in seinem Ministerium geführt. Dort wurden auch die Details ausgearbeitet. Über die syrischen Absichten, Libanon zu verlassen, äußert er sich zurückhaltend: „Wir haben keinen direkten Kontakt zu Syrien. Shultz hat uns gesagt, Syrien hätte das Abkommen scharf verurteilt, sich aber nicht über einen Abzug seiner eigenen Truppen geäußert. Die Amerikaner glauben, daß die Syrer nach langen und schwierigen Verhandlungen und dank saudischer Einflußnahme sich letztendlich zurückziehen werden. Einen Zeitpunkt freilich können auch sie nicht nennen. Der Rückzug muß das Ergebnis libanesisch-syrischer Verhandlungen sein. Wir haben den Amerikanern gesagt, daß wir an dem jetzigen Abkommen nichts mehr ändern werden; wir werden das Paket nicht mehr aufschnüren. Wenn die Syrer nicht abziehen, bleiben auch wir in Libanon'"

Es gebe mehrere „Manövriermöglichkeiten" für den Verbleib Israels in Libanon. Shamir schließt dabei einen Teilrückgang auf eine Linie hinter einem etwa 45 km breiten Grenzstreifen nicht aus. „Wir ziehen aber einen vollständigen Abzug aller fremden Truppen aus Libanon vor. Das wäre das Beste für Libanon, für uns und für die gesamte Region."

Die Überlegung, daß die Golan-Höhen in mögliche Verhandlungen über einen Abzug der Syrer aus Libanon einbezogen werden, weist Shamir kategorisch zurück. „Der Golan hat mit dem libanesischen Problem nichts zu tun. Der Golan ist ein integraler Bestandteil des israelischen Territoriums." Jerusalem kenne die amerikanische Hal-

■ Fortsetzung Seite 10

ÖTV sieht Verhandlungen gescheitert

Gewerkschaft lehnt auch Zimmermanns 2,3-Prozent-Angebot ab

GÜNTHER BADING, Stuttgart

Die Tarifverhandlungen für die rund 2,7 Millionen Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes sind gestern in Stuttgart gescheitert. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) lehnte am Nachmittag das von den Arbeitgebern – Bund, Ländern und Gemeinden – als Lösungsvorschlag unterbreitete Gesamtpaket ab und empfahl ihrer großen Tarifkommission, das Scheitern zu erklären.

Verhandlungsführer Bundesinnenminister Zimmermann hatte in der Nacht vom Montag zum Dienstag in insgesamt 14stündigen Gesprächen zwei über das Eingangsangebot der Arbeitgeber von zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt nach vier sogenannten Null-Monaten hinausgehende Lösungsvorschläge gemacht. Gestern vormittag ging er noch einmal darüber hinaus und schlug vor, die Einkommen um 2,3 Prozent anzuheben und für die ersten beiden Monate der 12monatigen Laufzeit des Tarifvertrages ab dem 1. März als Einmalbetrag 50 DM zu bezahlen. Nach Berechnungen der Arbeitgeberseite beläuft sich dieser Vorschlag, zu dem noch Verbesserungen beim Jahresurlaub kommen sollen, im Volumen auf gut 2,5 Prozent.

Im wesentlichen einig waren sich in den vier Verhandlungsrunden Gewerkschaft und Arbeitgeber über eine Begrenzung der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst auf 90 Prozent des letzten Netto-Einkommens der aktiv Beschäftigten. Da der Lösungsvorschlag nicht als formelles „Angebot" bezeichnet worden ist, müßte eine Schlichtungsrunde von dem ursprünglichen Eingangsangebot von zwei Prozent bei vier Leermonaten ausgehen. Gestern mittag beschloß die unter Führung der neuen ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies tagende Verhandlungskommission der Gewerkschaft, den neuen Arbeitgebervorschlag als unakzeptabel einzustufen und der großen Tarifkommission das „formelle Scheitern" zu empfehlen. In der nächtlichen Verhandlungsrunde hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in einem halbstündigen Gespräch mit der ÖTV-Vorsitzenden noch versucht, die für beide Seiten akzeptable Lohnzahl herauszufinden. Auch der Innenminister stand unter einem gewissen Verhandlungsdruck, weil die Bundesländer einhellig erklärt hatten, sie würden einen Abschluß von mehr als 2,3 Prozent nicht mittragen. Die Front der Länder ist in dieser Frage geschlossen, unabhängig davon, welche Partei die Regierung stellt.

Die Gewerkschaft hatte auf der Basis des ersten Zwei-Prozent-Angebots, das in drei Verhandlungsrunden zunächst nicht erhöht worden war, in den vergangenen Tagen wiederholt zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst aufgerufen. Auch gestern kam es in Stuttgart wieder zu Arbeitsniederlegungen. Offen war zu Beginn der Diskussion in der großen Tarifkommission der ÖTV noch, ob die Gewerkschaft die Schlichter – den ehemaligen baden-württembergischen Innenminister Krause und den früheren Bundesinnenminister Höcherl – anrufen oder zu einer Urabstimmung als Voraussetzung für einen Arbeitskampf auffordern werde.

SED ermuntert ‚Friedensbewegungen'

Sie sollen im Westen gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der KP durchsetzen

AFP/DW. Berlin

Die „DDR" wünscht offensichtlich, daß die westlichen „Friedens"- und Protestbewegungen einen stärkeren Druck auf die Regierung ihrer Länder ausüben, um gesellschaftliche Veränderungen im kommunistischen Sinne durchzusetzen.

Die dem Außenministerium in Ost-Berlin nahestehende Monatszeitschrift „Horizont" schrieb in ihrer jüngsten Ausgabe, diese Bewegungen hätten zum Teil bereits jetzt „einen starken Druck auf die Politik der herrschenden Klasse" ausgeübt. Sie seien zu einem wichtigen politischen Faktor in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen im Westen geworden.

Das Blatt ließ keinen Zweifel daran, daß es den Kommunisten nicht nur um ein Einschwenken auf die Abrüstungsthesen des Ostens, sondern um Veränderungen auch in anderen Bereichen geht. Die Durchsetzung einer „alternativen Politik", so „Horizont", würde „günstigere Möglichkeiten für die weitere Entfaltung des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus schaffen". Wesentliche inhaltliche Elemente einer alternativen Politik entstünden in den Aktionen der „Friedenskräfte". Es handele sich um Forderungen an die westlichen Regierungen, „mit denen man im nationalen Interesse auf eine konstruktive Gestaltung ihrer Außenpolitik Einfluß nehmen kann". Zugleich führten rein außenpolitisch erscheinende Forderungen „gegen die atomare Hochrüstungs- und Kriegspolitik" auch zu Konsequenzen im innenpolitischen Bereich.

Die Zeitschrift verwies schließlich darauf, daß die entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung einer alternativen Politik „die Vereinigung aller demokratischen Bewegungen in den imperialistischen Ländern" sei. Nur so sei es möglich, „einen außergewöhnlichen gesellschaftlichen Druck" zu entfalten. Eine „Verbindung des Kampfes der organisierten Arbeiterklasse" mit dem anderen Bewegungen zu erreichen, sei eine „ständige Aufgabe" der kommunistischen Parteien.

Die Zeitschrift „Horizont" ging auch auf die Ostermärsche 1983 ein. Sie zeugten von der Kraft, zu der sich die „Friedensbewegung" in Westeuropa entwickelt habe. Zitiert wurde der DKP-Vorsitzende Herbert Mies, der das Engagement zahlreicher sozialdemokratischer Politiker daran sowie die „stärkere Verbindung von Abrüstungs- mit sozialen Forderungen" herausgestellt habe.

DER KOMMENTAR

Horizont

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Man könnte die marxistisch-leninistischen Gehirnwindungen der Zeitschrift „Horizont", Sprachrohr des Außenministeriums in Ost-Berlin, im großen Papierkorb der Zeitgeschichte ablegen, gäbe es nicht eine merkwürdige Duplizität: Eppler bestätigt – hoffentlich unfreiwillig –, was „Horizont" wortreich behauptet.

Die „DDR"-Zeitschrift ortet in der Bundesrepublik und Westeuropa eine „Friedensbewegung in historisch neuen Dimensionen", schlägt ihr die Grünen, Teile der Sozialdemokratie, pauschal auch die Gewerkschaften hinzu, und vereinnahmt diese „wachsende demokratische Massenbewegung" als klassenkämpferische Kraft zur Durchsetzung einer „alternativen Politik" in den westlichen Ländern. Zuvorderst soll der „Friedenskampf" den amerikanischen Raketen gelten, aber getreu der DKP-Parole „Arbeitsplätze statt Raketen – wehrt euch!" gehe es auch um die sozialen und demokratischen Rechte. Mit einem Wort: Gemeint ist eine gesellschaftspolitische Umwälzung in jenen Ländern, denen die Segnungen eines kommunistischen Regimes noch vorenthalten geblieben sind.

Soweit die Auslassungen von „Horizont", die den seit langem bekannten Horizont ideologischer Leistendrescherei in der „DDR" nicht übersteigen. Aber da meldet sich Eppler, Mitglied des SPD-Bundesvorstands, zu Wort: Er halte eine Diskussion über den Austritt aus der NATO für unvermeidlich, falls US-Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden. Eppler, der Präsident des Evangelischen Kirchentags in Hannover sein wird, ist nicht der einzige prominente Sozialdemokrat, der das westliche Bündnis in Frage stellt.

Wie Berlin und die ganze Bundesrepublik im geteilten Deutschland, im gespaltenen Europa Sicherheit finden könnten, wenn nicht im Bündnis mit Amerika, das mag ein Kirchentagspräsident dem lieben Gott überlassen. Für „Horizont" liegt der Fall nicht minder eindimensional: Eppler und Lafontaine sind lebender Beweis dafür, daß der Monopolkapitalismus an sich selbst zugrunde geht – um so schneller, je überzeugender man es versteht, den Untergang der freiheitlichen Lebensordnung als Kampf für den Frieden auszugeben.

Trevor-Roper greift den „Stern" an

SAD/DW. London

„Grobe Verantwortungslosigkeit" hat der britische Historiker Hugh Trevor-Roper der „Stern"-Redaktion vorgeworfen. In der Londoner Zeitung „Daily Express" beschuldigte er die Illustrierte, ihn im Zusammenhang mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern irregeführt zu haben. „Ohne die Versicherungen (der Zuständigen beim „Stern") wäre ich bestimmt nicht zu dem Schluß gekommen, daß die Tagebücher echt sind. Ich fragte Chefredakteur Peter Koch, ob ihm persönlich bekannt sei, wer Heidemanns Quelle war, und er sagte ja."

Trevor-Roper (Lord Dacre) sagte weiter, ihm sei vom „Stern" über Labortests berichtet worden, wonach das Papier der „Tagebücher" das entsprechende Alter besäße.

Die Staatsanwaltschaft Hamburg nahm inzwischen die Ermittlungen gegen den „Stern"-Reporter Heidemann wegen Betrugsverdacht auf. „Stern"-Herausgeber Henri Nannen wendet sich im Leitartikel der jüngsten Ausgabe der Illustrierten gegen den Vorwurf, Sachverständige seien vom „Stern" getäuscht oder falsch zitiert worden. In einer Erklärung der Redaktion hieß es, die Gutachter hätten möglicherweise „Fälschungen mit Fälschungen verglichen". Den Experten seien zum Vergleich mit Dokumenten aus den angeblichen Tagebüchern Schriftstücke aus dem Archiv Heidemanns übergeben worden, von deren Echtheit der „Stern" damals ausgegangen sei. Heute aber müsse man vermuten, daß auch diese Unterlagen gefälscht seien.

Seite 2: „Stern"-Deutung
Seite 3: Nach dem „Stern"-Skandal heftige Kritik an Nannen

KSZE: Reagan will „starkes" Dokument

DW. Bonn

Die USA bestehen auf der Verankerung einer „starken Menschenrechtsklausel" in der Schlußerklärung der Madrider KSZE-Folgekonferenz. Präsident Ronald Reagan vertrat in einem Interview der Illustrierten „Bunte" die Auffassung, daß der Frieden in der Welt nur dann gesichert werden könne, wenn die Wahrung der Menschenrechte zum Maßstab der Politik gemacht würde.

„Bunte"-Chefredakteur Hubert Burda erinnerte in dem Interview an den Hinweis des Berliner Verlegers Axel Springer, daß die USA im Namen der Freiheit auf die Bühne der Weltpolitik getreten seien. Springer habe gemahnt, die Sehnsucht nach Freiheit derer nicht zu vergessen, die noch heute in sowjetischer Sklaverei leben müßten oder gar in Kerkern schmachteten, sei es in Bautzen, in einer Psychiatrischen Klinik oder irgendwo im Archipel GULag. Burda knüpfte daran die Frage: „Wie können die USA helfen, diesen Ungerechtigkeiten ein Ende zu bereiten?"

Reagan antwortete: „Ich stimme völlig damit überein, daß die wichtigste Aufgabe der Vereinigten Staaten in der Welt auf unserer Verpflichtung zu Frieden und persönlicher Freiheit basiert. Wir glauben fest, daß Weltfrieden und Stabilität nur dann erreicht werden können, wenn die Regierungen die Erwartungen ihrer Bürger erfüllen, einschließlich der Anerkennung der Menschenrechte, wie sie zum Beispiel in der Charta der Vereinten Nationen und in der Schlußakte von Helsinki niedergelegt sind. Die Vereinigten Staaten müssen

▲ Fortsetzung Seite 10

Mit Streik und Bummelei gegen das Khomeini-Regime

Obstruktion und Fehlleistungen nehmen in Iran zu

dpa, Paris

In Iran sucht und findet die Opposition offenbar zunehmend Formen des passiven Widerstands, die dem Teheraner Regime nach Meinung von Beobachtern auf Dauer gefährlicher werden können als der Untergrundkampf der Khomeini-Gegner. Nach in Paris eintreffenden Berichten nehmen außer Streiks im öffentlichen und privaten Sektor auch das häufige Fernbleiben vom Arbeitsplatz und die Obstruktion durch Verzögerungstaktik und Fehlleistungen zu.

Im Westen der iranischen Hauptstadt kam es nach Informationen aus Pariser Exilantenkreisen in einem Automontagewerk in den vergangenen Monaten dreimal zu Arbeitsniederlegungen. Bei ihrer jüngsten Streikaktion im vergangenen Monat erreichten die Arbeiter nach 13 Tagen Ausstand vom Management die Erfüllung aller ihrer Forderungen. Kleinere Streiks soll es wiederholt bei der staatseigenen Eisenbahn in den Städten Parandak und Dorud gegeben haben. Auch hier nahmen die Lokomotivführer im vergangenen Monat ihre Arbeit erst wieder auf, nachdem sie von einer Armee-Delegation unter Hinweis auf ihre wichtige Rolle im Krieg gegen Irak dazu überredet worden waren.

Andeutungen über Arbeitskämpfe finden sich in verschleierter Form nicht selten in der zensierten Presse in Teheran. Auch Mitglieder des Parlaments gehen in ihren Reden gelegentlich darauf ein und warnen vor wachsender Unruhe unter den Arbeitern auf Grund der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Die anderen Formen des Widerstands wurden vom Sprecher des Parlaments als „negatives Verhalten" wiederholt gerügt. Vor allem im Dienstleistungsbereich dauern Vorgänge, die normalerweise in Stunden zu erledigen wären, Wochen oder Monate. „Kommen Sie in einem Monat wieder", ist schon zur Routine-Antwort geworden.

Züge und Flüge werden oft als „ausgebucht" bezeichnet und verkehren in Wirklichkeit nahezu leer. Versorgungsengpässe auf Grund bürokratischer Kompetenz-Streitereien sind an der Tagesordnung: Kürzlich wurden große Mengen inzwischen knapp gewordener Kartoffeln und Zwiebeln in einem regierungseigenen Lager gefunden. Sie faulten vor sich hin.

Heute in der WELT

Nach dem Feiertag Christi Himmelfahrt erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Freitag. In einigen Gebieten erscheinen Zeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaften zusammenarbeiten, am Freitag nicht. Unsere Abonnenten erhalten dort deshalb die WELT von diesem Tag durch die Post.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

„Stern"-Deutung

Von Herbert Kremp

Im Grunde sei nichts vollständig geklärt, andere seien schuld, und bei den Kritikern des „Stern" handle es sich um „Besserwisser, Neider und Gegner". So klebt Henri Nannen seinen zerbrochenen Krug zusammen. Von Aufklärung der Desinformation über ein zentrales, uns tief beeinflussendes Kapitel deutscher Geschichte kein Wort.

Es ist nur wenige Wochen her, da sollte aufgrund der neuen Erkenntnisse aus den Hitler-Tagebüchern die deutsche Geschichte in Teilen umgeschrieben werden. Jetzt erklärt Henri Nannen, daß die Geschichte der „Stern"-Recherche erst geschrieben werden könne, „wenn sie restlos aufgeklärt" sei. Die Fülle der Ankündigungen erhöht die Spannung.

Der „Stern" gleicht einem havarierten Schiff, das einen Nebelvorhang um sich legt. Das mag dem Geschäftsinteresse entsprechen. Aber der Fall, in den sich die Illustrierte verfahren hat, geht weit über Geschäftsinteressen, die ihren eigenen Rang haben, hinaus. Denn es ist doch seit der Aufdeckung der Fälschung nicht mehr zu bestreiten, daß interessierte Kreise aus einem konspirativen Hintergrund den Versuch unternommen haben, das Hitler-Bild aufzuschönen. Die Intelligenzleistung bestand dabei nicht in der Fälschung, die nach professionellem Urteil „stümperhaft" war. Sie bestand vielmehr in der richtigen Einschätzung des „Wirtes", den der Parasit gefunden hat, des „Stern" und seiner unbegrenzten Schlucksucht.

Die Fälscher und ihre Geschäftsträger müssen aber auch erkannt haben, daß die historische, besonders die zeitgeschichtliche Neugier in Deutschland in erstaunlichem Maße zugenommen hat und daß diese Neugierde, die mit einem höchst unsicheren Urteil über die eigene Geschichte einhergeht, sich wahrscheinlich alles auftischen läßt, sogar einen „anderen Hitler". Deshalb ist der aufgedeckte Fälschungsversuch ein politischer Fall. Der „Stern" kennt die Hintergründe, er sollte sie aufzeigen. Oder haben die Führer dort nichts gewußt?

Griff ans Plastron

Von August Graf Kageneck

Mitterrands beschwörender Appell an die westlichen Industriestaaten, allen voran die USA, zu einem neuen Bretton Woods als letzem Ausweg aus der Krise zu gelangen, hat eine alte Tradition. Französische Präsidenten von de Gaulle bis Giscard haben stets Krieg gegen den Dollar geführt. Da der Dollar nun einmal für amerikanische Macht in der Welt steht, verbarg sich dahinter das Aufbäumen der stolzen gallischen Nation gegen die amerikanische Hegemonie. Der Sozialist Mitterrand hat noch gewichtigere ideologische Gründe, dem reichen Onkel Sam hinsichtlich seiner Verantwortung für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung ans Plastron zu fassen.

Über die Nützlichkeit seines Vorschlages kann man geteilter Meinung sein. Seit 1944, dem Jahr der Bretton-Woods-Konferenz, hat sich die Welt gründlich geändert. Die Amerikaner stehen nicht mehr alleine da. Japan und Europa haben sich als gleichberechtigte Partner auf ihre Höhe hinaufgearbeitet, und jeder kehrt in einer multipolaren Welt zunächst vor seiner eigenen Tür. Auch sollte man das Pferd vielleicht von vorne aufzäumen und erst einmal dafür sorgen, daß die Wirtschaftspolitik in den westlichen Ländern ein bißchen besser koordiniert wird.

Gerade hier nämlich fehlt es Mitterrands Initiative am Realismus. Sie hätte mehr Chancen gehört zu werden, wenn sie nicht von einem Mann käme, dessen Regime nach zwei Jahren wirtschaftlich abgewirtschaftet hat. So klingt sein Appell wie der Hilferuf eines Armen unter Reichen mit entsprechenden Chancen, gehört zu werden.

Dennoch wird Onkel Sam gerne sein Haupt neigen. Frankreich ist sein ältester Freund auf dem europäischen Kontinent. Und Mitterrand hat sich als eiserner Atlantiker erwiesen. Wenn immer irgend etwas in Europa mit den Deutschen schieflaufen sollte – in Washington wird man sich um so lieber auf die Franzosen besinnen.

Immer wieder schön

Von Peter Dittmar

Was müssen wir doch entbehren, weil wir im westlichen Teil Deutschlands leben. Wir wissen gerade noch, wie Erich Honecker aussieht und sind froh, daß wir ihn nicht mit Willi Stoph verwechseln – die Deutschen, die das „Neue Deutschland" lesen, haben es da wahrscheinlich besser. Denn nach dem alten Motto der Werbestrategen: „Etwas Gutes kann man nicht oft genug sagen", zeigen sie – der Marxschen Relation von der Quantität, die irgendwann in eine höhere Qualität umschlägt, gewiß – immer wieder schöne Fotos des „Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR".

Anläßlich seines Moskaubesuches vor ein paar Tagen beispielsweise war Honecker immerhin viermal auf der Titelseite zu sehen und weitere viermal auf den Seiten 2 und 3. Aber das war erst ein Anfang. Einen Tag später zierte Honeckers Foto-Konterfei die Seite 1 sechsmal, und weitere sechsmal war er im Inneren des Blattes zu finden.

Trotzdem wäre es falsch, hier Übertreibungen zu vermuten, gar Personenkult. Eher ist von Bescheidenheit zu sprechen. Denn als die Leipziger Messe eröffnet wurde, gab es Honecker zwar nur zweimal auf der Titelseite des „ND" (Immerhin drängte er den vor hundert Jahren gestorbenen Marx damit schon auf den Fuß der Seite ab), aber auf den folgenden Seiten addierte sich die Porträtfolge auf die stattliche Zahl von 27 Honeckerfotos in einer Ausgabe.

Bei der Nennung des Namens Honecker befleißigt sich das „Neue Deutschland" vollends aller Zurückhaltung. Nur 16mal kam er am ersten, 18mal am zweiten Tag des Moskaubesuches auf der Titelseite vor. Was ist das schon im Vergleich zu den sowjetischen Genossen? Deren Spitzenleistungen sind nach wie vor unerreicht. Unbestrittener Rekordhalter ist weiterhin Stalin. Auf der ersten Seite der „Prawda" vom 17. November 1950 gab es zwar kein Bild von ihm, aber dafür wurde sein Name 101mal gedruckt.



„Gemach, gemach, Andropow, die Syrer schaffen das schon!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Votum für die Gradlinigkeit

Von Fritz Wirth

Mit einem Wort des Franz von Assisi auf den Lippen zog Frau Thatcher vor vier Jahren in Downing Street ein. Harmonie, Wahrheit, Glauben und Hoffnung versprach sie einer Nation zu bringen, die in einer Serie zumeist selbstverschuldeter Krisen den Glauben an sich selbst zu verlieren drohte. Es war die Botschaft einer politischen Missionarin.

Was ist heute, da sie die Nation um eine Verlängerung dieses Auftrags anhält, von dieser Mission übriggeblieben? Wie bietet sich dieses Großbritannien nach vier Jahren Thatcher dar? Mißt man es an Daten und Statistiken, gibt diese Bilanz eher zur Sorge denn zum Jubel Anlaß. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich, die Produktionsrate der britischen Industrie sank um 15 Prozent, das Pfund blieb eine Jo-Jo-Währung. Diesen Negativposten steht die Reduzierung der Inflationsrate von 10 auf 4,6 Prozent entgegen.

Die Zahlen reflektieren Krisensymptome. Sie sind aufschlußreich und sollen nicht leichthin wegdiskutiert werden. Dennoch reichen sie nicht aus, um Anspruch und Erfüllung des Missionsauftrags dieser Frau zu bewerten. Denn sie wollte eben mehr als nur Krisensymptome beheben, sie wollte das Umfeld, die Strukturen, Gewohnheiten und Denkweisen ändern, die diese Krisen verursachten, die immerhin so dauerhaft und intensiv waren, daß sie in der Zustandsbeschreibung der „englischen Krankheit" mündeten. Sie wollte die britische Gesellschaft reformieren.

Es wäre vermessen und leichtfertig, ihr nach vier Jahren schulterklopfend ein „Auftrag erfüllt" zu bescheinigen. Durch diese Nation ziehen sich weiterhin die Gräben der Klassenstrukturen. Durch dieses Land geht immer noch ein tiefer soziologischer und ideologischer Bruch zwischen dem vernachlässigten Norden und dem wohlhabenden Süden; und die von Frau Thatcher geäußerte Sehnsucht nach Harmonie klingt hohl mit Erinnerungen an Straßenkämpfe und Aufstände, wie sie sich vor zwei Jahren in den Armenvierteln von London, Liverpool und Manchester ereigneten. Die britische Ur-Sehnsucht nach „einer Nation" ist heute so unerfüllt wie in Disraelis Tagen.

Dennoch ist in den vier Jahren der Thatcher-Ära einiges in Bewegung geraten. Sie hat das Verhältnis dieser zur Beschaulichkeit neigenden Nation zur Leistung und zum Wettbewerb geändert. Es gibt deutliche Zeichen eines neuen Realismus, eines neugefundenen Selbstvertrauens und neuer Verantwortlichkeit. Man streikt nicht mehr auf Zuruf hin, wie beispielsweise die Bergarbeiter bei drei Gelegenheiten bewiesen, als sie ihre streikseligen Funktionäre im Stich ließen. Die gleichen Bergarbeiter immerhin, die vor zehn Jahren einen Edward Heath zu Fall brachten.

Man kann sagen, daß die Nation dafür einen teuren Preis bezahlt hat und daß dieser Realismus mit Hilfe der Zuchtrute drohender Arbeitslosigkeit erzielt wurde, obwohl es unfair und unzutreffend ist, diese 3,2 Millionen britischen Arbeitslosen pauschal die „Arbeitslosen der Frau Thatcher" zu nennen, wie es die Labour Party tut. Diese Behauptung wird nicht zuletzt durch die Tatsache widerlegt, daß – relativ gesehen – die Zahl der Arbeitslosen seit 1979 in der Bundesrepublik stärker angewachsen ist als in Großbritannien.

Frau Thatcher hat vor vier Jahren kein Himmelreich versprochen und den Briten keines beschert. Dies waren Jahre der Härte und der Opfer, die den industrialisierten Norden härter trafen als den Süden. Sie hat mit ihrer oft unerbittlichen und unerschütterlichen Reformpolitik den Bürger von der Hängematte eines allzu protektiven Wohlfahrtsstaats heruntergeholt und dem rauhen Wind einer Leistungsgesellschaft ausgesetzt. Man kann darüber streiten, ob sie es mit der notwendigen Sorgfalt und Rücksicht getan hat, doch man kann nicht hingehen und diese Politik prinzipiell verurteilen und zugleich mit hämischer Lust britische Bequemlichkeit und Teepausen-Mentalität glossieren.

Niemand wird behaupten können, daß das Endziel dieser Thatcherschen Reformpolitik auch nur annähernd in Sicht ist. Es liegen keine greifbaren Erfolge, es liegen bestenfalls ermutigende Signale vor. Die Briten aber haben immerhin erkennen können, daß sie über die Werkzeuge und die Eigenschaften verfügt, neue Türen zu öffnen. Und das ist die Erklärung für das erstaunliche Phänomen, daß diese Frau trotz einer nur schemenhaft erkennbaren Erfolgsbilanz seit über einem Jahr (und nicht erst seit dem Falkland-Krieg) so populär ist und in den Meinungsumfragen so deutlich vor der Labour Party liegt. Es ist nicht so sehr ein Vertrauensvotum für die Ergebnisse, sondern für den Stil, die Geradlinigkeit und unerschütterliche Zielstrebigkeit ihrer Politik. Für die Briten ist das nach einer Serie großer Zauderer, Umfaller und Manipulatoren in Downing Street, von Harold Wilson über Edward Heath und James Callaghan, ein neues Phänomen.

Seit den Tagen Harold Macmillans hat es in Großbritannien keine langfristige und kontinuierliche Krisen- und Reformpolitik mehr gegeben. Statt dessen gab es schockartige ideologische und konzeptionelle Wechselbäder zwischen sozialistischen und konservativen Heilslehren, gab es Umfälle, Kehrtwendungen und am Ende Sackgassen. Der 9. Juni bietet den Briten die Chance, diesen Krisenzyklus zu durchbrechen.



Anstöße zum Umdenken: Premier Thatcher FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Olara Otunnu

Die Präzision in Person

Von Irène Zücker

In Diplomatenkreisen gilt er als unparteiischer Gentleman mit „eingebauter Quarzuhr", weil er das Talent hat, auf internationalen Konferenzen Spannungen abzubauen und Sitzungen auf die Minute genau zu planen und durchzuziehen. Dieser Steckbrief gilt dem UNO-Diplomaten Olara Otunnu aus Uganda, der sechs Wochen lang der diesjährigen Menschenrechtskonferenz in Genf präsidiert hat. Die Delegierten sind sich darin einig, daß es lange schon keine so geschäftsmäßige, disziplinierte und faire Tagung mehr gegeben hat, wie diese von Otunnu geleitete Mammutveranstaltung. Geschickt bewegte sich der Afrikaner zwischen den ideologischen Rivalen von Ost und West, die natürlich auch auf dem Forum der Menschenrechte aufeinanderprallten.

In der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker und Wiedervereinigung vermied es Otunna allerdings ebenfalls, Stellung zu beziehen. Angesprochen auf die 54 000 Selbstschußanlagen der „DDR" an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland, meinte Olara Otunnu, dies sei eine Angelegenheit, welche die deutschen Brüder unter sich bereinigen müßten.

Dem in Oxford und Harvard promovierten Rechtsanwalt eilte sein guter Ruf nach Genf voraus. Bereits im New Yorker Sicherheitsrat hatte er die Gabe gezeigt, Emotionen abzubauen und Probleme zu klären. So im Dezember 1981 bei der schwierigen Wahl des neuen UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar, wo Otunnu als Vorsitzender die Lösung zustande brachte.

Die gegenwärtige Hauptaufgabe des ugandischen Botschafters liegt jedoch im Präsidium der sogenannten Kontaktgruppe der globalen Verhandlungen in New York, dem ehrgeizigsten und umfassendsten Wirtschaftsprojekt der UNO, das eine Stabilisierung der internationalen Wirtschaftslage ermöglichen soll. Für dieses große Ziel, das von der Energie, über Währungsfragen, zu Handel, Wissenschaft und Technologie alles einschließt, setzt Otunna seine ganze Kraft ein. Seine Verhandlungspartner sind die zukünftigen Vertragsparteien: die westlichen Industriestaaten, die kommunistischen Länder, die der Dritten Welt und da insbesondere die Gruppe der 77.



Elf Geschwister, täglich Feldarbeit: Olara Otunnu FOTO: DIE WELT

„Unsere gegenwärtige Welt ist sehr unsicher, viele Dinge brauen sich am Horizont zusammen", so Otunnu. „Doch ich habe Vertrauen, daß wir eine bessere Welt schaffen können."

Dieser Gedanke gibt dem Junggesellen aus Uganda Auftrieb, der die Entbehrungen unterprivilegierter Gesellschaftsschichten der Entwicklungsländer persönlich erlebte. Als Sohn eines protestantischen Katechisten – seine Mutter ist Analphabetin – mußten Olara und seine elf Geschwister täglich Feldarbeit leisten und die Ziegen hüten, um so das Schulgeld zusammenzukratzen, bis später Stipendien eintrafen.

Der knabenhafte, auf den ersten Blick unscheinbar wirkende Afrikaner bezeichnet sich als neugierig auf alle möglichen Evolutionen weltweit. Neben seiner internationalen Zielsetzung möchte er auch in seinem Vaterland dazu beitragen, daß aus den schmerzlichen Ruinen der Herrschaft Idi Amins eine neue Gesellschaft hervorgeht. Olara Otunna fühlt sich mitverantwortlich, zukünftig allen Erdenbürgern wenigstens die minimalen menschlichen Rechte zu garantieren. „Ich möchte eine andere, bessere Welt sehen", bestätigt der Ugander, dem in seiner Heimat eine ganz besondere Karriere vorausgesagt wird. Botschafter Otunnu ist erst 32jährig!

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DONAU-KURIER

Die in Ingolstadt herausgegebene Zeitung merkt zur Veränderung des politischen Klimas und des politischen Tones im Bundestag an:

In den Bundestag ist ein neuer Ton eingezogen. Es wird rücksichtslos angegriffen, ohne Handschuhe geboxt. Dabei erfolgen diese Attacken mit einer Schonungslosigkeit, die in einem eigenartigen Kontrast zu dem erklärten Pazifismus der Grünen und ihren Forderungen nach humaneren Umgangsformen steht. Die alten Parteien stehen dieser neuen Erscheinung vorerst einigermaßen hilflos gegenüber. Die Regierungsparteien neigen dazu, sich einfach zu schütteln, wenn sie derart mit kaltem Wasser übergossen werden. Die Sozialdemokraten prüfen erst vorsichtig, wie naß sie geworden sind, und reden den Grünen dann gut zu, sie sollten doch den Unsinn bleiben lassen. Eine wirkliche Diskussion zwischen den alten Parteien und den Neuankömmlingen im Bundestag fand nicht statt. Es gab keinen Austausch von Argumenten, bei denen man sich gegenseitig zu überzeugen versucht. Das ist das eigentliche Neue an dieser Volksvertretung: Durch ihre Reihen geht ein Graben, über den keine Brücke führt.

The New York Times

Hier heißt es über die Rahmenbedingungen einer Libanon-Lösung:

Von der mühseligen Vermittlertätigkeit des Außenministers Shultz ist zwar noch nicht Libanon, wohl aber die Wahrheit wiederhergestellt worden, daß Syrien den Schlüssel für die Unabhängigkeit Libanons hat. Diese Wahrheit bloßzulegen nützt dem Ansehen der Vereinigten Staaten in der arabischen Welt und damit auch dem Israels in Amerika. Aber die Wahrheit allein wird die Libanesen noch nicht frei machen. Die Israelis werden nicht aus Libanon abziehen, bevor dies auch die Syrer tun. Syrien aber läßt es in auffälliger Weise an jedem Anreiz zur Zusammenarbeit fehlen. Eine Stabilisierung Libanons würde Israel eine weitere stabile Grenze verschaffen. Somit könnte, was als ein Feldzug für ein Großsyrien begann, am Ende einem Großisrael nahekommen. Eine pro-amerikanische Koalition in Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und Libanon dürfte sich dann mit der Zerschlagung der PLO und der Annexion des Jordan-Westufers und der Golan-Höhen durch Israel abfinden und könnte ihre finanzielle Stärke dazu benutzen, auch Syrien zu dieser Haltung zu bringen. Um sich solchem Druck zu entziehen, setzt Präsident Assad weiter auf die Sowjetunion. Den Russen hat die Demütigung seiner Armee – und ihrer Flugzeuge und Raketen – durch die israelische Luftwaffe im letzten Sommer nicht gefallen. Sie haben ihm neue Boden-Luft-Raketen und 4500 sowjetische Berater geschickt. Diese können womöglich als Deckung für die Besetzung Ostlibanons durch Syrien dienen. Sie verleihen dem Kreml zudem eine Stimme, wenn nicht sogar ein Vetorecht bei der Entflechtungspolitik. Moskau erwartet seinerseits bestimmt von den Syrern, daß sie tun, was sie können, um die Koalitionsbildung Amerikas scheitern zu lassen.

Studenten auf Warteschleife – verkappte Arbeitslosigkeit

Bundeskanzler Kohl will die Suche nach Alternativen zum Hochschulstudium unterstützen / Von Günter Zehm

Die Rede von Bundeskanzler Kohl vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz war ein bildungspolitischer Fanfarenstoß. Nun haben wir es gewissermaßen regierungsamtlich: Bonn ist nicht mehr, wie noch zur Zeit der sozialliberalen Koalition, der Meinung, daß der wahre Mensch erst beim Akademiker anfange und daß es deshalb darauf ankomme, möglichst viele Universitäten zu gründen und möglichst jeden Schulabgänger in diese Universitäten hineinzustopfen. Bonn sucht jetzt ehrlich nach Alternativen zum Hochschulstudium, und das ist eine gute Nachricht.

Mittlerweile ist die Lage freilich so verfahren, daß es noch geraume Zeit dauern wird, bis wir wieder einigermaßen normale Verhältnisse an der Bildungsfront bekommen werden. Angesichts des knappen Lehrstellenmarktes sind manche ganz froh, daß faktisch alle Abiturienten studieren und den Haupt- und Realschülern keinen Verdrängungswettbewerb um industrielle und handwerkliche Ausbildungsplätze liefern. Viele Studenten sind verkappte Arbeitslose. Sie ziehen „Warteschleifen" im Bildungssystem, und ihre Aussichten, dermaleinst einen ihrem Studiengang angemessenen Arbeitsplatz zu finden, tendieren nach Null.

Die Länderregierungen werden inzwischen schon von der Angstvision der „Zeit nach dem Pillenknick" geplagt. Die Zahl der Studienbewerber wird dann dramatisch zurückgehen, viele der mit teurem Geld neuerrichteten Universitäten werden faktisch leerstehen, ihre Dozenten könnten den ganzen Tag forschen – wenn, ja, wenn sie dazu nur in der Lage wären. Eine große Zahl von „Discountprofessoren", die in der „Reformzeit" auf lebenslange Beamtenstellen vorrückten, obwohl sie deutlich unterqualifiziert waren, wird aber nur Däumchen drehen können.

Wenn sich die Regierungen zur Zeit bei der Bewilligung von Mitteln zum Hochschulausbau bockig zeigen, so folgen sie damit nicht nur dem Gesetz der leeren Kassen, sondern sie richten sich auch auf die Zeit nach etwa 1987 ein, in der sich der „Flaschenhals" der geburtenstarken Jahrgänge wieder geöffnet haben wird. Im Augenblick sind wir mittendrin im Flaschenhals. Alle Hochschulen müssen eine „Überlastquote" tragen und ertragen: mehr Studenten und mehr Arbeit bei gleichbleibenden oder sogar schwindenden Studienplätzen und Finanzmitteln.

Die neue Bundesregierung in Bonn hat bisher noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie den Ländern in ihren bildungspolitischen Nöten wirksam beispringen will. Sie äußert sich hinhaltend, begnügt sich mit Seelenmassage, schreckt vor einer Novellierung des Hoschschulrahmengesetzes zurück. Auf die Dauer wird sie damit nicht durchkommen. Wer akademische Massenarbeitslosigkeit, ein weiteres Absinken des inneruniversitären Niveaus und neue kulturrevolutionäre Ausbrüche verhindern will, der muß sich zu tiefgreifenden Änderungen der herkömmlichen Bildungspolitik bereitfinden.

Das Beamtenrecht und die traditionellen Laufbahnstrukturen müssen dahingehend modernisiert werden, daß sie auch den Absolventen des beruflichen Bildungssystems Aufstiegschancen bis zu den höchsten Rängen eröffnen. Bewährung und Erfolg im praktischen Berufsleben müssen auf breitester Front zu Bewertungskriterien für Postenbewerber gemacht werden. Hier kann der Staat viel von der Industrie lernen, die einen großen Teil ihres Spitzenmanagements aus erfahrenen Praktikern der eigenen Reihen rekrutiert.

Bürokratische Lenkung und Reglementierung der Universitäten kann nicht die Antwort sein auf leere Kassen und Pillenknick. Statt dessen sollte man es den Universitäten in Zukunft weitgehend selbst überlassen, in Konkurrenz zueinander zu treten, hohe Leistungen zu offerieren und dafür auch Studiengebühren zu fordern. Die Rolle des Staates beschränkte sich dann darauf, durch ein System der finanziellen Begabtenförderung die Startchancen der Studenten auszugleichen.

Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit ihrem in der Regierungserklärung bekundeten Bekenntnis zur Leistungselite, dann muß sie auf allen Ebenen Schluß machen mit dem Gießkannenprinzip bei der Finanzierung von Bildungsaufgaben, und sie muß darauf hinwirken, daß den „Graduierten", den Begabten und Leistungsbereiten, auch Sonderstudiengänge mit günstigeren Berufsaussichten erschlossen werden. Differenzierung und Durchlässigkeit müssen in ein optimales Verhältnis zueinander treten, d. h. es muß eine Fülle von anspruchsvollen Studienmöglichkeiten geben, deren Benutzer allein nach Begabung und Leistung, nicht auf Grund anonymer bürokratischer Regeln ausgewählt werden.

Der Blick auf eine gut funktionierende, gut ausdifferenzierte Bildungslandschaft mit leistungsfähigen, untereinander konkurrierenden Universitäten und Fachhochschulen, mit „normalen" und „graduierten" Studiengängen und mit einem beruflichen Bildungssystem, das auf dem Weg über die praktische Bewährung ebenfalls zu höchsten Rängen führen kann, mag angesichts der gegenwärtigen Bildungsmisere utopisch wirken, aber nur eine Regierung, die über alle Tagesaktivitäten hinweg, diesen „utopischen" Horizont im Auge behält, hat Aussichten, auch die Forderungen des bildungspolitischen Alltags zu meistern.





Marx auf der Lippe, Luther im Herzen, und Frieden im Sinn

Von HANS-R. KARUTZ

Die Ersten waren nicht die Letzten. Der Strom vor allem junger Menschen zum luftigen „Luther-Tag" in Eisenach, die mit der Sanftmut altrömischer Christen im Blick ihrer „festen Burg" sangen, sich beim Abendmahl zu Brot und Wein drängten und die windkalten Hände zur Schale für die Hostie formten, bestätigt Tendenzen. Mit Karl Marx auf den Lippen, aber Martin Luther im Herzen und Frieden im Sinn belegen Tausende junger Menschen in der „DDR" den Zug der Zeit. Der Hang zum Transzendenten, die Sehnsucht nach dem *Unfaßbaren inmitten faszinations*loser Plan-Vergötterung verstärkt sich.

Fünf, vielleicht sogar acht bis zehn Prozent der Nach-Mauer-Generation drüben suchen – fernab von eigentlicher Kichenfrömmigkeit – den Sinn des Lebens nicht mehr nur im Bruttosozialprodukt.

Im Vorfeld von sieben regionalen Kirchentagen – die Serie beginnt morgen in Erfurt – bestätigen sich Befürchtungen der Staatsführung: Karl Marx und der internationale Proletarismus, das abstrakte kommunistische Gesellschaftsmodell mit seiner privilegierten Funktionärsklasse der „DDR" von heute, haben viele Jugendliche taub gemacht und ihre Wunderwirkung verloren.

Nun machen die Marx- und Engels-Enkel auch Gebrauch von dem, was die agitatorische Lockvogel-Speise der sogenannten „Erbe-Pflege" ihnen anbietet: mit Luther eben einen der größten Söhne des deutschen Volkes zu ehren. Diese Jugend nimmt hin, daß Erich Honecker in Marx den „größten Sohn" dieses Volkes sieht, aber sie nimmt es ihm nicht mehr ab.

„M-L" – bis vor kurzem noch die alleinige Kurzformel für „Marxismus-Leninismus" – weicht immer mehr dem, was es auch ist: die Initialen des Reformators.

Diese durchaus mit leicht kulturrevolutionären (Rück-)Zügen in die deutsche Vergangenheit behaftete Entwicklung vollzieht sich ohne jedem aggressiven Beigeschmack, Richard von Weizsäcker war auf der Wartburg als prominentester Besucher aus dem Westen ein ebenso gefragter Autogrammgeber wie später Horst Sindermann – einer von sieben Stellvertretern Erich Honeckers als Staatsratsvorsitzender und Volkskammer-Präsident.

Gelassen sieht die Jugend das Lutherjahr

Es muß für einen eher bürgerlichen Parteimann wie den früheren Ministerratsvorsitzenden der „DDR" eine völlig neue Erfahrung gewesen sein, spontan und freiwillig von jungen Leuten umringt zu werden, die nicht die unreflektierte Befehls-Mentalität der uniform gekleideten FDJ-Ordnungsgruppen im Blick haben, sondern die „fröhlich und frei" (Luther) ihren stundenlangen Ordnungsdienst versahen.

Der Tag auf der Wartburg, der bis in den Herbst hinein eine Folge der größten Kirchentags-Treffen, die die „DDR" jemals sah, nach sich zieht, lehrte die anwesende SED-Prominenz mehrere Dinge.

„Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen" als deutsch-deutsches Lutherjahr-Motto beiderseits der Grenze meint, was es aussagt: Für viele Menschen in der „DDR" steht in einer Zeit, da die Staatsmacht den Atomkrieg üben und den „countdown" bis zum Ernstfall trainieren läßt, das Übersinnliche höher als Staatsideologie und der Glaube an die historische Zwangsläufigkeit jeder Geschichte. „Das Gebet ist nicht Alibi der Tatenlosen", sagte der katholische Bischof von Görlitz, Bernhard Huhn, in einem der wenigen gewichtigen Luthertags-Grußworte dieses denkwürdigen Termins in Eisenach.

Der „DDR"-Nachwuchs, von Krippe über Kindergarten, Thälmann-Pioniere, FDJ-Gruppe und obligatorischem Marxismus-Leninismus-Grundkurs her antireligiös erzogen, nimmt die Ausnahmesituation des Luther-Jahres mit Gelassenheit hin. „Wir wissen, daß die gegenwärtige Zurückhaltung der Behörden im kommenden Jahr wieder umschlagen kann", sagen die Skeptiker.

Zur Zeit hält die staatliche Seite im Kleinkrieg um Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" und anderen zeugnishaften Symbolen des Pazifismus den Wartburg-Frieden ein. Wie man indes noch vor Wochen mit denen umsprang, die diese Aufnäher trugen, schildert ein Betroffener: „Na, man wird eben auf der Straße von einem Wachtmeister angehalten. Der sagt dann – ganz individuell höflich oder barsch: ‚Machen Sie bitte den Aufnäher ab!' Fragt man nach dem Grund, wird die Aufforderung eigentlich nur wiederholt – Diskussionen gibt es nicht. Wahrscheinlich auch deshalb, weil die Beamten dem von der Argumentation her häufig nicht gewachsen wären."

Wer sich weigert und eine Rücksprache bei der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt oder Gemeinde verlangt, landet irgendwann auf dem Volkspolizei-Kreisamt. Die Behörden geben in der Pflugscharen-Kontroverse subtiler als vor rund einem Jahr vor: „Der Aufnäher wird nicht etwa abgerissen, sondern von einem beauftragten Schneider fachmännisch abgetrennt", hört man. Für diese „Arbeit" müssen die jungen Leute eine Gebühr zahlen: „Genau eine Mark und achtundachtzig Pfennig", berichtet ein 21jähriger. Als Quittung gibt es einen kleinformatigen Bon – Ordnung muß sein.

Als „Rechtsgrundlage" für derartige Maßnahmen, die in jedem Falle die Eintragung in Schul- und Personalakten nach sich ziehen, verweisen die Polizisten stets auf eine Anordnung. „Bittet man aber darum, sie sehen oder lesen zu können, wird das kategorisch abgelehnt", berichtet ein Jugendlicher. Kein Verwaltungs- oder Verfassungsgericht schützt in der „DDR" die laut Verfassung garantierten Individualrechte der Bürger.

Angst vor Kirchenkampf Ulbrichtscher Prägung

Diese Situation des Ausgeliefertseins gegenüber einer unkontrollierbaren Allmacht, die das Wohl des einzelnen zu schützen vorgibt, erklärt den seit zwei, drei Jahren unablässig steigenden Zulauf zu allen kirchlichen Einrichtungen. Kindergärten – oft nur mit wenigen Plätzen, weil es an Fachpersonal fehlt – registrieren Voranmeldungen noch gar nicht geborener Kinder.

Diakonissenhäuser mit – beispielsweise 80 Plätzen – können jährlich in der Regel unter der zwei- bis dreifachen Zahl junger Bewerberinnen auswählen: „Dabei verlangen die staatlichen Fachschulen, die später auch die Prüfung abnehmen, einen Abschluß-Durchschnittswert von 1,8 bis 2,0 der Oberschule.

Nicht anders steht es bei der Nachfrage für die Plätze an den beiden einzigen kirchlichen Oberschulen mit Kirchen-Abitur, die es in der „DDR" gibt. Sie befinden sich in Potsdam-Hermannswerder und Naumburg. Auch die drei theologischen Ausbildungsstätten in Ost-Berlin, Leipzig und Naumburg sind mehr als ausgelastet.

Anstellungen bei der Kirche dienen vielen, die wegen ihrer Ausreiseanträge in die Bundesrepublik ihre oft gut dotierten Posten im Staatsdienst verloren haben, um zu „überwintern". Friedhofsgärtner und Leichenwärter gehören bei dieser Gruppe schon zu den „klassischen" Tätigkeiten.

Die Besorgnis und Zukunftsangst vieler junger Menschen in der „DDR", die sie wieder nach Gott und dem Lebenssinn hinter dem Alltagsfrust fragen läßt, läßt sich an der bequemen „No-future"-Haltung mancher ihrer Altersgenossen westlich der Schlagbäume nicht messen: „Ich bin 19 Jahre und habe trotzdem nichts mehr zu verlieren. Sie reden und reden hinter fester Tür. Wollen Sie uns bis zum Untergang vertrösten?", wandte sich ein junger Mann auf dem „Friedensforum" der Dresdener Christen am 13. Februar 1982 in tiefem Ernst an die geistlichen Oberhirten.

Sie aber können – wollen sie nicht die Gefahr eines Kirchenkampfes Ulbrichtscher Prägung wie in den fünfziger Jahren heraufbeschwören – nur im kirchlichen Raum selbst Schutz zusagen. Der Staat fürchtet selbst in diesem Feier-Jahr jedes persönliche Friedenszeugnis.

Mit Leidensfähigkeit und Augenmaß statt revolutionärer Ungeduld demonstrieren die jungen Protestanten in der „DDR", die weitgehend den Schwung der kommenden Kirchentage mit bis zu 100 000 Teilnehmern (Dresden Anfang Juli) tragen, wozu Luther auch heute noch stark macht.

Die Kirchentags-Gäste dieses Sommers werden an den Kunstleder-Kreuzen um den Hals mit der Aufschrift „Vertrauen wagen" erkennbar sein. In der alltäglichen Behauptung setzen sie auf Jesaja 27, Vers 3: „Er wird mich erhalten bei meiner Kraft und wird mir Frieden schaffen."

Luthers junge Erben sind darin erstaunlich fröhlich und erstaunlich getrost.



Viele Jugendliche in der „DDR", hier beim Abendmahl auf der Wartburg, suchen Trost in der Religion. FOTO: JÜRGENS

Nach dem „Stern"-Skandal heftige Kritik an Nannen

Von UWE BAHNSEN

Krise? Das Wort trifft die Dimension der Sache nicht. Dies ist ein Erdbeben, und zwar von noch unbestimmter Dauer." Der „Stern"-Redakteur, der mit diesen Worten den derzeitigen Zustand seines Blattes und der Redaktion umschreibt, ist ein altgedienter Fuhrmann im ebenso harten wie schillernden Illustrierten-Journalismus. Er hat auch im „Stern" schon etliche Stürme erlebt, allerdings noch nicht eine so bittere Redaktionskonferenz wie die vom Sonntagabend, als der Herausgeber und derzeit wieder amtierende Chefredakteur Henri Nannen seine Mannschaft über den Sachstand in diesem Presseskandal unterrichtete.

Dabei schlug Nannen die Empörung und Erbitterung in der Redaktion des Bilderblattes auch persönlich entgegen; Forderungen nach seinem und dem Rücktritt des Gruner-und-Jahr-Vorstandsvorsitzenden Gerd Schulte-Hillen wurden laut. Sie fanden zwar keinen Eingang in die am späten Abend verabschiedete und mit der Formulierung „Die Redakteure des Stern" unterzeichneten Erklärung, doch die scharfe Kritik an Nannen und Schulte-Hillen ist auch so, ohne Nennung ihrer Namen, deutlich genug: „Wir schämen uns dieser Veröffentlichung vor unseren Lesern, auch wenn nur wenige von uns damit befaßt und darüber informiert waren." Selbst wenn die Tagebücher echt gewesen wären, so betonten die „Stern"-Redakteure weiter, „hätte die Achtung vor den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die gewählte Form des Abdrucks verbieten müssen"; denn der „Stern" sei „kein Blatt, in dem Nazi-Rechtfertigungen Platz finden dürfen".

Erste Kaufpreisrate soll zurückgezahlt werden

Dieses bemerkenswerte Papier einer Redaktion, die häufig genug und nicht selten penetrant mit erhobenem Zeigefinger, und zwar in alle politischen Himmelsrichtungen aufgetreten ist, schließt mit dem Satz: „Wir bitten die Leser um Verzeihung, daß dieser bislang für den Stern selbstverständliche Grundsatz verletzt wurde."

Verletzt hat ihn Henri Nannen, der das ganze Serienunternehmen jedenfalls zuließ, und verletzt hat ihn genauso Gerd Schulte-Hillen, der mit dieser „heißen Ware" auf den internationalen Pressemarkt marschierte, seinen Gesprächspartnern voreilig erklärte, er wisse, daß die Tagebücher authentisch seien, und im übrigen seinen Teil zu einer Härte und Ruppigkeit in den Verhandlungen mit ausländischen Pressemanagern beitrug, über die von den Augen- und Ohrenzeugen ziemlich hanebüchene Dinge berichtet werden. Jetzt allerdings erweisen sich derartige Methoden als ein böser Bumerang: Offizielle Mitteilungen wie die der Londoner „Sunday Times", der „Stern" habe sich bereit erklärt, die erste Kaufpreisrate für die Veröffentlichungsrechte der angeblichen Hitler-Tagebücher in Höhe von 200 000 Dollar zurückzuzahlen, lassen in ihrer Kärglichkeit auch nur ahnen, mit welcher Härte dem Gruner-und-Jahr-Management und dem „Stern"-Herausgeber nun nach Aufdeckung der Fälschung die finanziellen und publizistischen Rechnungen vor allem der angelsächsischen Vertragspartner präsentiert wurden.

Doch trotz seiner Mitschuld an dem Desaster ist die Beseitigung des Trümmerhaufens, der am letzten Freitag nach der Hiobsbotschaft aus Koblenz entstanden ist, auch wieder Nannens große Stunde: Außer ihm ist niemand zu sehen, der das Bilderblatt und seine durcheinandergeratene Mannschaft wieder stabilisieren könnte. Um dem 69jährigen diese Aufgabe zu erleichtern, soll auch Nannens langjähriger Stellvertreter Victor Schuller aus dem Ruhestand zurückkehren. Gewiß hat es in der Redaktion Kündigungen gegeben – der als Autor hervorgetretene Heinrich Jaenecke etwa hat dem Blatt den Rücken gekehrt, die Zeithistoriker Thomas Walde und Leo Pesch wurden versetzt –, doch der eingangs zitierte „Stern"-Mann glaubt, daß die Redaktion sich schlicht durch die Arbeit am jeweils nächsten Heft wieder fangen wird, etwa nach dem Grundsatz „Business as usual".

Für das Top-Management des Verlagshauses Gruner + Jahr allerdings, das zeichnet sich auch schon deutlich ab, dürfte dieses Motto vorerst außerordentlich schwierig zu verwirklichen sein. Eine offizielle Bestätigung war gestern vom „Stern" nicht zu bekommen, doch eine solide Information besagt, es sei am Montag in Hamburg ein normalerweise eher zurückhaltend auftretender Herr mit einigen Fragen an den G+J-Vorstandsvorsitzenden Schulte-Hillen und dessen Kollegen erschienen: Reinhard Mohn, der Aufsichtsratsvorsitzende des Bertelsmann-Konzerns, der die Mehrheit der G+J-Anteile hält.

Von welcher Art Mohns Fragen sind, liegt nahe: Dem Konzernherrn muß es nicht nur darum gehen, jenes „abschließende Bild" zu gewinnen, das laut „Stern"-Sprecher Gunther Schönfeld bislang aussteht, denn man wisse „noch nicht alles"; es sei auch nicht bekannt, „wo das Geld ist". Insbesondere diese Frage, was aus den für den Ankauf der „Tagebücher" aufgewendeten Millionen geworden ist, wird den Medienunternehmer Mohn interessieren – des verschwundenen Geldes und der seltsamen Art und Weise wegen, in der es zur Verfügung gestellt wurde. Reinhard Mohn wird wissen wollen, ob es denn wahr ist und wenn ja, wie es angehen konnte, daß dem „Stern"-Reporter Heidemann so horrend hohe Summen sozusagen in die Tasche gestopft wurden – als „operating money", wie man im angelsächsischen Journalismus zu sagen pflegt. Es ist dieser Umgang mit Geld in einem Großverlag, dessen Vorstandschef Schulte-Hillen nach seinem Amtsantritt eine rigorose Sparpolitik eingeleitet hatte, der bei vielen „Stern"-Mitarbeitern große Erbitterung auslöste.

Fragen werden nun, nach Nannens Strafantrag, auch die Staatsanwälte in Hamburg stellen, die den beschuldigten Journalisten Gerd Heidemann zur Vernehmung vorladen werden. Es geht um den Verdacht des Betruges. Ein Fall für die Justiz wäre der Skandal freilich auch unabhängig von Nannens Anzeige dann geworden, wenn der „Stern" in einer seiner kommenden Ausgaben Tatsachen geschildert hätte, die einen Betrugsverdacht begründet hätten: Dann wäre es um ein Offizialdelikt gegangen, das die Staatsanwaltschaft vom Amts wegen zu verfolgen hat. Nicht zuletzt die strafrechtliche Bewältigung der Skandalaffäre kann für den „Stern" und seine Verlagsherren noch zu mißlichen Situationen führen.

Mischung aus Angriff und Verteidigung

Henri Nannen hat unterdessen offenkundig eine Strategie entwikkelt, um in diesen turbulenten Tagen und Wochen sein Blatt und sich selbst in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Wie sie aussieht, läßt sich seinem Leitartikel im heute erscheinenden „Stern" entnehmen. Es ist eine Mischung aus Angriff und Verteidigung. Der Öffentlichkeit sagt er zu, man werde sie unverzüglich über den Fortgang der Ermittlungen in der Affäre unterrichten, der Verdacht sei dringend, daß Tagebuch-Beschaffer Gerd Heidemann seine Redaktion „bewußt irregeführt hat"; hier dürfe, so versichert Nannen bußfertig, „nichts vertuscht und nichts verschwiegen werden".

Doch auch Heidemann, so schreibt Redaktionsvater Nannen weiter, habe Anspruch auf den Rechtsgrundsatz, daß er so lange als unschuldig zu gelten habe, so lange ihm eine Schuld nicht nachgewiesen sei. Vornehmlich für den „Stern"-internen Hausgebrauch liest sich, wie Nannen die beiden demissionierten Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt vor dem Vorwurf in Schutz nimmt, sie hätten bei der Darstellung der Geschichte des Dritten Reiches fahrlässig gehandelt. Das könne nur jemand behaupten, der die kommentierende Einbettung der Zitate nicht wahrgenommen habe. Diese Nannen-Einlassung muß wie eine Desavouierung der empörten Redakteure wirken, die sich gerade eben bei den „Stern"-Lesern entschuldigt und sie um Verzeihung gebeten haben.

Die Archivare des Bundesarchivs in Koblenz schließlich bekommen noch einen Tritt gegen das wissenschaftliche Schienbein; ihnen attestiert der „Stern"-Chef, vorschnell geurteilt zu haben: „So plump und einfach als Fälschung zu durchschauen, waren die 60 Bände nicht, sonst hätte es den wochenlangen Streit der Experten und Historiker über die Tagebücher wohl nicht gegeben."

Diesen Schuh freilich brauchen sich die Koblenzer Bundesarchivare nicht anzuziehen: Sie benötigten nicht Wochen, sondern Tage, um zu sehen und zu sagen, was Sache war.

„Ausbildung von Juristen ändern“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht die Gefahr, daß die Juristenausbildung wegen des Numerus clausus in anderen Studienfächern zu einer Art „Auffangbekken“ wird. So stieg zwischen 1972 und 1982 die Zahl der Jurastudenten von 38 000 auf 75 000, die der Studienanfänger erhöhte sich von gut 7000 auf rund 16 500.

Vor diesem Hintergrund fordert der Minister eine möglichst frühzeitige Leistungskontrolle. Verhindert werden müsse, daß Studenten unnötige Zeit wegen mangelnder Eignung an den Universitäten verbringen. Eine Lösung soll durch eine Reform der Juristenausbildung gefunden werden, die Engelhard noch in diesem Jahr gemeinsam mit den Ländern erreichen will.

Dahinter steht, daß nach seiner Ansicht die Qualität der Anwaltschaft gewahrt werden muß. Gegenwärtig wollen weit mehr als 50 Prozent aller Studenten nach ihrem Examen diesen Beruf ergreifen. Dabei gibt es bereits heute 41 500 Anwälte – 16 000 mehr als vor zehn Jahren.

Kiel will den Bund stärker in die Pflicht nehmen

Ministerpräsident Barschel legte gestern Regierungserklärung vor / Schwerpunkte: Wirtschaft, Naturschutz und Zukunftschancen der Jugend

BERND LAMPE, Kiel

Die schleswig-holsteinische Landesregierung will den Bund stärker in die Pflicht nehmen. Unter Hinweis auf das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik betonte Ministerpräsident Uwe Barschel gestern in seiner Regierungserklärung nach der Landtagswahl im vergangenen März, bei der die CDU zum vierten Mal hintereinander die absolute Mehrheit erhielt, Norddeutschland fordere zu Recht „eine Akzentverschiebung der Bundespolitik zu seinen Gunsten“. Das gelte für die Verkehrs-, Regional- und sektorale Strukturpolitik, aber auch für die Forschungsförderung. Barschel sagte: „Wir werden unsere Vorstellungen hierzu mit Entschiedenheit gegenüber der Bundesregierung vertreten.“

Die wirtschaftliche Situation, Umwelt und Naturschutz sowie die Zukunftschancen der Jugend sind nach Barschels Worten die vordringlichen Probleme, die im zweitkleinsten Flächenland gelöst werden müssen. Angesichts einer Verschuldung, die genauso hoch ist wie der 10-Milliarden-Etat für dieses Jahr, mußte der Ministerpräsident Schwerpunkte setzen. Der finanzielle Spielraum ist in Schleswig-Holstein enger als in manchem anderen Bundesland. Personalausgaben in Höhe von 40 Prozent, 11,5 Prozent für den kommunalen Finanzausgleich, zehn Prozent für Sozialhilfe, Wohnungsgeld und andere soziale Aufgaben, zehn Prozent Zinsleistungen und 18 Prozent für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen sind im Etat fest gebunden. Die schwere Wirtschaftskrise habe Schleswig-Holstein besonders getroffen. Mit 10,5 Prozent lag die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat um 1,3 Punkte höher als im Bundesdurchschnitt. Barschel glaubt, daß ein neues wirtschaftliches Wachstum in den nächsten Jahren noch keine Vollbeschäftigung bringe. Daher werde eine „umfassende Strukturverbesserung“ die Hauptaufgabe der Landesregierung sein, um eine dauerhafte Wende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Der Ministerpräsident setzte mit dem Hinweis, daß die mittelständischen Unternehmen und die freien Berufe „das tragende Rückgrat einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung und ein Bollwerk gegen krisenhafte Konjunkturzyklen“ seien, einen deutlichen Akzent. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Lande zu steigern, sollen technische Innovationen durch ein Technologieprogramm, den Ausbau des Beratungsdienstes und durch Aktivierung des Forschungspotentials unterstützt werden.

Der CDU-Politiker kündigte an, daß der Schiffbau – „das Sorgenkind des Landes“ – angesichts der notwendigen Verringerung der Kapazitäten für den Handelsschiffneubau finanziell unterstützt werden solle. Mit 93 Millionen Mark will die Kieler Regierung das neue Unternehmenskonzept der Howaldt-Werke Deutsche Werft und mit 90 Millionen Mark die heimischen Werften unterstützen, um damit die Existenz der Unternehmen zu sichern und den „größten Teil“ ihrer Arbeitsplätze zu erhalten.

Jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche solle eine „faire Ausbildungschance erhalten“. So werde allein die Landesverwaltung Ausbildungsplätze für 1345 Jugendliche zur Verfügung stellen; diese Ausbildungsleistung gehe damit um 830 Stellen über den eigenen Bedarf hinaus. Zugleich werde eine Jugendstiftung errichtet, die sich zunächst um die jugendlichen Arbeitslosen kümmern und die Betreuungsmaßnahmen koordinieren und verstärken soll.

Einen breiten Raum nahm in der Regierungserklärung die Umweltschutzpolitik für das Agrar- und Ferienland ein. Neben der Ausweisung neuer Naturschutzgebiete, dem geplanten Nationalpark im nordfriesischen Wattenmeer und einem Schutzprogramm für bedrohte Tiere und Pflanzen, mit dem Schleswig-Holstein in Deutschland Neuland betreten habe, sollen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden.

Barschel sprach auch akute Umweltprobleme an. Für die Deponie Schönberg in der „DDR“, die am Rande Lübecks liegt, solle mit Ost-Berlin ein Katalog über diejenigen Schadstoffe, die dort nicht gelagert werden dürfen, vereinbart werden. Auch dränge die Landesregierung darauf, daß die Vorbelastung der Elbe durch die Industrie in der „DDR“ und der Tschechoslowakei verringert werde.

Besonderes Gewicht maß Barschel der Sozialpolitik zu. „Staatliche Hilfe ist erst angezeigt, wenn die Kräfte der Familie, der Nachbarn oder anderer Gruppen nicht mehr ausreichen. Wir wollen die Sozialarbeit der Kirche und Wohlfahrtsverbände fördern und ihr nicht durch staatliche Programme Konkurrenz machen“, sagte Barschel. Er fügte hinzu: „Die Leistungen der Familie für den einzelnen sind durch Institutionen nicht zu ersetzen.“ Die Regierung wird im Bereich der Sozialhilfe im Sinne der Subsidiarität eine „Neuregelung“ der Trägerschaft vornehmen, die gleichzeitig einer Verwaltungsvereinfachung dienen werde.

WHO-Analyse zu Atomkrieg

AP, Genf

Im Falle eines totalen Atomkrieges wird etwa die Hälfte der derzeitigen Erdbevölkerung von 4,5 Milliarden Menschen zu „unmittelbaren Opfern“ werden.

Dies ist das Ergebnis einer Studie, die von zehn Wissenschaftlern für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgearbeitet und gestern in Genf veröffentlicht wurde. Die Experten stellten in dem 151 Seiten starken Bericht drei denkbare „Szenarios“ vor, wobei jedoch „die extremsten Ansichten nicht berücksichtigt wurden“. Im schlimmsten der drei Fälle ist mit weit über 1,1 Milliarden Todesopfern und 1,1 Milliarden Verletzten zu rechnen. In dem Dokument wird darauf hingewiesen, daß die Chance der Verwundeten, medizinische Hilfe zu bekommen, „gleich Null“ sei.

Der Bericht basiert auf verschiedenen Studien über die Auswirkungen eines Atomkrieges auf die Menschen. Bei den Berechnungen wurde von der Explosion von Atomwaffen mit einer Gesamtsprengkraft von 10 000 Megatonnen des herkömmlichen Sprengstoffs TNT ausgegangen.

IN MEMORIAM

RUTH REHER-BAUMEISTER

SIE STARB AM 9. MAI 1983 IM ALTER VON 82 JAHREN.

R.I.P.

IN LIEBE UND DANKBARKEIT

FRIEDRICH REHER-BAUMEISTER
DIE KINDER UND ENKEL

DAS SEELENAMT WIRD GEHALTEN AM FREITAG, DEM 13. MAI 1983, 10.45 UHR, IN DER HERZ-JESU-KIRCHE ZU SCHILDGEN. ANSCHLIESSEND IST DIE BEERDIGUNG.

5060 BERGISCH GLADBACH 2 (SCHILDGEN), IM BIRKELSHOF 9, UND LEVERKUSEN, DEN 9. MAI 1983

Am Sonntag, den 8. Mai 1983 erlöste der Herrgott meinen inniggeliebten Mann

Prof. Dr. Hans Kähler

geb. 16. 2. 1912

von langem, schwerem Leiden und nahm ihn zu sich in die Ewigkeit.

Prof. Dr. Emmi Kähler geb. Meyer
und Angehörige

Zickzackweg 2
2000 Hamburg 52

Beerdigung am Mittwoch, den 18. Mai 1983, um 12 Uhr von der Kapelle 1 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Kaufmann

Fritz Damke

* 13. 3. 1905 † 9. 5. 1983

In großer Liebe und Dankbarkeit:
Mia Damke geb. Thiel
Christa Kurth geb. Damke
Ulrich Kurth

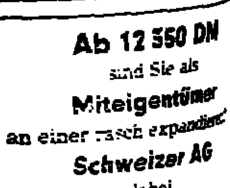
4300 Essen 1, Hans-Luther-Allee 11

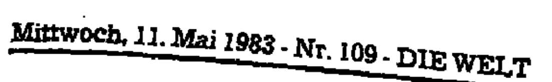
Die Beisetzung findet am Freitag, dem 13. Mai 1983, um 10.30 Uhr auf dem evgl. Altstadtfriedhof Gelsenkirchen, Kirchstraße 57, statt.

Statt Blumen und Kränzen bitten wir um Spenden für die Deutsche Krebshilfe, Deutsche Bank, Bonn, Konto-Nr. 90 90 90.

WHO-Analyse zu Atomkrieg







‚DDR' kritisiert Duldung von Fluchthilfe

AP, Berlin

Die „DDR" hat wieder Kritik an der „Duldung von Fluchthilfeorganisationen" durch die Behörden der Bundesrepublik Deutschland geübt. Wie das Berliner Informationsbüro West (IWE) gestern berichtete, schrieb die außenpolitische Ost-Berliner Monatszeitschrift „Horizont" in ihrer jüngsten Ausgabe, Duldung und Förderung von Fluchthilfe seien nicht geeignet, mehr Normalität in den Beziehungen beider deutscher Staaten zu bewirken. In der „DDR" werde es für Fluchthelfer keinerlei Freizügigkeit geben. Dies bekämen sie auch künftig zu spüren. Nach Angaben von „Horizont" sind allein zwischen 1978 und 1982 mehr als 30 Fluchthelfer von „DDR"-Gerichten verurteilt worden.

Andropow beharrt auf SS-20-Raketen

dpa/rtr, Moskau

Die Sowjetunion will in ihrem europäischen Teilgebiet 162 Trägerraketen des Typs SS 20 behalten. Dies gilt trotz der unlängst erklärten Bereitschaft zu gleichen Obergrenzen auch bei den atomaren Sprengköpfen der Mittelstreckenwaffen. Das stellte der sowjetische Parteichef Jurij Andropow gestern auf Fragen von „Vertretern mehrerer öffentlicher Organisationen aus Finnland" [illegible] die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete, wiederholte Andropow frühere Vorschläge, die auf eine Verminderung der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf 162 abzielen, die der Anzahl Großbritanniens und Frankreichs entsprächen, sowie auf je 138 Trägerflugzeuge der NATO und der Sowjetunion. Tass teilte weiter mit, daß Andropow die Unterstützung der UdSSR für die von Finnland vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa – jedoch unter Ausschluß sowjetischen Gebiets – bekräftige.

Ermittlungen wegen Verkehrsblockade

dpa, Bad Kreuznach

Ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung hat die Bad Kreuznacher Staatsanwaltschaft gegen den Verantwortlichen einer Verkehrsblokkade von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingeleitet. Aus Protest gegen die Haltung der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen hatten am vergangenen Donnerstag Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen etwa eine Stunde lang Straßen am Bad Kreuznacher Rathaus mit ihren Dienstfahrzeugen blockiert.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Mediziner-Schwemme hat vielerlei Folgen

Deutscher Ärztetag in Kassel über Entwicklung besorgt

PETER JENTSCH, Kassel

So kurz ist der Weitblick der Politiker: 1976 trat ein Gesetz in Kraft, das die Unterversorgung in der ärztlichen Betreuung der Bevölkerung beheben sollte, das Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts. Heute, nur sieben Jahre später, kann von einer Unterversorgung keine Rede mehr sein. Im Gegenteil. Als Folge einer während der sozial-liberalen Ära an falschen Kriterien ausgerichteten Bildungspolitik droht Deutschland eine „Ärzteschwemme".

- In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Kassenärzte um 10 000 erhöht.
- Auf 414 Einwohner der Bundesrepublik kommt heute ein berufstätiger Arzt. 1976 waren es 480 Einwohner.
- 58 500 Kassenärzte sind heute in freier Praxis tätig. Bis zum Jahre 1991 wird ihre Zahl um rund 20 000 höher liegen.

Dies läßt sich aus der Entwicklung der Zahlen der Medizinstudenten ablesen, die nach ihrer Approbation in den Beruf drängen: 1982 waren es 8200, 1983 werden es etwa 9000 sein, 1984 und 1985 jeweils etwa 11 000. Was wunder, daß der gestern in Kassel eröffnete 86. Deutsche Ärztetag von diesem Thema bestimmt ist. Denn die Ärzteschwemme und ihre Folgen sind beileibe kein innerärztliches Problem. Sie hat Auswirkungen auf die Qualität der ärztlichen Versorgung und nicht zuletzt auch auf die Kostenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ernst-Eberhard Weinhold, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, umriß das Problem mit den Worten, die Ärzteschwemme führe nicht nur zu einer für die freiberuflich tätigen Ärzte existenzgefährdenden Niederlassungsdichte, vielmehr „fehle diesen Ärzten angesichts mangelnder Weiterbildungschancen die notwendige Berufserfahrung."

Die Frage, ob angesichts der zu hohen Studentenzahlen in der Medizin eine Qualität der Ausbildung gewährleistet werden kann, die eine unmittelbare Niederlassung in eigener Praxis nach Beendigung des Studiums zuläßt, verneinte während des Ärztetages Professor Helmut Valentin, Vorstandsvorsitzender des Medizinischen Fakultätentages der Bundesrepublik. Er kritisierte, daß die Approbationsordnung für Ärzte, seit dem Wintersemester 1972/73 Grundlage für die Ausbildung zum Arzt, den quantitativen [illegible] mehr gerecht wird. Valentin: „Damals hatten die medizinischen Fakultäten rund 3000 Medizinstudenten aufzunehmen, während heute mehr als 11 000 Studienanfänger pro Jahr registriert werden."

In der Tat: Seitdem die „Numerus-clausus-Elite" der Nation ins Medizinfach drängt – eher getrieben, denn innerlich berufen – fehlen Ausbildungsplätze, fehlen vor allem Patienten, an deren Krankheitsbildern diese Studenten lernen könnten. Dazu Jörg Hoppe, Vorsitzender des Marburger Bundes: „Die Approbationsordnung ist aufgrund der hohen Studentenzahl von Praxis- und Patientenferne geprägt. Die Studenten lernen nur Krankheiten behandeln, nicht kranke Menschen." Hinzu kommt, daß das Prüfsystem der Ausbildung den künftigen Arzt, mit einer Ausnahme – nur schriftlich abfragt. Und so verlassen denn die jungen Ärzte die Hochschule vollgestopft mit Faktenwissen, ohne je einen Patienten behandelt zu haben.

Professor Valentin forderte den Gesetzgeber auf, die Kapazitätsverordnung für das Studium der Humanmedizin zu ändern. In den praktisch-klinischen Abschnitten dürfe nicht mehr auf die Zahl der Lehrpersonen und der Betten abgestellt werden, sondern nur auf die Zahl der Patienten, welche zum Unterricht herangezogen werden können. Zugleich müßten neben den schriftlichen wieder mündliche Prüfungen eingeführt werden. Schließlich solle nach Ableistung des praktischen Jahres und nach Ablegung der mündlichen Prüfung wieder obligatorisch eine ein- bis zweijährige Vorbereitungszeit als Medizinalassistent eingeführt werden.

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hat bereits reagiert. Sie forderte auf ihrer Tagung in Kassel in einer Entschließung eine Reform des Ausbildungsrechts. Der erforderliche Praxisbezug könne nur durch eine Anpassung des Zugangs zum Medizinstudium an die vorhandenen klinischen Ausbildungskapazitäten und die Einführung einer zweijährigen Praxisphase gewährleistet werden. Die Vertreterversammlung begrüßte ausdrücklich den von der EG-Kommission vorgelegten Entwurf von Richtlinien für die Allgemeinmedizin mit der Einführung einer mindestens zweijährigen Weiterbildung als Voraussetzung zur Zulas-

Zimmermann: Vergangenheit unanfechtbar aufarbeiten

Dokumentation von Vertreibungsverbrechen geplant

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann plant die Veröffentlichung einer neuen Zusammenfassung der „Dokumentation von Vertreibungsverbrechen" an Deutschen. Er hat bereits das Bundesarchiv beauftragt, einen Bericht über die räumliche und zeitliche Abgrenzung der damaligen Ereignisse zu erstellen und einen Gesamtüberblick über alle Quellen vorzulegen. Außerdem wurden Gutachten zum allgemein zeitgeschichtlichen Zusammenhang, zu den völker- und strafrechtlichen Aspekten sowie zur statistischen Methode der Erfassung in Auftrag gegeben.

Zimmermann geht es darum, eine wissenschaftlich unanfechtbare und nicht bestreitbare Aufarbeitung vorzulegen. So könnte insbesondere der Komplex Vertreibungsverbrechen in einem neu zu konzipierenden Schlußband der zwischen 1953 und 1961 erschienenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" von Experten aufbereitet behandelt werden. Allerdings wird betont, daß die Frage der Publikation eine politische Entscheidung sei, die vom Ergebnis der eingeleiteten Prüfung abhänge.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat bereits betont, daß es mit einer Offenlegung der Bundesregierung nicht um die gegenseitige Aufrechnung von Unmenschlichkeiten und Verbrechen gehe. In „Weltbild" erklärte er, eine in den 70er Jahren unautorisiert veröffentlichte Fassung weise offensichtlich Mängel in der Vollständigkeit, Wertung und Methodik auf. Diese müßten beseitigt werden.

Hinter dem Vorstoß von Zimmermann steht, daß die ehemalige Bundesregierung einen innerdienstlichen Abschlußbericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 unter Verschluß gehalten hatte. Sie hatte trotz wiederholter Forderung nichts unternommen, das 60-Seiten-Dokument der Allgemeinheit zur Benutzung freizugeben oder veröffentlichungsreif zu machen.

Zimmermann hatte dagegen in einer ersten Sofortmaßnahme am 15. Dezember angeordnet, daß alle Unterlagen innerhalb des Bundesarchivs eingesehen werden können. Voraussetzung dafür sind amtliche, wissenschaftliche oder publizistische Gründe sowie die Klärung „berechtigter persönlicher Belange".

Di[illegible]U möchte keinen Streit, ab[illegible]larheit in der Sache

Keine [illegible]t gegen Kohl / Strauß lud Parteifreunde zum klärenden Gespräch

PETE[illegible]LZ, München

An meh[illegible]ten versuchte die CSU-[illegible] gestern eine Trennung[illegible]hen zwischen unnötigen[illegible] schädlichem Streit und[illegible]schen Auseinandersetz[illegible]m der Sache willen gef[illegible]len muß. „Wir suchen d[illegible] nicht um des Streites [illegible]ir suchen nur Klarheit [illegible]Sache". umriß CSU-Gene[illegible]är Otto Wiesheu den S[illegible]t der CSU, den es gestern [illegible]rteiinterne Kritiker wie [illegible]er der CDU zu vertreten [illegible]

Innerpa[illegible]llte eine „Kopfwäsche" d[illegible]pannte Lage bereinigen. [illegible]bißchen dicke" hatte der [illegible]der bayerischen Staatskan[illegible]atssekretär Edmund Stoi[illegible] Kritik an seinem politischer[illegible]sstil empfunden. die der C[illegible]destagsabgeordnete Alfre[illegible]r als Landesvorsitzender [illegible]gen Union Bayerns geüb[illegible]. Wie berichtet, hatte Saut[illegible] dauernden Querschlägen" [illegible]ünchen gewarnt und ohne [illegible]rs Namen zu erwähnen [illegible]at, dieser könne nicht den [illegible]undman der bundesdeutsc[illegible]Politik" spielen. Daraufhin [illegible]rauß Stoiber, Sauter, Wiesh[illegible] weitere führende CSU-Politi[illegible] einem klärenden Gespräch. [illegible] möchte wissen, was los is[illegible]klärte Stoiber vor dem Treff[illegible]

Notwend[illegible]Kompromisse

Stoiber [illegible]ber auch bekannt, daß die ha[illegible]nie der CSU innerhalb der [illegible]-Landesgruppe in Bonn nich[illegible] einhellige Zustimmung stöß[illegible]d daß Sauter in seiner Rede vem applaudierenden CSU-Nach[illegible]ns nur das öffentlich formu[illegible]e, was hinter den verschlosse[illegible] Türen der Landesgruppe be[illegible] zu hören war. Von Stoibers N[illegible]folger in der Münchner Partei[illegible]rale wurde Sauter aber unv[illegible]ehens zurechtgewiesen. Wer fü[illegible]e CSU eine herausragende politische Verantwortung trage wie der Vorsitzende der Jungen Union, so ließ CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu über den Fernschreiber der CSU an die Redaktionen tickern, „sollte die Wirkung seiner öffentlichen Aussagen vernünftiger abschätzen".

Wiesheu war es auch, der vor der Jungen Union die Position der CSU innerhalb der Koalition grundsätzlich erläuterte. Einige seiner Sätze, die von einer Agentur so verdreht wiedergegeben wurden, daß sie ihn unsinnigerweise als einen Kritiker des Strauß-Kurses erschienen ließen, verdienen Beachtung, weil aus ihnen deutlich wird, daß die CSU aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit nicht zu jedem Koalitions-Kompromiß bereit ist, ja sogar die Verpflichtung spürt, notfalls mit den beiden anderen Koalitionsparteien eine Auseinandersetzung zu riskieren.

„Es wäre falsch", meinte Wiesheu, „am Anfang einer Koalition vorhandene Probleme unter den Teppich zu kehren, um dann im Laufe der Zeit feststellen zu müssen, daß doch nicht alles geklärt ist.

Eine Koalition, so Wiesheu, zwinge zu Kompromissen, dadurch aber dürften nicht die Konturen verwischt und die Grundsätze im politischen Kernbereich aufgegeben werden. Dies könne zu Spannungen führen, die man auszuhalten habe. Falsch wäre es nur, diese Spannungen zu suchen, um sich auf Kosten der Koalition zu profilieren.

Indirekt widerspricht Wiesheu damit der Meinung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich am Montag vor der Bundespressekonferenz erstmals persönlich in die Kontroverse über die künftige Deutschland- und Außenpolitik eingeschaltet hat. „Ich kann nur jedem dringend raten, diese Diskussionen einzustellen", sagte der Kanzler. Sie würden „die Parteifreunde zwischen Rosenheim und Flensburg" wenig erfreuen. Er wolle sich auch nicht am „öffentlichen Sortieren von Papieren" beteiligen, bestätigte aber, daß es zwischen den Unionsparteien „natürlich" Absprachen gebe. „Allein maßgebend" sei aber die Regierungserklärung.

Gegen den Kanzler wollte man in München gestern keine neue Front aufbauen und verwies auf den gemeinsamen Grundkonsens. Aber es ist als deutliche Warnung zu verstehen, wenn etwa zur gleichen Zeit der CSU-Generalsekretär erklärt, die deutschlandpolitischen Positionen der CSU „haben ihren Niederschlag in dem nach dem 6. März zwischen CDU und CSU ausgehandelten Papier gefunden, das für die Deutschland-, Ost- und Sicherheitspolitik von CDU und CSU verbindlich ist".

Warnung nach München

Der Seitenhieb galt Wiesheus CDU-Kollegen Heiner Geißler, der noch in der vergangenen Woche gegenüber dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, von einem CSU-Papier gesprochen habe, das nicht „gemeinsam" verabschiedet worden sei. Stoiber bekundete ihm daraufhin schriftlich sein „Erstaunen". Für neue Verwunderung sorgte Geißler mit einem Interview in der Illustrierten „Quick", in dem er sich mokierte über das angebliche Bedürfnis der CSU, Politik über die Medien zu betreiben.

Zugleich schickte der CDU-Generalsekretär aber auch eine deutliche Warnung nach München: Wenn der Streit nicht beendet werde, „wird es – vorsichtig geschätzt – von unten her zu einem mittleren Aufstand der Mitglieder kommen".

Verärgert meinte gestern ein hoher CSU-Politiker zu Geißlers Worten: „Die bekannte Tour: Er fängt mit dem Streit an und versucht dann, uns den schwarzen Peter zuzuschieben."

Überversorgung – Erst im Ruhestand zeig sich der feine Unterschied

Angestellte im öffentlichen Dienst erhalten mehr als 100 Prozent des letzten Nettogehaltes

GIELA REINERS, Bonn

Die Lehrerin Gustl R., der Redakteur [illegible] Postbedienstete [illegible] Es gab Sekt und Schn[illegible] Kuchen und Konfekt, alles [illegible] ausreichender Menge. Man konnte es sich leisten, jeder in seiner Art. Denn in dem Ruhestand, in den sich die drei begaben, würde in Zukunft für sie kein Mangel herrschen. Im Gegenteil.

Zur gleichen Zeit feierte auch der gutsituierte Angestellte in der Privatwirtschaft Gunter G. seinen Ausstand im Betrieb. Im Gegensatz zu den drei anderen hatte er jedoch Kuchen mitgebracht, den seine Frau gebacken hatte, und Likör, den er von einem Kunden geschenkt bekommen hatte. Gunter G. muß seine Zukunft genau berechnen, denn er wird nur eine Rente aus der Sozialversicherung beziehen, in die er sein ganzes Arbeits-Leben lang eingezahlt hat. Während seine Kollegen im öffentlichen Dienst einer Altersversorgung entgegensehen, die höher liegt als ihre Bezüge während ihres aktiven Erwerbslebens, muß Gunter G. sich jetzt einschränken.

Der Grund für die Gelassenheit der drei Angestellten im öffentlichen Dienst liegt darin, daß 1967 die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr (ÖTV) einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, den sie nicht ohne Stolz als „Jahrhundertwerk" bezeichnete. Darin wurde die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst mit den Beamten in der Altersversorgung festgeschrieben. Auch die nichtbeamteten Staatsdiener sollten 75 Prozent ihres letzten Bruttoeinkommens als Altersruhegeld erhalten – gegen die Zahlung von Beiträgen.

[illegible] dem errechneten Betrag entsprechend dem letzten Gehalt wurde die Sozialrente abgezogen; den Differenzbetrag zahlten je nachdem zwei Versorgungskassen für die Kommunen oder für Bund und Länder. In den Jahren 1974 und 1978 wurden diese Zusatzversorgungen schrittweise beitragsfrei – ausgehandelt jeweils von der ÖTV um den Preis, wie sie sagt, von Zurückhaltung, bei Lohn- und Gehaltsforderungen. Schon von 1967 an betrug die tatsächliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst zwischen 92 und 101 Prozent des letzten Nettogehalts, weil in die Berechnung auch das 13. Monatsentgelt einging, daß auf die Berechnung der Sozialrente keinen Einfluß hat.

Seit 1976 gibt es nun schon den Streit um die sogenannte Überversorgung im öffentlichen Dienst – und zahlreich sind die Versuche, diese abzubauen. „Ungereimtheiten" bei diesem System war auch die ÖTV bereit einzuräumen, doch die Struktur durfte nicht in Frage gestellt werden, und keine Regierung, Fraktion oder Partei hat sich bisher getraut, sich in dieses Thema zu verbeißen. Erst die anhaltende Wirtschaftsflaute der vergangenen Jahre, durch die das System der Sozialversicherung an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zu geraten droht, und die Suche nach Entlastungsmöglichkeiten haben wieder auf die Spur der üppigen Ruhestandsgelder einiger privilegierter Berufsgruppen geführt, unterstützt durch die Kommission „Alterssicherung" beim Bundesarbeitsministerium. Dad[illegible] wurde die Überverso[illegible] wieder zum [illegible] 90 Prozent eines fiktiv [illegible]einkommens soll, laut Bundes[illegible]minister Friedrich Zimmermann (CSU), die Zusatzversorgung künftig begrenzt werden.

Das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler hat kürzlich ein Beispiel durchgerechnet und die Ruhegelder von einem Beamten und zwei Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft verglichen. Es kam dabei eine erstaunliche Überversorgung zugunsten des öffentlichen Dienstes heraus:

Ein gehobener Sachbearbeiter wird nach BAT III mit 4394 Mark im Monat bezahlt. Netto hat er auf dem Konto – nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben – 3001 Mark. Als Ruheständler jedoch erhält er 3570 Mark, wovon noch 100 Mark abgezogen werden müssen, weil seit Jahresbeginn auf Zusatzversorgungen Krankenkassenbeiträge entrichtet werden müssen. Bleiben übrig: 3470 Mark oder 115,6 Prozent des letzten Nettoeinkommens.

Der Kollege aus der Privatwirtschaft bezieht bei gleichem Brutto- und Nettogehalt nach 42 Versicherungsjahren, in denen er stets 150 Prozent des Durchschnittsbeitrags entrichtet hat (was in der Praxis kaum möglich ist) nur eine Rente von 1898 Mark oder 63,2 Prozent vom letzten Nettoeinkommen. Ein Versorgungsniveau wie der öffentlich Angestellte kann selbst ein Beamter in vergleichbarer Position nicht erreichen. Bei einem Bruttoverdienst von 4331 Mark bezieht er nur eine Pension nach Abzug von Steuern von 2919 Mark – das sind 86,3 Prozent.

„Mahnung für die Deutschen"

gba./dpa. Osnabrück/Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat vor einem „Pseudo-Objektivismus" bei der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gewarnt. In der Eröffnungsrede eines einwöchigen Symposiums über Exil-Literatur während des „Dritten Reiches" aus Anlaß des 50. Jahrestages der Bücherverbrennungen sagte Brandt gestern in Osnabrück, aus dem „skandalösen Umgang mit gefälschten Tagebüchern" Hitlers leiteten sich „ernste Fragen" ab. Eine dieser Fragen sei, ob sich „die Macht der Auflage, des Wettbewerbs und des zur Verfügung stehenden Geldes so weit entfernen (darf) von den Möglichkeiten der wissenschaftlichen Korrektur". Es sollte „Grenzen dessen geben, was man den Bürgern zumuten darf – auch solche Grenzen, die sich aus dem Respekt vor den millionenfachen Opfern von Terror und Krieg aufzwingen".

Nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl ist die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten vor 50 Jahren eine Mahnung für die Deutschen und für die ganze Welt. In einer gestern in Bonn verbreiteten Erklärung sagte der Kanzler, vom Feuer des 10. Mai 1933 habe ein gerader Weg zu Terror und Vernichtung, Krieg und Völkermord geführt. Die Unterwerfung von Geist und Kultur unter die Macht der Staatsideologie sei nur eine andere Form der Unterdrückung des Menschen.

Verleger protestieren gegen ARD-Pläne

dpa, Bonn

Auf die einhellige Ablehnung des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) stößt der Vorschlag der ARD-Intendanten Friedrich Wilhelm von Sell und Reinhold Vöth, die tägliche Fernsehwerbung um fünf Minuten auszudehnen. VDZ-Präsident Paul Girardet forderte die Ministerpräsidenten der Länder gestern auf, derartige „Anregungen" nicht aufzugreifen. Andernfalls werde die wirtschaftliche Basis der Verlage de[illegible] geschwächt. [illegible]VDZ-Präsidenten würde [illegible] Nach Schätzungen solche Ausdehnung der [illegible]zeit – von 20 auf 25 Minuten [illegible]lich – der Presse Werbeeinnahmen in Höhe von rund 400 Millionen Mark entziehen.

Neue Aufgaben für deutsche Offiziere

rmc. Bonn

Neuer NATO-Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa wird am 1. Oktober der Kommandierende General des II. Korps in Ulm, Generalleutnant Leopold Chalupa. General Ferdinand von Senger und Etterlin, der jetzige Oberbefehlshaber in Brunssum, tritt dann in den Ruhestand. Chalupas Nachfolger in Ulm wird der Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor Werner Lange. Bereits am 1. Juli wird Brigadegeneral Harald Schulz neuer Chef des Stabes beim Führungsstab des Heeres in Bonn. Der jetzige Amtsinhaber, Generalmajor Gerhard Deckert, tritt dann in den Ruhestand.

Freispruch für Eymer

dpa, Lübeck

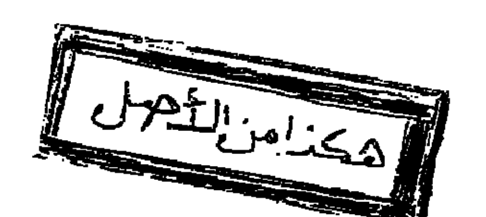
Mit einem Freispruch endete gestern vor einem Lübecker Schöffengericht der Prozeß gegen den ehemaligen Lübecker CDU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Eymer, dem Betrug vorgeworfen worden war. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Eymer sollte laut Anklage zwischen Juni 1981 und Januar 1982 aus Mitteln der Bundestagsverwaltung insgesamt 27 500 Mark beschafft haben, die er sich über ein „Schein-Arbeitsverhältnis" mit einer Wahlkreishelferin, der Friseurin Gabriele Fricke, angeblich wieder zurückzahlen ließ.

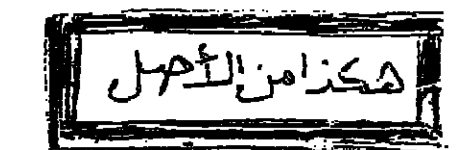
EXCLUSIV- EW.

BUNTE

BUNTE BEI REAGAN.

Chefredakteur Dr. Hubert Burda ist der erste deutsche Journalist, dem der amerikanische Präsident ein Einzel-Interview gegeben hat. In diesem Exclusiv-Interview sagt Ronald Reagan, was er von den Sowjets hält, was ihn bewegt, was seine schönsten und traurigsten Erlebnisse waren. Und wie er es schafft, so vital zu bleiben.
Lesen Sie die neue BUNTE.





Die rot-blaue Koalition paßt in Kreiskys Konzept

Volkspartei konnte seinen Widerstand nicht brechen

Von C. GUSTAF STRÖHM

Die Feststellung des nunmehr scheidenden Bundeskanzlers Bruno Kreisky, wonach in Österreich die Uhren anders gehen als in der Bundesrepublik, wird in den nächsten Tagen zunächst eine Bestätigung erfahren: In Wien wird, wenige Monate nach dem ruhmlosen Scheitern der Bonner SPD/FDP-Regierung, eine sozialliberale Koalition aus Sozialisten und Freiheitlicher Partei (FPÖ) das Ruder übernehmen.

Diese Koalition wurde notwendig, weil die österreichischen Sozialisten ihre absolute Mehrheit verloren haben. Sie sind mit nicht ganz 48 Prozent der Stimmen allerdings immer noch weitaus stärkste Partei, brauchen aber nun die kleine freiheitliche Fraktion als Juniorpartner. Die christlich-demokratische Österreichische Volkspartei (ÖVP) wird weiterhin in der Opposition bleiben, zumal Ver-

DIE ● ANALYSE

suche zur Bildung einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP nicht zuletzt am Widerstand und Widerwillen Kreiskys gescheitert sind – und Kreisky dürfte auch nach seinem Abgang als Regierungschef in den nächsten Monaten noch kräftig mitmischen.

An der Spitze der neuen „rot-blauen" Regierung werden Politiker stehen, deren Namen im Ausland noch weithin unbekannt sind: Als Bundeskanzler der Sozialisten Fred Sinowatz, bisher Vizekanzler und Unterrichtsminister im Kabinett Kreisky – und der FPÖ-Vorsitzende Norbert Steger, der nun Handelsminister und Vizekanzler werden soll. Steger hat das „Wunder" vollbracht, seine Partei erstmals in die Regierung zu führen, obwohl sie ein Sechstel ihrer Wählerstimmen verlor und jetzt knapp unter fünf Prozent liegt.

Die neue Wiener Koalition markiert nicht nur das Ende der dreizehnjährigen Ära Kreisky. Die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen stellt auch psychologisch eine Zäsur dar: Noch bis vor kurzem galt diese Partei wegen ihres großdeutschen Hintergrundes bis hin zu gewissen „braunen" Einsprengseln bei vielen Österreichern, sowohl der „roten" wie der „schwarzen" Reichshälfte, als nicht unbedingt regierungsfähig.

Noch in diesen Tagen gibt es große Aufregung um den Fraktionsvorsitzender der FPÖ im österreichischen Nationalrat, Friedrich Peter, der nun als dritter Parlamentspräsident vorgesehen ist. So heißt es in einem von zahlreichen prominenten österreichischen Intellektuellen unterzeichneten Appell: „Friedrich Peter war zwei Jahre lang Angehöriger einer SS-Kompanie, die in Rußland ... Massenmorde an wehrlosen Zivilpersonen verübt hat. Diese Zugehörigkeit allein muß ausreichen, ihm die höchsten Ämter im Staate zu verschließen."

Es gehört zu den österreichischen Besonderheiten, daß gerade die Sozialisten sich besonders für Peter einsetzen. Das hängt nicht nur mit der Tatsache zusammen, daß die Mehrheitsbeschaffer von der FPÖ für die Sozialistische Partei inzwischen unentbehrlich geworden sind. Anders als etwa die FDP verfügen die österreichischen Freiheitlichen über keinen nennenswerten linken Flügel. Es gibt in der FPÖ kein linksliberales Potential, das ideologisch eine Brükke zu den Sozialisten schlagen könnte – so wie das in der Bundesrepublik jahrelang der Fall war.

Die Sozialisten, vor allem Kreisky, wollen in erster Linie die Volkspartei von jeder Regierungsbeteiligung fernhalten. Für sie ist die FPÖ der „billigere" Partner – obwohl eine Mehrheit der österreichischen Wähler in der jetzigen Lage eine Große Koalition vorziehen würde. Die SPÖ-Strategen wissen oder ahnen zumindest, daß es ohne Kreisky in Zukunft nach menschlichem Ermessen keine absolute Mehrheit für sie geben wird. Folglich soll das FPÖ-Stimmenpotential an die Stelle der bisherigen Kreisky-Wähler treten – jener fünf bis sechs Prozent, die früher nicht die Sozialistische Partei, wohl aber die Person des Spitzenkandidaten Kreisky für wählbar hielten. Zugleich könnte die SPÖ-Führung alle unangenehmen Maßnahmen und auch mangelnde Wirksamkeit der Koalition propagandistisch ihren Juniorpartnern anlasten.

Die FPÖ wiederum hat einen gewaltigen Nachholbedarf an Regierungsämtern. Ihr Vorsitzender Steger sagte bereits, es sei jetzt seit 52 Jahren das erste Mal, daß seine Richtung – also das ganze Spektrum zwisehen Nationalliberalen und Großdeutschen – in Österreich an einer Regierung beteiligt werde. Der FPÖ-Chef hofft, daß Schichten aus dem Mittelstand sich seiner Partei anschließen werden – zumal dann, wenn die FPÖ etwas zu vergeben hat: Subventionen, Aufträge, Steuererleichterungen. Das würde dann auf Kosten der Volkspartei gehen und genau dem strategischen Ziel Kreiskys entsprechen – nach schwedischem Vorbild das bürgerliche Lager zu spalten, während eine starke Sozialistische Partei die Schlüssel zur Macht in den Händen hält.

Nakasone zerstreut die Furcht der Asean vor Japans Rüstungsplänen

Tokio erhöht Entwicklungshilfe / China als „Gefahrenherd" unterschiedlich bewertet

FRED de la TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone erklärte sich mit dem Ergebnis seiner Reise in die Asean-Staaten sehr befriedigt. Nakasone kehrt am Dienstag von seiner zehntägigen Besuchsrunde der fünf Länder – Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand – sowie des britischen Protektorats Brunei nach Tokio zurück. Ein japanischer Begleiter des Premiers zog eine vorsichtige Bilanz der Visite: „Bis zu Beziehungen unter nahen Verwandten reichte es nicht, doch ließ sich ein gutes Einvernehmen mit den Regierungschefs dieser Staaten herstellen."

Starke US-Präsenz in der Region ist unverzichtbar

Zwar konnten nicht alle Ressentiments gegen Japan in diesen Ländern ausgeräumt werden, doch blieben Proteste gegen Tokio auf kleinere Studentendemonstrationen beschränkt. Vor zehn Jahren war es bei einer ähnlichen Reise des damaligen japanischen Premiers Tanaka in Jakarta und Bangkok noch zu wilden Ausschreitungen gekommen.

Japans größere Verteidigungsanstrengungen, die in den letzten Monaten in Südostasien wiederholt auf Kritik stießen, erwiesen sich diesmal als problemlos. Nakasone erläuterte seinen Gastgebern das japanische Rüstungsprogramm im Detail und fand volles Verständnis. Er betonte den defensiven Charakter der Bemühungen Tokios, das im übrigen keinerlei Ehrgeiz habe, wieder zu einer großen Militärmacht aufzusteigen.

Die Regierungschefs der Asean-Staaten stimmten einmütig mit Nakasone in der Sorge über den bedrohlichen Aufbau der sowjetischen Militärmacht in Ostasien überein. Die fortgesetzte Präsenz starker amerikanischer Verteidigungskräfte in der Region wurde als unverzichtbar anerkannt.

In der Einschätzung Chinas ließen sich aber die unterschiedlichen Gesichtspunkte nicht auf einen Nenner bringen. Während Thailand und Singapur Vietnam als die Hauptgefahr für den Frieden in der Region und Peking eher als ein Gegengewicht zu Hanoi sehen, steuern die drei anderen Länder einen zurückhaltenderen Kurs gegenüber China. So blieb Nakasones Versuch erfolglos, Indonesien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China zu bewegen.

In der Kambodscha-Frage steht Japan nach Nakasones Worten fest hinter den Asean-Staaten. Tokio fordert den Truppenabzug der Vietnamesen aus dem von ihnen besetzten Land. Solange Hanoi nicht einlenkt, bleibt Japans Wirtschaftshilfe für Vietnam eingefroren.

Projekte zur Festigung der sozialen Struktur

An neuer Entwicklungshilfe versprach der japanische Ministerpräsident für das laufende Fiskaljahr Indonesien und Thailand je 670 Millionen Mark, etwa sieben Prozent mehr als 1982 und den Philippinen 650 Millionen Mark, 30 Prozent mehr. Die Gelder sollen in Landwirtschaft und Industrie vorrangig für Projekte gebraucht werden, die zur Festigung der sozialen Struktur beitragen. Auch die technische Zusammenarbeit und der Austausch von Studenten und Lehrern wird verstärkt werden. Die Philippinen, die gegen zunehmende kommunistische Guerrilla-Aktionen kämpfen, und Indonesien baten auch um neue japanische Waffentechniken. (SAD)

Pakistans Christen wagen den Protest

Von MUNIR D. AHMED

Mehr als 3000 Christen protestierten vor kurzem in Lahore, der zweitgrößten Stadt Pakistans. Für Europäer, die weitaus größere Demonstrationen gewohnt sind, mag diese Zahl unbedeutend erscheinen. Für Landeskenner indessen ist sie ein Alarmzeichen. Die zweitgrößte religiöse Minderheit Pakistans will verhindern, daß ihre Mitglieder zu Bürgern minderen Rechts degradiert werden.

Vordergründig ging es bei der Demonstration darum, regelmäßige Programme für Christen bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten durchzusetzen. Im Grundsatz geht es auch um Glaubens- und Gewissensfreiheit und um das Recht auf die Gleichbehandlung aller Bürger.

Wer in Pakistan, das seit Juli 1977 eine Militärdiktatur hat, demonstriert oder wie der Christenführer Julius Salik und weitere Mitglieder seiner Weltminderheiten-Allianz in Hungerstreik tritt, muß mit Strafen rechnen. Denn jegliche politische Betätigung und jede Form des Protests sind untersagt. Öffentliche Auspeitschungen und langjährige Gefängnisstrafen drohen jedem, der das herrschende Kriegsrecht mißachtet. Salik und einige seiner Mitstreiter sind inzwischen verhaftet worden.

Die Generale beanspruchen ein Mitspracherecht in der künftigen Staatsführung. Weil aber die politischen Parteien dies ablehnen, sollen sie nach dem Willen von Staatschef General Ziaul Haq für immer verboten werden. Er will am 14. August, dem Unabhängigkeitstag, die Grundzüge eines künftigen Regierungssystems bekanntgeben und die Umwandlung Pakistans in einen islamischen Staat vollziehen. Dieser islamische Staat wird vermutlich ohne die politischen Parteien und ohne ein gewähltes Parlament auskommen. Der Islam wird die Staatsreligion sein, und Nicht-Moslems werden von allen Schlüsselpositionen ausgeschlossen. Sie werden sozusagen zu Bürgern zweiter Klasse herabgestuft.

Zu erwarten ist ebenfalls die Einführung der Todesstrafe für diejenigen, die als Moslems geboren wurden und später zu einer anderen Religion konvertierten. Darin erblicken die Christen Pakistans eine tödliche Gefahr für ihre Missionstätigkeit.

Was es bedeutet, in Pakistan einer religiösen Minderheit anzugehören, haben die Schiiten kürzlich zu spüren bekommen. In Karatschi wurden sie von Sunniten tätlich angegriffen. Dutzende fanden dabei den Tod; zahlreiche Häuser und Geschäfte gingen in Flammen auf. Ähnlich erging es 1953 und 1974 der Minderheit der Ahmadiyya. Sie wurde im September 1974, zu Zeiten der Regierung Bhutto, durch einen Beschluß des Parlaments aus dem Islam ausgestoßen. Seither werden ihre Mitglieder diskriminiert.

Julius Salik und seine Anhänger wissen, daß ihre Protestaktion Durchschlagkraft besitzt. Das liegt nicht an der Zahl der Christen (einer Million), sondern an ihrer Tätigkeit: Sie stellen das Reinigungspersonal in Pakistan, das sowohl für die Müllabfuhr als auch für die Entleerung von Latrinen zuständig ist.

Frau Thatcher zieht als Favorit in den Wahlkampf

Nur Nachteile für Labour/Allianz als neuer Faktor

FRITZ WIRTH, London

Obwohl seit Monaten über den Wahltermin in Großbritannien spekuliert wird, hat die Entscheidung von Premierministerin Thatcher, schon am 9. Juni wählen zu lassen, die Oppositionsparteien unvorbereitet getroffen. Es herrscht in ihren Partei-Hauptquartieren fiebriges Chaos. Es fehlen die Wahlplakate, es ist in mehr als 80 Wahlbezirken noch unklar, wer für die Labour Party kandidiert, und es mangelt an klaren Wahlprogrammen und -aussagen. Alle Oppositionsparteien sind sich einig: Ein Wahltermin im Oktober wäre für sie günstiger gewesen. Frau Thatcher hat mit ihrem Blitzstart die erste Runde in diesem Wahlkampf gewonnen.

Dennoch behauptet Parteichef Michael Foot tapfer, daß dieser von Frau Thatcher gewählte frühe Termin „der größte Schnitzer ihres Lebens" war. Danach sieht es zur Stunde freilich nicht aus. Tatsächlich ist seit dem Kriege kein britischer amtierender Premier als ein so hoher Favorit in einen Wahlkampf gezogen wie Frau Thatcher. Nach der letzten Meinungsumfrage liegen die Konservativen in der Wählergunst um 13 Punkte vor der Labour Party. Man ist im konservativen Hauptquartier jedoch darauf eingerichtet, daß dieser Vorsprung in den kommenden Wochen schmelzen wird.

Die Wahlkreisreform begünstigt die Tories

Dennoch steht die Labour Party vor einer außergewöhnlich schweren Aufgabe. Zur Stunde hat sie im Parlament, das offiziell am Freitag aufgelöst wird, 238 Sitze, gegenüber 332 der Konservativen. Die Sozialdemokraten (SDP) verfügen über 29, die Liberalen über 13 Sitze. Bei der bevorstehenden Wahl sind nach einer Wahlkreisreform, durch die die Zahl der Unterhaussitze auf 650 erhöht wurde, 326 Sitze für eine regierungsfähige Mehrheit nötig. Die Labour Party müßte also fast 90 Sitze dazugewinnen, um am 9. Juni erfolgreich zu sein. Das jedoch ist nach dem Kriege bisher noch keiner Partei gelungen. Dazu kommt, daß die Wahlkreisreform weitgehend zugunsten der Konservativen ausgefallen ist. Man rechnet damit, daß sie durch diese Reform mindestens 20 Sitze dazugewonnen haben.

Das muß dennoch nicht heißen, daß dieser Wahlkampf für Labour aussichtslos ist. Es gibt mit der neugegründeten sozialliberalen Allianz einen unbekannten Faktor bei dieser Wahl. Zur Stunde ist noch nicht absehbar, für wen diese Allianz eine größere Gefahr ist, ob sie also mehr Stimmen von den Tories oder von der Labour Party holt.

Die Möglichkeit, daß keine der beiden großen Parteien eine absolute Mehrheit erringt, und daß die Allianz bei der Regierungsbildung eine entscheidende Rolle spielt, wird erst dann akut, wenn sich der Stimmenanteil dieser Allianz im Laufe der nächsten Wochen auf mindestens 30 Prozent erhöht. Nach den letzten Meinungsumfragen liegt er bei 20 Prozent.

Michael Foot schwächster Punkt im Wahlkonzept

Die Möglichkeit einer Koalitionsregierung ist auch dann gering, obwohl sich die Allianz schon vor Wochen für diesen Fall nach allen Seiten hin für offen erklärt hat. Sie würde als Preis für diese Koalitionsbereitschaft von ihrem Partner die Zusage zu einem Referendum über eine Änderung des gegenwärtigen Mehrheits-Wahlrechts zugunsten einer Verhältniswahl verlangen; sie erwartet außerdem von der Labour Party die Zusage, ihren Plan eines EG-Austritts aufzugeben. Keine der beiden großen Parteien ist jedoch zu diesen Zugeständnissen bereit. Sollte es deshalb keine klaren Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus geben, wären kurzfristig Neuwahlen zu erwarten.

Die Konservativen haben die Absicht, den Wahlkampf in erster Linie zu einem Duell zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten zu machen. Labour-Chef Michael Foot ist der schwächste Punkt im Wahlkonzept der Labour Party, die deshalb vom ersten Tag an fieberhaft bemüht ist, Sachthemen in den Vordergrund zu rücken, vor allem die Frage der Arbeitslosigkeit und der Nuklearabrüstung.

Enoch Powell, der ehemalige Tory-Minister, der vor neun Jahren den Wählern empfahl, Labour zu wählen, sagte gestern im Unterhaus voraus, daß die Konservativen die Wahldebatte zur Nuklearfrage verlieren würden. Powell kandidiert als Mitglied der nordirischen Unionspartei in Ulster fürs Parlament.

Inzwischen ist es ziemlich sicher, daß Frau Thatcher nicht am EG-Gipfel im Juni in Stuttgart teilnehmen wird, der nur drei Tage vor dem Wahltag stattfindet. Dagegen hat sie nach wie vor die Absicht, Ende Mai zum Wirtschaftsgipfel in Williamsburg zu reisen.

Seite 2: Votum für die Gradlinigkeit

Sowjetische Zivilisten aus Beirut evakuiert

Israel: „Manöver" zur Beunruhigung der Libanesen

dpa/AFP, Jerusalem/Beirut

Nach der überraschenden Evakuierung von Familienangehörigen sowjetischer Diplomaten in Beirut war Israel gestern bemüht, dem Eindruck eines bevorstehenden Konflikts entgegenzutreten.

Aus Regierungskreisen in Jerusalem verlautete, Israel bereite einen Teilrückzug seiner Truppen für den Fall vor, daß sich Syrien weigere, seine Streitkräfte aus Libanon abzuziehen. Um der Gefahr eines bewaffneten Konflikts entgegenzutreten, wäre Israel dann bereit, seine Truppen einseitig auf eine Entfernung von etwa 45 Kilometer zur Grenze zurückzunehmen und gleichzeitig von der syrischen Frontlinie in Libanon abzurücken. Anschließend könne eine multinationale Streitmacht zwischen den beiden Fronten in Stellung gehen.

Die Massenevakuierung von sowjetischen Zivilisten – hauptsächlich Frauen und Kinder, aber auch einige Diplomaten – am Montag aus Beirut, hat in Israel Besorgnis ausgelöst. Zuständige Stellen in Jerusalem gaben aber auch zu verstehen, daß dieses „Manöver" eher die libanesische als die israelische Regierung in Unruhe versetzen solle. Die Zeitung „Maariv" schrieb in einem Kommentar, die Sowjets wollten den libanesischen Präsidenten Amin Gemayel dazu bringen, das Abkommen mit Israel nicht in Kraft treten zu lassen. Gemayel bestellte gestern mittag – so Radio Beirut – den sowjetischen Botschafter Alexander Soldatow in den Präsidentenpalast, um sich über die Hintergründe der Evakuierung informieren zu lassen.

In einer Erklärung der syrischen Regierung hieß es gestern, Damaskus rechne mit dem Ausbruch von Kämpfen zwischen seinen und den israelischen Truppen in Libanon. Die israelischen „Truppenkonzentrationen und Drohungen" ließen darauf schließen, daß die jüdischen Streitkräfte einen Angriff vorbereiteten, sagte der syrische Außenminister und stellvertretende Staatspräsident Abdel Halim.

Khaddam bekräftigte die syrische Ablehnung des Abkommens zwischen Jerusalem und Beirut über einen Abzug der fremden Truppen aus Libanon. Die darin vorgesehene israelische Beteiligung an der künftigen Sicherung Südlibanons sei für Damaskus nicht annehmbar. Einem israelischen Truppenangriff werde Syrien „entschlossen begegnen", warnte der Außenminister. Er wies auf die „Bündnispflichten" der Sowjetunion gegenüber Syrien gemäß dem 1980 unterzeichneten beiderseitigen Freundschafts- und Kooperationsvertrag hin.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat das libanesisch-israelische Abkommen als einen Versuch bezeichnet, auf die palästinensische Bevölkerung der von Israel besetzten Gebiete „Druck auszuüben". In einer Erklärung rief der Sprecher des PLO-Exekutivausschusses, Abdel Mohsen Abu Mayzar, alle arabischen Staaten auf, das Abkommen zurückzuweisen.

In Washington gab man sich dennoch optimistisch. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, versicherte, Syrien habe nach Ansicht der USA das Abkommen „nicht kategorisch abgelehnt, sondern die Tür offen gelassen". Washington werde seine Verhandlungsbemühungen fortsetzen und hoffe nach wie vor auf einen Erfolg. US-Außenminister George Shultz, der nach Beendigung seiner Pendelmission im Nahen Osten zur Teilnahme an der OECD-Tagung nach Paris reiste, wird heute in Washington zurückerwartet.

Nach amerikanischen Geheimdienstschätzungen befinden sich wieder 12 000 bis 15 000 PLO-Kämpfer in Libanon. Das meldete der Washington-Korrespondent der Londoner Abendzeitung „Standard". Allein am vergangenen Freitag habe ein aus Syrien kommender, aus 60 Lkw bestehender Konvoi nach US-Angaben bis zu 600 PLO-Kämpfer nach Libanon gebracht.

Aus denselben Quellen verlautete, Syrien habe seine Truppenstärke in Libanon in den vergangenen sechs Monaten um 10 000 auf 50 000 Mann erhöht. Die Sowjetunion soll die syrische Armee in den vergangenen zehn bis zwölf Monaten mit Waffen im Wert von zwei Milliarden Dollar aufgerüstet haben und mit 5000 Militärberatern unterstützen.

Eine bislang unbekannte Organisation, die sich als „militärisches und revolutionäres Mouab-Komitee Jordaniens" bezeichnete, hat sich gestern zu den Bombenanschlägen auf zwei Gebäude amerikanischer Institutionen in Amman bekannt. In einer Nachricht an die AFP in Athen erklärte die Gruppe, bei den Attentaten handle es sich um „die erste revolutionäre Antwort auf die amerikanischen Verschwörungen und die imperialistischen Pläne von (US-Außenminister George) Shultz".

Belgrad: Journalisten attackieren Funktionäre

Hintergründe des Rücktritts des „Politika"-Chefs

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die heftige Kritik hoher jugoslawischer Parteiinstanzen an der Haltung der Belgrader „Politika" – der bedeutendsten Tageszeitung des Landes – zeigt Wirkung: Dragoljub Trailovic, Chefredakteur des Blattes, trat aus politisch-ideologischen Gründen zurück. Gleichzeitig stellten auch die Leiter der Kulturredaktion und der Belgrader Redaktion der „Politika" ihre Posten zur Verfügung. Diese Vorgänge werfen ein Schlaglicht auf das rauher gewordene geistige Klima in dem Vielvölkerstaat.

So hat der führende kroatische KP-Funktionär und ehemalige Außenminister Josip Vrhovec die „Politika" mehrfach wegen „serbischen Nationalismus" attackiert. Der „Bund der Kommunisten" – die jugoslawische KP – warf der „Politika" vor, serbisch-nationalistische sowie „liberale" Bücher und Theateraufführungen nicht genügend kritisiert und verurteilt zu haben. Konkreter Anlaß ist die Haltung des Blattes gegenüber drei heftig diskutierten Ereignissen des serbischen Geistes- und Kulturlebens: So hat die „Politika" das Schauspiel „Die Taubenhöhle" von Radulovic positiv bewertet, in dem an die Ermordung von Serben durch ihre kroatischen Nachbarn während des Zweiten Weltkrieges erinnert wurde. Ein Buch mit ähnlichem Thema – „Das Messer" von Vuk Draskovic, das von der KP heftig angegriffen wurde – erhielt in der Zeitung gleichfalls eine positive Kritik. Schließlich ist die KP-Führung der Meinung, die „Politika" habe die schärfste literarisch-politische „Bombe" dieses Frühjahrs nicht entschieden genug „entlarvt": Die Essay-Sammlung „Das Wirkliche und das Mögliche" von Dobrica Cosic, dem bedeutendsten zeitgenössischen Schriftsteller Serbiens, ehemaligem Kommunisten und jetzigem Oppositionellen, der hier das titoistische Regime einer unbarmherzigen Kritik unterzieht.

Die „Politika" ist eine Zeitung von großer Tradition. Sie erscheint seit achtzig Jahren, hat also ihre Wurzeln in der vorkommunistischen Zeit: im Königreich Serbien vor dem Ersten Weltkrieg. Unter dem Tito-Kommunismus wurde das ursprünglich linksliberale Blatt zwar gleichgeschaltet, behielt aber stets ein gewisses Maß von Distanz gegenüber den Machthabern. Gewiß war die Zeitung auch Schwankungen unterworfen: Einer ausgesprochen schwachbrüstigen, von kommunistischen Vorurteilen und Klischees geprägten Deutschland-Berichterstattung steht seit Jahren eine glänzende China-Analyse und eine präzise Beobachtung der Entwicklungen in der Sowjetunion gegenüber. Seit Titos Tod wurde die Linie der „Politika" immer liberaler und weltoffener.

Der Absetzung des Chefredakteurs Trailovic ging eine stürmische Entwicklung innerhalb des Belgrader Journalistenverbandes voraus. Empört fragte hier ein „Politika"-Redakteur, wie es möglich sei, daß die Belgrader Redaktion die Veränderung an der Spitze des Blattes von ihren Korrespondenten aus Paris und London erfahren mußte: Diese hatten es in der „Times" und in „Le Monde" gelesen – zu einer Zeit, da in der jugoslawischen Hauptstadt niemand eine Ahnung hatte. Verbittert rief ein „Politika"-Redakteur den anwesenden Parteifunktionären zu: „Laßt uns tauschen. Redigiert ihr die Zeitung, und ich setze mich auf euren Stuhl. Ich war schon in Situationen, wo wirklich das Leben auf dem Spiel stand: in der portugiesischen Revolution, beim Aufstand in Berlin. Ihr aber könnt *Euch gemütlich in eurem Kabinett* ausstrecken und bei einer Tasse Kaffee überlegen, ob Miro der Parteilinie folgt oder nicht."

Die Belgrader Journalisten wehrten sich vehement gegen den Versuch der Partei, sie auf eine moralische Anklagebank zu setzen. Unter dem Beifall der Zeitungsleute erklärte ein Redakteur der „Politika": „Der größte Fehler und die größte Gefahr für den Journalismus sind Konformismus und Lakaientum – und die größte Tugend ist es, mutiger zu sein als die Gesellschaft insgesamt." Dann stellte der Sprecher die Frage: „Warum stehen jene Journalisten, welche das größte öffentliche Ansehen genießen, nicht auf der Kommandobrücke, wo die Entscheidungen fallen? Warum wird, wenn ein gehorsamer Mann und ein kluger Mann zur Wahl stehen, stets der gehorsame ernannt?"

Ein weiterer „Politika"-Redakteur meinte: „Wie können wir über den Nationalismus in der Presse sprechen, ohne die nationalen Bürokratien zu erwähnen, welche Jugoslawien zerteilen, und die bereits morgen, wenn es ihnen in den Kram passen wird, durch ihr Monopol in der Presse ihre eigene Nation gegen die anderen Nationen des Landes hetzen werden?"

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Transparente Kassenkosten

„Computer contra Rezeptbetrug – Modellversuch der AOK Heilbronn für mehr Transparenz im Gesundheitswesen"; WELT vom 21. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichteten über einen vom Land Baden-Württemberg geförderten Modellversuch einer patientenbezogenen Erfassung und Auswertung von Abrechnungsdaten der Krankenkassen. In diesem Zusammenhang zitierten Sie den baden-württembergischen Gesundheits- und Sozialminister Dietmar Schlee, der dieses Projekt als bundesweit „bisher einmalig" bezeichnet und ausgeführt hatte, daß zwar in Lindau und Dortmund ähnliche Vorhaben geplant, jedoch nicht so umfassend angelegt seien wie dieser Modellversuch.

Diese Aussage bedarf einer Richtig- bzw. Klarstellung: Bereits seit dem 2. Januar 1981 führt die AOK Dortmund – z. T. gemeinsam mit der Betriebskrankenkasse Hoesch, der Innungskrankenkasse Dortmund und Lünen, der AOK Herne und der AOK für den Kreis Mettmann – Untersuchungen zur „Effizienz und Wirtschaftlichkeit erbrachter und veranlaßter kassenärztlicher Leistungen" durch. Dieses Vorhaben ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie für Arbeit und Sozialordnung.

Ein wesentlicher Aspekt des Projektes ist es, unter Einsatz moderner elektronischer Datentechnologie die an Versicherte und Vertragspartner gewährten Leistungen statistisch maschinell auswertbar und transparent zu machen. Diese Transparenz ist erforderlich, weil inzwischen erkennbar ist, daß das bisher praktizierte Verfahren der fast anonymen Leistungsgewährung in der gesetzlichen Krankenversicherung durch eine zunehmende Individualsteuerung abgelöst werden muß. Dies setzt allerdings voraus, im Dreiecksverhältnis Patienten–Arzt–Krankenkasse die existierenden Informationsdefizite abzubauen.

Die AOK Dortmund führt inzwischen – im Gegensatz zu fast allen gesetzlichen Krankenkassen – für jedes Mitglied sowie für die auf Familienhilfe anspruchsberechtigten Failienangehörigen jeweils ein separates Leistungskonto. Die dort verbuchten Leistungsausgaben sind entweder durch Bildschirmabfrage oder Ausdruck zu reproduzieren. Über existierende Datenverarbeitungsprogramme ist konkret u. a. darzustellen:

- Welche Leistungen mit welchen Leistungswerten der Arzt selbst gegenüber dem Patienten erbracht hat,
- welche Leistungen mit welchen Leistungswerten er für den Patienten durch Überweisung an einem anderen Arzt (Facharzt / Labor) verursacht hat,
- wie sich die Tätigkeit des einzelnen Arztes aus den selbst erbrachten und aus Überweisungen veranlaßten Leistungen zur Tätigkeit aller Ärzte seiner Fachgruppe darstellt,
- wie viele und welche Ärzte der einzelne Versicherte im Laufe eines Quartals aus eigenem Antrieb oder durch ärztliche Überweisung konsultiert hat und welche Kosten hierdurch entstanden sind,
- welche Rezepte an Mitglieder und anspruchsberechtigte Familienangehörige – gegliedert nach Ausstellungstag, Anzahl der Arzneien, Gesamtbetrag der Verordnung – von welchen Ärzten im Laufe eines Quartals verordnet wurden,
- von wievielen und welchen Ärzten dem einzelnen Versicherten im zeitlichen Nach- und Nebeneinander Arzneimittel verordnet wurden, die sich in ihrer Wirksamkeit ggf. gegenseitig aufheben oder kumulieren oder die sich nicht miteinander vertragen,
- welche Leistungen der Arzt auf dem Gebiet der Physikalischen Therapie verordnet hat (Bäder, Massagen, Packungen usw.),
- wie sich die Dauer der Arbeitsunfähigkeit und die Art der Diagnose der Versicherten mit Anspruch auf Lohnfortzahlung und die Dauer und Höhe des gezahlten Krankengeldes darstellt,
- welche Dauer und welche Kosten die stationären Einweisungen des Arztes oder des Krankenhauses zur Folge haben.

Derartige Auswertungen bzw. Abfragemöglichkeiten haben zwangsläufig auch zur Folge, daß man Auffälligkeiten und Unregelmäßigkeiten erkennt, die den Verdacht von Manipulationen oder gar Betrügereien beinhalten. So wurden z. B. bereits Arzneiverordnungen für schon verstorbene Patienten ermittelt.

Aus Ihrer Berichterstattung und den mir zugänglichen anderen Informationen ist nicht zu entnehmen, daß der geplante Modellversuch in Baden-Württemberg über unsere Aktivitäten hinausgeht bzw. umfassender ist. Der wesentliche Unterschied dürfte in der Tatsache bestehen, daß das, was in Baden-Württemberg geplant, bei der AOK Dortmund inzwischen Bestandteil routinemäßiger Verwaltungsarbeit ist. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, für das geplante Projekt z. B. kosten- und zeitaufwendige Datenverarbeitungsprogramme zu erstellen, wenn auf die Entwicklungen in Dortmund kostenlos – weil mit Bundesmitteln gefördert – zurückgegriffen werden kann. Daß diese Programme für alle Ortskrankenkassen, die das vom Bundesverband der Ortskrankenkassen entwickelte EDV-Informationssystem IDVS II benutzen, anwendungsfähig sind, sei ausdrücklich erklärt.

Die Chance, die sparsamen schwäbischen Steuerzahler zu entlasten, sollte genutzt werden.

Hochachtungsvoll
Vogelsänger,
AOK, Dortmund

Kein Kommentar

„Pankraz, G. Konrad und die Spatzen von Jalta"; WELT vom 2. Mai

Ihr letzter Pankraz hat mir große Freude bereitet. Ich möchte noch hinzufügen: Die Veranstalter haben zur Tagung keinen einzigen polnischen Kollegen eingeladen. Und dies, obwohl sich zur Zeit in Berlin einige Mitglieder des polnischen Schriftstellerverbandes und des polnischen PEN aufhalten: Wladyslaw Bartoszewski, Stanislaw Lem, Ewa Lipska, Maria Kurecka und ich. Kein Kommentar.

Mit herzlichen Grüßen
Witold Wirpsza,
Berlin 21

Nur gekürzt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Leserzuschrift des Herrn Hermann Preisn unter der Überschrift „Doppelverdiener" in der WELT vom 6. Mai erfordert eine Richtigstellung.

Die Behauptung, ein hoher Prozentsatz der Abgeordneten seien „Beamte mit ungekürzten Beamtenbezügen", ist unrichtig. Wird ein Beamter in den Bundestag gewählt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis für die Dauer der Mitgliedschaft, das heißt, er erhält keinerlei Bezüge aus dem Beamtenverhältnis. Auch ein pensionierter Beamter oder Soldat erhält neben der Abgeordnetenentschädigung (Diäten) keine ungekürzte Pension. Diese wird vielmehr um 50 v. H., höchstens um 50 v. H. der Diäten, gekürzt. Entsprechendes gilt für die Pension eines ehemaligen Bundeskanzlers oder Ministers. Das alles ist nachzulesen in Paragraph 5 Absatz 1 und Paragraph 29 Absatz 2 des Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297).

Mit freundlichen Grüßen
Horst Dietrich,
Bonn

Schizophrenie

Sehr geehrte Herren,

ich bin an sich sehr erstaunt, daß in keinem Bericht und in keinem Leserbrief über den Fall Burkert die Tatsache erwähnt wird, daß diese Autobahn, auf der Bundesbürger wahl- und zahllos bis zum Tode schikaniert werden, mit den Steuermilliarden der Bundesbürger gebaut wurde.

Daß es zu diesen schlimmen Vorfällen überhaupt kommen kann, daran trägt die vergangene sozialliberale Regierung ein gerüttelt Maß an Schuld. Sie hat es – wissentlich oder unwissentlich – versäumt, bei den seinerzeitigen Verhandlungen über Finanzierung und Bau dieser Zugangsstrecke zum freien Berlin ein entsprechendes Mitspracherecht und mehr Schutz für die Benutzer zu beanspruchen. So wurde sie mitschuldig an den willkürlich herbeigeführten Todesfällen.

Trotz der von der Bundesrepublik zur Verfügung gestellten Unsummen für den Bau dieser Trasse, die nach Expertenmeinung die tatsächlichen Baukosten erheblich überstiegen, dürfen die Autofahrer aus der Bundesrepublik dann auch noch Autobahnbenützungsgebühren bezahlen. Das ist Schizophrenie in höchster Potenz.

Unter diesem Aspekt sollte man auch die Proteste von Graf Lambsdorff sehen, die dieser gegen die durchaus berechtigten Vorwürfe von Herrn Strauß richtet. Seine Partei hat die Verschleuderung dieser Milliarden an die „DDR" seinerzeit mitgetragen. Schlägt jetzt etwa das Gewissen?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Prof. Alfred Schroedter,
Herbolzheim 4

Immer wachsende Aufgaben

„Leserbrief: Alle Jahre wieder"; WELT vom 3. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Masch hat in seinem Leserbrief vom 3. Mai die Tarifforderungen des öffentlichen Dienstes kritisiert. „Die Gewerkschaften stoßen mit geballter Macht an die Grundmauern unseres Staates", da der öffentliche Dienst diese Grundmauern im Wesentlichen auch trägt. Wenn hier ein Streik „lähmen" kann, so zeigt dies doch eindringlich die Bedeutung dieser Dienstleistungen.

Auch die Lohnforderungen in der Industrie schlagen beim Verbraucher, also dem normalen Staatsbürger zu Buche. Die Erhöhung im Stellenkegel hat nur bestimmte Berufsgruppen getroffen. Dies ist besonders dem Reformwillen der SPD zuzuschreiben, die die Hochschulabschlüsse eingeebnet hat. Nun wird von „Stellenbäuchen" gesprochen, die jede Karriere blockieren. Zwar gibt es noch die automatische Alterssteigerung, die den Zuwachs an Fortbildung und Erfahrung aber nur zum Teil ausdrückt.

Der öffentliche Dienst hat vom Gesetzgeber immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, man denke nur an das umfangreiche Umweltrecht. Jedes Pferd in der freien Landschaft muß eine Nummer angehängt bekommen. Große Behörden, wie das Umweltbundesamt, sind installiert worden. Der Staat braucht aber auch solche Möglichkeiten, unabhängig von privaten Interessen selbst zu forschen, zu kontrollieren und neue Tendenzen einzuleiten.

Das Herumhacken auf dem öffentlichen Dienst ist falsch. Hier muß detaillierter unterschieden werden. Es muß auch wieder die Möglichkeit geben, besondere Leistungen im öffentlichen Dienst zu honorieren. Seit Jahren aber liegt die Lohnerhöhung unter der Preissteigerung und bei Beförderungen bewegt sich nicht mehr viel. Arbeitslosigkeit und Einstellungsstopp regen nicht zur Mobilität an.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Hilmar Förstel,
Jülich

Wort des Tages

„Was du durch gutes Glück erhältst, nimm ohne Stolz an; was du verlierst, gib auf, ohne zu trauern."

Marc Aurel, röm. Kaiser und Philosoph (121–180)

Personalien

GEBURTSTAGE

Siebzig Jahre alt wird am Mittwoch der Tübinger Ägyptologe Prof. **Dr. Helmut Brunner**. Der gebürtige Frankfurter hat das Tübinger Institut mit seiner Bibliothek gegründet und „aus dem Nichts" zu einer der bedeutendsten Einrichtungen seiner Art in der Bundesrepublik gemacht. Brunner machte mit seiner Frau, der Ägyptologin **Emma Brunner-Traut**, viele Studienreisen nach Ägypten und gab eine Reihe erfolgreicher, auch für interessierte Laien verständlicher Bücher heraus.

Feinheiten im Spiel um Macht und Einfluß sind dem bayerischen Lehrer-Präsidenten und Bundesvorsitzenden des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), **Wilhelm Ebert**, ebenso vertraut wie eine wirksame Selbstdarstellung. Ebert, der am Wochenende 60 Jahre alt wird, verschaffte sich, wenn er es für notwendig erachtete, direkten Zugang zu **Franz Josef Strauß** und ließ stets einen verblüfften Kultusminister hinter sich. Bayerns Ministerpräsident schätzt den gebürtigen Egerländer und sieht dem Rivalitätsgehabe zwischen Lehrerverband und Kultusministerium interessiert zu. Strauß über den Jubilar: „Ebert hat das immer für nicht allzu erheblich betrachtet, wer unter ihm Kultusminister ist." 1955 wurde er Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV). Für den Weltlehrer-Verband WCOTP leitete er Konferenzen bei der Unesco und der Internationalen Arbeiterorganisation. Von 1975 bis 1978 führte er den Weltverband mit 120 nationalen Lehrerorganisationen als Präsident. Als Mitglied des Rundfunkrates im Bayerischen Rundfunk und als Vorsitzender des Fernsehausschusses hat er mehrfach heftige Auseinandersetzungen mit Intendant **Reinhold Vöth** geführt. Ebert plädiert im Gegensatz zur bayerischen Staatsregierung für eine gemäßigte Form der Gesamtschule.

EHRUNGEN

Für seine Deutung der ökologischen Krise als „geistige Krise des modernen Menschen" ist dem Stuttgarter Pfarrer **Jörg Zink** (60) die Bodo-Manstein-Medaille, der Bundesnaturschutzpreis des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), übergeben worden. In der Laudatio wird der Einsatz des „Theologen mit schwäbischer Kämpfernatur" für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und für soziale Gerechtigkeit und Frieden gewürdigt. Zink, der vor zwei Jahren aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden ist, wurde durch über hundert Fernsehfilme, zahlreiche Bücher und als regelmäßiger Sprecher des „Wort zum Sonntag" einem breiten Publikum bekannt. **Herbert Wehner**, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD, wird die Ehrendoktorwürde der Universität Jerusalem verliehen. Die Ehrung erfolgt im Rahmen eines Besuchs einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion, die zu regelmäßigen Gesprächen mit der israelischen Arbeiterpartei – sie finden wechselweise in Jerusalem und in Bonn statt – nach Israel geflogen ist. Für seine Verdienste um Gesellschaft und Wirtschaft hat Bundespräsident Karl Carstens **Hans-Joachim Wolf**, Geschäftsführer der Privatbrauerei Dortmunder Kronen und von 1975 bis 1981 Präsident des Deutschen Brauer-Bundes, mit dem Verdienstkreuz am Band ausgezeichnet.

AMTSANTRITT

Jacques Morizet (62), neuer französischer Botschafter in Bonn, hat am Dienstag Bundespräsident **Karl Carstens** sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Der fließend Deutsch sprechende Berufsdiplomat, der in seiner Karriere schon dreimal in Bonn gearbeitet hat, gilt als einer der besten französischen Deutschland-Kenner.

LEICHTATHLETIK / Verband legt sich mit Extrainer von Eva Wilms an

Gehrmann wurde wegen einer Lappalie gesperrt – doch dahinter steckt mehr

KLAUS BLUME, Bonn

Ein Vorgang schlägt Wellen – dessen Bedeutung im Grunde gering ist. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtete gestern: „Zwei gütliche Einigungsversuche sind gescheitert, jetzt kämpfen der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) und sein Bundestrainer Christian Gehrmann vor dem Arbeitsgericht mit harten Bandagen weiter. Der für das Diskuswerfen der Frauen zuständige Entdecker und Förderer von Kugelstoß-Rekordlerin Eva Wilms will über seinen *Rechtsanwalt Bernd Heller*, Ex-Leichtathlet und Moderator im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF, eine Disziplinarmaßnahme des DLV rückgängig machen lassen. Christian Gehrmann hatte im März einen schriftlichen Verweis erhalten und die Mitteilung, daß er in der Freiluftsaison 1983 bei keiner internationaler Veranstaltung als Trainer eingesetzt würde.

Gehrmann, dessen Vertrag bis zum 30. September 1984 läuft, hält die Sperre für ungerechtfertigt. Sie wurde ausgelöst durch Vorfälle am 19. Februar in Dortmund beim Hallen-Länderkampf gegen Großbritannien. Die nach Absprache mit Gehrmann nominierten Kugelstoßerinnen Claudia Losch (Fürth) und Mechtild Schönleber (Köln) sagten kurz vor Wettkampfbeginn ihren Start ab und mußten ersetzt werden. Grund der Teilnahmeweigerung: Kugelstoß-Bundestrainer Edward Harnes, dessen Beziehung zu der Kölnerin als äußerst gespannt gilt, habe Mechtild Schönleber zu spät mitgeteilt, daß mit Birgit Petsch (Leverkusen) eine weitere Athletin außer Konkurrenz mitmachen würde. Gehrmann wurde vorgehalten, nichts unternommen zu haben, um die Mädchen zum Start zu bewegen." – Soweit dpa.

Bei den Kugelstoßerinnen gab es einen schriftlichen Verweis, Gehr*mann wurde gesperrt. Die Agentur* dazu: „Diese zusätzliche Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß der Münchner nicht zum erstenmal Probleme mit dem Verband hat."

Da ist zum Beispiel der Vorgang um die von Gehrmann betreute deutschee Diskusmeisterin Ingra Maneke aus dem Sommer 1982. Sie hatte dem Verband mitteilen lassen, daß sie am Tage eines Länderkampfes in Durham (USA) eine Prüfung zu absolvieren habe. Dieses Schreiben, von dem es selbstverständlich eine Kopie gibt, wurde beim DLV nie aufgefunden. Ingra Maneke erhielt also eine Sperre.

Im Dezember 1982 schickten Ingra Maneke, die Diskuswerferin Doris Gutewort sowie die Kugelstoßerinnen Mechtild Schönleber und Claudia Losch einen Brief an den DLV, in dem sie auf Einhaltungen von Planungen und Versprechungen drängten. Schluß des Schreibens: „Im übrigen lehnen wir eine Zusammenarbeit mit Edward Harnes ab." Der Brief wurde bis heute nicht beantwortet, dabei sind die Hintergründe überaus brisant: Athletinnen, die einst bei dem Norweger Harnes und jetzt bei Gehrmann trainieren, behaupten: Harnes schlafe beim Training regelmäßig ein – bis zu dreimal an einem Nachmittag. Harnes habe trotz gewonnener Qualifikation *und Hochform Mechtild Schönle*ber nicht zum entsprechenden Länderkampf und für eine Europameisterschaft nominiert. Harnes würde es grundsätzlich ablehnen, die Athletinnen zur Dopingkontrolle zu begleiten. Harnes habe bei den Deutschen Meisterschaften 1981 in Gelsenkirchen einer Athletin die Einnahme eines Erkältungsmedikamentes empfohlen, das auf der Dopingliste steht.

Die zehn besten Kugelstoßerinnen trainieren nicht bei Bundestrainer Harnes, sondern beim Diskuscoach Gehrmann, der sie aber im internationalen Wettkampf nicht betreuen darf, und: Ex-Rekordlerin Eva Wilms lehnt es ab, unter Harnes als Trainerin zu arbeiten.

Was soll bei alledem nun die Posse von Dortmund?

STAND PUNKT

Comeback von Riehm

Karl-Hans Riehm kehrt in den Hammerwurfring zurück – am Himmelfahrtstag beim Werfer-Länderkampf gegen Polen in Schwäbisch Gmünd. Er wolle den sowjetischen Achtzig-Meter-Werfern noch einmal dazwischenfunken, möglichst im August bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki. Deshalb hat er nach fast einjähriger Verletzungspause – Muskelriß und Ischiasbeschwerden – wieder trainiert. Deshalb will er jetzt wissen, wo er steht. Mit Resultaten von 75 Metern aufwärts wäre Deutsch*lands erfolgreichster Hammerwer*fer aller Zeiten zufrieden.

Dafür hat der 31 Jahre alte Werfer seine Arbeit als Innenarchitekt wieder eingeschränkt, dafür hat er wieder fünf bis sechs Stunden am Tag trainiert, dafür hat er sich ein hartes, dicht gestaffeltes Wettkampf-Programm verordnet.

Seine Rekorde sind beinahe Legende, seine Verletzungen fast Schicksalsschläge: 1974 Operation an den Patellasehnen, 1976 Rükken- und Knieverletzungen, Operation an den Bandscheiben, 1977 Meniskusoperation, 1978 Bänderdehnung im Knie, 1982 Muskelriß.

Dennoch ist er seit zwölf Jahren Weltklasse – eine Sisyphus des Hammerwerfens, ein Mann von nur schwer ergründbarer Geduld, eben Karl-Hans Riehm. K. Bl.

HANDBALL/Wunderlichs Wechsel nach Barcelona perfekt – 2,5 Millionen

„Ich wäre einfach verrückt, wenn ich dieses Angebot nicht annehmen würde"

JOACHIM NEUSSER, Bonn

Erhard Wunderlich hat jetzt den spektakulärsten Wechsel in der Handball-Geschichte bestätigt: Der 94malige deutsche Nationalspieler vom VfL Gummersbach wird in der kommenden Saison das Trikot des FC Barcelona tragen. Für sein Vierjahres-Engagement kassierte der 26 Jahre alte Weltklassemann 2,5 Millionen Mark. Diese sensationelle Summe bestätigte sein Manager Jochen Kress, der daraus ein Nettogehalt von 300 000 Mark jährlich errechnet *hat. Zusätzlich darf Wunderlich* pro Jahr mit 150 000 Mark aus Werbeverträgen rechnen.

Der Vertrag mit den Spaniern, die vergleichbare Investitionen bislang nur im Fußball getätigt haben (Diego Maradona für rund 20 Millionen Mark), wurde bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. April im trophäengeschmückten „Sala de Juntas" in der FC-Geschäftsstelle unterschrieben. Der millionenschwere Klub-Präsident José Luis Nuñez offerierte Wunderlich neben der Traumgage noch weitere Vergünstigungen: kostenfreie Wohnung nach Wahl, ein Auto und einen Spanisch-Lehrer.

„Ich wäre verrückt, wenn ich dieses Angebot ausgeschlagen hätte, neben den finanziellen Aspekten waren auch sportliche mitentscheidend. Mit dem VfL Gummersbach habe ich bereits alles erreicht, was zu erreichen ist. Jetzt reizt es mich, mit Barcelona ähnliches zu schaffen. Die Mannschaft hat das Zeug, Europapokalsieger zu werden", sagte Wunderlich zu seinem Wechsel.

Für den deutschen Handball ist der Junggeselle, der in Gummersbach eine Sport- und Werbe-Agentur betreibt und Hausbesitzer ist, trotz des Spanien-Transfers nicht verloren. Dafür sorgt der Paragraph 46 der Internationalen Handball-Federation (IHF). Danach muß *ein Spieler, der ins Ausland* wechselt, für 30 Tage pro Saison seinem Heimatland zur Verfügung stehen. Ein entsprechender Passus, der Wunderlich für Länderspiele der deutschen Nationalmannschaft freistellt, ist in seinem Vertrag enthalten.

„Ähnlichen Ärger, wie er im Fußball im Falle Schuster oder Stielike üblich ist, soll es mit mir nicht geben", erklärte Wunderlich. Bundestrainer Simon Schobel will angesichts der überraschenden Entwicklung auch „mittelfristig" nicht auf seinen Torjäger und Regisseur verzichten: „Ich plane die B-Weltmeisterschaft 1985 in Norwegen und danach hoffentlich auch die A-WM 1986 in der Schweiz voll mit Wunderlich."

Wie aus Kreisen des DHB-Präsidiums verlautet, will der Handball-Bund über die Freigabe allerdings erst dann entscheiden, wenn er Einsicht in den Vertrag genommen hat. Ein Wechsel ist nur möglich, wenn DHB und Gummersbach ihre Zustimmung geben.

Die Verbindungen zwischen Wunderlich und dem FC Barcelona wurden anläßlich der Halbfinalspiele im Europapokal im April dieses Jahres geknüpft. Der 2,04 m große Wunderlich hatte damals Gummersbach mit 13 Toren im Hinspiel und sieben Treffern in der zweiten Begegnung nahezu allein ins Endspiel geschossen und die Verantwortlichen des spanischen Meisters nachdrücklich auf sich aufmerksam gemacht. Sein Vertrag wird über die Fußball-Abteilung laufen, da die Handballer nur über einen minimalen Etat verfügen.

Ganz uneigennützig handeln die Spanier allerdings auch nicht. Sie wollen den Rekordtorschützen der deutschen Nationalmannschaft werbemäßig vermarkten, von der Zahnbürste bis zum Auto. Sobald die Formalitäten abgeschlossen sind, wird der gebürtige Augsburger schon schnell ein Wiedersehen mit seinen alten Kameraden feiern. Sein erster Auftritt für den FC Barcelona ist bei einem Turnier im August in Doloj (Jugoslawien), an dem wahrscheinlich auch Gummersbach teilnimmt.

TENNIS / Internationale Deutsche Meisterschaft

In Hamburg haben Stars einiges gutzumachen

H.-J. POHMANN, Hamburg

Die Veranstalter des World-Team-Cups im Düsseldorfer Rochusclub waren zu bedauern. Da quälten sich die Spanier und Australier im Endspiel der offiziellen Mannschaftsweltmeisterschaft der ATP (Association of Tennis-Professional) über die Runden. Von sogenannter Weltklasse war nichts zu spüren, und auch der Kommentator des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) bemerkte, daß sich die ansonsten so tennisbegeisterten Düsseldorfer wegen der schwachen Leistungen der Spieler „ganz einfach zurückhalten".

Der Niedergang des World-Team-Cups war in diesem Jahr erschreckend. Aber dem so bemühten Turnierdirektor Horst Klosterkemper erging es wie so vielen seiner Kollegen. Sie sind mittlerweile samt ATP die Sklaven der vermeintlichen Stars. Was sich Yannick Noah mit seinem Nichterscheinen gegen die deutsche Mannschaft geleistet hat, ist bis jetzt ein einmaliger Vorfall im Profitennis. Da reden die Funktionäre der ATP, der Executiv-Direktor Mike Davies, von Dollar-Strafen und Sperren, wohlgemerkt vorbehaltlich der Entscheidung des höchsten Gremiums im Welttennis, dem Pro-Council.

Die einzige richtige Strafe wäre eine sofortige Sperre gewesen. Denn der Franzose hat sich unentschuldigt vom Turnierort entfernt, und der Turnierarzt konnte sich demzufolge nicht von der angeblichen Magenverstimmung Noahs überzeugen. Jetzt glaubt keiner mehr an eine Sperre des Franzosen in zwei Wochen bei den Internationalen Französischen Meisterschaften von Paris. Zumal der Präsident des französischen Verbandes, Philippe Chartrier, auch Präsident der Internationalen Tennis-Federation ist.

Die nächste Station im Grand-Prix-Zirkus ist der Hamburger Rothenbaum. Damit sich die Tennis-Millionäre nicht überarbeiten, erhalten die ersten acht Gesetzten zum erstenmal in diesem Jahr, wie auf allen Grand-Prix-Turnieren, eine Freirunde. Anstelle von 64 Profis sind nur noch 56 am Start. Die Vorzeichen für ein Gelingen der mit 265 000 Dollar dotierten Internationalen Meisterschaften von Deutschland sind ungleich größer als in Düsseldorf. Denn mit Lendl, Vilas, Clerc, Wilander, Higueras sind gleich fünf der Top-Ten am Start. Und gleichzeitig wird in Hamburg auch um Ranglistenpunkte gekämpft.

Imposant ist es allemal, was der Hamburger Turnierdirektor Heinz Brenner, zugleich Präsident des Hamburger Tennis-Verbandes, aus dem Turnier in den letzten Jahren gemacht hat. Die Sponsoren stehen Schlange, um dabeisein zu dürfen. Rund 600 000 Mark nimmt Brenner für Werbung auf dem Platz und der Vermietung von Verkaufsständen ein. Für die letzten drei Tage sind keine Karten mehr erhältlich, allein im Vorverkauf wurden Tickets im Wert von über 800 000 Mark abgesetzt. Einmal ins Schwärmen geraten, wirkt Brenner wie der liebe Onkel vom Profitennis: „Bei uns werden die Stars von vorne bis hinten bedient, was sie sich wünschen, ist da."

Sicherlich, dieses Hamburger Turnier strahlt wieder ein Fluidum aus, das auf vielen internationalen Turnierplätzen nicht mehr anzutreffen ist. Eine perfekte Organisation, eine gepflegte Anlage und ein tennisbegeistertes Publikum bieten Anreiz für die Spieler. Nach seinen schlechten Erfahrungen mit dem Pro-Council vor zwei Jahren wurde Brenner in einem Punkt allerdings vorsichtig: So hält er sich mit Äußerungen über Ko-Sponsoren zurück, die die Teilnahme der Stars in der Vergangenheit ermöglichten. Damals wurde ihm vorgeworfen, Jimmy Connors Startgeld gezahlt zu haben. Die Rede war davon, daß die Holsten-Brauerei 100 000 Mark an den Wimbledon-Sieger gezahlt habe. Nichts ist bewiesen worden, und so können die Hamburger Fans weiterhin Spitzentennis genießen. Sollten gar die Deutschen mit dem lokalen Favoriten Michael Westphal an der Spitze mehrere Runden gewinnen, dann können sich auch die DTB-Funktionäre, die geschlossen am Donnerstag und Freitag anreisen, im neuen Glanz des Turniers sonnen.

NACHRICHTEN

Real bangt um Stielike

Göteborg (sid) – Der Einsatz von Uli Stielike bei Real Madrid im Endspiel um den Fußball-Europapokal der Pokalsieger heute in Göteborg gegen den FC Aberdeen wird erst kurz vor Spielbeginn entschieden. Das Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt das Spiel ab 20.10 Uhr live.

Seiler ausgeschieden

Varna (dpa) – Mit einer überraschenden 1:4-Punktniederlage im Halbschwergewicht gegen den Finnen Juha Hanninen war die Amateurbox-Europameisterschaft in Varna für Kurt Seiler (Leverkusen) bereits nach dem ersten Kampf beendet. Dagegen erreichte Andreas Bauer (Berlin) im Mittelgewicht mit einem Sieg über Janos Bakos (Ungarn) das Viertelfinale wie auch Ralf Rocchigiani (Berlin) durch einen 5:0-Punktsieg im Schwergewicht über Havnaa (Norwegen).

Scherer kandidiert nicht

München (sid) – Schatzmeister Fritz Scherer wird nach eigenen Angaben beim Fußball-Bundesligaklub Bayern München nicht als Gegenkandidat von Präsident Willi O. Hoffmann kandidieren. Scherer war von der vereinsinternen Opposition um Herbert Jakisch, den Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirates, als neuer Präsident ins Gespräch gebracht worden.

Richard Hofmann gestorben

Berlin (dpa) – Richard Hofmann, einer der besten deutschen Fußballspieler der Vorkriegszeit, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Hofmann, der zwischen 1927 und 1933 insgesamt 25 Länderspiele bestritt, spielte lange Zeit mit dem späteren Bundestrainer Helmut Schön für den Dresdener SC.

ZAHLEN

WASSERBALL

Drittes Weltcup-Turnier in Malibu: 3. Spieltag: Spanien – UdSSR 8:7, Holland – Italien 6:6, Kuba – Ungarn 8:8, Deutschland – USA 7:3. Tabellenspitze: 1. Deutschland (25:18/5:1), 2. Italien (20:17/4:2), 3. UdSSR (24:21/3:3), 4. Ungarn (25:25/3:3).

TENNIS

6. Ambre-Solaire-World-Team-Cup in Düsseldorf, Endspiel: Spanien – Australien 2:1. – Higueras – Edmondson 6:2, 6:4, Orantes – Cash 6:3, 6:2, Higueras/Gimenez – Edmondson/Cash 5:7, 6:4, 1:6.

77. Internationale Meisterschaften von Deutschland in Hamburg, Herren-Einzel, 1. Runde: Arraya (Peru) – Solomon (USA) 6:2, 6:1, Valesco (Kolumbien) – Popp (Deutschland) 6:4, 6:2, Keretic (Deutschland) – Tous (Spanien) 3:6, 6:2, 6:3, Westphal (Deutschland) – Waltke (USA) 6:3, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. Rang: 1 437 105,00, 2: 87 097,00, 3: 5744,00, 4: 109,70, 5: 8,80. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 4315,90, 2: 180,10, 3: 17,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 211 245,95, 2: 35 207,60, 3: 3864,20, 4: 91,10, 5: 7,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 458,20, 2: 47,80. – Rennen B: Klasse 1: 715,30, 2: 145,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 215 147,50. (Ohne Gewähr)

Berlin: Senat will Veränderung im Wohnungsbau

F. D. Berlin

Für eine langfristige Änderung der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus hat sich jetzt Berlins Bausenator Ulrich Rastemborski (CDU) ausgesprochen. Vor Vertretern der Berliner Immobilienwirtschaft wies der Politiker darauf hin, der soziale Wohnungsbau koste derzeit das Land Berlin jährlich rund eine Milliarde Mark. Durch die Aufwandsförderung des Senats, die eine Subventionierung der derzeitigen Kostenmiete von 30 Mark pro Quadratmeter mit 24 Mark pro Quadratmeter vorsieht, entstehe jährlich eine zusätzliche Belastung von 100 Millionen Mark.

Der Senator sprach sich dafür aus, auf längere Sicht die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus auf eine Mischung von Aufwandssubventionen und direkten Baudarlehen umzustellen, wie dies bis 1970 in Berlin praktiziert worden sei. Bei der 1987 erstmals fälligen Anschlußfinanzierung der nach 1970 gebauten Sozialwohnungen erwägt der Senat für die Mieter eine „Leistungsmiete, die nach subjektiven Einkommensverhältnissen gefordert werden soll".

Der Neubau von Sozialwohnungen werde in den Jahren 1985 bis 1990 von derzeit 7000 geförderten Wohnungen auf 6000 zurückgehen müssen. Eine Sättigung des Berliner Wohnungsmarktes sei aber noch nicht in Sicht.

Eppler erwartet Votum gegen Nachrüstung

Er prophezeit Diskussion über Austritt aus der NATO

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Für Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, gibt es keinen Zweifel mehr darüber, daß der Parteitag der Sozialdemokraten im November eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß verweigern wird.

Im Deutschlandfunk sagte Eppler, er glaube, daß auf dem SPD-Parteitag zwei Positionen vertreten sein werden. Die eine umriß er mit dem Wort „Moratorium", die andere mit „laßt uns nein sagen". Die Anhänger des Moratoriums-Gedankens würden argumentieren, die Genfer Mittelstreckenverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR seien noch nicht zu ausreichenden Ergebnissen gelangt: „Gebt ihnen noch einmal ein oder zwei Jahre Zeit für die Verhandlungen." Währenddessen dürfe aber nicht stationiert werden. Die Vertreter der anderen Position würden, sagen: „Wir haben das jetzt lange genug angesehen, und die Stationierung kann in jedem Fall unsere Sicherheit nur vermindern, also laßt uns nein sagen."

Der baden-württembergische Sozialdemokrat weigerte sich aber vorauszusagen, welche Position sich auf dem Bonner SPD-Kongreß durchsetzen werde. Er zog jedoch ähnlich wie der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO in Zweifel: „Wer gegen den feststellbaren Willen einer Mehrheit der Deutschen die Stationierung der Mittelstreckenraketen unter allen Umständen durchsetzen will, der darf sich nicht wundern, wenn es eine Diskussion über die Mitgliedschaft in der NATO gibt. Das heißt: Ich bin nicht für den Austritt aus der NATO, aber ich halte eine Diskussion darüber für völlig unvermeidlich in dem Augenblick, wo – ja nun – gegen unsere Interessen und auch gegen den nach Umfragen klaren Willen der Mehrheit die Stationierung durchgedrückt werden soll und auch gegen den massiven Widerstand der Friedensbewegung."

Eppler sagte, er habe den NATO-Doppelbeschluß „von vornherein für falsch" gehalten. Heute müßten die Sozialdemokraten feststellen, daß sich „unsere amerikanischen Verbündeten ... herzlich wenig Mühe gegeben" hätten, in Genf zu einem Kompromiß zu kommen. Der jüngste Vorschlag Andropows laufe darauf hinaus, daß „nicht einmal hundert SS 20 übrigblieben". Wenn ihn die USA nicht aufgriffen, bleibe der SPD kein anderer Weg, als nein zu sagen.

Reagan besteht auf „starkem" KSZE-Dokument

▲ Fortsetzung von Seite 1

unaufhörlich, genau wie andere westliche Länder, das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Menschenrechtspolitik der Sowjetunion lenken. Deshalb lassen wir und unsere Verbündeten nicht nach, auf einer starken Menschenrechtsklausel im Schlußdokument der Madrider KSZE-Konferenz zu bestehen. Darüber hinaus können unsere Regierungen – und das tun sie auch – im stillen einzelne Fälle aufgreifen, um bessere Behandlung für gewisse Bürger unter der sowjetischen und anderen Regierungen sicherzustellen."

In dem Interview nannte der amerikanische Präsident die Anwesenheit von US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland unabdingbar „so lange wir in Europa einem entschlossenen Gegner gegenüberstehen". Reagan stellte den kooperativen Charakter der Abkommen des NATO-Bündnisses heraus: „Anders als im Warschauer Pakt basieren die NATO-Sicherheitsabkommen auf gegenseitigem Einverständnis. Amerikanische Streitkräfte werden so lange in der Bundesrepublik bleiben, wie sie gebraucht werden und so lange sie von der Bundesrepublik gewünscht sind". Der US-Präsident *forderte die Sowjetunion auf*, ihren in verschiedenen Erklärungen bekundeten Friedenswillen durch Taten zu untermauern. „Eine ehrliche sowjetische Friedensbemühung würde den Rückzug ihrer Invasionstruppen und der KGB-Einheiten aus Afghanistan beinhalten, auch eine Lockerung des Drucks auf Polen und seine Bürger, einen Abbruch der Hilfeleistungen an internationale Terroristen und ein Ende des Einsatzes und des Nachschubs ihrer schreckenerregenden chemischen und biologischen Waffen. Aktionen dieser Art würden von meiner Regierung prompt erwidert werden und eine neue und bessere Ära der Ost-West-Beziehungen begründen."

Polen: Gewerkschaften fordern Rehabilitierung

Offener Brief an den Sejm in Warschau veröffentlicht

rtr, Warschau

Mit der Veröffentlichung eines Briefes an den Sejm (Parlament) haben Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsverbandes „Solidarität", der verbandsunabhängigen autonomen Gewerkschaften und der Lehrergewerkschaft ihre erste gemeinsame Aktion seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 unternommen.

In dem offenen Brief wird die Rückkehr zum pluralistischen System unabhängiger Gewerkschaften in Polen gefordert. Außerdem wird die Freilassung der wegen illegaler Gewerkschaftsarbeit, der Teilnahme an Protestaktionen oder aus politischer Überzeugung Inhaftierten verlangt. Unabhängige Gewerkschafter, die ihren Arbeitsplatz verloren hätten, sollten in Beruf und Organisation rehabilitiert werden. Der Text des Schreibens war am vergangenen Freitagabend bei einem Treffen von Lech Walesa mit neun anderen Führern der in Polen verbotenen Gewerkschaften vereinbart worden. Walesa und die anderen Teilnehmer waren vorübergehend festgenommen worden. Nach Angaben aus „Solidaritäts"-Kreisen befinden sich *jetzt alle wieder auf freiem Fuß.*

In dem Brief heißt es, daß die „Wiederherstellung gewerkschaftlicher Freiheit eines der unverzichtbaren Elemente einer so sehr herbeigesehnten wahrhaften nationalen Übereinkunft" sei. Das Schreiben war dem Sejm am Montag zugeleitet worden. An demselben Tag hatten die Kommunistische Partei und ihre politischen Gefolgsleute den ersten Nationalkongreß der „Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt" (PRON) beendet, dessen Ziel es ist, einen „Ausgleich" zwischen den gesellschaftlichen Kräften in Polen herbeizuführen und die Glaubwürdigkeit der Behörden in den Augen der Bevölkerung wiederherzustellen. Die katholische Kirche hat bisher eine Mitarbeit abgelehnt.

Politische Beobachter meinten, in dem Brief gewisse Anklänge an eine Predigt von Kardinal Jozef Glemp entdeckt zu haben, der während einer Messe am Sonntag in Krakau an die Behörden appelliert hatte, auf die Stimme des Volkes zu hören. Der Brief schließt mit der Bemerkung, die Tatsache, daß das Schreiben von den Vertretern verschiedener gewerkschaftlicher Gruppierungen unterzeichnet worden sei, beweise, daß „eine pluralistische Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, sich auf Dinge von grundlegender Bedeutung für die Arbeitswelt, die Nation und den Staat zu einigen".

Widerstand gegen Blüms Sparpläne

Rei. Bonn

Die Pläne von Bundesarbeitsminister Blüm, die Krankenversicherung mit zwei Milliarden an der Entlastung von Rentenversicherung und Staatshaushalt zu beteiligen, stoßen auf den Widerstand der Krankenkassen, der Knappschaftsversicherung und der Ärzte. „Wir werden uns diesem Verschiebebahnhof widersetzen", kündigte die Bundesknappschaft gegenüber dem „Handelsblatt" an. „Wir lehnen diese Pläne in Bausch und Bogen ab", erklärte der Bundesverband der Ortskrankenkassen (BdO) in Wiesbaden: „Man kann nicht gleichzeitig ‚gegliedertes System' und ‚Konkurrenz' sagen, aber laufend Milliardenbeträge auf die Kassen verlagern und das noch obendrein ‚Stärkung der Selbstverantwortung' nennen."

Auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Muschallik, wies die Pläne von Blüm auf dem Deutschen Ärztetag in Kassel zurück. Ebenso will der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) sich nicht damit abfinden, „daß die Finanzverschiebung früherer Jahre fröhliche Urständ' feiert". Blüm plant, den Bundeszuschuß zur Krankenversicherung der Knappschaftsrentner zu kürzen sowie die Tbc-Versorgung von der Renten- auf die Krankenversicherung zu verlagern.

Shamir: Was haben die Sowjets vor?

■ Fortsetzung von Seite 1

tung, die im jüngsten Brief Präsident Reagans an den syrischen Präsidenten Assad zum Ausdruck gekommen war. Shamir sieht sie so: „Die Amerikaner sagen nicht, was aus den Golan-Höhen werden soll. Sie meinen nur, und haben das auch immer gesagt, daß diese Frage durch Verhandlungen gelöst werden soll. Wir halten diese Frage aber nicht für aktuell und die Vereinigten Staaten kennen unsere Haltung dazu sehr gut. Sie wissen, daß jeder Versuch, darüber zu verhandeln, scheitern würde."

Die israelisch-amerikanischen Beziehungen haben sich nach den Worten Shamirs „in der letzten Zeit ständig verbessert. Unsere Interessen sind weitgehend identisch. Während der Verhandlungen über das Abkommen haben die Amerikaner auch die Rolle der PLO in der Region neu einzuschätzen gelernt. Der Frieden kann nicht durch eine Teilnahme der PLO an Verhandlungen oder durch die Ratschläge der arabischen Liga erreicht werden. Washington versteht unsere Position jetzt besser. Wir müssen wieder zu Camp David zurück. Das libanesisch-israelische Abkommen ist ein guter Schritt in die Richtung, die uns Camp David weist." Der Reagan-Plan stehe, so habe Shultz in Jerusalem versichert, „nicht im Widerspruch zu Camp David und die Amerikaner werden diesen Plan nicht ohne weiteres aufgeben. Die Erfahrung der libanesisch-israelischen Verhandlungen aber habe die Amerikaner gelehrt, daß es besser sei, zunächst Israel zu konsultieren, bevor man einen Plan verkündet."

Die israelisch-ägyptischen Beziehungen sieht Shamir in diesem Zusammenhang auch auf dem Weg der Besserung. Zwar könne man heute nur noch von einem „kalten, formellen Frieden ohne wirkliche Normalisierung" sprechen. Nach den jüngsten Erklärungen aus Kairo aber werde der ägyptische Botschafter wieder nach Tel Aviv zurückkehren, „sobald das israelisch-libanesische Abkommen unterzeichnet ist". Auch auf die Nahostpolitik der Europäer sollte dieses Abkommen „Einfluß nehmen". Shamir: „Manche Staaten Europas sollten ihre Beziehungen zu uns jetzt verbessern. Denn es war eine Unterstellung, zu behaupten, Israel wolle Libanon nicht verlassen, sondern durch ein Hinauszögern der Verhandlungen seine Präsenz im Nachbarland festigen und verlängern, oder gar die Reagan-Initiative sabotieren. Das ist und war ein absurder Gedanke. Einige Europäer müssen nun einsehen, daß ihr Urteil falsch war." In der Umgebung Shamirs ist zu hören, Israel erwarte jetzt eigentlich, daß die Europäer konsequenterweise diplomatischen Druck auf Syrien ausüben, um dem Frieden in Libanon und Nahost zum Durchbruch zu verhelfen.

Gesagt

» Die Entrüstung derer, die aus der Ausuferung unseres Sozialsystems Nutzen zogen, darf die Bundesregierung nicht beirren. «

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, gestern in Berlin. Rodenstock forderte das Bundeskabinett auf, es müsse seinen marktwirtschaftlichen Kurs auch gegen Widerstände in die Tat umsetzen.

Ohne Pessimismus in die neue Runde

● Fortsetzung von Seite 1

und französischen Systeme zu. Dabei gibt es auf der sowjetischen Seite eine offensichtliche Diskrepanz zwischen dem, was man öffentlich, zu propagandistischen Zwecken, von sich gibt, und was man privat, also in Genf, sagt. Öffentlich verneint Moskau die Berechtigung der NATO-Nachrüstung rundweg, weil der Westen bereits mit den britischen und französischen Mittelstreckensystemen sein INF-Arsenal in Stellung habe. Moskau könne also nur über eine Abrüstung seiner Bestände mit Blick auf diese westlichen Waffen verhandeln. Das ist gewissermaßen die sowjetische Version einer „Null-Option": Null an amerikanischen neuen Systemen.

Der vorliegende sowjetische Vertragsentwurf aber scheint weniger maximale Forderungen zu vertreten, wenngleich er weiterhin die Anrechnung der französischen und britischen Waffen verficht. In einem in der „Washington Post" am 8. Mai veröffentlichten Aufsatz schreibt Lawrence Eagleburger, Staatssekretär im State Department: „Sie (die Sowjets) schlagen spezifisch vor, daß die Anzahl der britischen und französischen nuklearen Mittelstreckensysteme von der Obergrenze abzuziehen sei, die man nach ihren Vorstellungen für die US-Systeme setzen soll."

In dieser Formulierung deutet sich die neue Marschrichtung der Sowjets für Genf an. Sie verlassen am Verhandlungstisch ihre „Null-Option" und gehen auf eine Formel, die sowjetische Raketen gegen einen „Mix" aus amerikanischen, britischen und französischen Systemen austarieren will. Damit würden sie den westlichen Entschluß zur Nachrüstung konzedieren, in der endgültig zu vereinbarenden Zahl aber „Amerika und alle übrigen" gegen das sowjetische Potential aufrechnen. Anders ausgedrückt: Sie würden von der Gleichgewichtszahl, die die Amerikaner vorschlagen, die französischen und britischen Waffen „abziehen".

Es ist noch nicht zu erkennen, wie dieser Gegensatz in den beiden Positionen überwunden werden kann. Ebenso ungewiß ist, ob man sich darüber einigt, daß eine Verminderung der sowjetischen Bedrohung gegenüber Europa nicht bedeuten darf, daß diese Bedrohung dann nach Asien, gegenüber China und Japan, verlagert wird.

Paul Nitze, der amerikanische Chef-Unterhändler, bekommt jedenfalls die denkbar weiteste Flexibilität für die am Dienstag beginnende Verhandlungsrunde mit auf den Weg. Wenn die Sowjets auf den „Interim-Vorschlag" Präsident Reagans vom 29. März nicht mit einem eigenen, zahlenmäßig genau aufgeschlüsselten Gegenvorschlag reagieren, wird Nitze befugt sein, seinerseits den Interim-Vorschlag des Präsidenten mit genauen amerikanischen Zahlenvorstellungen auf- und auszufüllen.

Mittwoch, 11. Mai 1983
Nr. 109

WELT DER WIRTSCHAFT

Rückschritt bei der Post

hg – Endlich kommen die schönen Zeiten des anthrazitgrauen deutschen Einheitstelefons zurück: Nachdem die deutsche Bundespost sich entschlossen hat, die Installierung und Gestaltung der neuen Breitbandmedien selbst in die Hand zu nehmen, harren wir mit Spannung der Scheußlichkeiten, die uns unter der Bezeichnung „Endgeräte" demnächst ins Haus stehen – Fernsehapparate etwa oder Rundfunkempfänger, aber auch private Zusatzeinrichtungen wie Videokameras.

Wozu das gut sein soll? Nun, immerhin ist es eine sinnvolle Maßnahme zur Existenzsicherung von Beamten. Schließlich ist der Markt für Kommunikationstechnik ein wachsender Markt – soll man den allein der freien Wirtschaft überlassen? Etwa dem Elektrohandwerk, das bisher in den Wohnungen die Strippen zog, wenn ein Fernsehgerät anzuschließen war? Oder den Herstellern der Endgeräte, die womöglich den in diesem Bereich wahrscheinlichen technischen Fortschritt in einer Weise vorantreiben, die Beamte überfordern könnte? Dies ist zu verhindern, und darum wird jetzt die Deutsche Bundespost die technischen Richtlinien festlegen und über die Zulassung entscheiden.

Wird sie? Im Wirtschaftsministerium, wo bekanntlich die Marktwirtschaft zu Hause ist, soll es Proteste gegeben haben. Das liegt aber wahrscheinlich daran, daß dort vor einiger Zeit die anthrazitgrauen Telefone gegen moderne grüne Apparate ausgetauscht worden sind.

Pariser Währungsillusionen

Von CLAUS DERTINGER

Französische Politiker sind auch in der sozialistischen Ära Meister großer Gebärden und großer Worte. Blickt man ein wenig hinter die Kulissen, so stößt man nicht selten auf einen harten Kern nationalegoistischer Interessen. So auch jetzt, als Staatspräsident Mitterrand einen Empfang im Elysee-Palast am Rande des OECD-Ministertreffens nutzte, eine internationale Währungs-Gipfelkonferenz zwecks Rückkehr zu festen Wechselkursen zu fordern.

Diese neuerliche französische Initiative, die von der Sache her freilich auf der alten Linie liegt, ist vor dem Hintergrund des Gipfels Ende Mai in Williamsburg zu sehen, wo vermutlich nur noch am Rande über Interventionen an den Devisenmärkten gesprochen wird, weil große Industrienationen wie die USA und die Bundesrepublik Deutschland überzeugt sind, daß Eingriffe in die Wechselkursbildung letztlich doch nichts bringen und häufig sogar mehr schaden als nützen.

Doch Mitterrand gibt nicht auf. Er droht sogar, Frankreich werde seine künftige Teilnahme an den jährlichen Wirtschaftsgipfeln überprüfen, wenn in Williamsburg keine Fortschritte in der Frage der Devisenmarktinterventionen und bei der Errichtung eines stabileren Währungssystems erreicht werden.

Nun wird niemand bestreiten, daß stabilere Wechselkurse wünschenswert sind. Doch läßt sich dieser Wunschtraum nur realisieren, wenn die Wirtschafts- und Finanzpolitik in verschiedenen Ländern mit Erfolg gleiche Ziele ansteuern. Dafür gibt es durchaus Beispiele. Man denke nur an die Bundesrepublik und die Niederlande. Wo es diese Konvergenz nicht gibt, klappt es auch nicht mit der Stabilität der Wechselkurse. Die häufig notwendig werdenden Abwertungen des französischen Franc sind der beste Beweis dafür.

So erscheint es denn geradezu pervers, daß ausgerechnet Paris dieses Thema hochspielt. Aber es ist nicht schwierig zu erahnen, worauf Mitterrand mit seiner Forderung koordinierter Interventionen am Devisenmarkt und einer Stabilisierung der Kurse des Dollars, des japanischen Yen und der europäischen Währungen hinaus will. Wenn nicht alles täuscht, kommt es Paris gar nicht darauf an, größere Wechselkursschwankungen mit Eingriffen der Zentralbanken in den Devisenmarkt zu verhindern, sondern den Dollarkurs von seiner für Frankreich störenden Höhe herunterzuholen. Denn der teure Dollar nährt in unserem Nachbarland die Inflation, die freilich aus anderen heimischen Quellen noch viel stärker sprudelt.

So nützlich und wünschenswert stabile Wechselkurse auch sein mögen, weil sie helfen, manche Friktionen im internationalen Waren- und Kapitalverkehr zu verhindern: Feste Wechselkurse bewirken genau das Gegenteil des gewünschten Effekts, wenn sie nicht durch ein von der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelegtes solides Fundament abgesichert sind.

Auch dafür liefert gerade wieder der französische Franc ein Paradebeispiel. Sein Kurs ist im Europäischen Währungssystem (EWS) doch nur mit Hilfe eines ganzen Bündels dirigistischer Maßnahmen zu halten. Die französische Devisenbewirtschaftung, die uns an die Zeit der Devisenarmut nach dem Krieg erinnert, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Spielart des Protektionismus, die den hochgelobten Prinzipien eines völlig freien Handels- und Kapitalverkehrs über die Grenzen Hohn spricht.

Solange die wirtschafts- und finanzpolitische Konvergenz ein Traum bleibt – und mit diesem Zustand werden wir wohl trotz aller Gipfelbeteuerungen weiterleben müssen – brauchen wir auch flexible Wechselkurse als Scharnier zum Ausgleich der Spannungen, die aus unterschiedlichen Zielsetzungen in den einzelnen Ländern resultieren. Die Wechselkurse würden ganz automatisch viel stabiler, wenn in der Wirtschafts- und Finanzpolitik international mehr Harmonie herrschte.

Mit Interventionen der Notenbanken ließen sich zwar gewiß manche kurzfristigen übertriebenen Wechselkursschwankungen glätten. Selbst das ist schon schwierig, wie die Erfahrung zeigt. Ganz und gar illusorisch ist die Vorstellung, Zentralbankeingriffe könnten à la longue verhindern, daß nationale Fehlentwicklungen auch auf die Wechselkurse durchschlagen.

HAUSHALT '84 / Ausgabenkürzungen – EG-Kommission fordert höheren Beitrag

Bonn noch uneins gegenüber Milliarden-Forderungen aus Brüssel

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung ist noch uneins, wie sie auf die Forderung der EG-Kommission nach zusätzlichen Milliarden-Einnahmen reagieren soll. Während Finanzminister Stoltenberg Bonner Sparsamkeit auch für die EG empfiehlt, steht Außenminister Genscher den Brüsseler Forderungen nicht ganz ablehnend gegenüber. Das Thema hat auch die gestrige Sondersitzung des Kabinetts über den 1984er Bundeshaushalt beschäftigt.

Während sich die Bundesregierung daran macht, weitere sechs bis sieben Milliarden Mark Ausgaben aus dem 1984er Haushalt zu streichen, um dessen Zuwachs gegenüber 1983 auf zwei Prozent oder rund fünf Milliarden Mark zu begrenzen, begnügt sich die EG-Kommission nicht einmal mit dem zehnprozentigen jährlichen Ausgabenzuwachs, der mit dem heute geltenden Modell zu finanzieren sei.

Die von Brüssel geforderte Aufstockung des Gemeinschaftsanteils an der Mehrwertsteuer von derzeit eins auf bis zu 1,4 Prozent bedeutete für Bonn bei voller Ausschöpfung des neuen Rahmens Mehrbelastungen von bis zu vier Milliarden Mark jährlich. Auch wenn nicht im ersten Jahr mit dem Anstieg auf 1,4 Prozent gerechnet wird, so wird damit doch die Diskrepanz in der Entwicklung der Bonner und Brüsseler Finanzen augenfällig.

Da die Brüsseler Forderung beim Treffen der Außenminister am Wochenende (14./15. Mai) in Gymnich und am 24./25. Mai in Brüssel erörtert wird, hat sich das Kabinett gestern abend um die Festlegung einer Marschroute für die Verhandlungen bemüht. Zudem wird befürchtet, daß das Thema den europäischen Gipfel am 6./7. Juni in Stuttgart, dessen Tagesordnung ohnehin schon überfrachtet ist, zusätzlich belasten wird.

Ungeachtet der vorsichtig positiven Haltung Genschers überwiegt bei den beiden Nettozahlern der Gemeinschaft, also Bonn und London, die Ablehnung. Vor allem Italien, Griechenland – und teilweise Frankreich – drängen auf eine verbesserte Ausgangsposition für ihre Produkte, bevor Spanien und Portugal der Gemeinschaft beitreten. Folgerichtig plädieren sie für eine bessere Dotierung der EG-Finanzen.

Damit geraten erneut die Agrarausgaben der Gemeinschaft, die ohnehin mit rund zwei Dritteln den Löwenanteil in Brüssel bestreiten, ins Visier der Finanzpolitiker. Je nach Ausgang der mehrfach verschobenen Agrarpreisrunde 1983 könnte Brüssel sogar schon in diesem Jahr in Finanznöte geraten. Hier ist unter dem bis Ende Juni reichenden deutschen EG-Vorsitz auch Landwirtschaftsminister Kiechle gefordert. Bonner Experten sind ohnehin überzeugt, daß die seit mindestens einem Jahrzehnt diskutierte, aber immer wieder verschobene durchgreifende Reform der Brüsseler Agrarpolitik nur gelingen kann, wenn dem Ausgabenzuwachs „ein Deckel verpaßt wird".

Der Forderung nach Ausgabensteigerungen in Milliardenhöhe einfach nachzugeben, wäre somit keine europafreundliche Handlung, sondern eher das genaue Gegenteil. Ob allerdings zum Beispiel bei der gegenwärtigen schwierigen innenpolitischen Lage in Frankreich eine solche Reform heute eine Chance hätte, wird auch in Bonn bezweifelt. Gerade die Entwicklung der Agrarausgaben in Brüssel zwingt jedoch zu raschen Entscheidungen. Bei fallenden Weltmarktpreisen und damit wachsenden Preisdifferenzen für Agrarprodukte mit Preisgarantie wird auch die Brüsseler Kasse wieder stärker strapaziert (Ausgabensteigerung im ersten Quartal etwa 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Bonn drängt darauf, daß auch die übrigen Ausgaben, so die für Verwaltung und die Subventionen, genauer unter die Lupe genommen werden.

Stoltenberg fühlt sich in seiner Haltung auch durch ein Votum des Bundestages vom vergangenen Jahr bestärkt. Danach sollen „die anstehenden Haushaltsprobleme der Gemeinschaft in den Grenzen der bestehenden Eigenmittel", also vor allem der Ein-Prozent-Mehrwertsteuergrenze sowie durch wirksame Sparmaßnahmen, in erster Linie bei den Agrarausgaben, „gelöst werden".

LEBENSVERSICHERER

Kritik an Bonner Plänen zur Vermögensbildung

HARALD POSNY, Bonn

Das durch die Reformen der 70er Jahre geschaffene hohe gesetzliche Anspruchsniveau, die mit hoher Arbeitslosigkeit stark abgeschwächte Entwicklung des Beitragsaufkommens und die sich rapide verschlechternde demographische Entwicklung bei der immer weniger Aktive immer mehr Rentnern gegenüberstehen, zwingt zu einem neuen Durchdenken des Systems der gesetzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Nach Worten des aus seinem Amt ausgeschiedenen Vorsitzenden des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen, Karl-Heinz Wessel, sind dafür zwar Ansätze in der Sozialpolitik der neuen Bundesregierung sichtbar, doch zeige auch sie, daß sie gegen „rentenpolitisch fragwürdige Entscheidungen nicht gefeit ist". Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes nannte Wessel Pläne, Sonderzahlungen für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge künftig zu zwölfteln. Dies führe zwar zu erhöhter Liquidität in der Rentenversicherung, führe aber auch später zu zusätzlichen Rentenansprüchen. Gleiches gelte auch für den geplanten Wegfall der Sozialversicherungsfreiheit in Höhe von 100 DM beim Weihnachtsgeld.

Kritisch setzte sich Wessel auch mit Meinungen auseinander, das Miteinander von gesetzlicher, betrieblicher und privater Alters-Vorsorge als nicht mehr zweckmäßig darzustellen. Dies würde bedeuten, daß im Hinblick auf die künftige Belastung der Bürger mit Beiträgen zu ihrer sozialen Sicherung keine Rücksicht genommen zu werden brauche, daß ihnen bestimmte Einkommensteile für private Sicherungsmaßnahmen verbleiben.

Nach den Worten Wessels hat auch die Regierungserklärung Helmut Kohls wünschenswerte Appelle an Eigenverantwortung und Privatinitiative vermissen lassen. Statt Arbeitgeber zu ermuntern, neue betriebliche Altersversorgungswerke zu errichten oder bestehende auszubauen, würden von Politikern Maßnahmen diskutiert oder beschlossen, die geeignet sind, den Bewegungsspielraum in diesem Bereich einzuengen. Dies sei schwer verständlich vor dem Hintergrund der Forderung aller Parteien, auch denjenigen Arbeitnehmern eine betriebliche Versorgung einzuräumen, die sie bisher noch nicht hatten.

Wessel begrüßte zwar die Pläne zur Aufstockung des 3. Vermögensbildungsgesetzes von 624 auf 936 DM, meldete aber erhebliche Vorbehalte gegenüber der Beschränkung auf Investitionen im Produktivvermögen an. Rund 12 Millionen Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, in Klein- und Mittelbetrieben und bei Freiberuflern würden auf diese Weise ausgeschlossen. Wessel schlug vor, den erweiterten Rahmen von 936 DM für alle Anlagearten zuzulassen, lediglich in der Höhe der Arbeitnehmersparzulage nach Anlagearten zu differenzieren.

AUF EIN WORT

„Es ist wenig solidarisch, wenn die Bediensteten des öffentlichen Nahverkehrs sich ihren Streikverlust von ihren Kollegen aus der freien Wirtschaft bezahlen lassen, die durch ihre Schuld zu spät zur Arbeit kommen."

Thomas Selter, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer.

FOTO: SACH FOTO-STUDIO

STAHLBAU

Wettbewerb im Ausland verzerrt

H. G. STÜWE, Bonn

„Die Stahlbauer rufen nicht nach dem Staat. Wir brauchen keine Subventionen." Diesen in der Stahlbranche nicht gerade selbstverständlichen Verzicht erklärte Hans-Jürgen Dankert, Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes (DSTV) anläßlich der Mitgliederversammlung des DSTV. Man wolle jedoch fairen Wettbewerb.

Diesen sehen die zumeist mittelständischen, im DSTV zusammengeschlossenen Unternehmen gleich zweifach bedroht: Einmal durch Preisnachlässe zwischen 200 und 300 Mark je Tonne Stahl, die die Stahlindustrie für Exporte in Nicht-EG-Länder gewähre. Stahlbezieher für Stahlbauexporte in diese Länder kämen dagegen nicht in den Genuß entsprechender Rabatte. Zum anderen befürchten die deutschen Stahlbauer, daß für Stahlherstellung oder Schiffbau gezahlte Subventionen bei den Empfängern letztlich in Nebenzweige wie den Stahlbau fließen.

Die deutsche Stahlbauindustrie mit 82 000 Beschäftigten in 1200 Betrieben konnte ihren Umsatz 1982 um 3,8 Prozent auf 9,93 Milliarden Mark erhöhen. Diese Steigerung geht auf einen großen Exporterfolg (plus 43 Prozent) zurück, der – bei einem Exportanteil von 15 Prozent – das Inlandsminus von 1,3 Prozent mehr als wettmache.

OPEC

Einkünfte sind stark gefallen

dpa/VWD, Hamburg

Die Öleinkünfte der 13 Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) waren 1982 um mehr als 50 Milliarden US-Dollar (121 Milliarden Mark) niedriger als ein Jahr zuvor. Mit insgesamt 201,9 Milliarden Dollar fielen sie – nach einer Übersicht der Deutsche Shell AG vom Dienstag – gegenüber dem 1979 erreichten Höchststand von 278,8 Milliarden Dollar um mehr als ein Viertel, gegenüber 1981 (252,9 Milliarden) um ein Fünftel.

Wie aus der jährlich veröffentlichten Schätzung hervorgeht, war Saudi-Arabien Hauptleidtragender dieser Entwicklung. Mit nur 76 Milliarden Dollar erzielten die Saudis nur noch zwei Drittel ihrer Einnahmen von 1981 (113,2 Milliarden Dollar). Lediglich Iran, das seine Ölausfuhr verdoppelte, nahm 1982 mit 19 Milliarden Dollar deutlich mehr ein als in den beiden Vorjahren (8,5 beziehungsweise 13,5 Milliarden Dollar) und erreichte praktisch wieder den Stand von 1979. Die übrigen Opec-Mitglieder verloren durchweg zwischen zehn und 23 Prozent ihrer Einnahmen.

Maßgeblich für den Rückgang war ein Sinken der Ölverkäufe von 1,04 Milliarden Tonnen (1981) auf 845 Millionen Tonnen (1982). Der zwischenzeitlich eingetretene Preisrückgang für Rohöl schlug dagegen noch kaum zu Buche.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Neuer Termin für Bildschirmtext: Mai 1984

Bonn (Rei.) – Der Projektleiter Bildschirmtext (Btx) beim Bundespostministerium, Eric Danke, hat gegenüber dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Bonn bekräftigt, daß als möglicher Eröffnungstermin für den neuen Fernmeldedienst Btx der 2. Mai 1984 ins Auge gefaßt wird. Die Computerfirma IBM habe zugesichert, bis dahin die erforderlichen Rechner, die schon ursprünglich im September 1983 installiert werden sollten, zu liefern. Der DIHT hatte Sicherheit für die Planungen seiner Mitglieder gefordert. Einstweilen soll der Kreis der Informationsanbieter auf die Zahl der Feldversuch-Teilnehmer beschränkt bleiben.

Neue Optionsanleihe

Düsseldorf (lf.) – Die Commerzbank AG begibt über ihre Tochter Commerzbank International S. A. in Luxemburg (CISAL) eine Optionsanleihe über 100 Millionen US-Dollar. Die Emission wird über ein internationales Konsortium plaziert; sie hat eine Laufzeit von fünf Jahren und wird zu 7 Prozent verzinst. Das Optionsrecht ermöglicht es dem Zeichner einer 1000-Dollar-Schuldverschreibung, innerhalb von fünf Jahren 12 Commerzbankaktien zum Preis von 171 Mark pro Stück zu beziehen.

Entlassungen notwendig

Hamburg (zy) – Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat gestern in Hamburg die Ansicht vertreten, daß mehr als 10 000 Mitarbeiter der Bundesbahn in der nächsten Zeit freigesetzt werden müssen, um den Personalüberhang abzubauen. Dollinger wollte sich auf der Tagung des Verbandes der Autobahnraststätten aber nicht festlegen, in welchem Zeitraum diese Entlassungen erfolgen sollen. Bei einem zu erwartenden Defizit von 7,2 Milliarden Mark und einem Schuldenberg von 60 Milliarden Mark im Jahre 1987 „müssen wir uns etwas einfallen lassen, um die Bahn nachhaltig zu sanieren".

BIZ-Kredit für Ungarn

Basel (VWD) – Die Ende April erfolgte Vergabe eines Überbrückungskredits von 100 Mill. Dollar an Ungarn durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist seitens europäischer Währungsbehörden bestätigt worden. Insgesamt seien acht Zentralbanken an dem Kredit beteiligt, darunter auch die von Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Wie es dazu weiter heißt, habe Ungarn zwar den im vergangenen Jahr von der BIZ herausgelegten Kredit über 510 Mill. Dollar in vollem Umfang zurückgezahlt, doch habe das Land einen kurzfristigen Kredit zur Überbrückung der Zeit benötigt, bis die nächste Zahlung seitens des Internationalen Währungsfonds im Juni erfolgt.

Das private Vermögenspolster in der Bundesrepublik Deutschland

Alle deutschen Haushalte zusammen haben ein Gesamtvermögen von 5 363 Milliarden DM — Schätzungen für 1983

davon: Haus- und Grundbesitz 2 699 Mrd DM; Sachvermögen 602; Geldvermögen 1550; Betriebsvermögen 512; außerdem: 3031 Renten- und Pensionsansprüche

Das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) hat den Versuch unternommen, das Vermögen der Bundesbürger zu durchleuchten. Danach erreicht das private Vermögen schätzungsweise 5363 Milliarden Mark. Im Durchschnitt sind das 230 000 Mark je Haushalt. Zu berücksichtigen sind auch die Renten- und Pensionsansprüche mit 3031 Milliarden Mark.

QUELLE: GLOBUS

IWF optimistisch

Washington (VWD) – Der IWF beurteilt die Fähigkeit der nicht über Ölvorkommen verfügenden Entwicklungsländer, ihre Verschuldung abzubauen, zunehmend günstiger. Wie IWF-Generaldirektor Jacques de Larosiere vor US-Bankern weiter sagte, gründet der Fonds seinen Optimismus auf die – zugegebenermaßen entscheidende – Annahme, daß die Industrieländer zwischen 1983 und 1986 eine reale Jahreswachstumsrate von durchschnittlich 2,5 bis drei Prozent erreichen. Dies würde die Exportchancen der Entwicklungsländer erhöhen.

Erste China-Konzession

Peking (VWD) – Die ersten Explorationsverträge der Südchinesischen See und den südlichen Teil des Gelben Meeres hat heute eine Firmengruppe unter Leitung der BP in Peking unterzeichnet, gibt die China National Offshore Oil Corp. bekannt. Die BP-Gruppe hat damit Explorations- und Erschließungsrechte für insgesamt fünf Trakte erhalten. BP Petroleum Development Ltd. wird als Operator fungieren. Einzelheiten über die Vertragskonditionen wurden nicht bekanntgegeben.

BDI / Rodenstock:

Nicht nur Worte – adäquate Maßnahmen müssen folgen

HEINZ HECK, Bonn

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, hat gestern an die Bundesregierung appelliert, „trotz aller zu erwartenden Widerstände den klaren marktwirtschaftlichen Kurs der Wirtschaftspolitik jetzt durch adäquate Maßnahmen zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in die Tat umzusetzen". Vor der Hauptversammlung der Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände erklärte er in Berlin: „Die Entrüstung derer, die aus der Ausuferung unseres Sozialsystems Nutzen zogen, darf die Bundesregierung nicht beirren."

Konsequente Haushaltssanierung, eine breit angelegte Innovations- und Investitionsförderung sowie der Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen in der Bundesrepublik und vorrangig in der Europäischen Gemeinschaft würden Wachstumsimpulse freisetzen, die die Wirtschaft wieder in Gang brächten und eine verbesserte Arbeitsmarktsituation erwarten ließen.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehören für Rodenstock eine schrittweise Entlastung der Unternehmen bei den ertragsunabhängigen Steuern, verbesserte Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung und ein Abbau der administrativen Hemmnisse, die in der Vergangenheit Innovationen und Investitionen behindert hätten. Umweltpolitik müsse immer auch wirtschaftlich tragbar bleiben, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht zu gefährden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Stahlbeihilfen betragen fast 12 Milliarden Mark

Deutsche Industrie großer Bittsteller

WILHELM HADLER, Brüssel

Stärker als gemeinhin bekannt ist, hat sich die deutsche Stahlindustrie in den letzten Jahren in den Kreis der Subventions-Bittsteller eingereiht. Wie aus einem Bericht der EG-Kommission hervorgeht, beantragte sie im Zeitraum von 1980 bis Ende Januar 1983 in Brüssel die Genehmigung von Beihilfen im Gesamtumfang von fast fünf Milliarden Ecu (rund 11,75 Milliarden Mark).

Von diesen Gesamtbetrag wurden bis zum Stichtag allerdings nur Maßnahmen im Umfang von 633 Millionen Ecu (1,49 Milliarden Mark) genehmigt, wovon der weitaus größte Teil auf Arbed Saarstahl entfiel. Anträge über 4,27 Milliarden Ecu (9,94 Milliarden Mark) werden zur Zeit noch geprüft. Außerdem stehen noch die genauen Meldungen im Zusammenhang mit der jüngsten geplanten Unternehmensneuordnung aus, über die die Kommission ebenfalls Ende Juni entscheiden muß.

Ein Vergleich mit anderen EG-Ländern zeigt, daß die Bundesrepublik bei einem Anteil von einem Drittel der Stahlerzeugung immerhin 19 Prozent des Gesamtbetrages der in Brüssel angemeldeten Stahlbeihilfen auf sich zieht. Bei den bis zum 31. Januar genehmigten Projekten mußte sie sich allerdings noch mit rund sieben Prozent begnügen.

Dagegen wurden von der EG-Behörde aus Frankreich Anträge im Gesamtbetrag von 3,67 Milliarden Ecu (1 Ecu = 2,35 Mark) genehmigt, aus Großbritannien von 2,01 Milliarden Ecu, aus Belgien von 1,57 Milliarden und aus Italien von 695 Millionen Ecu. Zusammen wurden in dem Dreijahreszeitraum damit Zuwendungen von neun Milliarden Ecu (21,2 Milliarden Mark) bewilligt. Von den noch im Prüfungsstadium befindlichen Anträgen entfallen aus der Bundesrepublik mit 1,43 Milliarden Ecu die meisten auf Ruhrstahl, wobei 703 Millionen in der Rubrik „Zuschüsse/Zinsszuschüsse" und 723 Millionen als „Bürgschaften/Darlehen zum marktüblichen Zinssatz" registriert werden. Namentlich genannt werden außerdem Arbed Saarstahl, Dillinger, Hoesch, Klöckner/Maxhütte, Korf, Krupp, Mannesmann, Peine-Salzgitter, Thyssen und Wuppermann.

Die Italiener stehen beim Gesamtumfang der noch nicht entschiedenen Beihilfengesuche bei weitem an der Spitze. Von Vorhaben im Betrag von 6,89 Milliarden Ecu hängen am Stichtag noch 89,9 Prozent in der Luft. Sie stammten fast ausschließlich vom Konzern Italsider.

USA / 1982 blieben die Gewinne unbefriedigend

Geringe Investitionsneigung

H.-A. SIEBERT, Washington

Für eine Ausweitung der betrieblichen Investitionen ist die US-Wirtschaft noch zu schwach. Zu diesem Schluß kommt die McGraw-Hill Inc., New York, nach einer Umfrage unter 450 Unternehmen. Sie repräsentieren ein Drittel der Kapitalaufwendungen in Amerika. Das Ergebnis bestätigt die düstere Prognose der Reagan-Administration, die für das Gesamtjahr 1983 ein reales Minus von 3,8 Prozent vorausgesagt hatte – allerdings mit einer voraussichtlichen Wende nach dem Sommer.

Laut McGraw-Hill sinken die Investitionen in diesem Jahr nominal um *1,3* Proezent auf *312,2* Milliarden Dollar (763 Milliarden Mark), verglichen mit einem Rückgang um 5,5 Prozent 1982. Damit würde in den USA zum erstenmal seit 1945 das Produktivvermögen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren schrumpfen. Legt man eine Verteuerung der Kapitalgüter, wie erwartet, um 5,6 Prozent zugrunde, dann beträgt das preisbereinigte Minus 6,5 Prozent.

Die Hälfte der befragten Firmen plant eine Aufstockung der Investitionen um 5,8 bis 22,1 Prozent. Zu dieser Gruppe gehören die Hersteller von Kraftfahrzeugen, Flugzeugen, Instrumenten sowie Gummi- und Plastikartikeln. Die andere Hälfte – Mineralöl- und Gasgesellschaften, Eisen und Stahl – hat die Ausgaben um 6,4 bis 35 Prozent beschnitten. Die Zurückhaltung der Unternehmen bedeutet, daß der Konjunkturaufschwung in den USA in der Hauptsache von den Verbrauchern getragen werden *muß.*

Andere Umfragen zeigen, daß sich in Amerika das Gewinnbild zwar aufhellt, der große Durchbruch aber noch auf sich warten läßt. So sind im ersten Quartal 1983 die Gewinne von 570 Firmen noch einmal um acht Prozent nach Steuern gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres gesunken.

Nach Angaben des Handelsministeriums haben die US-Unternehmen 1982 vor Steuern 174,9 Milliarden Dollar verdient, gegenüber 232,1 und 242,4 Milliarden Dollar 1981 und 1980. Da die Steuern mit 57,7 (81,2; 84,7) Milliarden Dollar zu Buche sclhlugen, verblieben unterm Strich 117,1 (150,9; 157,8) Milliarden Dollar. Als Dividenden wurden 70,3 (65,1; 58,1) Milliarden Dollar ausgeschüttet. Unverteilt blieben 46,9 (85,8; 99,7) Milliarden Dollar.

Der Aderlaß in den vergangenen zwei Jahren war mithin erheblich, was die schwächere Investitionsbereitschaft erklärt. Zwei wichtige Faktoren signalisieren aber eine bessere Zukunft: Bei einer Zunahme des US-Bruttosozialprodukts *im ersten Quartal 1983 um real 3,1* Prozent wuchs die Produktivität außerhalb der Landwirtschaft um 4,8 Prozent (Jahresrate).

Diese Entwicklung, die im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit gesehen werden muß, läßt auf steigende Gewinne hoffen. Denn das Lohnplus auf Jahresbasis betrug in der Januar-März-Periode nur 4,8 (7,2) Prozent. Positiv wirken sich zudem die 1981 verfügten Abschreibungserleichterungen und die Eindämmung der Inflation aus. An der Wall Street werden deswegen für *1983* Gesamtgewinne nach Steuern in Höhe von 155 Milliarden Dollar (plus 32 Prozent vorausgesagt.

OECD / Paris und Bonn fordern kontinuierliche Unterstützung der Dritten Welt

Mitterrand für Währungsreform

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Sehr zurückhaltend beurteilen die meisten Wirtschafts- und Außenminister der 24 westlichen Industriestaaten die neuen französischen Vorschläge zu einer Reform des Weltwährungssystems, die ihnen Staatspräsident Mitterrand anläßlich der OECD-Jahrestagung unterbreitet hatte. Sie laufen insbesondere auf die Wiederherstellung weltweit stabiler Wechselkurse hin. Dabei müßten nach Mitterrand „realistische Paritäten" gefunden werden.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hält dies, wie er vor der deutschen Presse erklärte, für eine „interessante Anregung". Er habe aber allergrößte Zweifel, ob Mitterrands Vorschläge zu den gewünschten Ergebnissen führen. Wenn das gegenwärtige Währungssystem nicht sehr gut funktioniere, so läge dies nicht an dem System selbst, sondern an der Politik der daran beteiligten Länder.

Vor dem Ministerrat war Lambsdorff dafür eingetreten, daß die vor einem Jahr auf dem Wirtschaftsgipfel von Versailles beschlossene multilaterale währungspolitische Überwachung fortgesetzt wird. Deren Aufgabe sollte die Abstimmung der währungs- und finanzpolitischen Grundlinie mit dem Ziel größerer Wechselkursstabilität sein.

Der französische Staatspräsident hält aus nicht näher bezeichneten Gründen den Zeitpunkt für ein „neues Bretton Woods" für gekommen. Aus jener Konferenz von 1944 war eine auf festen Wechselkursen – auch für den Gold konvertierbaren Dollar – basierende Währungsordnung hervorgegangen, deren spätere Verbesserung von Paris stets als eine der wichtigsten Ursachen für Wirtschaftskrisen angesehen wurde.

Ohne neue währungspolitische Spielregeln gäbe es *kein Heil*, behauptet Mitterrand. Die Erfahrung habe gezeigt, daß weder das Spiel der Marktkräfte noch das der Institutionen die Welt aus der Krise *herausführe. Gemeint ist damit* vor allem der frei schwankende Dollarkurs.

Außerdem hält Mitterrand die Währungsreform für notwendig *zur Wiederherstellung* gesunder wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse in den Entwicklungsländern und „zur vernünftigen Verwaltung von deren Schulden" im Rahmen der internationalen Instanzen. Insbesondere sollten zu diesem Zweck die Mittel der Weltbank verstärkt werden. Das politische Gleichgewicht in der Welt sei bedroht, wenn den Entwicklungsländern nicht dauerhafte Mittel zur Finanzierung ihrer Schulden gegeben würden, sagte Mitterrand unter Anspielung auf den hohen Dollarkurs und die hohen amerikanischen Zinsen.

In diesem Punkt kam er der deutschen Auffassung noch am nächsten. So hatte Bundesaußenminister Genscher vor dem OECD-Ministerrat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die jungen Nationen der Dritten Welt ihre politische Unabhängigkeit auf die Dauer nicht ohne stabile wirtschaftliche Entwicklung bewahren könnten. Deshalb müßte die Entwicklung insbesondere der ärmsten Länder beschleunigt werden.

Über die Art der zusätzlichen westlichen Entwicklungshilfe (Rohstoff-Fonds, neue Sonderziehungsrechte usw.) gingen die Meinungen im OECD-Ministerrat sehr auseinander. Dagegen konnte der europäisch-amerikanische Konflikt zu den Problemen des Ost-West-Handels nach dem zuvor auf dem IEA-Ministerrat in der Erdgasfrage (Abhängigkeit von der Sowjetunion) erzielten Kompromiß weitgehend beigelegt werden.

Die Minister stimmten darin überein, daß keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergriffen und bestehende Handelshemmnisse im Zuge der wirtschaftlichen Belebung abgebaut werden. Dabei soll die Funktionsfähigkeit des Gatt gestärkt werden. Im übrigen sprach sich der Ministerrat für ein anhaltendes inflationsfreies, aber zugleich Arbeitsplätze schaffendes Wirtschaftswachstum aus.

GERRESHEIMER GLAS / Umsatz von Bauglas ging um 10 Prozent zurück

Kapazitätsabbau bescherte rote Zahlen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Pflegedividende von 2 DM je Aktie, die den noch mit einem Fünftel an 90,8 Mill. DM Aktienkapital der Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, beteiligten freien Aktionären im Vorjahr nach sechs dividendenlosen Jahren zuteil wurde, fällt programmgemäß für 1981/82 (30. 11.) aus. Dieses neben Veba-Glas größte deutsche Hohlglasunternehmen, zugleich Haupt eines Verpackungsmittelkonzerns und mit der Kapitalmehrheit bei Amerikas Glaskonzern Owens-Illinois, präsentiert nach 36,3 Mill. DM Konzern-Jahresüberschuß im Vorjahr, der größtenteils der Tilgung des Verlustvortrages diente, erneut einen Jahresverlust von 5,9 Mill. DM. Er führte nebst Gewinnanteilen Konzernfremder zu einem neuen Konzern-Verlustvortrag von 9,1 Mill. DM.

Die Rückkehr in die roten Zahlen verdankte der Konzern seinem mit *686 (690) Mill. DM* an *899* (885) Mill. DM Außenumsatz beteiligten Glasbereich. Hier allerdings nicht wegen des durch Konjunkturschwäche um knapp 5 Prozent auf *843 000* t gesunkenen Behälterglasabsatzes und des um Zehntel auf 44 Mill. DM gesunkenen Bauglasumsatzes. Vielmehr wegen der zumeist im Berichtsjahr verdauten hohen Kosten für die Schließung von zwei Werken (Minden mit 55 000 t und Oldenburg mit 105 000 t Jahreskapazität), die man zur Anpassung an die Nachfrageentwicklung für unerläßlich hielt.

Die nicht genannten Kosten dafür, nebst Sozialaufwand für die zum Bilanzstichtag erst auf 5530 (5892) gesunkene Belegschaftszahl, schlugen sich vor allem in zwei Posten nieder: Die Sachanlagenabschreibungen stiegen bei 45,1 (43,2) Mill. DM Investitionen auf 61,4 (50,9) Mill. DM; der „sonstige Aufwand" *schwoll* auf *155 (136) Mill.* DM an.

Weiterhin positiv auch im Ertrag entwickelten sich dagegen die Bereiche Kunststoff (Behälter und Verschlüsse) mit *100 (94)* Mill. *DM* und Metall (Getränkedosen) mit 113 (101) Mill. DM Umsatz. Eher noch Besseres erwartet der Vorstand von 1982/83.

Nach Überwindung der Sonderlasten aus dem Kapazitätsschnitt wird auch für den Glasbereich und damit für den Gesamtkonzern in 1982/83 mit einer Ertragsverbesse*rung gerechnet. Allerdings läßt der* in den ersten fünf Monaten auf Vorjahresniveau gebliebene Konzernumsatz (bei „bescheidenen" Glaspreiserhöhungen) noch keine *Konjunkturerholung erkennen.* Priorität räumt der Vorstand deshalb weiterhin dem Bemühen um Kostensenkungen ein.

NORDSEEÖL / Neues Feld aufgeschlossen

Streit um die Gasvorräte

WILHELM FURLER, London

Ein Konsortium aus dem britischen Ölkonzern BP und der amerikanischen Gruppe *Phillips* Petroleum hat beschlossen, das Nordsee-Ölfeld Andrew knapp 200 Kilometer nordöstlich von Aberdeen zur Produktion zu entwickeln. Das Andrew-Feld, das unmittelbar an der Grenze zum norwegischen Nordsee-Sektor liegt und bereits 1974 entdeckt wurde, gilt mit geschätzten 140 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) Öl als ein relativ kleines Feld, das im Grenzbereich der Wirtschaftlichkeit liegt.

Aber wie der Chairman von BP, Peter Walters, erklärte, resultiere die jetzt getroffene Entscheidung „direkt" aus den Steuererleichterungen, die Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe im März in seinem Budget bekanntgegeben hat. Da*nach wurde zum einen der Förder*zins auf die Ölproduktion aus Feldern, die nach April 1982 entdeckt wurden und außerhalb des südlichen Nordsee-Beckens liegen, ganz abgeschafft. Zum anderen wurde das steuerfreie Fördervolumen von fünf auf zehn Millionen Tonnen erhöht.

Mit der Entscheidung des Konsortiums wird die Ansicht der Regierung in London unterstützt, daß es durch die Steuererleichterungen zu einer Art zweitem Nordseeöl-Boom kommen könnte. So hat der BP-Chef jetzt auch schon seit längerem geäußerte Vermutungen bestätigt, daß seine Gesellschaft die Entwicklung des südöstlichen Forties-Feldes in Angriff nehmen wird. Dieses Feld stellt eine separa*te Entdeckung in der* Nähe des wichtigsten Nordseefeldes von BP dar.

Aufsehen hat auch die Ankündigung des Ölkonzerns erregt, daß die Pläne für ein speziell entwickeltes mobiles Öl-Bohrschiff verwirklicht werden, das Erdöl aus einer Reihe sehr kleiner Ölfelder mit einer einzigen Bohrung för*dern kann.*

Auch in einem anderen Offshore-Bereich hat BP frischen Optimismus verbreitet. In einer neuen Studie wird versucht nachzuweisen, daß im britischen Sektor genügend Gasreserven lägern, um den gesamten Bedarf des Landes mindestens bis zur Jahrhundertwende zu decken. Nach Ansicht des britischen *Gaskonzerns British Gas* dagegen kommt Großbritannien Ende der achtziger und in den neunziger Jahren nicht ohne zusätzliches Erdgas aus Norwegen aus. Entsprechend bewirbt sich British Gas gegenüber kontinentalen Wettbewerbern um die Gaslieferung aus dem großen norwegischen Spner-Feld.

BP befürchtet nun, *daß es* zumindest auf einem Teil seiner Gasreserven bis in das nächste Jahrhundert sitzen bleiben könnte, wenn das Liefergeschäft zwischen British Gas und der staatlichen norwegischen Ölgesellschaft Statoil zustande kommen sollte.

Erdgaseinfuhren sind gesunken

dpa/VWD, Frankfurt

*Die Erdgaseinfuhren der Bundes*republik Deutschland sind ebenso wie die Ölimporte im 1. Quartal 1983 erheblich zurückgegangen. Die Rechnung für das im Ausland gekaufte Gas ermäßigte sich nach den vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn sogar um 15,7 Prozent im Vergleich mit den *ersten drei Monaten des Vorjahres.*

Wie es in einer Mitteilung des Bundesamtes weiter heißt, gingen die Netto-Erdgaseinfuhren im 1. Quartal im Vergleich zum Vorjahr *um 11,4 Prozent von 12,03* Milliarden Kubikmeter auf 10,7 Milliarden Kubikmeter zurück. Während Gas in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres noch mit gut vier Milliarden DM zu Buche schlug, verringerte sich die Rechnung von Januar bis März 1983 auf 3,38 Milliarden Mark.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Hans Siems, Kaufmann, Inh. e. Einzelhandelsgeschäfts; **Coesfeld:** Wieding Möbelwerkstätten GmbH, Rosendahl-Holtwick; **Deggendorf:** BOWA – Stahlprofil GmbH, Platting; **Hildesheim:** HGT Heizgerätetechnik GmbH & Co. KG, Sarstedt; **Hof:** Betonwerk Hof Raithel GmbH; **Lüdenscheid:** Nachl. d. Günter Richter, Rolladenbaumeister; **Pforzheim:** Robert Schickel, Eisingen; **Stuttgart:** L. Heuer GmbH Graphischer Fachhandel, Stuttgart (Möhringen); **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Nachl. d. Rosa Hees geb. Schlotterbeck.

Anschlußkonkurs eröffnet: Göppingen: esbi Süddeutsche Baumwolle-Industrie AG, Kuchen; **Reutlingen:** Emil Adolff GmbH & Co. KG; Emil Adolff Papier- und Hülsenfabrik GmbH.

Vergleich beantragt: Schweinfurt: Maaz-GmbH, Niederwerrn.

COMMERZBANK-HV / Aktionäre akzeptierten Gründe für Dividendenausfall

Beruhigung stärker als Enttäuschung

LEO FISCHER, Düsseldorf

Die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung, eine angemessene Notierung der offenen Rücklagen und ein weiterer Ausbau der inneren Risikovorsorge – diese Ziele nannte Walter Seipp der Commerzbank AG für das laufende Geschäftsjahr vor der Hauptversammlung in Düsseldorf. Um dies zu erreichen, soll weiterhin der Ertragsbesserung vor der Expansion Vorrang eingeräumt werden. Auch für 1983 wird keine wesentliche Ausweitung der Bilanzsumme angestrebt, sondern strukturelle Verbesserungen: im Passivgeschäft Steigerungen der Spareinlagen, im Aktivbereich Reduzierung des Anteils der öffentlichen Kredite an den Kundenforderungen zugunsten vermehrter Ausleihungen an Firmen, Kunden und Private sowie im Personalbereich Festhalten an der Mitarbeiterzahl aus dem Jahresdurchschnitt 1982.

Es sei zwar zu früh, jetzt eine Jahresertragsprognose zu geben. Dennoch meinte Seipp, daß man mit einem guten Ergebnis wie 1982 rechnen könne. Das würde bedeuten, daß das Betriebsergebnis vor Wertberichtigungen und EEV-Steuern das hohe Niveau von 1982 mit dem bisher höchsten Betriebsergebnis von 500 Millionen DM übertreffen werde.

Die Erträge, so Seipp, haben sich im ersten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum weiter verbessert. Der Zinsüberschuß stieg um 29 Prozent, das Provisionsgeschäft ergab ein Plus von 14 Prozent. Die Fortsetzung des Vertragstrends zeigt sich auch im Vergleich Januar/März zu Oktober/Dezember 1982. In diesem Zeitraum sei das Teilbetriebsergebnis (Zinsüberschuß plus Provisionsüberschuß minus Verwaltungsaufwand) um 29,1 Mill. DM gestiegen. Zusammenfassend zog Seipp für die Aktionäre folgendes Resümee: „Ihre Bank befindet sich nach der Enttäuschung, die wir Ihnen mit dem abermaligen Dividendenverzicht bereiten müssen, auf gutem Weg."

Nach zwei Jahren der Konsolidierung und innerer Reformen, so Seipp, steht die Bank heute gefestigt in einer problembeladenen Welt. Als Probleme für die Bankenszene allgemein nannte der Commerzbank-Chef den steilen Anstieg der Insolvenzen in allen Industrieländern und die akute Zuspitzung der Finanzkrise der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Die Kritik der Aktionäre konzentrierte sich in erster Linie nicht auf die Tatsache des Dividendenausfalls, sondern auf die Frage, wie es dazu kommen konnte. Daß nach der Lage der Dinge zum dritten Mal keine Dividende ausgeschüttet werden konnte, war offensichtlich den Aktionären einsichtlich. Der Vertreter der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz brachte die Stimmung so zum Ausdruck, daß die Beruhigung über das gute Betriebsergebnis 1982 stärker ins Gewicht falle als die Enttäuschung über den nochmaligen Dividendenausfall. Er richtete aber gleichzeitig an die Verwaltung die Forderung, bei der Wiederaufnahme der Dividende nicht mit einer Mini-Ausschüttung anzufangen, sondern einen anständigen Satz zu wählen. Dies käme auch der Bank selbst zunutze, wenn sie zu vernünftigen Konditionen ihr Eigenkapital erhöhen wolle.

Zur Höhe der Dividende wollte Seipp keine Angaben machen. Jedenfalls stellte er klar, daß keine Ausschüttung aus der Substanz finanziert werde. Zur Frage der Festzinskredite, die aufgrund inkongruenter Refinanzierung wesentlich zu den Problemen der Bank in der Vergangenheit beigetragen hatte, erklärte Seipp, daß der ursprüngliche Betrag von 26,5 Mrd. DM auf 14,8 Mrd. DM Ende 1982 abgeschmolzen sei. Davon wird die Hälfte im Laufe dieses Jahres fällig, 2 Mrd. DM 1984, der Rest bis 1988. Die Hauptversammlung (Präsenz 50,27 Prozent) dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

BASF / Vielversprechender Beginn des neuen Geschäftsjahres – Kapazitäten deutlich besser ausgelastet

Selbst im Sorgenbereich wieder schwarze Zahlen

J. WEBER, Ludwigshafen

Der Vorstand der BASF AG, Ludwigshafen, wittert wieder ein wenig Morgenluft. Hans Albers, der den Vorstandsvorsitz zur Jahresmitte übernehmen soll, erwartet für 1983 ein Umsatzplus von 3 bis 4 Prozent. Das erste Quartal hat sich bereits recht vielversprechend angelassen.

So konnte die weltweite Gruppe gegenüber dem noch guten ersten Vorjahresquartal ihren Umsatz um 1,4 Prozent auf 8,4 (8,3) Mrd. DM verbessern. Der AG gelang sogar eine Steigerung um 3,7 Prozent auf 4,1 (3,9) Mrd. DM. Bei Preissenkungen um durchschnittlich 4 Prozent im Gefolge der Rohstoff-(Öl-)Verbilligung bedeutete das real sogar einen Zuwachs von 8 Prozent.

Die damit verbundene deutliche Verbesserung der Kapazitätsauslastung und die im letzten Jahr durchgezogenen Maßnahmen zur Kostensenkung – unter anderem ein Gehaltsstopp für die außertariflichen Angestellten – genügten offenbar, die Preiseinbußen mehr als auszugleichen: Mit 288 Mill. DM lag das Ergebnis der Gruppe vor Ertragssteuern bis Ende März um 4,3 Prozent über den 276 Mill. DM des ersten Vorjahresquartals und um fast 14 Prozent über dem Quartalsdurchschnitt 1982.

Bei der AG verbesserte sich der Gewinn vor Steuern binnen Jahresfrist sogar um 6,7 Prozent auf 159 (149) Mill. DM, was einer Steigerung um gut 14 Prozent gegenüber dem Quartalsschnitt entsprach. Ob die gar zu schöne Ertragsverbesserung übers Jahr hinweg durchzuhalten sein wird, wagen weder der neue noch der scheidende Vorstandschef Matthias Seefelder zu sagen.

„In die Annalen der BASF wird 1982 sicher nicht als das Jahr eines befriedigenden Ergebnisses eingehen, wohl aber als ein Jahr, in dem wir die Anstrengungen erfolgreich darauf gerichtet haben, die Kräfte des Unternehmens von innen heraus zu mobilisieren und es so langfristig gegen alle Unwägbarkeiten und Risiken abzusichern", urteilt Seefelder ganz optimistisch. Immerhin scheinen die Fundamente dafür gelegt zu sein, die Lücken des Vorjahrs wieder zu füllen.

Zwar sind die Umsätze 1982 in der Gruppe noch um 2,3 Prozent auf 32,5 Mrd. DM und in der AG sogar um 5,4 Prozent auf knapp 15 Mrd. DM gestiegen, in der Gruppe teilweise und in der AG ausschließlich bedingt durch entsprechende Mengensteigerungen. Doch die steigenden Kosten bei teilweise gar sinkendem Preisniveau, begleitet von erneuten Währungsverschiebungen, sorgten für einen kräftigen Ertragseinbruch.

Er wird von dem Rückgang der Jahresüberschüsse um 25 Prozent auf 275 (367) Mill. DM in der Gruppe und um gut 27 Prozent auf 236 (325) Mill. DM in der AG wohl einigermaßen wirklichkeitsgetreu widergespiegelt. Auch das Gruppen-Ergebnis je Aktie zeigt mit einem Einbruch um 26 Prozent auf 6,69 (9,03) DM dieselbe Tendenz. Die Erholung zeichnete sich indessen schon im letzten Quartal 1982 ab.

Vor allem bei Produkten für das Bauwesen und die Autoindustrie verspürte die BASF bereits seit November wieder eine leichte Belebung. Inzwischen zeichnet sich selbst beim Sorgenbereich Kunststoffe – mit erheblichen Kapazitätsschnitten im Bereich der Standardkunststoffe auch 1982 noch mit 130 (220) Mill. DM noch einer der großen Verlustbringer – eine steigende Nachfrage ab; im ersten Quartal stand hier bereits wieder ein Plus von 13 Mill. DM unter dem Strich. Die Auslastung der Standardkunststoffanlagen erreichte im ersten Quartal wieder 78 (68) Prozent.

Verbessert hat sich auch die Situation der US-Töchter BASF Wyandotte und Badische Corporation, die 1982 nur noch mit geringem Gewinn beziehungsweise mit Verlust gearbeitet hatten. Die ersten vier Monate 1983 brachten im US-Geschäft eine Umsatzsteigerung um 10 Prozent und eine Verbesserung des Ergebnisses auf das Zweieinhalbfache oder insgesamt 20 Mill. Dollar.

Nachdem die Großprojekte zur Strukturverbesserung des Heimatstandorts Ludwigshafen weitgehend abgeschlossen sind, will die BASF-Gruppe in diesem Jahr nur noch 1,8 (2) Mill. DM investieren.

BASF	1982	±%
Weltumsatz (Mill. DM) [1]	34 844	+ 1,8
Gruppenumsatz	32 486	+ 2,2
dav. Ausland	18 192	+ 1,5
Auslandsprod.	8 643	+ 1,0
Mitarbeiter	115 868	– 0,7
Nettoergebnis [2]	275	–25,1
Cash-flow brutto [3]	3 220	– 6,0
netto [4]	2 278	+ 2,8
Sachinvestitionen	2 003	– 2,7
Ausschüttung [5]	211	–29,4
einbeh. Gewinn	69	–15,9

[1] Alle Beteiligungen von mehr als 50% voll angerechnet
[2] Ergebn./Aktie nach Ang. d. Untern. 6,69 (9,03) DM
[3] Ergebn. nach Steuern + Zuf. zu lfr. Rückst. u. Sonderposten + Abschreibungen ± ao. Pos. + EEV-Steuern; [4] brutto minus EEV-Steuern und Ausschüttung; [5] dav. 5 (15) Mill. DM an Konzernfremde

HOLZWIRTSCHAFT / Optimismus zur Ligna

Nachfrage stabilisiert sich

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die guten Ergebnisse auf der Kölner Möbel-Messe Interzum stimulieren in beträchtlichem Maße die Hoffnungen für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft (Ligna '83), die heute auf dem Hannoverschen Messegelände von Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel eröffnet wird. Insgesamt 930 Aussteller aus 25 Ländern beteiligen sich an der alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung. Erwartet wird eine „lebhafte Messe", die von reger Ordertätigkeit geprägt sein dürfte.

Die Veranstalter der Ligna verweisen auf die günstigere Entwicklung der Möbelindustrie in den ersten Monaten 1983. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ergab sich im ersten Quartal ein Umsatzplus von 10 Prozent; das entspreche real einem Wachstum von 6,7 Prozent. Impulse, so heißt es, gingen nicht nur von der Geschäftsbelebung im Inland aus; auch die Auslandsnachfrage werde merklich stabiler. Insgesamt werden wieder rund 70 000 Besucher erwartet.

Eine „Verstetigung der Auftriebstendenzen" registriert auch Hermann Theis, Geschäftsführer der Fachgemeinschaft Holzbearbeitungsmaschinen im VDMA. In der Zeit von Dezember 1982 bis Februar 1983 seien die Auftragseingänge real um 5 Prozent gestiegen. Die Auftragsbestände reichen nunmehr für die Dauer von 3,5 Monaten.

Nicht zuletzt wegen ihrer technologischen Spitzenstellung rechne die deutsche Holzbearbeitungsmaschinen-Industrie in Hannover mit einem überdurchschnittlich hohen Interesse in- und ausländischer Besucher. Der aufgestaute Nachholbedarf der Holzwirtschaft lasse zugleich Dispositionen erwarten, die deutlich über den Abschlüssen des Jahres 1982 liegen. Im Rahmen der Ligna findet zugleich der erste Weltkongreß der Holz- und Möbelindustrie statt.

ECKES / Spirituosenabsatz hat sich von der Steuererhöhung noch nicht erholt

„Risikoverteilung" zahlt sich aus

INGE ADHAM, Frankfurt

Die nach Ansicht der Branche „prohibitive" Alkoholbesteuerung schlägt auch auf die großen deutschen Spirituosenanbieter durch. Nach einem Absatzverlust von 8,5 Prozent im vergangenen Jahr (weniger als im Branchendurchschnitt) registriert die Familien-Gruppe Peter Eckes, Nieder-Olm, nach den ersten vier Monaten dieses Jahres ein Umsatz-Minus bei Spirituosen von 13 Prozent, hinter dem ein deutlicher Absatzrückgang steht.

Bei Eckes, wo rund zwei Drittel des Umsatzes mit Spirituosen erzielt werden, rechnet man nicht damit, daß sich der Spirituosenabsatz schon in diesem Jahr von den Folgen der zweimaligen Branntweinsteuer-Erhöhung binnen zwölf Monaten erholen wird. Daß die Eckes-Geschäftsführung unter dem Vorsitz von Reinhold M. Fries trotzdem für dieses Jahr „gebremst optimistisch" ist, wird mit der seit Jahren betriebenen „Risikoverteilung" und dem „Vertrauen in den Markt" begründet.

Die Inlandsfirmen der Familien-Gruppe (Obergesellschaft: Peter Eckes) setzten im vergangenen Jahr brutto 939 (953) Mill. DM um; darin sind 361 (360) Mill. DM Branntweinsteuer enthalten. Insgesamt entfallen auf Spirituosen 680 (703) Mill. DM. Daran sind die Importmarken mit gut 16 Mill. DM (plus 10 Prozent) beteiligt.

Unangefochten Nummer eins am deutschen Spirituosenmarkt blieb mit 23 (25) Mill. verkauften Flaschen der Weinbrand Mariacron, auf Platz zwei liegt Chantré mit 11,1 (12,7) Mill. Flaschen. Auf Wachstumskurs blieb Eckes mit Fruchtsäften (173 nach 162 Mill. DM Umsatz), von denen mehr als 100 Mill. Flaschen verkauft wurden.

Weltweit weist die Gruppe mit 11 deutschen und 6 ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und insgesamt 2225 Mitarbeitern (davon unverändert 1445 im Inland) wieder 1,09 Mrd. DM Umsatz aus. Während im Inland das Betriebsergebnis nach Angaben von Fries als Folge der Absatzeinbußen bei Spirituosen, gestiegener Rohmaterialkosten für Säfte und hoher Investitionen in neue Produkte (Berrylong und Plurango) um rund ein Drittel gesunken ist, zeigen sich im Ausland Erfolge der im Vorjahr eingeleiteten Konsolidierung, so daß das konsolidierte Gesamtergebnis unverändert blieb. In diesem Jahr rechnet die Gruppe wieder mit einer Ertragsverbesserung.

Die Eigenkapitalquote des 125 Jahre alten Familienunternehmens wird mit unverändert 50 Prozent angegeben, Bankverbindlichkeiten (erstmals durch die Konsolidierung von Kleinhans & Eckertz in der Bilanz) mit 9 Mill. DM, die liquiden Mittel mit 28 Mill. DM.

DIERIG / Noch keine Aussicht auf Dividende

Erfolge der Umstrukturierung

DANKWARD SEITZ, München

Noch ist für die Aktionäre der Augsburger Dierig Holding AG das Ende der dividendenlosen Zeit nicht absehbar, auch wenn die Dachgesellschaft der Gruppe nach verlustreichen Jahren – das Grundkapital war zuletzt 1978 mit 4 Prozent bedient worden – 1982 ihre Ertragslage „wesentlich verbessern" konnte. „Wann wir aber wieder eine Dividende zahlen können, ist noch nicht absehbar", dämpfte Vorstandsvorsitzender Christian Gottfried Dierig aufkommende Hoffnungen bei der Vorlage des Geschäftsberichts. Im ersten Quartal 1983 habe Dierig einen „etwas höheren" Auftragseingang buchen können. Der Umsatz liege mit 109 Mill. DM ebenso wie der Ertrag auf Vorjahresniveau.

Im vergangenen Jahr hat sich der weitere Kapazitätsabbau bei nur 5 Prozent Auftragseingang positiv ausgewirkt. Die Produktionsanlagen seien, wenn auch unterschiedlich, insgesamt ausgelastet gewesen. Der Gruppen-Umsatz erhöhte sich 1982 um rund 3,7 Prozent auf 404,5 Mill. DM. Getragen wurde dieses Wachstum vom Export, der nochmals um rund 26 Prozent ausgeweitet werden konnte und die schwache Inlandsnachfrage ausglich.

Die Erfolgsrechnung des Teil-Konzerns schließt bei 349,5 (330,7) Mill. DM Umsatz mit einem Fehlbetrag von 2,78 (4,02) Mill. DM. Der Teilkonzern-Verlust macht 5,72 (5,29) Mill. DM aus. Die Holding, die für 1982 keine Aufwendungen aus Verlustübernahmen (1981: 6,8 Millionen Mark) ausweisen muß, erzielte einen Jahresüberschuß von 0,113 (0,013) Mill. DM. 1981 mußten dafür noch Erträge aus Sonderposten mit Rücklagenanteil von 3,6 Mill. DM aufgelöst werden. Zufrieden zeigte sich Dierig mit dem weiteren Abbau der Bank-Verbindlichkeiten auf 58,9 (76 nach 117) Mill. DM. Investiert wurden 11,1 (7,6) Mill. DM bei Abschreibungen von 12,5 (13) Mill. DM.

FINANZANZEIGEN



Peine+Salzgitter

Ihr Partner für Stahl

Bilanz zum 30.9.1982

(Kurzfassung)	TDM
Aktiva	
Sachanlagen	1.257.269
Finanzanlagen	94.170
Anlagevermögen	1.351.439
Vorräte	581.402
Forderungen	295.715
Flüssige Mittel	1.818
Rechnungsabgrenzungsposten	1.994
	2.232.368
Passiva	
Grundkapital	312.000
Offene Rücklagen	443.563
Eigenkapital	755.563
Langfristige Rückstellungen	451.262
Langfristige Verbindlichkeiten	465.651
Übrige Verbindlichkeiten	559.892
	2.232.368

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.10.1981 bis zum 30.9.1982

(Kurzfassung)	TDM
Umsatzerlöse	2.797.507
Bestandsveränderungen bei Erzeugnissen	+ 56.500
Andere aktivierte Eigenleistungen	10.328
Gesamtleistung	2.864.335
Materialaufwendungen und Wareneinsatz	1.545.532
Rohertrag	1.318.803
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	22.851
Zinserträge	2.876
Übrige Erträge	115.228
	1.459.758
Personalaufwendungen	877.920
Abschreibungen auf Sachanlagen	141.697
Zinsaufwendungen	69.568
Steuern	11.662
Übrige Aufwendungen	304.052
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	54.859
Bilanzgewinn	–

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1981/82 ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehen und wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie Aktiengesellschaft Berlin

DeTeWe

– Wertpapier-Kenn-Nr 552 900 –

Wir laden hiermit die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zu der

am Donnerstag, dem 23. Juni 1983, 11.00 Uhr

im Sitzungssaal der Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie Aktiengesellschaft, Berlin 36, Wrangelstraße 100 (Eingang Zeughofstraße 1–3), stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1 Vorlage des festgestellten Abschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Geschäftsbericht, dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung

2 Beschlußfassung über die Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 1982. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1982 in Höhe von 4 800 000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 8 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf das Grundkapital von 30 000 000 DM zu verwenden

3 Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu erteilen.

4 Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu erteilen.

5 Wahlen zum Aufsichtsrat
Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1 und 101 Abs. 1 des Aktiengesetzes sowie § 7 Abs. 1 Nr. 1 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen.
Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Herren als Vertreter der Aktionäre zu Aufsichtsratsmitgliedern zu wählen:

Dr. Ulrich Cartellieri,
Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Essen;

Dr. Wolfgang Everling,
Mitglied des Vorstands der Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Gräfelfing;

Prof Dr Philipp Hartl,
Technische Universität Berlin, München;

Dr Gerhard Herbst,
Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank Berlin AG, Berlin;

Prof. em. Dr Dr. E. h Alfred Lotze,
Stuttgart.

Dr Dietrich Nebelung,
Mitglied des Vorstands der Berliner Bank AG, Berlin.

Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor, als Ersatzmitglied Herrn
Dipl.-Kaufmann Dieter Pöhlmann,
Direktor der Bayerische Vereinsbank AG, Filiale Berlin, Berlin,

zu wählen, der an Stelle eines vorzeitig ausscheidenden oder durch Wahlanfechtung fortgefallenen Aufsichtsratsmitglieds der Aktionäre tritt.

Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.

6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt a. M., zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind gemäß § 18 unserer Satzung diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei den nachstehend bezeichneten Hinterlegungsstellen ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die Hinterlegung hat spätestens am 15. Juni 1983 zu erfolgen.

Hinterlegungsstellen in Berlin:
unsere Gesellschaftskasse,
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft,
Berliner Bank Aktiengesellschaft,
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft,
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft,
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft;

Hinterlegungsstellen in Düsseldorf, Frankfurt a. M. und München:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft,
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft;

Hinterlegungsstelle in Hamburg:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Im Falle der Hinterlegung von Aktien bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen über die Hinterlegung auszustellende Bescheinigung spätestens am 20. Juni 1983 bei der Gesellschaftkasse einzureichen

Berlin, 11. Mai 1983 **Der Vorstand**

BASF'82

Wir berufen hiermit unsere diesjährige

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

ein auf Donnerstag, den 30. Juni 1983, 10.00 Uhr, im BASF-Feierabendhaus, Ludwigshafen am Rhein, Leuschnerstraße 47.

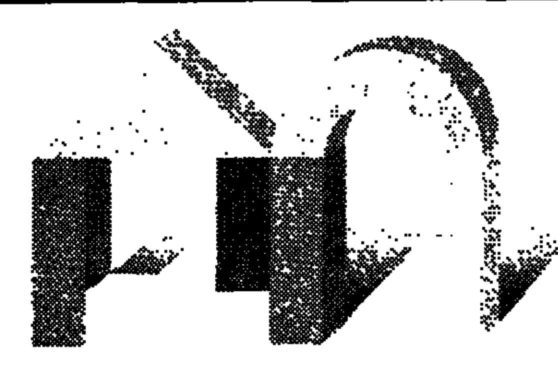
Tagesordnung
1. Vorlage des Jahresabschlusses der BASF Aktiengesellschaft und des Konzernabschlusses für 1982; Vorlage des Konzerngeschäftsberichts nebst Geschäftsbericht der BASF Aktiengesellschaft für 1982; Vorlage des Berichts des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Entlastung des Vorstands.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.
6. Satzungsänderung.
7. Wahl der von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder und der Ersatzmitglieder.

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 89 vom 11. Mai 1983 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, der 22. Juni 1983.
Allen Kreditinstituten, die BASF-Aktien verwahren, haben wir die Kurzfassung unseres Geschäftsberichts für das Jahr 1982 mit der Bitte um Weiterleitung an jeden BASF-Aktionär übersandt. Wir bitten diejenigen Aktionäre, die ihre BASF-Aktien durch eine Bank verwahren lassen und von dieser wider Erwarten nicht bis Anfang Juni 1983 den Kurzbericht erhalten haben, ihn bei ihrer Bank anzufordern.

Ludwigshafen am Rhein, den 11. Mai 1983
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF



Bauen auf solider Basis

Aus dem Jahresabschluß 1982:

	Millionen DM
Darlehensbestand	7.199
Begebene Schuldverschreibungen und Lieferverpflichtungen	6.805
Aufgenommene Darlehen	277
Grundkapital und offene Rücklagen	166
Bilanzsumme	7.958
Dividende (20%)	DM 9,–+DM 1,–

Der vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger Nr. 87 vom 7.5.1983 veröffentlicht.

Die Hauptversammlung hat am 4. Mai 1983 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von DM 9,– und einen Bonus von DM 1,– je Aktiennennbetrag von DM 50,– auszuschütten. Die Dividende wird unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 36 ausgezahlt.

Hannover, im Mai 1983

DHB DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT)
3000 Hannover 1, Georgsplatz 8 · Tel. (0511) 1245-0

Hypothekenbüros:
1000 Berlin 15, Uhlandstr. 165/166, Tel. (030) 8827331
4300 Essen 1, Hachestr 34, Tel. (0201) 234001
6000 Frankfurt 1, Bockenheimer Landstr. 10, Tel (0611) 728140 u. 728330
2000 Hamburg 1, Paulstr. 5, Tel. (040) 326525 u. 326119
5000 Köln 1, Neusser Str. 20, Tel (0221) 720619
6800 Mannheim, Werderstr. 17, Tel. (0621) 442088
8000 München 2, Kardinal-Faulhaber-Str. 15, Tel (089) 229084/85
7000 Stuttgart 1, Kronprinzstr 24, Tel. (0711) 221904/05

BEKANNTGABE

Antiquitäten- und Auktionshaus Weiner
hat am **22. Juni 1983** eine große **Gemälde-Auktion.**

Überwiegend Gemälde der Münchener Schule.

Einlieferungen bis spätestens Mittwoch, den 18. Mai 1983

Reichenbachplatz 11, 8000 München 5, Tel. 0 89/2 60 30 31

Titelvermittlung und -kauf sind völlig legal

– aber Vertrauenssache –

Schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

- Wir sind schon lange auf dem Markt,
- wir geben uns mit voller Anschrift zu erkennen und werben nicht unter Chiffre etc.
- Wir sind eine große Firma mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet.
- Wir unterhalten weltweite Kontakte.

Vermittelt werden können führbare Titel wie:
Dr., Dr. h. c., Professor, Konsul, Senator, Ehrenbürger, Ordenstitel, *Rittertitel, Adelsprädikate zur persönlichen oder gewerblichen Führung.*
Weitere Möglichkeiten auf Anfrage.
Diskretion ist uns selbstverständlich.

AVB Treuhand
Frauenbergstraße 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 48 / 80 49 / 80 40, Telex 7 52 744 avb D



Deutsche Texaco AG Hamburg

TEXACO

Wertpapier-Kenn-Nummer 550900

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Freitag, 1. Juli 1983, 12.00 Uhr, in unserem Hause Überseering 40, Hamburg 60, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung
1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates
Vorlage des Teilkonzern-Abschlusses und des Teilkonzern-Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates
4. Wahlen zum Aufsichtsrat
5. Wahl der Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983

Weitere Einzelheiten bitten wir, der im Bundesanzeiger Nr. 89 vom 11. Mai 1983 veröffentlichten Einladung zu entnehmen.

Hamburg, im Mai 1983 Der Vorstand

NICHT KONKURS!!!

Wertvolle Profi-Insider-Tips: Wie man Scheck- u. Wechselproteste vermeidet, Kreditspielraum behält u. in der Unternehmenskrise finanziert, verhindern Insolvenz und Zusammenbruch. UNTERNEHMER-BRIEFE FÜR DAS CHANCEN-*MANAGEMENT* zeigen den Weg. Gratis-Info bitte anfordern:

COUPON W

Bitte senden Sie mir Ihre kostenlose Information!

Name: ____
Vorname: ____
Straße: ____
PLZ/Ort: ____

Einsenden an INSERTA-VERLAG, Postfach 17 31, 4900 Herford

---

mach mit...



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; *Leserbriefe:* Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende *Redakteure:* Dr. *Leo* Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. *Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo,* Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, *Wolfgang Will;* Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. *Fred* de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 24 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, *Graf-Adolf-Platz* 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

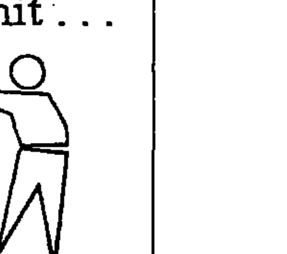
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



DETEWE / Vorstoß in die Digitaltechnik

Liquiditätspolster erhöht

P. WEERTZ, Berlin

Für die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie (DeTeWe) AG, Berlin, ist die Entwicklung der modernen Nachrichtentechnik von entscheidender Bedeutung. Mit dem neu entwickelten elektronischen Wählsystem in der Digitaltechnik habe das Unternehmen einen Markstein in der technologischen Entwicklung der Nachrichtentechnik gesetzt, betont Vorstandsmitglied Manfred Lemke. Die Vorteile der Digitaltechnik, die das elektromechanische System ablöst, liegen nach Ansicht von Vorstandsmitglied Karl Kirn in den Informationen wie Sprache, Text, Daten und Bild in einer Anlage.

Schon im vergangenen Jahr sind im Umsatz, der 13 Prozent auf 533 Mill. DM zunahm, neue Produkte wie elektronische Telefonanlagen und Fernkopierer in der Digitaltechnik enthalten. Lemke wertet freilich 1982 als „Geschäftsjahr mit zwei Gesichtern": Einmal habe das Unternehmen den Umsatz von einer halben Mrd. DM zum erstenmal überschritten, zum anderen stagniere jedoch der Auftragseingang. Er erwartet daher zwar in diesem Jahr wieder „ein gutes Ergebnis", rechnet aber nur mit einem geringen Umsatzwachstum. Investiert werden sollen 1983 16 (Vorjahr 20) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter ging auf 4994 zurück.

Bemerkenswert ist die Liquidität des Unternehmens, das sein Vorratsvermögen um 60,2 Mill. DM auf 181,6 Mill. DM reduziert und die Anlagen von Wertpapieren und Schuldscheinen um 84,9 Mill. DM auf 143,4 Mill. DM erhöht hat. Offensichtlich wurden hierbei auch stille Reserven aufgelöst. Außerdem weise das Unternehmen flüssige Mittel von 33,25 (38,8) Mill. DM aus. Es blieb offen, welche unternehmenspolitischen Ziele mit dieser ungewöhnlich hohen Liquidität verfolgt werden.

Der Jahresüberschuß stieg 1982 auf 9,6 (8,3) Mill. DM, davon erhielten die Rücklagen 4,8 (4) Mill. DM. Für 1982 wird wieder eine Dividende von 16 Prozent auf das um 3 auf 30 Mill. DM erhöhte Aktienkapital ausgeschüttet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Altana erhöht

Bad Homburg (VWD) – Eine um 0,50 DM auf 9,50 DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Altana-Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, der Hauptversammlung am 22. Juni in Bad Homburg für das Geschäftsjahr 1982 vor. Ferner sollen aus dem auf 38,3 (33,91) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß 13,2 (10,1) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen werden. Der Bilanzgewinn wird mit 25,1 (23,8) Mill. DM ausgewiesen. Gewinnberechtigt sind 132 Mill. DM Grundkapital.

Anzag ohne Ausschüttung

Frankfurt (VWD) – Das Pharma-Großhandelsunternehmen Andreae-Noris Zahn AG (Anzag), Frankfurt, bestätigte den im Aktionärsbrief vom November letzten Jahres angedeuteten Dividendenausfall für das Geschäftsjahr 1982. Wie das Unternehmen schreibt, war das Ergebnis trotz umfangreicher Strukturmaßnahmen nur ausgeglichen. Für 1981 hatten die freien Aktionäre unverändert 4 DM Dividende je 50-DM-Aktie erhalten.

GfP: Mehr Mitarbeiter

Hamburg (Stw.) – Die Unternehmensberatung GfP, Gesellschaft für Projektmanagement GmbH + Co. KG, Hamburg, konnte 1982 ihren Honorarumsatz um 28 Prozent auf 11,2 (8,7) Mill. DM erhöhen. Am Stammkapital von 1 Mill. DM ist der Axel Sringer Verlag zu 75 Prozent beteiligt. Da die Schwerpunkte der Tätigkeit in zukunftsträchtigen Gebieten wie der computergestützten Konstruktion, Bildschirmtext und Büroautomation liegen, rechnet die Geschäftsführung mit weiterem Wachstum. Die 1982 um 10 Prozent aufgestockte Mitarbeiterzahl sollte daher weiter vergrößert werden.

KSB begibt Wandelanleihe

Frankenthal (VWD) – Die Klein, Schanzlin und Becker AG (KSB), Frankenthal, wird zum 1. Juni 1983 die in der Hauptversammlung 1982 genehmigte Wandelanleihe von 20 Mill. DM begeben. Die bei einer zehnjährigen Laufzeit mit 6,5 Prozent verzinslichen Wandelschuldverschreibungen sollen, wie das Unternehmen mitteilte, den Aktionären im Verhältnis sieben zu zwei zum Kurs von 100 Prozent angeboten werden. Das Bezugsrecht wird an den Börsen Frankfurt und Düsseldorf vom 18. bis 27. Mai gehandelt. Die Wandelschuldverschreibungen können vom 1. Januar 1984 an im Verhältnis fünf zu zwei ohne Zuzahlung zu gleichen Teilen in Stamm- und Vorzugsaktien umgetauscht werden.

SEL / Das erste Quartal brachte beim Exportgeschäft deutliche Erfolge mit Unterhaltungselektronik

„Aufräumarbeit" läßt das Ergebnis wieder steigen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nach einer langjährigen Talfahrt bei den Ergebnissen sieht Helmut Lohr, Vorstandsvorsitzender der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, nunmehr die Wende. Der Weg sei frei für eine nachhaltige Verbesserung der Ertragslage bei SEL.

Im ersten Quartal dieses Jahres habe das Ergebnis erheblich über dem der entsprechenden Vorjahreszeit gelegen. Lohr diagnostiziert in allen drei Unternehmensgruppen (Nachrichtentechnik, Audio/Video/Elektronik, Bauelemente) schwarze Zahlen und eine Verbesserung der Ergebnisstrukturen.

Der Umsatz der SEL-Gruppe stieg in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 5,9 Prozent, wobei diese Geschäftsausweitung ausschließlich auf den kräftigen Anstieg des Exports (plus 25,5 Prozent) zurückzuführen ist. Besonders erfolgreich war wiederum die Sparte der Unterhaltungselektronik mit einem Umsatzplus von 21,2 Prozent. Zwar verringerte sich der Auftragsbestand leicht um 3,5 Prozent auf 2,15 Mrd. DM, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß im Frühjahr 1982 einige Großaufträge zu Buche schlugen.

Die Zahl der Beschäftigten nahm per Ende März um rund 1700 auf 30 700 Mitarbeiter ab. Man sei weiterhin bestrebt, gleichartige Produktionen zusammenzulegen. Pläne für eine Aufgabe oder Stillegung von Erzeugnisbereichen gebe es nicht.

Zur Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahr 1982 meinte Lohr, das Unternehmen habe sich trotz konjunktureller Verengung der Wachstumsspielräume gut behauptet, nachdem die SEL über Jahre hinweg eine „umfangreiche und schwierige Aufräumarbeit" geleistet habe. Zug um Zug sei bei Erzeugnissen und Systemen sowie den Produktionsstätten die Organisation gestrafft und umstrukturiert worden, womit man sich den Weg in die Zukunft der Spitzentechnologien geebnet habe.

An der Steigerung des Gruppenumsatzes um 8,7 Prozent auf 4,15 Mrd. DM waren alle drei Unternehmensgruppen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – beteiligt. So beliefen sich die Umsätze in der Nachrichtentechnik auf 2,67 Mrd. DM (plus 8,1 Prozent), in der Konsumelektronik auf 1,05 Mrd. DM (plus 13,4 Prozent) und in der Sparte Bauelemente auf 660 Mill. DM (plus 6,3 Prozent).

Gerade in der Sparte der Unterhaltungselektronik demonstriert SEL sehr deutlich, mit rationeller Fertigung und Automation (im Werk Bochum werden fast 1,5 Mill. Farbfernseher pro Jahr produziert) auch gegen fernöstliche Anbieter erfolgreich zu Felde ziehen zu können. Vorbereitet wird die Massenproduktion von Farbfernsehgeräten mit digitaler Signalverarbeitung.

Bei dem von SEL entwickelten System 12, eines universell einsetzbaren Fernmeldevermittlungssystems auf der Grundlage der Digitaltechnik, rechnet sich das Unternehmen gute Chancen aus, daß dies im Inland von der Bundespost und auch im Ausland als eines der richtungweisenden Standardsysteme eingesetzt wird. Mit einem Aufwand von 429 Mill. DM wurden für Forschung und Entwicklung wiederum mehr als 10 Prozent des Umsatzes ausgegeben.

Bei der Erschließung neuer Exportmärkte richtet sich das Augenmerk besonders auf Lateinamerika und auf den südostasiatischen Raum. Auch im Iran beginne man wieder Fuß zu fassen.

Zur Ertragsverbesserung trugen neben dem günstigeren Zinssaldo die Senkung der Vorräte (um 145 Mill. DM) und die erhöhte Lagerumschlaghäufigkeit (von 2,8 auf 3,5) bei. Der Nettogewinn nahm um 16,9 Prozent zu. Die freien Aktionäre, die 16 Prozent des Kapitals von 384 Mill. DM halten, erhalten eine Garantiedividende von 21 Prozent. An die Mutter ITT wird eine von 16 auf 5 Prozent reduzierte Dividende ausgeschüttet.

Weiter angestiegen ist die Eigenkapitalquote auf nunmehr 31 Prozent. Die Frage einer Kapitalerhöhung werde „in absehbarer Zeit sorgfältig überlegt". Die Investitionen in diesem Jahr sollen in der Größenordnung des Vorjahres (um 140 Mill. DM) liegen.

SEL	1982	±%
Gruppenumsatz		
(Mill. DM)	4 153	+ 8,7
Exportanteil (%)	25,3	(24,6)
Beschäftigte	31 850	+ 4,1
Investitionen		
(Mill. DM)	143	– 1,4
Abschreibungen		+ 9,9
Cash-flow [1])	122	+ 9,1
Nettogewinn [2])	166	+ 16,9
Jahresüberschuß	54	+ 8,8
in % v. Umsatz	28	(6,7)
	6,7	

[1]) Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuf. zu Pensionsrückstellungen
[2]) Gewinn je Aktie 7,02 (6,01) DM (nach Angaben der Verwaltung)

Kleine Wanze ist zuversichtlich

dos, Einbeck

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, ist mit dem Verlauf der ersten neun Monate 1982/83 (30. 6.) durchaus zufrieden. Nach Angaben des Vorstands entspricht die bisherige Geschäftsentwicklung den Erwartungen. Vorstandsmitglied Kurt Quensell rechnet für das gesamte Jahr mit einem leichten Umsatzrückgang in der AG (1981/82: 122 Mill. DM), gleichzeitig aber mit einem Bilanzgewinn in Vorjahreshöhe von 3,97 Mill. DM. Für 1981/82 hatte die KWS eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet.

Der verringerte Umsatz resultiert im wesentlichen aus dem weiteren Rückgang der Zuckerrübenanbaufläche. In diesem Bereich konnte die KWS im Vorjahr durch besonders hohe Exporte, die in diesem Umfang nicht wiederholbar sind, einen Ausgleich schaffen. Ein kräftiger Umsatzanstieg zeichne sich dagegen im Bereich Mais ab. Auch bei Feldsaaten und Futterrüben dürfte der Vorjahresumsatz leicht übertroffen werden.

HUTSCHENREUTHER / Spitzenwerte von 1981 nicht ganz erreicht

Das Inlandsgeschäft zieht wieder an

DANKWARD SEITZ, München

Wenn auch die Hutschenreuther AG, Selb, im Geschäftsjahr 1982 nicht wieder an die Spitzenwerte herangekommen ist, die für 1981, dem 125. Firmenjubiläum präsentiert wurden, zeigt sich Vorstandsvorsitzender Roland Dorschner dennoch sichtlich zufrieden. Die wichtigsten Kennzahlen liegen noch immer deutlich über dem guten Jahr 1980. Gleiches gilt für den Umsatz, der um 1,8 Prozent auf 318,4 Mill. DM zurückging.

Die Aktionäre selbst werden die leichten Einbußen, die Hutschenreuther 1982 hinnehmen mußte, nicht zu spüren bekommen. Im Gegenteil: Sieht man einmal davon ab, daß für 1981 zur Dividende von 17 Prozent ein Jublіläumsbonus von 2 Prozent gezahlt wurde, erhalten sie für 1982 mit 18 Prozent die bisher höchste Dividende auf das Grundkapital von 17,06 Mill. DM.

Daß trotz des mit 3,08 (3,24) Mill. DM geringeren Jahresüberschusses und eines Bilanzgewinns von 3,11 (3,28) Mill. DM die Ausschüttung angehoben wurde, begründete Dorschner damit, daß man die Hutschenreuther-Aktie für einen breiten Kreis als Anlageform attraktiver machen will.

Gegenüber 1980 erhöhte sich der Cash-flow von 16,9 Mill. auf 20,7 (Vorjahr: 22,33) Mill. DM und der Gewinn je Aktie (nach DVFA) von 13,06 DM auf 17,04 (20,56) DM. Die Eigenkapitalrentabilität gab Dorschner jetzt mit 12,6 Prozent nach 9,7 Prozent 1980 und 15,2 Prozent 1981 an.

Daß das Spitzenergebnis von 1981 nicht wieder erreicht werden konnte, begründete er damit, daß Hutschenreuther wie die gesamte feinkeramische Geschirrindustrie von der Konjunkturflaute nicht verschont blieb.

Vor allem aufgrund der Sättigung des Inlandsmarktes und des schärferen Wettbewerbs durch den anhaltenden Importdruck sank der Umsatz im Hauptbereich „Haushalt und Gastronomie" um 1,1 Prozent auf 287,0 Mill. DM (1981 plus 15 Prozent). Der Inlandsumsatz ging dabei um 4,7 Prozent zurück, während beim Export noch 5,9 Prozent zugelegt werden konnten. Die Exportquote erhöhte sich damit auf 36,4 (34,1) Prozent. Bei den „technischen Produkten" verminderte sich der Umsatz um 7,7 Prozent auf 31,4 Mill. DM.

Insgesamt zeigte sich Dorschner für 1983 recht zuversichtlich. In den ersten vier Monaten habe man bei anziehendem Inlands- und nachlassendem Auslandsgeschäft ein Umsatzplus von 3 Prozent erreicht, während die Branche bis Ende März rund 7 Prozent eingebüßt habe. Für das nächste halbe Jahr sei die Vollbeschäftigung der 5714 Mitarbeiter gesichert.

Zu der im August voll übernommenen Theresienthaler Krystallglas- und Porzellanmanufaktur sagte Dorschner, daß sie in den ersten vier Monaten 1983 keine roten Zahlen mehr geschrieben habe und der Umsatz gehalten werden konnte.

PHARMA-INDUSTRIE

Außergewöhnlicher Exporterfolg

DANKWARD SEITZ, München

Die unverändert wachsende Nachfrage des Auslands nach deutschen Arzneimitteln hat auch 1982 die Position der Bundesrepublik als weltgrößter Pharmaexporteur gestärkt und den deutschen Herstellern einen „außergewöhnlichen Exporterfolg" gebracht. Wie der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Frankfurt, anläßlich seiner Jahreshauptversammlung in München mitteilte, konnten 1982 insgesamt Produkte im Wert von 7,1 Mrd. DM (plus 7,8 Prozent) exportiert werden. Unabhängig davon dürften die deutschen Niederlassungen und Beteiligungsfirmen im Ausland zusätzlich einen Umsatz von rund 10 Mrd. nach 9,2 Mrd. DM erzielt haben.

Auf dem Inlandsmarkt habe sich dagegen, so der BPI, der internationale Wettbewerb nochmals verschärft. Während der Einfuhrwert von pharmazeutischen Erzeugnissen um 7,5 Prozent auf rund 4 Mrd. DM stieg, konnten die deutschen Unternehmen hier wertmäßig nur einen „geringfügigen" Zuwachs buchen. Mengenmäßig ergab sich sogar ein leichter Rückgang.

Der Exporterfolg darf nach Ansicht des BPI jedoch nicht über die Schwierigkeiten in zahlreichen Ländern hinwegtäuschen, in denen in zunehmendem Maße versucht werde, wirtschaftliche Probleme mit zum Teil rechtswidrigen Eingriffen in den Markt, wie zum Beispiel in Italien, lösen zu wollen. Man müsse dabei auch bedenken, daß die deutsche Pharmaindustrie immerhin einen um 8,4 Prozent auf rund 3 Mrd. gewachsenen Netto-Beitrag zur Aktivierung der deutschen Leistungsbilanz 1982 erbracht habe.

NAMEN

Otto Hugo Stinnes, persönlich haftender Gesellschafter der Firma Hugo Stinnes, Mülheim, starb am 5. Mai im Alter von 81 Jahren.

Henning Möller wurde zum Direktor der Greyhound Computer Deutschland, Frankfurt-Königstein, ernannt.

Dr. Gert Oehncke, bis 1968 Hauptgeschäftsführer der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, vollendet am 13. Mai sein 80. Lebensjahr.

Rüdiger Nickel, seit sechs Jahren alleiniger Geschäftsführer bei der Akai Deutschland GmbH, Egelsbach, verläßt zum 31. Mai das Unternehmen. **Kohzo Sumi** wird sein Nachfolger.

Aktienkurse driften zur Seite

Börsenkreise warten vor dem nächsten Aufschwung auf Einbruch

DW. – An den Aktienmärkten der Dienstag-Börse bröckelten die Kurse vieler Papiere ab, während es vereinzelt auch zu steigenden Notierungen kam. Da sich kein einheitlicher Trend entwickelte, sprach man an der Börse von einem Zur-Seite-Driften der Kurse. Maßgebliche Beobachter auf dem Parkett meinen, daß die erste Aufschwungphase, seit in Bonn die CDU/FDP-Koalition regiert, zu Ende sei. Jetzt wartet man auf einen richtigen Kurseinbruch, damit auch die mittelfristige Spekulation unter den privaten Anlegern aussteigen möge. Dann würde der Weg frei für die zweite Aufschwungphase.

Die Kurse der Farbennachfolger konnten sich wegen des gestiegenen BASF-Gewinns vor Steuerabzug im ersten Quartal 1983 überwiegend noch recht gut halten. Deutliche Kursrückschläge durch Gewinnmitnahmen gab es bei den Autopapieren. Sie reichten bis zu etwa 5 DM. Gespalten entwickelte sich wieder der Elektromarkt, an dem AEG unter Schwankungen ihren Aufschwung bis auf 81,50 DM (plus 3,50 DM) fortsetzten, während Siemens um gut 5 DM nachgaben. Unterschiedlich, in der Spitze aber auch bis um etwa 5 DM, rückläufig waren Bankaktien.

Düsseldorf: Küppersbusch erhöhten sich um 9 DM auf 255 DM, *Kromschröder* verbesserten sich um 3,50 DM auf 196 DM und Thüringer Gas stiegen um 8 DM auf 370 DM an. Bilfinger verminderten sich um 6 DM auf 262 DM, Isenbeck sanken um 5 DM auf 330 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 80 DM auf 2130 DM ab.

Frankfurt: Die Standardwerte hatten Verluste bis zu 5 DM pro Aktie, Siemens gaben um 5,30 DM auf 339,20 DM nach, Bezüge blieben 11,95 DM minus 0,35 DM bei 55 000 Stück Umsatz. Weiter freundlicher notierten AEG mit 79 DM plus 1,10 DM, Thüringer Gas bei Plusankündigung 380 DM plus 29 DM, Riebeck-Montan 220 DM minus 20 DM bei 24 000 Reichsmark Umsatz und Magdeburger Rück-Namensaktien, jetzt umbenannt in Conti Versicherung, 315 DM plus 23 DM.

Hamburg: HEW waren mit 118 DM minus 0,80 DM leichter, NWK Vz. lagen mit 168 DM minus 1 DM *schwächer. Conti Gummi gaben* auf 92 DM minus 1 DM und Phoenix Gummi auf 114,80 DM minus 0,70 DM nach. Triton waren mit 152,60 DM minus 6,50 DM schwächer. Für Steingut wurden 94,10 DM minus 2,90 DM bezahlt. Hapag verbesserten sich um 1,10 DM auf 46 DM.

München: Agrob St. befestigten sich um 5 DM auf 325 DM. Audi NSU sanken um 3 DM auf 239 DM, Augsburger Kammgarn gaben um 3 DM auf 75 DM nach, Flachglas fielen um 10 DM auf 315 DM und Spinnerei Kolbermoor schlossen mit einem Minus von 25 DM auf 845 DM ab.

Berlin: Forst Ebnath wurden um 50 DM höher, Rheinmetall um 9 DM und Lehmann um 5 DM niedriger taxiert. Dt. Hypobank Berlin zogen um 10 DM und AEG um 3,40 DM an. Berthold schwächten sich um 12,50 DM, DeTeWe um 11 DM und Siemens um 6,50 DM ab. Herlitz Vorzüge mußten um 5 DM DUB-Schultheiss und Schering um je 4 DM, BHF-Bank und Berliner Kindl um je 2,50 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzb., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener*, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W.*, Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann*, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

	10. 5.	9. 5.		10. 5.	9. 5.		10. 5.	9. 5.
H AachM Beteil. 9	739	746	H Breitenb.-C. *28	520TG	520TG	H Elkroth 0	60	62
H Aach. M. Vers. 5	350G	350G	H Br. Straßb. *0	330	330T	B Engelhardt 6	243G	243G
D Aach. Rück. 9+7,5	1000	1010	H Br. Vulkan 0	40	39,7bG	D Enka 3,33	140	139,8
D Aseag *4	185G	185G	H Br. Wollk. 6	131	131G	M Erlus 10	470	465bG
M Ack-Gögg 2,5	105,5	106	F BBC 6	202	207	M Erste Kulmb. 8	780G	780G
H Adca 0	103,5	103,5	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	30bB	29
D Adler 9	295G	295G	D Buckau-W. 0	133bG	133,5	S Essl. Masch. *10	609G	609G
F Adt AG 7,5	183	185,1	D Buderus *17,6	380	384	M Exterer **30	590B	590B
F AEG-Telef. 0	81,3	77,5	M Bgl. Br. Ing. *11+1	710G	710G			
D AEG-Kabel 7 + 1	255	243	S Bgl. Brh. Rav. *5	400TG	400TG	D Farb. Liqu. RM 0	12,3	12,35
S Aesculap 8	306	306	D Burbach 3,2	182	182G	F Flachglas 10	325	320
D Agrippina *7	560T	565T	S Calw D. **18	700B	700bB	H Fb. Schiff 3	150,8	150bG
M Agrob *9	325	320	F Cassella *9	480	475bG	D Ford *0	1070	1070T
M dgl. Vz. *11	323	328	F Ceag 0	127,8	131	B Forst Ebn. *4	1900T	1850T

	10. 5.	9. 5.		10. 5.	9. 5.
H Holsten-Br. 6	266bG	264	D Mannesmann 6		
F Holzmann 10	530	535	D Mann. Demag 6		
D Horten 2,5	152,5	152,5	F Mannh. Vers. 8		
B Hw. Kayser *12	265G	265G	H Markt & K. *6		
D Hussel 7	229	236	F MAN St. 7		
D Huta Heg. 5	143	143T	F dgl. Vz. 7		
M Hutschenr. 8,5+1	272bG	272bG	F MAN-Roland 16		
H Hypo Hbg. 10+2,5	500	500	S M.Müll.Weing. *14		
D IKB 7	229,5	230	D Mauser 4		
S IWKA 0	143	144,5	D Mech. Viers. 0		
M Isar-Amper 6	325bB	328bG	F Mercedes 10+1		
D Isenbeck *9,5	330T	335T	F Metallges. 4		
H Jacobsen *8	620G	620G	S Met. u. Lack 0		
H Jute Bremen *6	295G	295G	S Milag 6,5		

DM-Anleihen

Ausland

New York

Digital Equipm.	119,75	120,75	Phibro	84,625	83,50	Brascan Oil	3,85	4
Dow Chemical	32,75	33,75	Philips Petroleum	76,75	78	Bow Valley	21,375	21,875
Du Pont	47	47,50	Philip Morris	33,375	33,375	Brenda Mines	15,625	15,50
Eastern Gas-Fuel	20,75	20,50	Pittston	65,875	65,875	Brunswick M. & Sm.	17,25	17
Eastman Kodak	75,625	77,875	Polaroid	14,125	15,875	Can. Cement	17	17,50
Exxon	34,625	35,25	Prime Computer	33,25	33	Cdn. Imperial Bk.	38,75	38,875
Fabergé	21,875	22,25	Procter & Gamble	30,625	31,50	Cdn. Pacific Ltd.	47,25	47,875
Firestone	27,75	22,625	RCA	59,25	59,50	Cdn. Pacif. Enterpr.	24,125	24,50
Fluor	24	23,75	Revlon	27,125	27,25	Cominco	54,50	52,75
Ford	51,75	52	Reynolds Ind.	34,50	33,625	Coseca Res.	4,20	4,45
Foster Wheeler	15	14,875	Rockwell Int.	55,875	56	Denison Mines	40,25	40,75
Fruehauf	34,25	35	Rorer Group	58,875	58,625	Dome Petroleum	5,375	5,25
GAF Corp.	18,875	18,75	Schlumberger	28,25	28,875	Domtar	24,75	25
General Dynamics	49,875	49,625	Sears, Roebuck	45,50	45,25	Falconbridge Nickel	67,50	64
General Electric	110,625	111,375	Shell Oil	41,50	41,875	Great Lakes Paper	79	78
				42,875	42,125	Gulf Canada	16,375	17

Barclays Bank	466	466	Lepetit St.	26000	25670	Creditanstalt-Bkv.Vz.	219	218
Beecham	381	378	Magneti Marelli	803	825	Gösser-Brauerei	341	–
Bowater	193	188	Mediobanca	59200	59600	Länderbank Vz.	216	215
B. A. T. Industries	610	610	Mondadori	3380	3381	Österr. Brau AG	500	–
Br. Leyland	35	35	Montedison	128	129,5	Perlmooser	360	361
British Petroleum	388	386	Olivetti Vz.	2770	2790	Reininghaus	345	335
Burmah Oil	160	160	dgl. St.	2761	2800	Schwechater Br	185	189
Cadbury Schweppes	117	116	Pirelli SpA	1548	1581	Semperit	–	–
Charter Cons.	255	256	Rinascente	344	348	Steyr-Daimler-P.	177	177
Cons. Gold. Fields	534	532	RAS	146500	147000	Universale Hochtief	–	241
Cons. Murchison	440	–	S. A. I.	12800	13001	Veitscher Magnesit	–	251
Courtaulds	100	98	SIP	1870	1890	Index	58,62	58,99
De Beers $	890	–	Snia Viscosa	940	945			
Distillers	244	243	STET	1709	1702			
Drielontein $	55,75	55,50	Index	–	191,54			
Dunlop	53	50						

Kopenhagen

	10. 5.	9. 5.
Den Danske Bank	254,75	250
Jyske Bank	470	465
Kopenh. Handelsbk.	243,5	241
Novo Industri	2745	273[illegible]
Privatbanken	250	246
Ostasiat. Komp.	125,75	126
Dan. Sukkerfabr	502	495
For Bryggerier St.	870	855
Kgl. Porc. Fabr.	330	330

Tokyo El. Power 1120; Toray 397; Toyota Motor 1160; Index 634,45

	10. 5.	9. 5.	
Pacific-Valor sfr.	117,00	106,75	106,50
Pharmafonds sfr.	215,50	199,00	199,50
Pioneer Fund $*	23,83	21,80	21,79
dgl. II $*	17,83	16,31	16,30
Schweizeraktien sfr.	314,00	295,50	295,00
Sicit-Imm. sfr.	1670,00B	1660,00G	1660,00G
Sien 63 sfr.	1265,00B	1255,00G	1255,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2530,00	2345,00	2345,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1280,00	1190,00	1190,00
Swissvalor sfr.	244,50	234,25	233,75
Technology $*	16,48	15,08	–
Templeton Growth $*	9,99	9,14	9,13
Universal B.S sfr.	72,50	69,25	69,50
Universal Fund sfr.	91,41	88,25	88,75
Ussec	762,00	731,00	732,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

10. 5. 83: BMW 328; Bavaria 205G; Jute-Spinnerei 150G; Philips Komm. 300T; VEW 126; RWE St. 168; RWE Vz. 172; Reag 386G; Herlitz St. 265; Herlitz Vz. 245.

WELT-Aktienindex vom 10. 5.: 137,5 (138,4); WELT-Umsatzindex vom 10. 5.: 3124 (3831).

Paris

	10. 5.	9. 5.
Air Liquide	476	474
Alsthom Atlant.	170,1	170,2
Beghin-Say	259	259

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝–8⅞	4⅝–4⅞	4⅛–4½
3 Monate	8⅝–8⅞	4⅞–5⅛	4⅛–4½
6 Monate	8¾–9	5 –5¼	4⅛–4½
12 Monate	9 –9¼	5¼–5½	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,2–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 10. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 10. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1615,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1018,00	1211,97
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	247,00	301,71
1 £ Sovereign Elizabeth II	245,00	299,45
20 belgische Franken	187,00	245,21
10 Rubel Tscherwonez	259,00	320,92
2 südafrikanische Rand	244,00	298,32
Krüger Rand, neu	1085,00	1271,25
Maple Leaf	1084,00	1270,12
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	256,00	323,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	263,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1010,00	1203,45
20 österr. Kronen (Neuprägung)	203,00	251,99
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	136,73
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	466,00	566,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	148,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der US-Dollar lag zu Beginn des Handels etwas schwächer bei 2,43. Im Tagesverlauf kam es zu einer kontinuierlichen Befestigung bis 2,4460, ohne das besondere Gründen zu erkennen waren. Neben etwas kommerzieller Nachfrage könnten die Diskussionen um die Situation im Mittleren Osten, sowie die Tatsache, daß die Federal Reserve Bank dem Markt gestern bei 8¾ Prozent Liquidität entzog, ausschlaggebend gewesen sei. Die Bundesbank griff am 10. 5. zur amtlichen Notiz von 2,4425 und im Freiverkehr nicht in das Marktgeschehen ein. Das englische Pfund, das gestern am späten Abend nach Verkündung des Wahltermins unter Gewinnmitnahmen litt, konnte sich zwar auf 3,823 erholen, lag damit aber noch um 2,2 Pfennige unter der Vortagsnotierung. Schwach lag die D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken, der um gut 4 Promille auf 119,74 stieg und gegenüber dem Yen, der nochmals 30 Punkte auf 1,0480 zulegte. Auch der Französische Franc erreichte mit 33,19 eine höhere Notiz. – Dollar in: Amsterdam 2,7490; Brüssel 48,67; Paris 7,3640; Mailand 1455,30; Wien 17,1890, Zürich 2,0398; Pfund/DM 1,5652.

Devisenterminmarkt

Bei weiterhin ruhigen Märkten hielten sich am 10. Mai die Veränderungen in engen Grenzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,89/0,79	2,45/2,35	4,60/4,40
Pfund/Dollar	0,22/0,19	0,51/0,47	0,85/0,80
Pfund/DM	2,50/1,10	5,60/4,20	9,60/8,20
FF/DM	32/16	87/71	190/175

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10. 2 Jahre 6,00.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,20, Rendite 7,20.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Bundesanleihen

		10. 5.	9. 5.
4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4
8 Bund 75 I	6/83	100,1	100,15
8¼ dgl. 75	6/83	100,1	100,15G
8 dgl. 75 II	7/83	100,3	100,3
5½ dgl. 78 I	1/84	100	100
6 dgl. 64 I	1/84	100,15	100,15
8 dgl. 76 I	2/84	101,65	101,65
7 dgl. 77	3/84	101,2	101,2
7½ dgl. 76 II	4/84	101,75	101,8
5 dgl. 78	5/84	99,55	99,5
6 dgl. 78 III	9/84	100,05	100
8¾ dgl. 78	9/84	102,95G	102,95G
6 dgl. 78 IV	12/84	100,05	100
6¼ dgl. 79	1/85	100,35	100,3
8½ dgl. 73 I	3/85	103,7	103,7
7 dgl. 79	4/85	101,45	101,45
7¼ dgl. 79 II	6/85	101,7	101,7
7¾ dgl. 79 I	7/85	103,05	103,15
8 dgl. 76 IV	10/85	103,7	103,9
5¾ dgl. 78 II	3/86	97,45	97,5
5¾ dgl. 78	5/86	97,3	97,35G
7¼ dgl. 78 I	12/86	100,85	100,8
6½ dgl. 78	1/87	98,45	98,45
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,75	100,75
6¾ dgl. 77	4/87	98,85	98,9
6½ dgl. 77	7/87	97,85	97,85
6 dgl. 77	10/87	96,4G	96,4
6 dgl. 78 I	1/88	95,3	95,4
6½ dgl. 78 I	9/88	97,76	97,7
6½ dgl. 78 II	12/88	97,3	97,5
6¾ dgl. 79	1/89	98,76	98,7
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,85	100
10 dgl. 81	4/89	111,55	111,7
7½ dgl. 79 I	6/89	100,95	100,95
8 dgl. 79 I	7/89	103,15	103,35
8 dgl. 79 II	8/89	103,1	103,1
7½ dgl. 79 II	9/89	100,65	100,65
7¾ dgl. 79 II	11/89	101,3	101,5
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,45	101,45
10 dgl. 80	4/90	111,8	112
5¾ dgl. 78	5/90	93,2bG	93,2
8¼ dgl. 80 I	7/90	103,3	103,3
8¼ dgl. 80 II	11/90	103,15	103,15
7¾ dgl. 82	11/90	100,75	101
9 dgl. 81	2/91	107,15	107,4
10¼ dgl. 81	7/91	114,05	114,25
10¾ dgl. 81	9/91	117,65	117,85
10 dgl. 81 II	12/91	113,55	113,6
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,8	111,95
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,05	112,15G
6 dgl. 78 II	3/93	93,2	93,1
9,5 dgl. 82	4/92	110,9	110,9
9 dgl. 82	5/92	107,85	108,15
8½ dgl. 82	6/92	104,8	105
9 dgl. 82	8/92	107,9	108,1
8¾ dgl. 82	9/92	106,85	106,8
7¾ dgl. 83	12/92	100,85	101,1
7½ dgl. 83	1/93	99,2	99,5
7½ dgl. 83 II	3/93	99,5	99,7
7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	102,45	102,45
8 dgl. 80 S.2	2/85	103,15	103,15G
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	103,4	103,4G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	105,05	105,05
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,4	104,4
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	103,6	103,6
8 dgl. 80 S.7	6/85	103,05	103
7½ dgl. 80 S.8	8/85	102,2	102,2
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	103,85	103,8
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	104,85	104,85
9 dgl. 81 S.11	1/86	104,7	104,7
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	106,75G	106,75
10 dgl. 81 S.13	3/86	107,2	107,15
9½ dgl. 81 S.14	4/86	106,35G	106,35
10 dgl. 81 S.15	4/86	107,5	107,5
10¾ dgl. 81 S.16	6/86	109,1	109,1
11 dgl. 81 S.17	8/86	110,5	110,5
10½ dgl. 81 S.18	10/86	109,65	109,65
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,3	108,36
9½ dgl. 81 S.20	11/86	107,1G	107,1
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	109,3	109,36
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,5G	108,5
9½ dgl. 81 S.23	12/86	107	107
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	107,7	107,7
9½ dgl. 82 S.25	3/87	106,95	106,95
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	106,15bG	106,15
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,3	105,3
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103,8	103,8
9¾ dgl. 82 S.29	7/87	107,35	107,35G
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,6	105,65
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,85	104,88
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	103,15	103,36
8 dgl. 82 S.33	11/87	102,3	102,45
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,6	101,7
7½ dgl. 82 S.35	12/87	100,65	100,7
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	99,7	99,85
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	97,75	97,75

Bundesbahn

		10. 5.	9. 5.
4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,25G	100,25G
10 dgl. 73 II	11/83	102,2	102,2
7½ dgl. 72	2/84	101,2	101,2
8 dgl. 72	9/84	102,25	102,25
8¼ dgl. 76	9/84	102,7	102,9G
6 dgl. 78 III	11/84	100,05	100,05
6½ dgl. 79	2/85	100,4	100,55G
8½ dgl. 73	2/85	103,7	103,7
7 dgl. 77	2/87	99,85	100,1

		10. 5.	9. 5.
F 6 dgl. 77	9/87	96,25	96,35
6 dgl. 78 II	7/88	95,55	95,8
6½ dgl. 77	5/89	96,85G	96,85
8 dgl. 79 I	7/89	103,2	103,25G
6 dgl. 78 I	2/90	93,7	93,65
8 dgl. 80 II	7/90	102,55	102,55
9 dgl. 81	3/91	107,2	107,4
10½ dgl. 81	9/91	116	116,1
10¼ dgl. 81	11/1	114,85	115,05
8 dgl. 80 I	2/92	102,2	102,3
10 dgl. 82	2/92	113,95	113,95
9½ dgl. 82	7/92	110,75	110,75
8 dgl. 82	11/92	102	102,2G
7¾ dgl. 83	1/93	101,25	101,3

Bundespost

		10. 5.	9. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100,25G	100,25G
6 dgl. 63 II	7/83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72 II	12/83	101,55	101,55
6½ dgl. 68	6/88	99,85G	99,85
8 dgl. 72 I	9/87	103,1	103,1
10 dgl. 81	3/89	111,7	111,8
10¼ dgl. 81	6/89	113,1	113,5
8 dgl. 80	3/90	102,85	102,75
7¾ dgl. 80	8/90	102	102,1
8¾ dgl. 80	12/90	106,3	106,3
10½ dgl. 81	10/91	116,2	116,45
9¾ dgl. 82	2/92	112,15	112,35G
8¾ dgl. 82	6/92	106,65	106,9
8½ dgl. 82	10/92	105,05	105,25
7¾ dgl. 83	2/93	101,1	101,46

Länder – Städte

		10. 5.	9. 5.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,75G	100,75G
6¼ dgl. 78	86	97,75	97,75
8¼ dgl. 82	92	102	102G
M 7 Bayern 66	86	100,75	100,75G
6½ dgl. 67	87	101G	101G
6 dgl. 68	85	99	99G
7 dgl. 72	84	101G	101G
7½ dgl. 76	84	101,4	101,4
6 dgl. 78	88	94,85	94,85
8¾ dgl. 80	90	105,25	105G
8¾ dgl. 82	90	105,3	105,3
7½ dgl. 83	93	99,5	99,5G
B 8½ Berlin 70	85	102,75G	102,75G
8 dgl. 72	85	102,75G	102,75G
7½ dgl. 76	84	101,5	101,5G
7 dgl. 77	85	101,5G	101,5G
6½ dgl. 78	88	99,25	99,5G
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25
Br 7¾ Bremen 71	87	101,75G	101,75G
8 dgl. 72	87	102,5G	102,5G
7½ dgl. 83	93	99G	99G
H 8½ Hamburg 70	85	102,8G	102,8
6¼ dgl. 77	92	98,5	98,3
8 dgl. 80	92	101,4	101,25
9¾ dgl. 82	92	111,26	111,26
F 8 Hessen 71	86	101,75	101,9
6¼ dgl. 78	88	95,5	95,5
Hn6 Nieders. 69	84	100,15G	100,15
8½ dgl. 70	85	102	102,2G
7½ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 72	87	102,3G	102,3
7½ dgl. 79	87	100,25	100,5G
7¾ dgl. 82	92	100	100
D 7½ NRW 71	83	101bG	101bG
8 dgl. 75	83	100,35G	100,35G
7½ dgl. 83	93	98,75bG	98,75
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8	99,8G
8 dgl. 71	86	101,25	101,5
F 8½ Saar 70	85	102,25G	102,25G
7 dgl. 72	87	99,5	99,6G
6 dgl. 78	88	96,5	96,75
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,7G	99,7G
6 dgl. 64 II	84	100G	100G
7¼ dgl. 72	87	101G	101G
8½ dgl. 73	85	103,5	103,5
D 7 Essen 72	85	100G	100,85G
D 7½ Köln 71	83	100	100
M 6 München 64	84	100,1G	100,1G
S 6 Stuttgart 63	83	100,15G	100,15G
7½ dgl. 71	86	101,75G	101,75G
7¾ dgl. 72	87	101,75G	101,75G

Bankschuldverschreib.

	10. 5.	9. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86G	86G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100G	100
F 7½ Bakola Pf 104	101,2G	101,2G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	110,5G	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G

Kleiner Poker am Rentenmarkt

An den Rentenmärkten der Montag-Börse verlief das Geschäft schwerfällig und ruhig. Die Anleger pokerten ein wenig mit der Bundesbank, suchten viereinhalb- bis fünfjährige Laufzeiten öffentlicher Anleihen zu unveränderten Kursen, welche die Bundesbank allerdings nur begrenzt akzeptierte. Die Kursänderungen lagen zwischen minus 0,2 und plus 0,05 Prozentpunkten, bei der zehneinviertelprozentigen Postanleihe allerdings bei minus 0,4. DM-Auslandsanleihen gaben bis um einen Viertelprozentpunkt nach. Pfandbriefe konnten sich bei kleinem Geschäft behaupten.

	10. 5.	9. 5.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92	92
6 dgl. Pf 20	81,5G	81,5G
8¾ dgl. Pf. 2	96G	96G
7 dgl. Pf 3	98,25G	98,25bG
7 dgl. Pf 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7 dgl. KS 19	100bG	100bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	81G	81G
6 dgl. KO Pf 50	100bG	100G
6½ dgl. Pf 10	86bG	86bG

	10. 5.	9. 5.
Br 6½ dgl. Pf 77	94,85G	94,85G
6 dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
8½ dgl. Pf 47	104G	104G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 85	71,5G	71,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	82G	82
6 dgl. Pf 130	93T	93T
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 168	101,35	101,35G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116	116
6 dgl. 14	91,75G	91,75G
6 dgl. 47	82	82

	10. 5	9. 5
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99G	99G
7½ dgl. Pf 45	101,25G	101,25G
M 5 Südboden Pf 41	90,5G	90,5G
5¼ dgl. Pf 57	78,75G	78,75bG
6½ dgl. Pf 143	96,75G	96,75G
7 dgl. Pf 87	85,75G	95,75bG
7½ dgl. Pf 104	98,5G	98,5G
7 dgl. KS 49	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 81	101G	101G
8 dgl. KS 133	100,75	100,75
8½ dgl. KS 132	103,5G	103,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	107,25G	107,25G

	10. 5.	9. 5.
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	75,5G	75,5G
5½ dgl. Pf 59	83G	83G
6 dgl. Pf 162	83	83G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brf. 482	105,5G	105,5G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	100bG	100bG
6 dgl. Pf 46	101,5G	101,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
8 dgl. Pf 37	100,05G	100,05G
6½ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	99,1	99,1
6½ dgl. Pf 76	96,7G	96,7G

	10. 5.	9. 5.
6 dgl. KS 77	82G	82G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	108G	108G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 38	84,5G	84,5G
5½ dgl. Pf 43	84,7G	84,7G
6 dgl. Pf 56	80,75G	80,75G
7 dgl. Pf 61	90,15G	90,15G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 70	102,5G	102,5G
9 dgl. Pf 66	103,9G	103,8G

	10. 5.	9. 5.
D 7¾ LAG TS 76	101,6G	101,6G
8 dgl TS 76	103,2G	103,2G
6½ dgl TS 77	97,8G	97,8
5½ dgl 78	93,85	93,85
7 dgl. 79	99,35	99

Industrieanleihen

	10. 5.	9. 5.
F 6 Badenwerk 64	100G	100G
6 dgl. 78	95,75G	95,75
5 BASF 59	98T	98T
5 Bayernw. 59	98G	98G

	10. 5.	9. 5.
3¼ Sanyo Elec. 78	170T	171,25T
3¾ Seiyu Stores 78	95G	95
6¼ Sekisui 76	155G	155G
3½ Stanley 78	99G	99G
6 Taiyo Yuden Co. 82	118T	117,75G
5 Texaco Int. 68	96,3	96,5
3½ Tok. Elec. 78	315T	316,5G
4¾ Tok. Sanyo 77	265G	270G
4 Tokyu Land 79	103,25	104G
3½ Trio Kenw. 78	99,5G	99,5
6½ Uny Ltd. 79	118	118

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Sonderinstitute

Ausländische Aktien

	10. 5.	9. 5.
F Kawasaki Kisen	1,6G	1,6G
F Kawasaki Steel	1,7	1,65
M Kloof Gold Min.	129	127,2
F Komatsu	5,2G	5,2
D KLM	133	138,5
F Kubota	3,56	3,55
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	161,4exD	157
F Lone Star	79	79
D LTV	38,9	37,6
M M.J.M. Hold.	19,8	19,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,3G	3,3G
F United Techn	176	173
F US Steel	80,5	59
M Vaal Reefs Expl.	291	290
D Ver.-Stork	60,9	57,5G
D Volvo A	162G	–
D dgl. Nam B	152T	–
F Warner Common	68	68
F Warner Lambert	81	80bG
F Wells Fargo	89	88,5
M Western Deep L	158,9	157
M Western Mining	10,48	10,2
F West.-Umcht H.	110	110
D Xerox Corp.	116	116

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Schwächer notierten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 5.	6. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	354,50	354,50
Juli	362,50	362,75
Sept.	372,25	372,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	9. 5.	6. 5.
St. Lawrence I CW	237,53	241,16
Amber Durum	245,21	243,11
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	117,00	117,50
Juli	120,20	120,20
Sept.	120,50	125,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	96,60	97,20
Juli	92,80	94,60
Okt.	95,00	–
Hafer Chicago (c/bush)	9. 5.	6. 5.
Mai	158,50	159,00
Juli	162,50	162,75
Sept.	178,00	165,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	314,50	317,25
Juli	315,50	317,25
Sept.	308,00	309,30
Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 5.	6. 5.
Mai	106,20	107,00
Juli	106,30	107,20
Sept.	107,60	108,30
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	9. 5.	6. 5.
Mai	9,95	9,90
Juli	10,23	10,23
Sept.	10,48	10,48
Nov.	10,60	10,68
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	–	19,50
Sept.	19,00	19,00

Genußmittel

	9. 5.	6. 5.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	125,75	126,25
Juli	124,15	125,50
Sept.	122,10	123,20
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1802	1870
Juli	1828	1889
Sept.	1855	1910
Umsatz	5378	1659
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,06	8,82
Sept.	9,34	9,11
Okt.	9,60	9,39
Jan.	10,10	9,89
März	10,45	10,23
Umsatz	14 575	12 350
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8,08	7,78
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	1844–1845	1860–1864
Juli	1612–1615	1652–1654
Sept.	1552–1553	1578–1579
Umsatz	3446	1833
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1244–1247	1274–1278
Juli	1283–1284	1307–1308
Sept.	1289–1290	1313–1314
Umsatz	3280	1417
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	145,10–145,20	141,45–141,50
Okt.	152,10–152,25	148,25–148,60
Dez.	157,40–157,75	153,00–153,25
März	164,00–164,25	160,25–160,60
Mai	168,00–169,00	164,75–165,00
Aug.	–	–
Umsatz	3201	3301

	9. 5.	6. 5.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Mai	116,00	115,50
Juli	113,30	112,50
Sept.	112,00	111,30
Nov.	108,50	110,75
Jan.	103,25	102,55
Umsatz	400	225

Öle, Fette, Tierprodukte

	9. 5.	6. 5.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	27,00	27,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	22,50	22,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,32	19,55
Juli	19,57	19,78
Aug.	19,69	19,90
Sept.	19,83	20,03
Okt.	19,95	20,15
Dez.	20,32	20,52
Jan.	20,50	20,70
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	23,50	23,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	17,50	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	16,25	16,25
Talg		
New York (c/lb) top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,25	13,50
Schweine		
Chicago (c/lb) Juni	50,62	49,20
Juli	51,10	49,80
Aug.	48,12	47,45
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Mai	70,50	69,15
Juli	68,80	67,40
Aug.	65,75	64,60

	9. 5.	6. 5.
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	50,00	49,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Mai	617,25	628,50
Juli	632,50	644,50
Aug.	637,50	649,50
Sept.	643,50	658,00
Nov.	656,00	667,00
Jan.	667,50	679,00
März	680,50	691,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Mai	181,00	184,50
Juli	184,50	187,90
Aug.	185,90	189,40
Sept.	188,00	191,00
Okt.	189,20	192,60
Dez.	194,00	197,00
Jan.	199,80	199,10
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	9. 5.	6. 5.
Mai	287,70	288,70
Juli	289,90	291,00
Okt.	300,50	301,50
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	28,75	28,50
Erdnußöl	10. 5.	9. 5.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	525,00	530,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	400,00	405,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	440,00	452,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	180,50	119,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	655,00	660,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,00	244,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	9. 5.	6. 5.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: Juli	74,15	72,50
Okt.	74,50	73,20
Dez.	74,48	73,31
März	75,50	–
Mai	75,50	74,80
Juli	76,20	–
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	56,75	56,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: Mai	–	430
Aug.	446–449	445–447
Okt.	445–449	444–447
Umsatz	31	67
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge: Mai	43,50	43,50
Juli	43,85	43,85
Okt.	44,30	44,30
Dez.	44,90	44,90
Umsatz	0	0
		Tendenz: ruhig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	9. 5.	6. 5.
Mai	585,0–569,0	586,0–589,0
Juli	586,5–588,0	585,0–587,0
Okt.	577,5–578,0	577,0–578,0
Umsatz	49	70
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager Mai	14 004	13 999
Juni	14 010	14 080
Kautschuk		
London (p/kg) Nr 1 RSS loco	72,75–74,00	72,25–74,00
Juni	73,20–73,50	72,90–73,40
Juli	72,00–73,00	72,80–73,00
Juli/Sept.	72,30–72,40	72,90–73,10
Tendenz: unsicher		

	9. 5.	6. 5.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg) Nr. 1 RSS loco	236,00–237,00	241,00–242,00
Mai	239,00–240,00	241,00–242,00
Juni	242,00–243,00	245,00–246,00
Nr. 2 RSS Mai	232,50–233,50	236,00–237,00
Nr 3 RSS Mai	229,00–230,00	232,50–233,50
Nr 4 RSS Mai	222,50–223,50	226,00–227,00
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)		
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10. 5.	9. 5.
Blei: Basis London laufend. Monat	106,47–106,67	107,86–108,05
drittfolg. Monat	110,69–110,78	111,91–112,06
Zink: Basis London laufend. Monat	182,31–183,07	184,61–184,70
drittfolg. Monat	186,90–187,29	187,21–187,40
Produz.-Preis	183,49	182,90
Reinzinn 99,9%	3615–3651	3633–3669

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 5.	9. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	439,31–441,60	436,43–438,74
Blei in Kabeln	114,25–115,25	115,50–116,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	10. 5.	9. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	357–370	355–367
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–400	397–398
MS 63	404–407	402–405

Zinn-Preis Penang

	9. 5.	6. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	31,34	31,41

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 5.	9. 5.
Leg. 225	311–313	311–313
Leg. 226	314–315	314–315
Leg. 231	345–351	345–351
Leg. 233	356–361	356–361

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 5.	9. 5.
Platin (DM je g)	37,458	36,458
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 900	34 500
Rücknahmepr.	34 100	33 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 820	34 470
Rücknahmepr.	33 780	33 440
verarbeitet	36 540	36 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 640	34 210
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1028,50	1003,50
Rücknahmepr.	992,50	968,40
Verarbeitet	1074,10	1048,00

Internationale Edelmetalle

	10. 5.	9. 5
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	439,25	435,50
15.00	443,75	434,00
Zürich mittags	439,50–440,25	434,75–435,50
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	103 800	103 350
Silber (p/Feinunze) London Kasse	823,20	797,85
3 Monate	843,50	817,40
6 Monate	863,45	836,50
12 Monate	903,75	876,50
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	9. 5. 281,25	6. 5. 277,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	82,70	81,20

	9. 5.	6. 5.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	434,06	431,25
Silber H & H Ankauf	1259,00	1240,00
Platin fr. Händlerpr.	435,00–439,00	435,00–439,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	129,00–131,00	129,00–131,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	1292,00	1279,00
Juni	1295,50	1277,50
Juli	1307,00	1294,00
Sept.	1327,00	1313,00
Dez.	1356,00	1343,00
Jan.	1364,50	1345,90
März	1388,00	1365,90
Umsatz	23 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 5.	6. 5.
Mai	79,80	80,00
Juni	80,15	80,10
Juli	80,90	80,90
Sept.	82,25	82,05
Dez.	84,10	84,00
Jan.	84,40	84,30
März	85,60	85,40
Umsatz	9000	8000

Londoner Metallbörse

	10. 5.	9. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	907,00–908,00	893,00–894,00
3 Monate	934,50–935,00	919,50–920,00
Blei (£/t) Kasse	278,00–278,50	281,50–282,50
3 Monate	289,00–289,25	292,00–292,50
Kupfer higher grade (£/t) mittags Kasse	1134,5–1135,0	1120,5–1121,0
3 Monate	1159,0–1159,5	1146,0–1146,5
abends Kasse	–	1124,0–1125,0
3 Monate	–	1149,0–1149,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1100,0–1101,0	1090,0–1092,0
3 Monate	1127,0–1127,5	1118,0–1119,0
Zink (£/t) Kasse	476,00–478,00	479,00–480,00
3 Monate	488,0–489,0	475,5–476,0
Zinn (£/t) Kasse	8640–8641	8635–8640
3 Monate	8675–8678	8660–8665
Quecksilber ($/fl)	–	290–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser Senior

Otto Hugo Stinnes

am 6. Mai 1983 in seinem 81. Lebensjahr verstarb.
Mit seiner nie ermüdenden Schaffenskraft leitete er bis zu seinem Tode die Geschicke dieses Hauses.
Seine menschliche Wärme und Liebenswürdigkeit werden wir in dankbarer Erinnerung behalten.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
HUGO STINNES

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 17. Mai 1983, um 14.00 Uhr in der Blankeneser Kirche in Hamburg statt. Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen die Flüchtlingsstarthilfe e.V., Hamburg, zu bedenken, Konto-Nr. 21 105 (BLZ 200 203 83), Bankhaus Delbrück & Co., Hamburg.

Unser Partner und Senior

Otto Hugo Stinnes

verstarb am 6. Mai 1983.

Seine unermüdliche Schaffenskraft wird uns Aufgabe und Verpflichtung sein.

GREAT LAKES TRANSCARIBBEAN LINE

Am 6. Mai 1983 starb unser Senior-Gesellschafter

Otto Hugo Stinnes

im 81. Lebensjahr.

Sein Ideenreichtum, seine Dynamik und seine große Erfahrung werden uns auch weiterhin Vorbild sein.

Geschäftsführung und Belegschaft
AVG
Abfall-Verbrennungs-Gesellschaft

Am 6. Mai 1983 verstarb kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres Herr

Otto Hugo Stinnes

Ich beklage den Tod eines Freundes und langjährigen Geschäftspartners, mit dem ich in guten und schlechten Zeiten in enger Verbindung gestanden habe. Seinen Rat, den er mir bis zuletzt gewährt hat, werde ich sehr vermissen.

Guntram Rinke
persönlich haftender Gesellschafter
der
Deutsche Montan-Handelsgesellschaft
Rinke & Co. K.G.
Hamburg – Mannheim

Am 6. Mai 1983 starb

Otto Hugo Stinnes

unser Partner und Senior.

Seine Leistung und Einsatzfreude wird uns allen ein Vorbild sein.

Ozean/Stinnes-Linien

Wir trauern um

Otto Hugo Stinnes

* 7. 4. 1903 † 6. 5. 1983

Wir werden nur schwer auf seinen Rat als Gesellschafter und Beiratsmitglied verzichten können.

Gesellschafter, Beirat,
Geschäftsführung und Mitarbeiter
der
MONTAN BRENNSTOFFHANDEL UND SCHIFFAHRTGESELLSCHAFT MBH & CO. K.G.
München

Wir trauern um unseren Partner und Senior

Otto Hugo Stinnes

7. 4. 1903 6. 5. 1983

Seine Persönlichkeit wird uns stets gegenwärtig sein.

Bateaux Maritime Inc., New York **Protos Shipping Inc., Chicago**

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Für die Erweiterung unseres Verkaufsnetzes suchen wir

Handelsvertreter

in den PLZ 2/4/5/6/7/8/9.

Zielgruppe: Kommunale Verwaltungen, Wasser- und Abwasserverbände, Industrie, Gewerbe.

Vorteilhaft wäre eine Kombination von Vertretungen auf dem Wasser- und Abwassersektor, weil sich diese Bereiche sinnvoll ergänzen.

Informieren Sie sich, auch wenn Sie an einen Wechsel noch nicht denken. Sperrvermerke werden streng beachtet.

AQUA CHEMIE GmbH. – Chem. Fabrik 3501 Ahnatal
Tel. 0 56 09 / 16 00

VERKAUFSORGANISATION GESUCHT!

WIR SIND EINE BEDEUTENDE HOTELKETTE, IM BESITZ VON 6 HOTELS (2-, 3- UND 4-STERNE) MIT FERIENAPARTMENTS, IN MALLORCA, ANDALUSIEN UND MAROKKO.

Seit 1976 haben wir unsere eigene, sehr erfolgreiche (über 2500 abgeschl. Kaufverträge) Vertriebsmethode vom Typ „timesharing" entwickelt.

Wir wollen nun auch auf dem deutschen Markt tätig werden und suchen deshalb für die Akquisitionsarbeit eine

VOLLSTRUKTURIERTE VERKAUFSORGANISATION

mit einem Verkaufsnetz, das den Absatz unserer Produkte durchführen kann. Hohe Provision bei Kauf. Vertriebs-Know-how und kaufm. Unterstützung werden geboten. Farbige Hochglanzbroschüren für die Akquisition stehen bereit.

Schicken Sie Ihr Angebot umgehend an:

HOTEL MAJORICA, DIRECTION DU SERVICE INTERNATIONAL CALLE GARITA 3, LA BONANOVA, PALMA DE MALLORCA (Spanien)

Gebietsvertretung

Für einen neuen, in den USA entwickelten sensationellen Wintersportartikel, der zum ersten Mal in Europa auf den Markt kommt, suchen wir im Bundesgebiet für alle Postleitgebiete

Vertretungen, die in der Sportartikelbranche eingeführt sind.

Kapitalnachweis erforderlich.

SAVA GmbH Im- und Export

Große Bleichen 8 – 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 35 30 41–44, Telex 2 161 757 SAVA

Achtung, einm. Gelegenheit!

Werden Sie Mitbesitzer einer Luxusyacht, Wert DM 700 000,-, durch Erwerb von Anteilen. Gesamt 15 Anteile zu DM 45 000,-. Privatnutzung mögl., bei Charter gute Rendite. Not. Anteileintragung.
Ausk. u. T 0 44 88 / 10 17 - 10 19 v. 8–17 Uhr

WAGEN & ENTDECKEN

Executive Seminar in Südfrankreich
Kommen Sie zu einer Steigerung Ihrer persönlichen Effektivität durch bewußtes Erleben speziell für Sie arrangierter Situationen in kleiner Aktionsgemeinschaft ausgesuchter Führungskräfte.
Ausführliche Informationen durch Dipl.-Kfm. Krinner + Partner, Unternehmensberatung GmbH, Hildeboldstr. 20, 8 München 40.

Die Herausforderung

Werden Sie selbst. Geschäftsstellenträger eines bundesw. eingef. Tauschhandelsunternehmens (Bartering). (Gebietsschutz, überreg. werbl. Unterstützg., PR. etc.)
Unterl. ü. T. 0 40 / 5 81 25 58 od. Zuschr. u. PT 46 453 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Mein Ziel:
abends gemütlich und sorglos meinen Hobbies frönen.
Ich: Geschäftsführer, der sich selbständig machen will.
Ang. unt. Y 6273 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tausch

Renditeobj., 4 Ferienbungal. in Moraira/Costa Blanca, Wert 350 000,- bei 35 000,– bis 40 000,– Miete p. a. gegen Immobilie im Inland.
Angeb. u. E 6587 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dachdeckerkolonne übernimmt Dacharb. spez. Flachdach. Auch Sub. Zuschr. erb. u. R 6530 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neues Autozubehörprogramm, exklusiv in Deutschland. Suchen f. d. Vertrieb i. d. ges. Bundesrepubl. eingef. freie Handelsvertreter. Zuschr. u. PE 46403 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Ihre Adresse: Avenue Louise. Wir biet. Ihnen eine Postanschrift a. d. 1. Adresse Brüssels. Zuschrift. u. E 6389 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kapitän od. Schiffsingenieur i. R. für Geschäftsführung u. Repräsentationszwecke gesucht.
Zuschr. erb. u. PK 46389 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Korrespondiere

f. Firmen od. privat in perfektem Englisch u./o. übersetze schnell u. sehr preiswert. Auf Wunsch Übern. d. ges. engl. Schriftverkehrs.
Zuschr. unt. PR 46413 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wegen Geschäftserweiterung i. Ausland Teilh. f. intern. renomm. Restaurierungswerkstatt, klass. engl. Automobile, ges.
Zuschr. u. PZ 46 418 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Internationales Detektiv- u. Ermittlungsbüro
erfüllt Ihre Spezialaufgaben.
Ermittlungen, Kaufhausdetektive, Beschaffungen, Geheimkontakte und Flugzeugeinsatz.
Geschultes, zuverlässiges Personal (ehem. Fahndungspolizisten) im In- u. Ausland.

AVB Treuhand
Frauenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 40 od. 80 48 od. 80 49
Telex 732 774 avbd.

VERTRIEB USA

Deutscher, seit vielen Jahren im Vertrieb/Management USA, sucht hochqualitative technische Produkte zum exklusiven Vertrieb in den USA.

Zuschriften unter M 6505 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst

Als abschlußsicherer Verkaufsprofi können Sie freiberuflich schnell hohe Provisionen erzielen und sich dabei ein anspruchsvolles Kundenpotential erschließen (keine Privatkundschaft). Noch freie PLG: 22, 23, 24, 27, 29, 30-35, 51, 59, 70-76. – Zuschriften unter Angabe des gewünschten Einsatzgebietes erbeten unter N 6506 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VIDEOKINO

der Weg zu einer sicheren Existenz!

Erforderliches Kapital ca. DM 25 000,-. Keine Vorkenntnisse erforderlich.

Beratung, Planung, Verkauf und Service durch

VIDEOKINO Betreibergesellschaft
Zeppelinstr. 8, 7710 Donaueschingen, Telefon 07 71 / 57 27

Etablierte Schweizer Firmengruppe mit besten Referenzen

sucht aktiven Partner bzw. Partnerfirma

für eine Ihrer Tochtergesellschaften mit Sitz in der Schweiz, die Exklusivverkaufsrechte an patentierten, konkurrenzlosen Produkten der Sanitär-, Hygiene- und Spital-Branche hat.
Ein Produkt mit großem automatischem Verbrauchsmaterialfolgegeschäft.

Der Partner mit 1-2 Mio. Kapital sollte vorzugsweise Verkauf/Marketing orientiert sein. Interessante Möglichkeit für Unternehmer, welche zukunftsorientiert diversivizieren wollen.
Absolute Diskretion. Kontakt unter Chiffre 25-119047
Publicitas, Postfach, CH-6002 Luzern

Verkaufsagentur für Eigentumswohnungen

in Berlin, unter anderem vermietete Wohnungen aus eigenem, gepflegten Bestand gesucht.

LAND + HAUS, Kattfußstraße 31, 1000 Berlin 20
Telefon 0 30 / 3 61 50 71 (werktags)

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?

AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!

Informationen durch:

HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

STELLENANGEBOTE

Raumfahrttechnik

Für unsere Entwicklungsabteilung Raumfahrt suchen wir Diplom-Ingenieure mit in mehrjähriger Berufserfahrung gefestigten theoretischen und praktischen Kenntnissen der Regelungs- und Systemtechnik. Wir erwarten ferner ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein und selbständiger Arbeitsweise.

Diplom-Ingenieur (TH/TU)

Die Aufgabe umfaßt die experimentelle und praxisbezogene Bearbeitung von elektronischen und elektromechanischen Reglern und Systemen. In diesem Zusammenhang sind Berichte in deutscher und englischer Sprache zu erstellen.
Auf den Gebieten der Land-, Luft- und Raumfahrt sowie der Industrietechnik stehen wir an führender Stelle. – Wir bieten eine der Bedeutung der Aufgabe angemessene Vergütung und weitreichende Zusatzleistungen.
Interessierte Damen und Herren bitten wir um Übersendung ihrer Bewerbungsunterlagen.

TELDIX GmbH, Personalabteilung, Grenzhöfer Weg 36,
Postfach 10 56 08, 6900 Heidelberg 1
(Telefon: 0 62 21 / 51 22 15)

TELDIX
BOSCH Gruppe

KLÖCKNER MOELLER

Für eines unserer Werke suchen wir einen

kaufm. Leiter

Die Leitung unserer Werke liegt in den Händen eines Kaufmanns und eines Technikers.

Der kaufm. Leiter muß Erfahrung haben in der Beschaffung von Material; das Personalwesen und die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat gehören zu seinen Aufgaben.

Kenntnisse im Bilanz- und Steuerrecht sind Voraussetzung.

Richten Sie Ihre Bewerbung bitte mit Lichtbild und lückenlosem Lebenslauf an die Geschäftsleitung der

KLÖCKNER-MOELLER
Elektrizitäts-GmbH
Postfach 18 80, 5300 Bonn 1

Heim-, Schreib- und sonstige Nebenverdienste
auch hauptberuflich!
Tel. 06 11 / 43 94 57 von 9–19 Uhr!

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Betriebskapital ab 3000,– erforderlich. Nebenberufl. cher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, 6 Ffm. 11

Fahrer und Halter motorisierter Zweiräder sollten wissen, daß sie für unerlaubte technische Veränderungen an ihrem Zweirad Geld- oder Freiheitsstrafen, Punkte in Flensburg sowie den Versicherungsschutz riskieren. Und das lohnt sich nicht!



STELLENGESUCHE

Dr.-Ing. Elektronik

Ende dreißig, Hochschulabschluß mit „sehr gut", „Magna cum laude", Deutscher, Herüberwechsel westwärts, insgesamt 6 J. Industriepraxis, ortsunabhängig. Besondere Erfahrungen in der Nachrichtenelektronik, HF, Hybride Schaltungen, EMC, komplexe analoge IC's, höchstempfindliche Meßelektronik, Antennentechnik, digitale Bildauswertung, Bilderkennung durch EDV, komplizierte Software. Alle erforderlichen sachlichen Voraussetzungen für eine solide Arbeit liegen vor. Gewünschter Wechsel in diesem Jahr oder 83/84.

Kontaktaufnahme erbeten unter E 6521 an WELT-Verlag Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Mitarbeiterin

Kauffrau, 35 J., ledig, mit erfolgreicher langjähriger Auslandserfahrung in den Bereichen Vertrieb, Rechnungswesen, Personal/Verwaltung, perfekt Französisch in Wort/Schrift, sehr gute Englischkenntnisse, engagiert, einsatz- und leistungsbereit, sucht entwicklungsfähige Funktion als Lebensaufgabe, bevorzugter Basisstandort Südwestdeutschland.
Offerten erb. unter A 6143 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Privatsekretär

Angeb. u. R 6508 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Seriöser Immobilienprofi (Betriebswirt), zuverlässig, an selbständ. Arbeiten gewöhnt, sucht feste Anstellung im Rhein-Main-Gebiet.
Ang. erb. u. X 6514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich (33 J.) bin entschlossen, aus meiner heutigen leitenden Stabsposition eines bedeutenden Einzelhandelsunternehmens/Warenhäuser/Versand in eine verantwortliche

Linienposition

auch in mittlerem od. kleinerem Unternehmen zu wechseln. Werdegang: Abt.-Ltr./Einkäufer, Verk.-Ltr., Ltr. zentr. Absatzförderung. Branche: Non-Food, Schwerpunkt RF/FS, Do-it-yourself, Autozubehör, Sport. Derz. Eink. 85 TDM p. a. Nähere Informationen u. T 6532 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ingenieur (TV München 1979)

30 J., 3 Jahre Berufspraxis in Ing.-Büro (NW) in Planung, Beratung, Konstruktion, Schwerpunkte: Wasserbau, städt. Tiefbau, Wasserwirtschaft, Hydraulik, zus. Kenntnisse in Wasserrecht, Programmierung, sucht neue Tätigkeit.
Angebote erbeten unter D 6520 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Im- u. Exportkaufmann

36 Jahre, mit 10jähr. Tätigkeit in Fernost als Führungskraft bei europäischen Firmen sowie perfekt engl. u. franz. Sprachkenntnisse su. verantwortungsv. Aufgabenbereich im Hamburger Raum.
Ang. erb. u. V 6534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebs-Ing.

43 J., 6 J. Konstruktion von Förderanlagen, Sondermaschinen u. chem. Apparatebau, 12 J. Planung von Sanierung u. Betriebserhaltung von Anlagen im Chemie- u. Pharmabereich, sucht sich im norddt. Bereich zu verändern.
Angeb. erbeten u. U 6533 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist

28 J., verh., Prädikatsexamen, Promotion in Kürze abgeschlossen, Engl.- u. Franz.-Kenntnisse, sucht
Anfangsstellung
in der Wirtschaft
im Großraum Hamburg.
Ang. erb. u. K 6525 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt grad.

31 J., ungekündigt, 7 J. erfolgreich im Außendienst, wünscht sich zu verändern.
Angeb. erb. u. Z 6516 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bau-Ing. (TH)

44 J., seit Jahren in leit. Positionen als NL bzw. GS tätig, umfass. Erf. im Hoch- u. Tiefbau, schlüsself. Bau, Auslandspraxis, gute engl. u. franz. Sprachkenntn., sucht neue Aufgabe zum 1. 7. oder später.
Ang. erb. unt. PL 46 390 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Beauftragter für Personenschutz

28 J., aus dem gehobenen kriminalpolizeil. Dienst Karate- u. Schießausbilder, sucht verantwortungsv. Tätigkeit i. Werkschutz od. Personenschutz i. Inland od. englischsprachigem Ausland.
Zuschriften unter Z 6406 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dr.-Ing. Maschinenbau

verh., Mitte 30, Schweißfaching., Praktiker, kreativ, 5 J. Industriepr. in Konstr., Entw., Vers. u. Proj., Kenntn. in Flurförderzeugen, Fahrzeugtriebwerken, Land- u. Baumasch., hydr. Antr., Tankfahrzeugen, sucht nunmehr ausbaufäh. Position, bevorz. in Konstr./Entw. in Norddeutschland.
Angeb. u. A 6517 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gesellschafterin/Haushälterin

Langj. Erfahrung in der Haushaltsführung, vertraut m. allen vorkommenden Aufgaben, tierlieb u. naturverbunden, sucht passenden Wirkungskreis, such Vertretung. Führerschein vorhanden, gute Referenzen. Freundl. Zuschriften erbeten unter P 6529 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Akad., früher Rittergutsbes., Großwildj., wünscht Vertrauensstellung, Nebenber., auch Agentur.
Angebote erbeten unt. Postfach 7 32 31, 2000 Hamburg 73.

OEM-Vertriebsbeauftragter

38 J., ungekündigt, m. umfangr. Kontakten zu führenden deutsch. Herstellern, möchte sich verändern. Gute Peripheriekenntnisse. Verhandlungsgeschick Deutsch/Englisch.
Zuschr. u. K 6481 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Apotheker

26 J., Examen 81, sucht Tätigkeit in mittlerem oder kleinem pharmazeutischen Unternehmen, die zur Qualifikation als Herstellungsleiter führt.
Ang. u. B 6518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter

Anf. 30, dynamisch u. zielstrebig, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe. Fundierte Kenntn. u. Erfahrungen im Lebensmittelhandel u. Industrie.
Angeb. u. A 6539 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH)

Architekturexamen März '83, Diplomarbeit Note 2,0, ungebunden, flexibel u. belastbar, sucht langfristige Stellung in einem Architektenbüro.
Angeb. erb. u. U 6511 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dtsch.-span. Ehepaar

mit langj. Praxis im Tourismus sucht Stellung an der Küste Spaniens.
Zuschr. erb. u. PH 46387 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Kapitän A 6

43 J., Deutscher, fl. Engl. u. Ital., 25 J. Erf. in weltweiter Linien- u. Massengutfahrt, Wohnsitz Salerno, möchte verantwortungsv. Aufgabe in Italien übernehmen (Industrie-/Handelsvertretung usw.).
Zuschr. erb. u. PS 46452 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

EINKÄUFER

exporterfahrener Praktiker mit guter Auslandspraxis, Gebrauchsgüter-Sektor, sucht neues, adäquates Engagement im außereuropäischen Ausland (engl. Sprachraum).
Zuschr. bitte unter W 6513 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin/Assistentin

Spanisch, Englisch, Französisch, 45 J., langj. Erf. (auch Ausland), selbständig, einsatzfreudig, sucht anspruchsv. Vertrauensstellung.
Ang. u. H 6524 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ingenieur Maschinenbau

42 J., verh., langj. Erf. v. Projektierung, Angebotsausarbeitung, Verkauf u. Auftragsabwicklung auf dem Gebiet d. Brennstoff- u. Schmierölaufbereitung in Schifffahrt- u. Kraftwerkstechnik, sucht neue Aufgaben in verantwortungsv. Position.
Zuschr. erb. u. PO 46392 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Werbefachmann

(42), Erf. in Agentur, Industrie u. Messewesen etc., sucht verantw. Position im nordd. Raum.
Ang. erb. u. S 6509 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Organisation, Planung, Ausbildung oder andere Tätigkeitsbereiche mit spezial. Funktion von
Dipl.-Politologen
Doktorand, 30 J., im Raum Hamburg ges.
Ang. erbeten u. S 6531 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Polizeibeamter

sucht einzig aus persönlichen Gründen neuen Wirkungskreis in der freien Wirtschaft.
Angebote erb. u. PG 46405 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Schiffahrtskaufmann

38 J., auslandserfahren, kontaktfreudig, versiert im Reederei- u. Agenturgeschäft, su. neue verantwortungsv. Tätigkeit in Schiffahrt, Spedition o. Industrie.
Ang. erb. u. W 6535 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Facharzt
langj. Klinik, Praxis, Industrieerfahrung, sucht

Senior Management Position

in Industrie: Kontakt, Repräsentanz, klinische Prüfungen, Workshops
Ang. erb. u. L 5910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

UK/London – Niederlassung/Vertretung

Deutscher, 42, unabhängig, fließend fünfsprachig, welterfahren, zuverlässiges, vielseitiges Organisations- u. Führungstalent mit höchstem Niveau, 20 J. techn. u. kfm. Auslandserf. (einschl. 4 J. Mittelost), auf allen Ebenen verhandlungsgewohnt, leistungsstark,
- Verkauf/Project Management/Bau von Auslandsimmobilien, Investitionsanlagen,
- Marketing/Akquisition/Export-Import von Investitionsgütern (Industrieanlagen), Rohstoffen, Konsumgütern,
- beabsichtigt kurzfristig Etablierung in UK/London vorzugsweise (in UK „zu Hause"), gute Kontakte landesweit, einschl. Schottland,
- wünscht daher kurzfristig Eröffnung/Übernahme einer Niederlassung/Interessenvertretung seriöser, kapitalkräftiger Unternehmen/Personen, u. U. auch auf selbständ. od. Partnerschaftsbasis möglich.

Eilangebote ausschl. von Interessierten persönl. mit konkreter Beschreibung des Tätigkeitsfeldes erbeten unter C 6519 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSLEITUNG EDV

45 Jahre, verh., in ungekündigter Stellung, 20 Jahre EDV-Berufserfahrung, davon 8 Jahre als erfolgreiche Führungskraft mit umfassender Verantwortung für GS, Personal und P+L.

Praxis: Langjährige Erfahrung in Organisation, Systemanalyse und Vertrieb von Groß-EDV bis Mikrocomputer-Systemen, LAN.

Ziel: Niederlassungs- bzw. GS-Leiter im EDV-Vertrieb (bevorzugt Raum NRW).

Zuschriften erbeten unter F 6522 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager – Berater – Vertrauter

seriöse Persönlichkeit mit großer Erfahrung. 60 Jahre, voll aktiv, für alle Aufträge frei.
7570 Baden-Baden, Postfach 13 08

Verkaufsleiter Warenhausgruppe

38 J., dzt. erfolgreiche Tätigkeit als Verkaufsleiter einer mittelständischen Warenhausgruppe (12 Filialen) sucht neue Position mit unternehmerischem Anforderungsprofil per Jänner 84. Sicherheit und Initiative in der Steuerung des Verkaufs, ertragsorientiertes Denken und Geschick in Personalführung gehören zu der bisherigen Entwicklung meiner beruflichen Laufbahn.
Zuschr. u. N 6528 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

USA GESCHÄFTSFÜHRER

einer erfolgreichen deutschen Tochtergesellschaft für technische Produkte, Sitz in Pittsburgh, p. a., Deutscher, 39 Jahre, seit 5 Jahren in den USA, sucht neue, langfristige Aufgabe, vorzugsweise für eine deutsche Firma, die sich neu in den USA etablieren möchte. Auf Wunsch Beteiligung möglich.

Zuschriften erbeten unter G 6523 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Import-Export – Allround-Kaufmann

Hamburger, 43, verh., ungekündigt, seit ca. 15 Jahren nachweislich erfolgreich als Vizepräsident/Prokurist/Hauptabteilungsleiter für weltbekannte Handelsgruppe im In- und Ausland tätig. Englisch verhandlungssicher, Französisch ausbaufähig. Weltweite Verbindungen u. a. West- u. Osteuropa, Afrika und USA. Kerngesund, mobil, belastbarer Hardworker und guter Kontakter, der seine Erfahrungen einem neuen Unternehmen in leitender Position zur Verfügung stellen möchte. Bevorzugt: Hamburger Raum, europ. Ausland, USA.

Zuschr. erb. u. L 6526 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

PERSONALLEITER

Ich bin: Wirtschaftsingenieur, 40 Jahre, erfahrener Praktiker aus Industrie und Handel
Ich habe: umfassende Kenntnisse in den Bereichen Personal- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung, Arbeitsrecht, Personalführung und -organisation, Personalverwaltung
Ich suche: neuen Wirkungskreis als Personalleiter oder leitende Funktion in einem Teilbereich eines Großunternehmens
Angeb. erb. u. T 6510 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industriekaufmann

27 J., höhere Handelsschule, 6 J. Berufserfahrung, vorwiegend verantwortlich für Vertriebsabwicklung in der Maschinenbauindustrie für Nordamerika, davon 3 J. in Nordamerika tätig, sucht ähnliche ausbaufähige Tätigkeit in Vertrieb oder Marketing.
Zuschr. erb. an: X 9126, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1

Junger Geschäftsführer (35, Dipl.-Kfm.) mit Einsatzfreude sucht verantwortungsvolle Aufgabe in HH o. näherer Umgebung.

Durch alleinig. Vertretungsber. in Problembranche (ungk. Stellung) gewöhnt, streng erfolgsorientiert u. unternehm. zu handeln; nachweisb. Umsatzsteig. durch Einsatz v. Profit-Centern u. unkonvent. Verkaufsstrategien; mehrjähr. Erfahr. in Management- u. Personalfragen aus trad. nordd. Großuntern.; nebenb. Tätigkeit in Unternehmensber.
Angeb. erb. unter L 5932 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bilanzbuchhalter

43 J., verh., mittlere Reife, vollausgebildeter Kaufmann, sucht verantwortungsvolle, weitgehend selbständige Aufgabe im norddeutschen Raum.

Zuschr. u. M 6527 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (TH)

Geschäftsleitungsassistent und Exportleiter
34 J., Engl., Franz., z. Z. intern. Vertrieb von Getriebemotoren, in ungek. Stellung, su. interessante neue Aufgabe, reg. unabh.
Zuschr. erb. u. P 6507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Gesamt-Vertriebsleiter

für Investitionsgüter u. techn. Seriengeräte, Ende 40, langj. Erfahrung in Marketing, Vertrieb, Service, einschl. Reorganis. u. Führung entspr. Bereiche (Schwerpunkt: Export), mit modernen Führungs-, Controlling- und Berichtssystemen vertraut, Konzernerfahrung, erfolgreich im Aufbau neuer Produktlinien, Aufspüren profitabler Marktnischen u. Erschließen neuer Absatzwege, initiativ und belastbar, fließend Englisch, sucht entspr. neue Führungsposition in Marketing, Vertrieb oder Geschäftsleitung.

Wunschtermin: 1. 1. 84.

Zuschriften erbeten unter Y 6515 an WELT-Verlag Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

● Betriebsberatung ● Controlling ● ● Standort- und Marktanalyse ●

Erfahrener Praktiker und Analytiker, versiert in allen Fragen der Unternehmensführung, u. a. auch im Aufbau und in der Leitung von ERFA-Gruppen, mit mehrjähriger, bundesweiter Außendiensttätigkeit (für eine EG), sucht neuen Wirkungskreis, der in Flexibilität und Aufgabenstellung seiner Berufserfahrung entspricht. Alter 49 J., verh., ev.

Ang. erb. u. V 6512 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sängerin wollte sie nicht werden: Barbra Streisand

Eine Broadway-Karriere

Sie nannte sich selbst ein „häßliches *Entlein*"; auch Kritiker wußten über ihre Erscheinung wenig Schmeichelhaftes zu schreiben. Worte wie „charmant" oder gar „schön" flossen im Zusammenhang mit ihr keinem aus der Feder. Einer, der sie am Beginn ihrer Karriere 1963 in einem Nachtklub sah, schrieb über sie: „Sie ist die unattraktivste Sängerin, die ich jemals gesehen habe. Hätte sie mich um meine Meinung gebeten, ich hätte ihr sicherlich vom Showbusiness abgeraten. Sie bewegt sich ungeschickt mit eckigen Gesten, sie hat

„Funny Girl" – ZDF, 15.25 Uhr

dürre Beine und ein Gesicht, das im 'Mad'-Magazin gut untergebracht wäre. Ihre Augen scheinen sich dauernd gegenseitig zu beobachten, ihre Nase ist riesig, und ihr großer Mund verzerrt sich beim Singen. Aber", so fährt der Schreiber fort, „ich hätte mir niemals träumen lassen, daß sie eine so große, phantastische Stimme hat."

Ironie eines Schicksals: Sängerin wollte Barbra Streisand gar nicht werden; als sie mit vierzehn Jahren eine Schauspielschule besuchte, sah sie sich bereits in der Nachfolge Eleonore Duses oder Sarah Bernhardts viele umjubelte Tode sterben. Die Mutter stand ihren Plänen mit gemischten Gefühlen gegenüber; sie riet ihr, einen Schreibmaschinenkurs zu besuchen – „für alle Fälle". Aber Barbra *weigerte sich.*

Von ihren Fähigkeiten als Schauspielerin schien außer ihr zunächst keiner etwas zu halten. Als Telefonistin und Platzanweiserin schlug sie sich durch, lebte auf Kosten und vom Wohlwollen einiger Freunde und ließ im übrigen keinen Talentwettbewerb aus – auch jene nicht, bei denen „nur" Sängerinnen gesucht wurden. Vielleicht konnte sie so den Weg zur großen Kunst mit der kleinen Kunst finanzieren.

Es gelang tatsächlich. Ohne jemals Gesangsunterricht gehabt zu haben, gewann sie ein Nachtklub-Engagement, das elf Wochen lang dauerte. In Ermangelung eines Abendkleides trat sie bis zur ersten Gagenzahlung in einem eleganten Nachthemd auf. In diesem Nachtklub *entdeckte sie ein Fernsehproduzent*, und den Rest der Streisand-Erfolgsstory können wir uns hier schenken: Sie verlief nach den altbekannten Showbusiness-Mechanismen.

„Funny Girl", das Musical über den Revue-Star Fanny Brice, die in den zwanziger und dreißiger Jahren ein gefeierter Ziegfeld-Star war, verdankt seinen Erfolg ausschließlich der Hauptdarstellerin Barbra Streisand. Die an sich wenig aufregende Geschichte braucht einen souveränen Star, der das Interesse auf sich konzentrieren kann. Deshalb wurde es während den Versuchsvorstellungen immer stärker auf die Hauptperson zurechtgeschnitten; kurz vor der Broadway-Premiere erhielt „Funny Girl" einen vollkommen neuen zweiten Akt.

„Das gefällt mir gerade an diesem Theater", erzählte Barbra Streisand, „man spielt jeden Abend etwas anderes. Nach der New Yorker Premiere ändert sich nichts mehr, dann sitzt du in deiner Rolle wie in einem Käfig fest, und es wird schnell langweilig."

Die Rolle der Fanny Brice war ihr letzter Käfig am Broadway; danach hat sie sich aufs Filmen verlegt. Als „Funny Girl" stand sie 1968 auch vor der Kamera; der Erfolg war so groß, daß die Produzenten sich bemüßigt fühlten, einen zweiten Teil zu drehen. Aber die Rache folgte auf dem Fuße: „Funny *Lady*", *der 1975 in die* Kinos kam, fiel durch.

„Ich hatte überhaupt keine Vorstellung von dieser Fanny Brice", bekannte Barbra Streisand kurz nach der Broadway-Premiere 1964. „Ich habe mir ganz bewußt keine Bilder von ihr angesehen oder Platten von ihr angehört. Ich wollte keine Kopie von ihr sein. Fanny Brice sollte für mich eine fiktive Person bleiben, bis ich meinen Weg zu ihr gefunden hatte. Und erst Wochen, Monate nach der Premiere habe ich angefangen, die wirkliche Fanny kennenzulernen."

RAINER NOLDEN



Endlich hat Fanny (*Barbra Streisand*) erreicht, was sie wollte: Sie ist ein Star geworden FOTO: URSULA RÖHNERT

KRITIK

Menschen wie du und ich

Der Titel versprach 90 Minuten Spannung und auch ein wenig Information. Denn wie es zuging beim **„Geheimsender 1212" (ZDF)**, wie durch geschickte Mischung von Fakten und Fiktionen propagandistisch und „psychologisch" Krieg geführt werde, das hätte man doch gern einmal gewußt.

Drehbuchautor Hans Burger wollte allerdings keine Agentengeschichte nach Hollywood- oder Hitchcock-Manier, und er wollte wohl den psychologischen Kriegern auch gar nicht wirklich in die Karten gucken. Das hat da auch seine Richtigkeit, wo eine Thriller-Story nicht für die authentische Wiedergabe der Wirklichkeit genommen wird. Doch die fatale Folge ist eben auch, daß statt belehrender Unterhaltung ein eher trockener Volkshochschulkurs herauskommt. Vor allem dann, wenn man die Spielhandlung ständig durch Interviews unterbricht.

Daß immer neue Gefangenenverhöre nichts hergeben, so wenig wie die immerwährende Suche nach Nazis oder auch bloß die Methode, nach der man einer widerspenstigen Köchin ein vorfristiges Abendbrot ablistet, versteht sich von selbst. Auch gute Schauspieler – und die standen Regisseur Rudolf Nussgruber ausnahmslos zur Verfügung – vermögen dann nur wenig.

Die Spannung sinkt schnell auf Null, dorthin wo der Informationswert der Sendung ohnehin lag. Nur soviel weiß man nun: Die Psychostrategen wollten nur das Beste. Und sie waren Menschen wie du und ich – natürlich!

KATHRIN BERGMANN

Ein Wolkenbruch an Propagandawörtern

Fürwahr, dem Leiter der „DDR"-Delegation in der Transit-Kommission, Gerhard Fischer, hätte man als Gesprächspartner ein anderes Kaliber gegönnt als das TV-Greenhorn Wolfgang Klein. Da ergoß sich aus dem Munde des Ost-Funktionärs, der in **„Kontraste" (ARD)** vom Sender Freies Berlin zu Wort kam, ein wolkenbruchartiger Regen von Propagandawörtern, wie „Agenten krimineller Vereinigungen", „Anschläge", „Spionage" und so weiter. Hier hätte es ein listiges und aufmüpfiges Nachfragen geben sollen, ob solche Phantombilder nicht durch die *kafkaeske* Situation auf den Transit-Wegen und durch die Kautschuk-Bestimmung der „DDR" (die keinen Ordnungswidrigkeiten-Katalog kennt) ständig produziert werden.

Doch Klein erwies sich als Musterschüler, der sich durch devotzackiges Benehmen beliebt machen wollte. Wie erklärte er noch in seinem Feature zum kommenden elften Geburtstag des Transit-Abkommens? „Viele, die sich leichtsinnig benehmen, müssen das bereuen." Heißt das: Wer die Tortur einer Vernehmung oder „Belehrung" nicht übersteht und zusammenbricht, dem geschieht das ganz recht, weil er selber schuld daran ist?

Ein Glück nur, daß der SFB dem AAD-Publikum wenigstens einen televisionären Fahrensmann vom Format eines Peter Schultze präsentiert! Als Moderator machte er diskrete aber unüberhörbare Korrekturen: am Transit-Halleluja eines Wolfgang Klein ebenso wie an Peter Bauers oberflächlichen Bericht über die Moskau-Reise Erich Honeckers.

GISELHER SCHMIDT



Mittwoch



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Wer raucht die Letzte?
11.30 Mosaik
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Lieder & Leute
Präsentiert von Bill Ramsey
17.00 Der große Märchenfilm: Prinz und Abendstern (2)
Regie: Vaclav Vorlicek
17.25 Das Grubenpferd Nelly
Bildergeschichte von Walter Kämper, Margret und Rolf Rettich über eine Rettungsaktion
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 Fußball-Europapokal
Endspiel der Pokalsieger
Real Madrid – FC Aberdeen
Live-Übertragung aus Göteborg
Sprecher: Fritz Klein
22.00 Bilder aus der Wissenschaft
U. a. vorgesehen: Smog – Ursachen und Wirkungen / „Top-Quark" – auf der Suche nach den letzten Bausteinen, zum Verständnis dessen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Ein Bericht über ein Gebiet der Elementarteilchen-Physik, auf dem die Bundesrepublik Deutschland führend ist.
Moderation: Alexander von Cube
22.30 Tagesthemen
23.00 Geheimnis hinter der Tür
Amerik. Spielfilm, 1948
Regie: Fritz Lang
Während eines Urlaubs in Mexiko verliebt sich die junge Amerikanerin Celia Barrett in Mark Lamphere. Die beiden heiraten überstürzt; nach der Hochzeit sieht Celia sich mit unheimlichen Dingen konfrontiert. Ihr Mann sammelt Einrichtungsgegenstände von Zimmern, in denen schreckliche Verbrechen passiert sind.
00.15 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Die Drachenflieger
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschließend: Das geht Sie an: Heizkosten – richtig abgerechnet
17.53 Rauchende Colts
Kittys Traum vom Glück, Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Kittys Traum vom Glück, Teil 2
19.00 heute
19.30 Direkt
20.15 Bilanz
Thema: „Energie im Überfluß" – Wie lange noch? – 1. Nutzen wir die Überfluß-Phase, um unsere Unabhängigkeit voranzubringen? / 2. Warum haben wir keine zukunftsorientierte Energiepolitik? / 3. Was wird aus dem Überfluß an Kohle, Öl und Erdgas? Zu diesem Thema äußern sich in einer Gesprächsrunde Spitzenvertreter der deutschen Energiewirtschaft
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.28 Der Denver-Clan
Las Vegas und zurück
22.10 Rekonstruktionen:
Das Papst-Attentat
Die Tat – der Täter – die Hintergründe
Dokumentation von Ruprecht Eser und Wolf von Holleben
23.10 Das kleine Fernsehspiel
Die letzten Tage des Martin Kassner
00.05 heute



Erst nach der Hochzeit merkt Celia (Joan Bennett), welch eine geheimnisvolle Vergangenheit Mark (Michael Redgrave) hat – „Geheimnis hinter der Tür", ARD, 23.00 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (3)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.10 Mittwochs in Neuss
21.45 Auslandsreporter
22.15 Die Indianer sind noch fern
Schweiz-franz. Spielfilm 1976/77
Original mit Untertiteln
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
9.55 Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Rainer Barschel
18.00 Sesamstraße
18.30 Unter Seeottern und Seebären
19.15 Tote Bucht
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
21.00 Landespolitik aus Schleswig-Holstein
Ein Dialog zwischen Politikern und Vertretern der Wirtschaft
22.05 Der Film-Club
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter . . .
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Antiquitäten in Serie
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.10 Politik live
21.25 Drei aktuell
21.40 Autoreport
21.45 Bücher sind Taten von morgen
Erinnerungen an die Bücherverbrennung durch das NS-Regime
22.45 Halbzeit

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Volkswirtschaftslehre (3)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rockpalast
Mit „The GoGo's"
20.15 Liebe am Nachmittag
Soap Operas im amerikanischen Fernsehen
21.00 Das süße Leben
Ital.-franz. Spielfilm, 1959
Regie: Federico Fellini

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 „Mich nimmt ja doch keiner mehr . . ."
„Situation: Arbeitsplatz"
19.45 Poldark (4)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Szenario zum Film „Passion"
22.40 Dallas
Jocks Romanze
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week



Donnerstag



ARD

10.00 Liebe – Fundament der Zukunft
Evangelischer Festgottesdienst aus dem Johannesstift zu Berlin-Spandau
11.00 Griechenland zu Fuß
Rucksack-Tourismus
11.45 Tänzer vom Broadway
Amerik. Spielfilm, 1949
Mit Fred Astaire, Ginger Rogers u. a.
Regie: Charles Walter
13.30 Weiße Taube – Schwarzer Milan
Vom großen Durst in Andalusiens Nationalpark
14.15 Lebendige Wildnis
2. Im Norden Australiens
15.00 Internationale Tennismeisterschaften von Deutschland
Sprecher: Heribert Faßbender und Volker Kottkamp
Übertragung von der Tennisanlage in Hamburg-Rothenbaum
17.05 Die Angst vor dem Sonntag
Ein Rugby-Club in England
Film von Barry Cockcroft
17.50 Die Landschaft und ihre Kinder
Porträt des Malers und Musikers Walter Spies
Von Hans Hulscher
18.45 Nie bist Du da
Fernsehfilm aus der „DDR"
Mit Renate Geissler und Dietmar Richter-Reinick u. a.
Regie: Peter Deutsch
20.00 Tagesschau
20.15 Heinrich Harrer berichtet
Wiedersehen mit Tibet (1)
21.00 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
Drei neue Folgen aus dem Guinness-Buch der Rekorde
21.30 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner von Henry Slesar
22.30 Tagesthemen
23.00 Matto regiert
Fernsehspiel von Helmut Pigge nach dem gleichnamigen Roman von Friedrich Glauser
Mit Hans Heinz Moser u. a.
Regie: Wolfgang Panzer
00.45 Tagesschau

ZDF

10.05 Der Millionär
Dt. Spielfilm, 1945
11.25 Elias
Oratorium von Mendelssohn-Bartholdy
13.00 heute
13.05 ZDF regional
Auf der Walz
Reportage über wandernde Handwerksburschen
13.35 Die kleinen Strolche
13.55 Das Amazonas-Dschungelbuch
Bericht von Peter Baumann
14.45 Schenk mir ein Buch
15.20 heute
15.25 Des Broadways liebstes Kind
Funny Girl
Mir Barbra Streisand, Omar Sharif u. a.
Regie: William Wyler
17.45 Der Bürgermeister
Geheimdiplomatie
18.10 Die Zeiten ändern sich
5. Ist das Ihr Sohn?
19.00 heute
19.15 Der Berg
Bilder und Texte zu Christi Himmelfahrt
19.30 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
21.00 heute
21.05 Kennzeichen D
Themen: 1. Der schnelle Griff zur Dienstpistole: Über den Schußwaffengebrauch bei der Polizei / 2. Was „DDR"-Bürger nach der Bonner Regierungserklärung erhoffen: Eine Umfrage in Ost-Berlin / 3. Von Kaiser Wilhelm zu Kanzler Kohl: Der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, Josef Felder (83), zieht eine Bilanz seines politischen Lebens / 4. Nach dem Treffen Andropow/Honecker: Die Sowjetunion und ihr wichtigster Partner „DDR"
Moderation: Ernst Elitz
21.50 Das kleine Fernsehspiel
Leitmotiv
23.15 Zeugen des Jahrhunderts
Hans Jonas im Gespräch mit Ingo Hermann
Über das Prinzip Verantwortung
Um das „Prinzip Verantwortung" geht es in der neuen Folge der Sendereihe „Zeugen des Jahrhunderts". Der Philosoph Hans Jonas, der am 10. Februar 80 Jahre alt wurde, schildert im Gespräch seine Erkenntnisse und Erfahrungen.
00.15 heute



Szenen einer Ehe in der „DDR": Renate Geissler und Dietmar Richter-Reinick in „Nie bist du da", ARD, 18.45 Uhr. FOTO: KOVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (18)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Spur des Fremden
Amerik. Spielfilm, 1946
Mit Orson Welles, Loretta Young u. a.
Regie: Orson Welles
21.45 Schauplatz
Schiffshebewerk Henrichenburg
Film von Dietrich Schubert
22.15 Nachtschalter
Zum „Tag des Buches" am 10. Mai 1983:
Die Buchmaschine
Film in sechs Kapiteln von Heinrich Breloer
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche (5)
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
„Auf zu neuen Ufern" und „Der große Himriß"
Diskussion über zwei Bücher
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 In der Reihe
Die großen und die kleinen Fluchten (18)
Die Taxifahrerin
Franz. Spielfilm, 1980
Mit Christine Boisson u. a.
Regie: Jacques Bral
22.00 Bücherjournal
22.45 Jazz Fest Berlin 1982
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Deutschlands Wilder Westen 1805
Dritter Teil der geschichtlichen Sendereihe
19.15 Teletechnikum
Berichte aus Naturwissenschaft, Technik und Umwelt
20.00 Tagesschau
20.15 Humoreske
US-Spielfilm, 1947
Regie: Jean Negulesco
21.55 Kulturkalender
22.25 Anwalt der Verfolgten
Graham Greene im Spiegel seiner Filme
23.05 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (18)
19.00 Shakespeare:
Heinrich IV 2. Teil
In Originalsprache
21.50 Notenschlüssel
Nur für Baden-Württemberg
22.35 Didimo-Träume auf Reisen
Nur für Rheinland-Pfalz
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland
22.35 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Mein Sohn, der Herr Minister
Komödie von André Birabeau
20.20 Klettern extrem:
Im Sand der Sahara
20.45 Rundschau
21.00 Pimpinone
oder Die ungleiche Heyrath
Lustiges Zwischenspiel in drei Teilen
22.05 Heut' abend . . .
Zu Gast: Liselotte Pulver
22.50 Rundschau



Schlimm für die Theorie

mar – „Killer- oder Kriegsspielautomaten" heißt ein neues Schreckenswort. Diese Apparate, die in Supermärkten, Kinofoyers, Bahnhöfen oder Spielhallen stehen, fördern angeblich die Aggressivität und wirken damit verrohend. Außerdem würden sie so viel Geld schlucken, daß unterprivilegierte, isolierte, vereinsamte *Jugendliche, die schließlich* „automatensüchtig" würden, es sich nur auf kriminelle Weise beschaffen könnten. Schuld an alledem ist natürlich „die Gesellschaft". Soweit die graue Theorie.

Die Wissenschaftler des Instituts für Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum unter Leitung von Professor Joachim H. Knoll mochten sich allerdings damit nicht zufriedengeben. Sie erarbeiteten (für die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften) eine Studie über „Automatenspiel und Freizeitverhalten Jugendlicher". Dabei kamen sie zu erstaunlichen Ergebnissen:

- Die Jugendlichen, die sich an den Automaten vergnügen, entsprechen einem normalen Bevölkerungsquerschnitt, sowohl was die Schichtzugehörigkeit als auch die Bildung betrifft. Damit war das Vorurteil vom unterprivilegierten, sozial benachteiligten Automatenfan geplatzt.
- Die Jugendlichen wenden sich diesen Spielautomaten auch nicht in verbiesterter, trotziger Einsamkeit zu, sondern meist gemeinsam mit Freunden. Dabei fesseln sie nicht die künstlichen Katastrophen auf dem Bildschirm, sondern der Geschicklichkeitswettbewerb in der Gruppe und die Gaudi am Spiel. Damit war auch das zweite Vorurteil vom einsamen, isolierten Automatensüchtigen hinfällig.
- Die Jugendlichen sind schließlich nicht auf die Automaten fixiert. Das ist für sie nur eine Freizeitbeschäftigung neben dem Sport, dem Zusammensein mit Freunden und verschiedenen Hobbys. Außerdem verfügen die Jugendlichen über so viel Taschengeld, daß diese Spiele ihr Budget nicht stärker als andere Freizeitaktivitäten belasten. Damit war auch mit dem dritten Vorurteil, der Fixierung auf das Spiel bis zur Kriminalität, nichts mehr anzufangen.

Wird jetzt also das Lamento über die „Killer- und Kriegsspielautomaten" verstummen? Gewiß nicht! Denn alle Ideologen halten es da mit Hegel, der, als seine Theorie mit der Wirklichkeit kollidierte, gesagt haben soll: „Um so schlimmer für die Wirklichkeit!"

Tagung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

Wissenschaft muß die Praxis kennen

Gilt das Postulat der Aufklärung „Wissen ist Macht" noch? Steht sich inzwischen nicht „die wachsende Rationalität gleichsam selbst im Wege"? Nach Ansicht von Professor Erich Geißler (Universität Bonn) befinden wir uns am Ende der „Neuzeit", an einem Punkt, an dem ein großer Teil der Bürger – speziell der Jugend – in „Zustände eines angstbesetzten Animismus" zurückfällt, die Welt zum Anfassen sucht, in der man sich endlich einmal bei einer Sache ganz sicher sein kann.

Auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Darmstadt ergänzte Geißler diese Erkenntnis durch eine zweite: der Pluralismus, im 19. Jahrhundert noch als entscheidender Schritt zur Erreichung der individuellen Freiheiten gefeiert, beginne in seinen Auswirkungen umzuschlagen „und damit zur Belastung zu werden: Wenn nichts wahr ist, sagt Nietzsche, ist alles erlaubt. Man kann auch sagen: Wenn alles gleich gültig ist, wird alles gleichgültig". Der Pluralismus dringe heute in Nietzsches Vision des Nihilismus. Denn „das Ich findet die Identität nicht, die es sucht".

Die Krise der Gegenwart sei also weniger eine technologische, als die sie vordergründig ausgegeben werde, sondern vielmehr eine „Kulturkrise, die dann auch nur innerhalb der Kultur und der ihr zugeordneten Humanwissenschaften gelöst werden" könne. Geißler nannte es ein „naives" Denkmuster, „der Technik vorzuwerfen, was die entwickelte Genußmentalität des Menschen von der Technik einklagt".

Den Ausweg sieht Geißler, selbst Erziehungswissenschaftler, nur in der Erziehung: Erst wenn an die Stelle der seit den 60er Jahren in der Erziehung allseits propagierten „grellen Formel von der Selbstbestimmung wieder das Bewußtsein der Sozialpflichtigkeit der Person" gerückt werde, könne auch die Reduktion der Ansprüche gelingen. Ohne diese Umkehr werde die „irrationale Expansion immer weitergetrieben".

Die Erziehung hatte auch Hans L. Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, bereits am Vortag in das Blickfeld der in Darmstadt versammelten Rektoren und Präsidenten der Universitäten der Bundesrepublik Deutschland gerückt. Er zitierte Karl Jaspers: „Man weiß, daß Erziehung das kommende Menschsein bestimmt, Verfall der Erziehung wäre der Verfall des Menschen." Die Vermittlung von Wissen allein, betonte Merkle, wäre also der Hochschule weder gemäß noch würdig. „So unverzichtbar ein Grundbestand an Wissen ist, so bleibt doch die Vermittlung der Methoden für das Gewinnen von Wissen die notwendige Aufgabe jeder Bildungsstätte." Die „Einübung des Denkens" müsse das „Bildungsangebot und Bildungsziel" sein.

Noch prägnanter formulierte Professor Gerhard Pahl, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, seine Forderungen an die Universitäten angesichts der zunehmenden Tendenz, den „technischen Fortschritt selbstverständlich zu nutzen, an seinen Begleiterscheinungen aber Technikfeindlichkeit als eine Form besonderen geistigen Fortschritts zu entwickeln". Denn, so Pahl, „eine Gesellschaft, die in Negativkonzepten denkt und so an Flexibilität für das Leben verliert, darf sich nicht wundern, wenn dann auch Originalität in Forschung und Entwicklung verlorengehen, weil die Forscher nicht mehr stimuliert werden, ihrerseits Neues zu suchen und Wagnisse im Betreten von Neuland einzugehen".

Die Hochschulen dienten im Zeichen des technologischen und ökologischen Wandels der Gesellschaft am besten, wenn sie sich nur der „jeweils erkennbaren Wahrheit verpflichtet" fühlten. Ihrem Privileg der Unabhängigkeit hätten sie durch Qualität zu entsprechen, durch die „Vermittlung eines Höchstmaßes von Erkenntnissen, Objektivität und Aktualität. Mehr Aufgaben haben sie nicht, aber diese zu erfüllen ist schwer genug". Die Universitäten seien der „Hort der erkennbaren Wahrheit". Aber sie seien weder eine „Schule im Sinne der reinen Berufsausbildung" noch die „verlängerte Werkbank" für industrielle Produktentwicklung. Und sie seien schon gar nicht ein „Experimentierfeld für Basisdemokratie und politische Sonderformen".

Die Organisation einer Hoch*schule habe sich an den Aufgaben* der Lehre und nicht an der Forschung zu orientieren. Und Qualität in der Lehre bedeutet zum einen beispielsweise die Reduzierung des Spezialwissens auf allgemeingültige Erkenntnisse. Sie fordere zum anderen aber stärker, als dies bisher berücksichtigt werde, den Praxisbezug: „Es ist zu fragen", so Pahl, „warum zum Beispiel juristische, pädagogische, betriebswirtschaftliche, soziologische, politologische Fachgebiete besetzt werden, ohne daß der Berufene beispielsweise ein Richteramt, eine Schulpraxis, eine betriebliche Tätigkeit, eine aktive politische Rolle jemals ausgeübt hat." Würde hier konsequenter vorgegangen, dann fänden Studenten Lehrer vor, „die Realitäten mit Erkenntnissen harmonieren könnten".

Auch Professor Karl W. Deutsch vom Center for International Affairs der Harvard University in USA stellte die Bemühungen um *die Einheit des menschlichen* Denkens in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Auch ihm geht es darum, der „Tendenz zur Desintegration des Wissens" entgegenzusteuern. Denn je größer die von den Menschen und ihrer Technologie in Bewegung gesetzten Kräfte seien, desto mehr „überschreiten die Folgen die Grenzen einzelner Fachgebiete". Die zunehmende technologische Macht des Menschen stelle allen die Frage nach dem „Wesen der Humanität", die Frage danach, was „menschlich" bedeute. Denn man könnte jeden Leistungsgewinn, den Wissenschaft und Technologie erlaubten, an der Frage messen, ob er den Menschen erlaube, menschlicher zu leben als bisher. Die Menschheit habe in den nächsten 50 Jahren „die furchtbarsten Engpässe ihrer gesamten Geschichte seit der Eiszeit zu durchschreiten". Das Bild, das sich schon heute abzeichne, zeige einen Menschen, „der – wenn er diese Gefahren von Großkriegen, Überbevölkerungs- und Hungersnöten überlebt – vielleicht an der Schwelle ungeahnter Kräfte, einschließlich der Siedlung im Weltraum, stehen" könnte.

PETER PHILIPPS



Die fröhlichen Bilder der Jungen aus dem Mittleren Westen: „Action painting" von Mark Tansey, aus der Whitney-Biennale in New York FOTO: LARRY BERCOW

Postmoderne Malerei im Whitney-Museum: Amerikanische Kunst-Biennale

Ein Damoklesschwert über dem Bett

Daß die gegenwärtige Biennale amerikanischer Künstler im New Yorker Whitney Museum geglückt ist, kam ganz allgemein als Überraschung. Denn die amerikanische Kunst schien, vor allem unter dem Ansturm der deutschen und der italienischen Maler, in letzter Zeit viel von ihrer Vitalität eingebüßt zu haben.

Wer das glaubte, der hatte die Rechnung ohne die Jungen gemacht: diese Biennale, obwohl sie Werke von Künstlern aller Altersstufen umfaßt, ist hauptsächlich eine Biennale der noch nicht – oder gerade – 30jährigen. Sie kommen oft aus jenen abgelegenen Orten des Kontinents, die uns nicht selten an Western-Filme erinnern: aus Fargo, North Dakota, aus Goodyear, Arizona oder Gallipolis, Ohio. Sie malen, filmen, bildhauern und fotografieren mit einer unbekümmerten Freude, als hätte es die strenge Askese der Minimalkunst nie gegeben.

Ganz ähnlich wie die „postmodernen Architekten", die sich eklektisch vieler Stilelemente der Vergangenheit bedienen, so borgen auch die jungen Maler viel von der Vergangenheit. Sujets, die seit langem aus dem Vokabular der *Malerei verschwunden waren,* tauchen nun, mit der Renaissance des Figurativen, wieder auf: Monstren und magische Tricks, Fabelwesen, wilde Tiere und Comic-Strip-Figuren in knalligen, aggressiven, oft fast über-dekorativ wirkenden Farben. Eine Portion Humor ist oft dabei – wie z. B. bei Melissa Millers tanzenden Affen, die von einer Gruppe verblüffter Tiger belauert werden.

In vieler Hinsicht ist diese Biennale eine Ausstellung der Frauen, die hier den Männern gelegentlich die Show zu stehlen scheinen. Das wird gleich deutlich, wenn der Besucher im 4. Stock den Fahrstuhl verläßt und sich unmittelbar mit einem wandfüllenden abstrakten Bild von Joan Mitchell, bestehend aus vier riesigen Paneelen, konfrontiert sieht. Davor stehen neue Plastiken von Nancy Graves, ein wenig zu süßlich-pastellfarben geraten, doch gewiß erotisch in ihren Fleischtönen und kokett aneinandergereihten Fächern. Meisterhaft in ihrer Mischung von Wildheit und fast artigen Disziplin die bunten Installationen der Judy Rifka und – Bestätigung bereits verdienten Ruhms – die beiden Bilder der Susan Rothenberg, die im vorigen Jahr als einzige Frau die Berliner Zeitgeist-Exklusivität der Männer sprengen konnte.

Eine Video-Installation ist sonst eine ziemlich sichere Waffe, um das Publikum in die Flucht zu schlagen. Nicht so bei Mary Luciers „Ohio and Giverny". Sie verbindet sinnlich-bunte Aufnahmen von Monets Haus und Garten mit solchen aus Ohio. Er ist eine kuriose Verknüpfung von Orten und Stimmungen, die dank des *verfremdeten Sounds – Zugpfiffen,* Vogelstimmen, etc. – total harmonisch wirkt.

Eher Bedrohliches kündigt sich in den Arbeiten von Eric Fischl an: Fischls Szenen von lustlos gruppierten Menschen in Booten, Bars und Betten scheinen immer ein Damoklesschwert über sich schweben zu haben. Das Unheil, so spürt der Betrachter, liegt buchstäblich in der Luft. Anders bei Mark Tansey, dessen makabre Wirkung oft darin besteht, daß das Unheil im Nachhinein gezeigt wird, wenn es eigentlich schon vorüber ist.

Zwischen den Jungen, Unbekannten gruppieren sich die ebenfalls jungen, bereits arrivierten Künstler wie David Salle und Julian Schnabel, Jonathan Borofsky und Jean-Michel Basquiat – der letztere, ähnlich wie Keith Haring, aus der Graffiti-Subway-Subkultur aufgestiegen. Dazwischen gesprenkelt – als Maßstab und historische Dimension, an der es sich zu orientieren oder zu messen gilt – sind ein paar Altmeister der amerikanischen Kunst: Frank Stella, Jasper Johns, Nam June Paik, Louise Bourgeois.

In ihrer Besprechung der Ausstellung schreibt die Kunstkritikerin Kay Larson für „New York Magazine": „Hier ist unsere Chance, uns einmal selbst – ohne die störende Präsenz der Europäer – kritisch zu bewerten." Stimmt nicht, Miss Larson. Die Geister der Europäer schauen hier im Whitney Museum hinter jeder Trennwand hervor: ihrer Schubkraft und ihrer künstlerischen Initiative ist es zu einem gewissen Grade zu verdanken, daß wir hier eine gute *amerikanische Biennale sehen dürfen.* Denn wären Penck, Baselitz, Kiefer, wären Chia, Cucchi und Clemente nie in New York gewesen, wäre gewiß so manches phantasievolle Bild in dieser Biennale nicht gemalt worden. Kunst ist, Gott sei Dank, nie aus totaler Isolation entstanden, sondern ist Kommunikation. Und dazu noch eine fröhliche, wie diese Whitney Biennale zeigt (bis 22. Mai; Katalog: 6,50 Dollar).

VERA GRAAF

JOURNAL

Symposium des deutschen Auslands-PEN

He. **London**

Das PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland hat bei einem zweitägigen Symposium zum Thema „Deutschsprachiges Schrifttum im Ausland 1934–83" im Londoner Goethe-Institut des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung gedacht. Diese Organisation von 88 deutsch schreibenden Schriftstellern, die in zwölf Ländern leben, ist aus dem deutschen PEN-Zentrum im Exil hervorgegangen, das sich Ende 1933 in London konstituierte. Dementsprechend referierte Präsident H. G. Adler über England als Zufluchtsland deutscher Schriftsteller.

Aus der „DDR" über Tokio in die Bundesrepublik

AFP, **Tokio**

Ein Mitglied der Deutschen Staatsoper in Ost-Berlin hat eine Gastspielreise in Japan dazu ausgenutzt, in die Bundesrepublik Deutschland zu wechseln. Die 36jährige Sopranistin Nannita Peschke traf am Dienstag in Frankfurt ein. Die Berliner Staatsoper war mit einem 35 Künstler umfassenden Ensemble und der Staatskapelle am Sonnabend zu einer Japan-Tournee nach Tokio geflogen.

Lorin Maazel springt in Salzburg für Karajan ein

dpa, **Salzburg**

Lorin Maazel wird an Stelle von Herbert von Karajan die drei Pfingstkonzerte in Salzburg dirigieren. Karajan, der sich einer Wirbelsäulen-Operation unterziehen muß, hat Maazel gebeten, für ihn einzuspringen. Auf dem Programm stehen Sinfonien von Beethoven und Bruckner.

Juan Carlos eröffnete Ortega-Ausstellung

dpa, **Madrid**

Spanien ehrt das Andenken des Philosophen José Ortega y Gasset zu seinem 100. Geburtstag in Madrid mit der Ausstellung „Ortega y Gasset und seine Zeit". Sie wurde am Montag von König Juan Carlos I. eröffnet. Im Rahmen dieser Feier übergab Regierungschef Gonzalez am Nachmittag die Stiftung „Ortega y Gasset" der Bestimmung. In ihr sollen das Archiv und die Bibliothek des Pilosophen aufbewahrt werden.

Münchner Festspiele streichen zwei Opern

AP, **München**

Zwei Festspiel-Inszenierungen bei den Münchner Opernfestspielen 1983 sind von der Direktion des Bayerischen Nationaltheaters abgesagt worden. Es handelt sich um die beiden Barockopern „Dido und Äneas" von Henry Purcell und „Il Combattimento di Tancredi" von Claudio Monteverdi. Für die spektakuläre Absage der beiden Inszenierungen, die zwischen dem 15. und dem 19. Juli fünfmal gegeben werden sollten, wird keine Begründung gegeben. Das britische „Youth-Orchester" sollte gastieren, und der Tölzer Knabenchor sollte singen.

Kai Winding gestorben

AP, **Irvington/New York**

Der Jazzposaunist Kai Winding ist im Alter von 60 Jahren in New York gestorben. Der gebürtige Däne war im Alter von zwölf Jahren in die USA gekommen. Er gehörte zu den Orchestern von Shorty Allen, Bobby Day, Sonny Dunham und Alvino Rey und spielte mit Stan Kenton, Benny Goomn, Charlie Parker, Miles Davis. Zusammen mit seinem Posaunistenkollegen Jay Jay Johnson leitete Winding ein Quintett.

Jens sieht Toleranz nur bei den Grünen

AP, **Berlin**

Vor „gnadenlosem Freund-Feind-Denken" warnte Walter Jens bei der Tagung des PEN-Zentrums in Berlin. Und zugleich malte er die Gefahr einer „konservativen Revolution", die in der Union „fröhliche Urständ" feiere, an die Wand. „Ein Höchstmaß an Toleranz" vermag der Tübinger Rhetorikprofessor nur bei den Grünen zu entdecken. Zuvor war mit Mehrheit ein „Berliner Appell" verabschiedet worden, der sich gegen „jede Einschränkung bürgerlicher Freiheiten" und „zunehmende nationalistische und reaktionäre Tendenzen" wendet.

Alfred Hentzen 80

Hamburgs heimlicher Kunstpapst

Am morgigen Himmelfahrtstag wird Prof. Alfred Hentzen, der Direktor der Hamburger Kunsthalle von 1955 bis 1969, achtzig Jahre alt. Als Nachfolger von Alfred Lichtwark, Gustav Pauli und Carl Georg Heise hat Hentzen eine Museumspolitik weltoffener Ausgewogenheit zwischen Tradition und Moderne betrieben. Seinen kunsthistorischen Kenntnissen, internationalen Beziehungen und Freundschaften mit maßgeblichen Künstlern und Sammlern hat die Hansestadt viel zu verdanken.

Hentzen stammt aus dem Ruhrgebiet, studierte Kunstgeschichte, Literaturwissenschaft und Archäologie und promovierte 1926 bei Wilhelm Pinder mit einer Dissertation über Magdeburger Barockarchitektur. Ein Jahr später wurde er Assistent von Ludwig Justi, dem Direktor der Nationalgalerie in Berlin. Als Kustos der modernen Abteilung im Kronprinzenpalais

Mit barockem Elan: Alfred Hentzen FOTO: DPA

setzte sich Hentzen 1937 für die sogenannten „entarteten" Künstler ein.

Nach dem Kriege baute Hentzen die Kestner-Gesellschaft in Hannover wieder auf, als deren Leiter er von 1948 bis 1955 die Meister der Moderne in großen Retrospektiven einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte. Krönung seiner Laufbahn war die Berufung zum Kunsthallendirektor nach Hamburg. Unter Hentzens Ägide erwarb das Museum wichtige Werke der französischen und italienischen Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts, vor allem aber bedeutende *Bilder und Plastiken der klassischen* Moderne. Daneben fand Hentzen noch Zeit, Bücher zu schreiben über Werner Gilles und Rolf Nesch z. B., zwei Künstler, die ihm auch menschlich nahestanden.

HANNS THEODOR FLEMMING

Wien erinnert an den Architekten H. von Ferstel

500 Pläne gezeichnet

Die Veränderung des Stadtbildes von Wien im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts war so einschneidend, daß man beinahe von einem Mutationssprung sprechen kann. Die noch mittelalterlich umgürtete Stadt, deren breite Mauerkrone den Bürgern als Promenade diente, sprengte ihr Mieder, nachdem Kaiser Franz Josef 1857 endlich den seiner konservativen Denkart sicher zuwiderlaufenden Entschluß zur Schleifung der Basteien gefaßt hatte. (Militärisch waren sie wertlos geworden.) Daß an ihrer Stelle eine Prachtstraße, der heutige „Ring", errichtet wurde, lag wohl im Sinne der Zeit, darf aber dem Herrscher als mutige Tat angerechnet werden.

Einer der ersten Repräsentativbauten war die Votivkirche des Architekten Heinrich von Ferstel, die zum Dank für Errettung des Kaisers von einem Attentat erbaut wurde. Wichtige andere Bauten der Ringstraße waren die Universität, deren Entwurf ebenfalls von Ferstel stammt, das Parlament, das neugotische Rathaus – ebenso wie die Votivkirche etwas von der Straße abgesetzt – und, wieder von Ferstel, das Palais der Erzherzogs Ludwig Viktor, Bruder des Kaisers, welches heute dem Burgtheater als „dritter Raum" dient. Eine ganze Reihe weiterer Bauten werden dem bedeutenden Architekten verdankt. Er muß unerhört fleißig gewesen sein, was schon daraus hervorgeht, daß er allein rund 500 Pläne für die Votivkirche selbst zeichnete. Sein besonderes Anliegen waren die Einbindung von Wohnhäusern in das Städtensemble und der Ersatz des Zinshauses durch ein Familienheim.

Ferstel wurde nur 55 Jahre alt; der hundertsten Wiederkehr seines Todesjahres ist nun eine Ausstellung, ausgerechnet in der Hermesvilla im Lainzer Tierpark, gewidmet, die sein Angstgegner Karl Hasenauer (wie er später baronisiert) für Kaiserin Elisabeth errichtet hatte. Auch das ein solider historisierender Bau, aber längst nicht so genial wie Ferstels Arbeiten. Besonders die ehemalige Börse mit dem darin enthaltenen alten „Café Central", neuerdings liebevoll restauriert, legt mit ihrem komplizierten Grundriß, erschwert durch eine starke Niveauungleichheit, vom Einfallsreichtum und einer ins Detail gehenden Sorgfalt Ferstels glänzendes Zeugnis ab.

Die Porträts des Architekten, die hier zu sehen sind, geben das in der Zeit übliche Haupt mit Rauschebart wieder, zeigen aber auffallend wache Augen und eine sehr nachdenkliche Stirn. Zielbewußtheit spricht aus diesem Antlitz. Und wer, wie es heute wieder möglich ist, dem historisierenden Stil vorurteilslos gegenübertritt, der wird in den ausgelegten Plänen und den Modellen ein großes handwerkliches Bemühen und ein weit von Nachahmung entferntes Eindringen in die Idee früherer baulicher Materialisationen erkennen, die mit Kenntnis und Phantasie ins Werk gesetzt wurden.

Ferstel war der erste, der wieder auf den Haustein zurückgriff. Allerdings verwendete er bei der Votivkirche den ortsnahen Sandstein, der nicht sehr *wetterbeständig ist,* weshalb man die Kirche nur zu oft eingerüstet sieht. Sie kann als Beispiel für den Übergang vom romantischen zum strengen Historismus gelten. (Bis 18. März 1984.)

ERIK G. WICKENBURG

Das 31. Beethovenfest in Bonn: Kammermusikkonzerte im Frühjahrszyklus

Gelegentlich auch mal Ludwig van . . .

In Bonn ist der Frühjahrszyklus des 31. Beethovenfestes zu Ende gegangen, der jeweils der Kammermusik vorbehalten ist. Auch hat fast schon Tradition, wie hier die Tradition gegen den Strich gebür*stet wird. Beethovens Musik will* man aus der bloß musealen Pflege entbinden und die Neue Musik nicht im Getto belassen. Und solche allgemeine Tendenz auf ihren diesjährigen Hauptnenner gebracht, hieß das: Wiener Klassik konfrontiert mit der zweiten Wiener Schule der Schönberg, Webern, Berg, vorsichtig verlängert bis in unsere Tage. Also 21 Konzerte, von denen keins Beethoven allein galt, aber in manchen der Meister gar nicht erst auftauchte. Beethoven nur noch als Namenspatron?

Das Positive zuerst. Es war ein interessantes und teilweise eloquent ausgetragenes Konzept, mit dem hier zwei wichtige Nahtstellen und Zäsuren in der Musikhistorie beleuchtet wurden. Der neue, subjektive Ton, der mit Beethoven in die Musikgeschichte eintrat: Das Alban-Berg-Quartett thematisierte ihn im Programmbogen von frühem Haydn bis zu Beethovens drei Rasumowskij-Quartetten und dem op. 131. Die Wiener sind auch nach ihrer Neuformierung vor zwei Jahren wieder eins der führenden Streichquartette.

Ähnliches leistete das Londoner NASH-Ensemble zum Thema, das *in wechselnden Besetzungen seine* in London probierte Serie „Beethoven and contemporaries" einbrachte. Nicht weniger zuständig widmeten sich alle, einschließlich der diversen Kammerensembles der Jungen Deutschen Philharmonie, der anderen Bruchstelle, zu lokalisieren etwa zwischen Zemlinskys drittem Streichquartett und Weberns Orchesterstücken op. 6 und op. 10.

Und ohne nun die Beziehungslinien detailliert nachzuziehen, in denen Schönbergs Zwölftonsystem auch als Endglied einer Entwicklung erscheinen könnte, die mit der Motivarbeit in Beethovens späten Quartetten ihren ersten, so nicht mehr erreichten Höhepunkt hatte, ist zu notieren: Das Zykluskonzept ließ sich ohne alle aufgesetzte Klügelei musikalisch fruchtbar machen. Das Problem der Veranstalter freilich blieb: Das Publikum machte sich rar bis zuletzt.

Auf der anderen Seite mobilisierte dieses Kammermusikfest wohl auch zu wenige große Interpreten. Nachdem Claudio Arrau abgesagt hatte, hielt eigentlich nur noch sein Ersatzmann Bruno Leonardo Gelber Beethoven in Ehren (Sonate op. 81a, Eroica-Variationen), aber selbst er bestand bei Brahms' f-Moll-Sonate op. 5 besser. Das war ja vielleicht eine der herbsten Enttäuschungen, wie die sonst zu Beethovenfesten oft so üppige Pianistenphalanx aufs schiere Nichts reduziert schien.

Ob Jorge Bolet, Daniel Varsano oder Volker Banfield, sie spielten Liszt oder Satie oder Villa-Lobos, aber ihre Verlegenheit gegenüber Beethoven war grenzenlos. Banfield hastete die Hammerklaviersonate erschreckend flach und undeutlich herunter und verlor ob seines Wahnsinnstempos in der *Fuge auch prompt den Faden auf* halber Strecke. Daß er sie noch mal versuchte, ehrte ihn, aber schmückte solch Festival auch nicht gerade. Und Varsano zündete an den Diabelli-Variationen keine Blitze, sondern bestenfalls eine Taschenlampe. Bei Beethoven ist Pro oder Contra denkbar, aber keine Lauheit.

Die Crux der Neuen Musik: Es gibt eben nur einen Pollini, der sich auf sie versteht, ohne Beethoven als Alibi zu mißbrauchen, und den gab es diesmal eben nicht, obwohl er für solche Konzeption eigentlich unverzichtbar wäre. Immerhin waren noch die großartigen Kontarskys zu geisteskühlen Höhenflügen an zwei Klavieren gekommen (Beethovens Große Fuge B-Dur, Boulez' „Structures"), bei denen anhand der riesenhaften „Fantasia contrappuntistica" (wie auch in Gelbers Zugabe) als Randertrag abfiel: Busoni wäre wiederzuentdecken. Ein Kuriosum am Rande: Der Schweizer Mathematiker Guerino Mazzola präsen*tierte eine vom Computer „gedreh*te" Hammerklaviersonate, die sich aber auf dem Bildschirm interessanter ausnahm als auf dem Klavier.

Fazit: Nach diesem Frühjahrszyklus werden sich die Stimmen mehren, die es mit Bonns zweiteiligem Fest nur noch halblang haben wollen. Die großen Orchesterkonzerte im Herbst sind nämlich längst ausverkauft, und solch Argument zieht immer.

DIETER SCHÜREN



Besser Brahms als Beethoven: Der Pianist Bruno Leonardo Gelber FOTO: WINDERSTEIN

KULTURNOTIZEN

Barbara Frischmuth hat den Ida-Dehmel-Literaturpreis der Gedok zugesprochen bekommen.

Für Nordrhein-Westfalen sind zwei Industriemuseen geplant: das eine in Dortmund (Zeche Zollern II), das andere im Rheinland (ein Ort ist noch nicht bekannt).

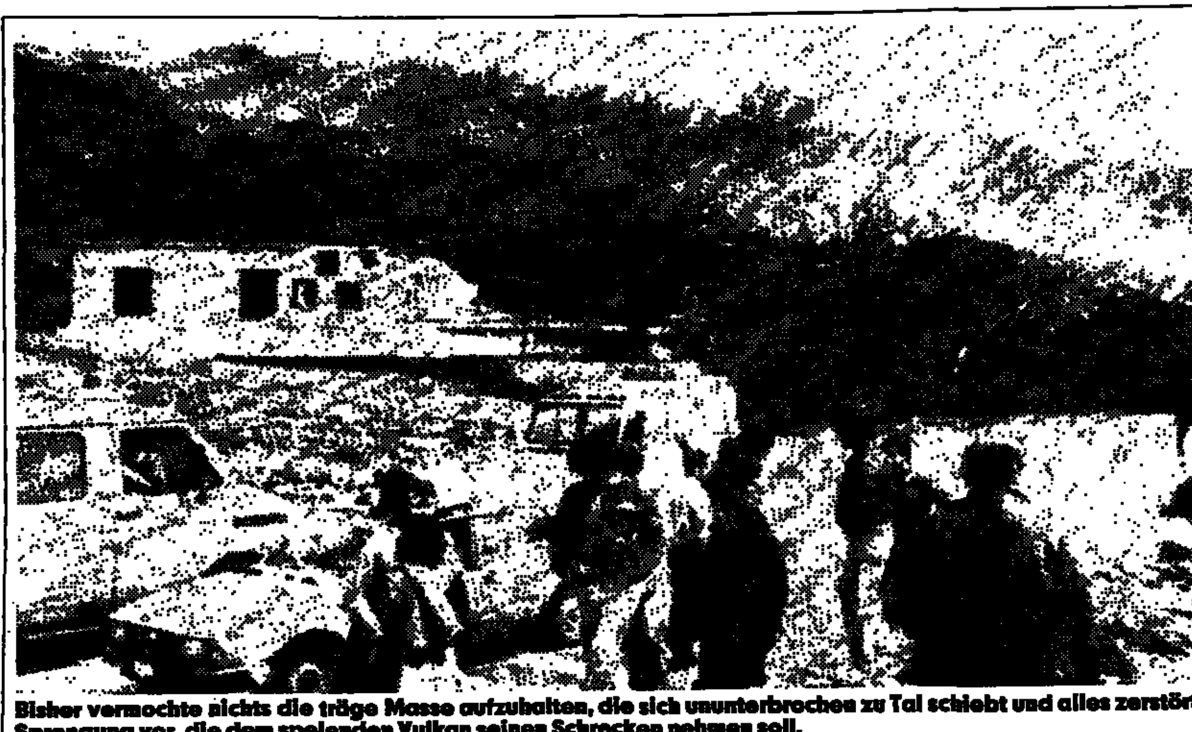
„Mein Kampf" wird im September trotz sowjetischer Proteste in finnischer Übersetzung neu aufgelegt.

Friedrich Dürrenmatt erhält den Ehrendoktor der theologischen Fakultät der Universität Zürich.

Wilhelm Bojescul wird neuer Kustos des Kunstvereins Braunschweig

Der Kunstpreis „junger Westen" wird in diesem Jahr von der Stadt Recklinghausen für Druckgraphik ausgeschrieben. Er ist mit 10 000 Mark dotiert.

21 Bücher liest der Sowjetbürger im Durchschnitt pro Jahr. Ins Kino geht er 16 Mal. Das ist einer amtlichen Statistik zu entnehmen.





Bisher vermochte nichts die träge Masse aufzuhalten, die sich ununterbrochen zu Tal schiebt und alles zerstört, was sich ihr in den Weg stellt (Foto links). Mit großem Gerät bereiten derweil der Schwede und seine Helfer die Sprengung vor, die dem speienden Vulkan seinen Schrecken nehmen soll. FOTOS: AP

Auf Sizilien verschlingt der schwarze Strom alle Hoffnung

Von KNUT TESKE

Wenn es dunkel wird in Rocca und Ragalna, sorgt oberhalb der Ortschaften ein unheimlicher Feuerschein für Festbeleuchtung. Dann taxieren die Menschen, wie nahe die Bedrohung inzwischen ist. Magisch zieht es ihren Blick nach oben – viele schlagen das Kreuz.

„Oben" – das ist hier seit eh und je nur eins: der Ätna. Wieder einmal greift er mit seinen rot glühenden Armen nach ihnen. Unaufhaltsam schieben sich Lavamassen heran. Gestern waren sie noch über den Terrassen, heute existieren die schon nicht mehr. Tagsüber, aus der Entfernung, wirkt die zerstörerische Flut wie ein schwarzer Strom – ein Strom, der nachts, wenn er leuchtet, schon so nahe wirkt, daß man die Hitze zu spüren glaubt.

Für die Leute von Rocca und Ragalna gibt es nur noch ein Thema, das inzwischen auch ganz Sizilien erfaßt hat, die Politik verdrängt, die Medien beherrscht: der große Knall des Schweden Rolf Lennart Abersten. Werden seine vier Tonnen „Sigma 500", eine hitzeresistente und durchschlagende Mischung, die er ursprünglich heute zünden wollte, den breiten Lavastrom durchtrennen und die nachfolgenden Magma-Massen abseits in die Wildnis laufen lassen?

Das wird mit südländischer Inbrunst diskutiert. Man streitet mit fast sportlicher Begeisterung über die Chancen des Schweden. Scheitert das Experiment, was viele Fachleute dem Schweden vorhersagen (und was die neuerliche Verschiebung des Termins auf nächste Woche, die vierte, beinahe schon vermuten läßt) sind die Orte Rocca und Ragalna verloren. 100 bis 200 Meter rückt der schleichende Tod täglich näher. In spätestens zwei Wochen dürfte hier nichts mehr stehen.

Nur noch ein Wunder könnte dann helfen. Doch darauf hofft hier niemand mehr. Seit 43 Tagen fließt die glühende Lohe aus einem neuen Nebenkrater in 2400 Meter Höhe. 30 Millionen Kubikmeter Magma sind seither aus dem unterhalb des Vulkans gelegenen Magma-See aufgestiegen. Und die Flut wird heißer. Auf 960 Grad Celsius hat sich die Austrittstemperatur erhöht – für die Experten Beweis genug, daß mit einem baldigen Ende nicht zu rechnen ist. Das würden erst sinkende Temperaturen verheißen.

Etwas Abgehacktes, Ruckartiges, ja fast Spastisches bekommen die Bewegungen der erstarrenden Lava-Ströme. Fürs Auge kaum mehr wahrnehmbar, wälzen sie sich die Hänge hinab, nur ab und zu ist ein leises Klirren zu hören, so als fege jemand zerbrochenes Geschirr zusammen. Aber immer nur einzelne Scherben, wie es scheint. Mal hier eine, mal dort eine – immer dann nämlich, wenn ein Stück Schlacke seinen Weg nach unten gefunden hat. So schiebt sich das Ganze unendlich langsam, doch ebenso unaufhaltsam voran.

Die erste Lava-Walze treffe ich auf einem rekultivierten Lava-Feld oberhalb von Nicolosi. Auf einer Breite von 300 Metern, fünf bis 15 Meter hoch, schiebt sie sich den Hang hinab, alles fressend, alles vernichtend oder vor sich hertreibend. In Massen fliehen die Eidechsen. Büsche, Bäume, Getreidefelder gehen bei der ersten Berührung sofort in Flammen auf, die Bäume, bevor die Stämme brechen. Telegraphenmasten und Hausdächer ragen an anderer Stelle wie Mahnmale aus der schwarzen Wüste. Überflutete Straßen und halb versunkene Häuser verändern das gewohnte Bild. Die Maßstäbe stimmen nicht mehr, die Ordnung des Menschen ist ins Wanken geraten.

Sonntag nachmittag: Ein Bauer bei Ragalna. Hände in den Taschen, Bauch vorgeschoben, Zigarette zwischen den Lippen, das Gesicht seit Tagen unrasiert – so sieht er seine Obstplantage untergehen. Tags darauf ist ihm und seiner Familie nur das Haus geblieben. Der Strom war wenige Meter links davon an ihm vorbeigezogen. So wird das Haus zum Refugium, zur Insel für den Neuanfang. Zehn Tage lang hatte der Bauer das Unglück näherrücken sehen, hatte er gehofft und gebetet. Am Sonntag, als sich sein Ruin abzeichnete, hat er seine Verwandten eingeladen. Eine Geste des Trostes: Sie kamen alle. Schweigend starrten sie auf den ungebetenen Gast, wie er sich breit und breiter machte.

Mühselige Jahre stehen dem Eigentümer, den die Natur im wahrsten Sinne des Wortes um seine Früchte gebracht, jetzt bevor. Zwar ist das, was aus dem Ätna herausgeschleudert wird, außerordentlich fruchtbar, doch erfordert es wahrscheinlich biblischen Schweiß, bis die Schlacke so fein gemahlen ist, daß sie als weicher Boden wieder Erträge abwirft.

Ein ungleicher Kampf zwischen Mensch und Natur. Erst nachts, in der Dunkelheit, wenn der Berg erglüht, erkennt man das wahre Mißverhältnis. Eine Walpurgisnacht, ins Gigantische übersteigert, scheint da vor einem abzulaufen. 30 Millionen Kubikmeter Magma verlieren in diesem Wechselspiel von auflodernden Rot und tiefer Schwärze ein wenig von ihrer abstrakten Größe.

Nach Schätzungen der Fachleute läßt sich ein Ausschnitt von dreimal zwei Kilometer überblicken. Schon diese Energie, die hier brachliegt – im Gegenteil, sogar kostet – würde ausreichen, ganz Italien auf Jahre hinaus, mit Fernwärme zu versorgen. Auf 80 Millionen Mark beläuft sich bis heute der Schaden; die 11 Millionen Mark für den Stichgraben, durch den die Lava nach der Sprengung ablaufen sollte, nicht mitgerechnet.

Sizilien setzt immer noch seine Hoffnung auf den blonden Schweden.

Die feindlichen Brüder kommen sich näher

China und Südkorea nutzten Entführungs-Verhandlungen

FRED de la TROBE, Tokio

Nach viertägigen zähen Verhandlungen unterzeichneten chinesische und südkoreanische Unterhändler gestern in Seoul ein Abkommen über den Rückflug der 95 Passagiere und drei Besatzungsmitglieder in dem nach Südkorea entführten Flugzeug. Da die beiden Staaten keine diplomatischen Beziehungen zueinander unterhalten, war es zu Differenzen über den Gebrauch der Ländernamen gekommen, die sich schließlich mit der Verwendung der offiziellen Lesart beilegen ließen.

Nach der Landung der gekaperten Trident auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Chunchon in Südkorea Mitte letzter Woche war aus Peking eine 33köpfige Delegation unter dem Generaldirektor der staatlichen Luftfahrtsgesellschaft CAAC, Shen Tu, angereist. Auf südkoreanischer Seite wurden die Verhandlungen von Staatssekretär Kong Ro Myong vom Außenministerium geleitet. Es handelte sich um den ersten offiziellen Kontakt zwischen den beiden Ländern seit dem Korea-Krieg.

Die Chinesen forderten zunächst auch die Auslieferung der sechs Entführer, die um Asyl in Taiwan nachgesucht hatten. Später stimmten sie aber zu, daß die Hijacker in Seoul vor Gericht gestellt werden. Südkorea hat noch nicht entschieden, ob die Entführer danach nach China abgeschoben oder nach Taiwan gesandt werden.

Trotz des erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen halten dies politische Beoabachter in Seoul für unwahrscheinlich, daß die beiderseitigen Kontakte zu einer baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen werden. China muß seine engen Beziehungen zu Nordkorea, Südkorea seine freundschaftlichen Bande zu Taiwan berücksichtigen. Wie aus Seoul verlautete, fanden aber zwischen den beiden Delegationsleitern auch gesonderte Gespräche über das Verhältnis zwischen den beiden Staaten statt.

Pjoengjang bewahrte bisher über die Verhandlungen und das Ergebnis Stillschweigen. In Taipeh drückte das Außenministerium in einer kurzen Erklärung „ernste Sorgen" über die Anwesenheit der chinesischen Delegation in Seoul aus. Generaldirektor Shen Tu von der chinesischen Luftfahrtsgesellschaft deutete an, daß künftig über eine Flugverbindung und Besucherverkehr zwischen China und Südkorea gesprochen werden könne. (SAD)

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Im Strömungsbereich eines über Irland ortsfesten Tiefs wird weiterhin kühle und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland geführt. Eingelagerte Schauerstaffeln gestalten die Witterung unbeständig.

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Wechsel zwischen kurzen Auflockerungen und meist starker Bewölkung mit Regenschauern und örtlich kurzen Gewittern. Tageshöchsttemperaturen 12 bis 15 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht 4 bis 8 Grad.

Weitere Aussichten:

Andauer der wechselhaften Witterung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	25°
Bonn	10°	Kopenh.	12°
Dresden	17°	Las Palmas	20°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	11°	Madrid	17°
Hamburg	11°	Mailand	15°
List/Sylt	9°	Mallorca	20°
München	14°	Moskau	14°
Stuttgart	11°	Nizza	17°
Algier	22°	Oslo	11°
Amsterdam	11°	Paris	11°
Athen	21°	Prag	16°
Barcelona	17°	Rom	19°
Brüssel	10°	Stockholm	16°
Budapest	16°	Tel Aviv	26°
Bukarest	22°	Tunis	23°
Helsinki	16°	Wien	16°
Istanbul	23°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.37 Uhr, Untergang: 21.01 Uhr, **Mondaufgang:** 5.47 Uhr, Untergang 20.38 Uhr. **Sonnenaufgang*** **am Freitag:** 5.35 Uhr, Untergang: 21.02 Uhr, **Mondaufgang:** 6.11 Uhr, Untergang: 21.59 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Leben in Saus und Braus endete vor dem Richter

WILM HERLYN, Essen

Mit entsetzten, aber leisen „Ahs" und „Ohs" und anderen Zeichen der Fassungslosigkeit registrieren zwei alte Damen das Sündenregister eines Mannes, der sich der Gemeinnützigkeit und Wohlfahrt verschrieben hat. Sie verfolgen im Saal 101 des Essener Landgerichts die schier endlosen Aufzählungen des Staatsanwaltes von Möbelkäufen und fingierten Rechnungen, dubiosen Zinsgeschäften und Immobilienspekulationen, von Spitzenweinen und Hummer und Kaviar und Champagner. Fast alles, was das Leben erträglicher und angenehmer macht, soll sich der Gründer und Leiter der psychiatrischen Einrichtung St. Georg, Johannes Hennemeyer, *trotz opulenten Jahresgehaltes* von 380 000 Mark vom Sozialwerk haben bezahlen lassen.

Mit in den Strudel des Betruges und der Untreue zog er Mitarbeiter und von der gemeinnützigen Einrichtung wirtschaftlich Abhängige. Seit gestern müssen sich Hennemeyer, der ehemalige Kämmereidirektor von Gelsenkirchen, Josef Wolters, die Sozialwerk-Angestellten Richard Stasch und Helmut Brosch wie der Möbel-Kaufmann Friedrich Schwartmann verantworten.

Hennemeyer führte in Gelsenkirchen-Erle ein Knappenwohnheim der Zeche „Fürst Bismarck". Er wandelte 1966 das Haus in ein Behindertenheim um. Daraus entwickelte sich unter dem Namen Sozialwerk St. Georg eine der größten psychiatrischen Einrichtungen der Bundesrepublik in freier Trägerschaft. In mehr als 30 über Westfalen verstreuten Alten- und Pflegeheimen betreut St. Georg mit Verwaltungssitz in Gelsenkirchen und etwa 1000 Beschäftigen bis zu 2500 Patienten. Nicht ahnend, daß Hennemeyer auf Kosten seiner Schutzbefohlenen vorwiegend in die eigene Tasche wirtschaftete, verlieh ihm der Bundespräsident sogar das Bundesverdienstkreuz.

Dies alles scheint dem Angeklagten im Blitzlichtgewitter der Fotografen mehr als peinlich. Unter seinem grünen Alcantara-Mantel versteckt muß er sich aufgebrachte Rufe aus dem Publikum anhören: „Aufhängen" fordern sogar einige geschädigte Patienten. Die Verlesung der 374 Seiten starken Anklageschrift verfolgt er äußerlich gleichgültig. Insgesamt soll sich der erkennbare Schaden auf 2,5 Millionen Mark belaufen.

Seinen größten Coup soll Hennemeyer, seit Oktober 1981 in Untersuchungshaft, beim „Sachverhalt Gut Nierhof" gelandet haben: 1976 kaufte er privat von der Volksbank Meschede ein Wohnhaus für 28 000 Mark. Im Kopplungsgeschäft erwarb St. Georg von der Bank Gut Nierhof in Attendorn zum überhöhten Preis von 1,65 Millionen Mark.

Nicht auf der Anklagebank sitzt Gelsenkirchens Oberstadtdirektor Professor Heinrich Meya. Er bat im April „aus gesundheitlichen Gründen" um die Versetzung in den Ruhestand. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Meya wegen strafbarer Vorteilsannahme im Zusammenhang mit St. Georg. „Ja die Gelsenkirchener", spottet ein Essener Zuhörer, „erst Schalke, dann St. Georg."

Deutsche Experten machen mobil gegen die tödliche Seuche „Aids"

Immer noch herrscht Ratlosigkeit angesichts der Viruskrankheit aus den USA

JOCHEN AUMILLER, München

Die neue tödliche Seuche „Aids" zieht immer weitere Kreise. Sie befällt in erster Linie Homosexuelle und bewirkt ein Versagen des Abwehrsystems des Menschen. Fachleute nennen die rätselhafte Krankheit noch etwas hilflos „Acquired Immune Deficiency Syndrom" (Aids), was soviel heißt wie „erworbene Immunschwäche". 1981 erstmals in den USA beschrieben, hat „Aids" inzwischen auch Europa erreicht. Die meisten deutschen medizinischen Universitäten haben bereits einen oder mehrere „Aids"-Patienten in Behandlung. Das Bundesgesundheitsamt ist in Aktion getreten und läßt sich von einer Experten-Kommission beraten.

Eine heiße Spur führt nach Haiti

Bei einer Fachtagung der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten in Verbindung mit dem Deutschen Grünen Kreuz, diskutierten gestern in München die Experten mögliche Schutzmaßnahmen gegen die Seuche. Es liegen hinreichende Belege für die Annahme vor, daß es sich um ein Virus handelt, das auf dem Blutweg übertragen werden kann, nämlich durch Blutprodukte wie sie beim Intimkontakt offenbar entstehen. In seinem Verhalten ähnelt das vermutete Virus dem Erreger der infektiösen Gelbsucht, der Hepatitis B, der ebenfalls durch Geschlechtsverkehr übertragen werden kann.

Besondere Ansteckungsgefahr besteht auch bei Bluttransfusionen. Das Risiko ist kaum auszuschließen, da es noch keine Tests gibt, die eine Diagnose ermöglichen würden. Deshalb ist in den USA eine Direktive erlassen worden, die unterbinden möchte, daß Homosexuelle und Drogensüchtige Blut spenden. Wie Professor G. Riethmüller, München, vor der Presse erläuterte, sind nicht nur Bluter, die auf häufige Transfusionen angewiesen sind, von „Aids" gefährdet. Diese Erkrankung ist auch schon bei den Frauen bisexueller Männer wie auch bei Kindern nachgewiesen worden. Der Erreger ist noch unbekannt. Auf einer Fachtagung in New York wurde ein Leukämie-Virus angeschuldigt.

Eine heiße Spur auf der Suche nach dem „Aids"-Erreger glauben Experten der berühmten Harvard School in Boston/USA gefunden zu haben. Ihnen fiel auf, daß besonders viele Haitianer von „Aids" befallen sind und untersuchten die Eßgewohnheiten der Insulaner. Erste Anzeichen weisen auf ein Virus, das für das Afrikanische Schweinefieber verantwortlich gemacht wird. Das infizierte Schweinefleisch könnte, so beteuert Jane Teas aus Boston in der neuesten Ausgabe des englischen Wissenschaftsmagazins „New Scientist", den Erreger an den Menschen weitergeben, an die Insulaner ebenso wie an Touristen, etwa amerikanische Homosexuelle; der Beginn des Seuchenzuges. Wahrscheinlich handelt es sich beim „Aids"-Erreger um einen veränderten, modifizierten Stamm des Afrikanischen Schweinefieber-Virus (ASFV).

Kollaps des Immunsystems bringt den Tod

„Aids" endet in den meisten Fällen tödlich. Das Immunsystem des Menschen bricht allmählich zusammen, so daß die Betroffenen an unbeherrschbaren Infektionen sterben. Oder an einer Krebsform, die ebenfalls auf die Schädigung des Immunsystems zurückgeführt wird, nämlich das Kaposi-Sarkom. In den USA wurden bisher 1339 „Aids"-Fälle registriert, 505 dieser Patienten sind bereits gestorben.

Inzwischen hat sich nach Angaben des „New Scientist" die amerikanische Regierung bereiterklärt, falls erforderlich, 18 Millionen Dollar aufzubringen, um die ganzen Schweinebestände auf Haiti zu vernichten, damit der vermutete Erreger unter Kontrolle gebracht werden kann.

Ganz Indien trocknet langsam aus

In vielen Teilen des Landes blieb seit Jahren der Regen aus / Millionenprogramm greift kaum

HELLA STEINWEG, Neu-Delhi

Dem indischen Subkontinent bleibt nichts erspart: Zu politischen Unruhen, blutigen Auseinandersetzungen religiöser Gruppen und bitterer Armut kommt eine katastrophale Trockenheit, die das Land immer weiter ins Elend treibt. Vom südlichsten Zipfel bis zum Fuße des Himalajas rund 3000 Kilometer weiter nördlich sind etwa, so schätzt das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time", 75 Prozent des Landes mit mehr als 260 Millionen Einwohnern von der anhaltenden Dürre betroffen.

Mit am härtesten traf es unter den 22 indischen Bundesstaaten die Bevölkerung von Rajasthan. Hier waren es bisher fünf trockene Jahre, die schon 50 000 Einwohner in die benachbarten Staaten Haryana, Madhya Pradesh und Delhi vertrieben haben. Auf der Suche nach Wasser ließen sie oft ihr ganzes Hab und Gut zurück, mußten sie ihre Tiere verschleudern – die, die noch nicht an Hunger und Durst elend eingegangen waren.

In Darjeeling ist der See, einzige Quelle der Wasserversorgung für 55 000 Menschen, nahezu ausgetrocknet. Das Trinkwasser wurde rationiert, nur 45 Minuten am Tag sprudelt das lebenswichtige Naß. In besonders schwer betroffenen Gebieten sterben die Menschen an Unterernährung, in vielen entlegeneren Dörfern gibt es oft tagelang nicht mehr als ein, zwei Tassen Wasser. Die Bewohner werden immer anfälliger, auch leichte Infektionskrankheiten bringen die ausgemergelten Körper dem Tode nahe.

In Madras, der Millionenstadt im Südosten des Subkontinents, blieb der Monsun, der normalerweise einmal im Jahr die städtischen Wasserreservoirs füllte, seit drei Jahren aus. Tag und Nacht rollen Tankwagen über Schienen und Straßen in die Metropole, um Millionen Liter Wasser aus dem Nachbarstaat Andhra Pradesh heranzuschaffen. Auch hier ist das Wasser pro Familie auf wenige Liter rationiert.

Die Regierung läßt ständig neue Millionen in ein Programm fließen, um Brunnen zu bohren, verschüttete wieder zu aktivieren und Wasser-Pipelines auch über weite Strecken zu führen. Mehr als 800 Millionen Dollar wurden bisher auch mit internationaler Unterstützung in den Kampf um das lebensrettende Naß investiert. Man hofft, daß dieses Programm dort Erfolg hat, wo alle Versuche von Priestern, Regenmachern und Gurus fehlschlugen, Varuna, die höchste Hindu-Gottheit, zu besänftigen.

Während sich die Versuche darauf konzentrieren, vor allem Menschenleben zu retten, steht es schlecht um Indiens Grüne Revolution. Mehr als 15 Millionen Hektar gelten als völlig vertrocknet. Dazu gehören vor allem die Reisanbaugebiete Bhandara im Staat Madhya Pradesh und Chandrapur in Maharashtra. Betroffen sind aber auch die riesigen Weizenfelder von Dhule. Um die durch die Trockenheit entstandenen Verluste bei der Ernte auszugleichen, muß Indien in diesem Jahr mehr als drei Millionen Tonnen Weizen im Ausland einkaufen. Auf der anderen Seite wird die Dürre die Erlöse aus Ernte-Exporten – Tee, Kaffee, Gewürze und Nüsse bringen etwa 200 Millionen Dollar im Jahr – halbieren.

Derweil werden die Stimmen der Kritik immer lauter. Experten werfen so etwa den Verantwortlichen in Madras vor, daß sie nicht rechtzeitig reagiert hätten, als der Monsun zum erstenmal ausblieb. Die Stadt sei zwar reichlich mit Grundwasser versorgt, die Behörden hätten sich aber darauf verlassen, daß der Regen jedes Jahr die Wasserbecken auffüllte und es deshalb versäumt, rechtzeitig Brunnen zu bohren.

Noch aber ist es nur verbale Kritik, noch gibt es zumindest um das Wasser keine gewalttätigen Auseinandersetzungen. Das liegt sicherlich auch nicht zuletzt daran, daß in den besonders stark betroffenen Gebieten die Wasserausgabestellen von schwerbewaffneten Polizisten bewacht werden. „Uns bleibt nichts anderes, als zu beten", sagt ein Arzt in Madras. „Und bis der große Regen kommt, messen wir einen Tag weiter daran, wieviel Wasser er uns gebracht hat..."

Katastrophe verhindert: Pilot zahlte mit dem Leben

dpa, Kirchberg

Beim Absturz einer amerikanischen Militärmaschine vom Typ F 16 „Starfighter" im Kirchberger Ortsteil Hornberg (Kreis Schwäbisch Hall) bezahlte offenbar der Pilot die Verhinderung einer Katastrophe mit dem Leben. Das Flugzeug stürzte aus bisher ungeklärter Ursache auf eine Scheune, nachdem es mehrere Hausdächer gestreift hatte. Scheune und Maschine brannten aus. Der Schaden geht in die Millionen.

Zunächst hatte die Polizei von einer „giftigen Substanz" an Bord des Düsenjägers gesprochen. Dabei handelte es sich um „Hydrazin", das zum Zünden der Triebwerke benutzt wird. Es befinde sich, so die Polizei, in einem „sicheren Tank", der auch unter extremen Bedingungen nicht leckschlage. Außerdem soll die Maschine 500 Schuß Maschinengewehrmunition und eine Rakete ohne Sprengkopf an Bord gehabt haben. Aus Sicherheitsgründen sperrten amerikanische Militärpolizei und deutsche Polizei die Absturzstelle ab. Rund hundert Einwohner von Hornberg wurden vorsichtshalber evakuiert.

Der Pilot, ein US-Oberleutnant, befand sich mit dem „Starfighter" auf einem Übungsflug. Er war am Morgen in Hahn im Hunsrück gestartet. Ihm gelang es noch, die Maschine über ein dichtbesiedeltes Neubaugebiet zu ziehen.

Hotel in Flammen

dpa, Ankara

Zwei Tage nach dem Brand im Istanbuler Hotel „Washington", bei dem 37 Menschen umkamen und 38 weitere verletzt wurden, hat ein Feuer die Gäste des Hotels „Anka" in Panik versetzt. Nachdem im Erdgeschoß des Hotels kurz nach Mitternacht ein Feuer ausgebrochen war, stürzten die rund 150 Gäste, Griechen, Österreicher und Deutsche, auf die Straße. Sie wurden in anderen Hotels untergebracht.

Satelliten-Rettung

AFP, Washington

Techniker der Nasa haben gestern begonnen, die Umlaufbahn des am 4. April von der amerikanischen Raumfähre „Challenger" ausgesetzten und in eine falsche Bahn geratenen Nachrichtensatelliten „TRDS-A" zu korrigieren. Sie zündeten 82 Minuten lang die Steuertriebwerke.

Bonn: Nichts Neues

AP, Bonn

Die angeblich neuen Beweise des französischen Magazins „Le Point" über den Verbleib der Dioxin-Fässer kommen nach einer Stellungnahme des Bundesinnenministeriums in Bonn „reichlich spät". Ein Sprecher erklärte, die zum Beweis von der französischen Zeitschrift vorgelegten Dokumente seien allesamt längst veröffentlicht und untersucht worden. Ergebnis der Untersuchung sei gewesen, daß die Schriftstücke „irreführend sind und nicht belegen können, daß die Seveso-Abfälle in das Bundesgebiet gelangt sind".

Millionen sind fällig

dpa, London/Dublin

Genau ein Vierteljahr nach dem Diebstahl des Rennpferdes Shergar ist jetzt die Versicherungssumme von fast 32 Millionen Mark fällig geworden. Bei Lloyd's in London hieß es gestern, das sei der höchste Betrag in der Geschichte der Pferdezucht. Das Pferd war von bewaffneten Männern aus dem irischen Gestüt des Aga Khan entführt worden.

Nummer 10 gestürmt

dpa, Kathmandu

Der Südtiroler Extrem-Bergsteiger Reinhold Messner hat seinen zehnten Achttausender bezwungen. Gemeinsam mit dem Münchner Michel Dacher (50) und seinem Südtiroler Landsmann Hans Kammerlander (26) erreichte der 39jährige am 5. Mai den 8156 Meter hohen Gipfel des Cho Oyu in Zentralnepal.

Nordsee-Sitzstreik

AP, Aberdeen

Eine Gruppe von 26 Tauchern, die sich seit einer Woche auf der rund 200 Kilometer östlich der Shetland-Inseln gelegenen britischen Bohrinsel Ninian North in einem Sitzstreik befand, hat ihren Widerstand auf eine entsprechende gerichtliche Anordnung hin aufgegeben.

Panda erwürgt: Haft

AFP, Peking

Zu zwei Jahren Gefängnis wurde ein chinesischer Bauer im Südwesten des Landes verurteilt, weil er einen Panda-Bären auf dem Gewissen hat. Wie die „Volkszeitung" berichtete, hatte der Bauer in einem Naturschutzgebiet ein Panda-Weibchen erwürgt und verspeist.

ZU GUTER LETZT

„Schwarze Röcke können für eine Serviererin typische Berufskleidung sein, nicht dagegen weiße Blusen." Aus einem Urteil des niedersächsischen Finanzgerichts